

EU-Wahl 2014

Die europäischen BürgerInnen wählen im Mai 2014 ihr Europäisches Parlament und haben damit die Möglichkeit, den Kurs der Europäischen Union für die kommenden fünf Jahre mitzubestimmen.



© 2014 European Parliament

Ein Blick in den Plenarsaal des Europäischen Parlaments – 751 Abgeordnete werden von den 28 EU-Staaten entsandt werden.

Am 25. Mai 2014 findet die Wahl zum EU-Parlament in Österreich statt, in den 28 Staaten der Europäischen Union werden zu verschiedenen Terminen insgesamt 751 Europa-Abgeordnete gewählt, die die Interessen von 507 Millionen EuropäerInnen wahrnehmen. Sie können die 18 österreichischen Mitglieder EU-Parlaments bestimmen.

Wir haben die in Österreich zum Europäischen Parlament wahlwerbenden Parteien eingeladen, Ihnen sehr geehrte Leserinnen und Leser, mit eigenen Worten auf vorgegebenem Raum die wichtigsten Wahlziele zu erklären, wodurch auch kleine Schwankungen

im Umfang der Texte entstanden sind. Dies war für die Parteien mit keinerlei Kosten verbunden.

Die Reihenfolge, in der Sie die Beiträge vorfinden, entspricht der Reihung auf dem Wahlzettel:

- Liste 1: Österreichische Volkspartei – Liste Othmar Karas [ÖVP]
- Liste 2: Sozialdemokratische Partei Österreichs [SPÖ]
- Liste 3: leer, da Hans Peter Martin nicht mehr kandidiert
- Liste 4: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen [FPÖ]

- Liste 5: Die Grünen – Die Grüne Alternative [GRÜNE]
- Liste 6: BZÖ – Liste Mag. Werthmann [BZÖ]
- Liste 7: NEOS Das Neue Österreich und Liberales Forum [NEOS]
- Liste 8: Die Reformkonservativen – Liste Ewald Stadler [REKOS]
- Liste 9: Europa anders – KPÖ, Piratenpartei, Wandel und Unabhängige [ANDERS] und
- Liste 10: EU-Austritt, Direkte Demokratie, Neutralität (EU-Stop) [EUSTOP]

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

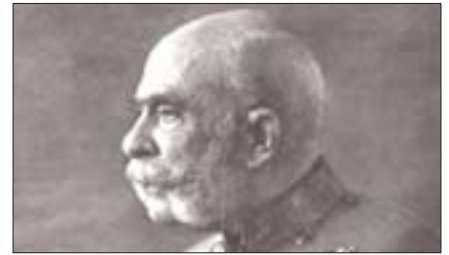
Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wir stehen drei Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament. Europäische Themen stehen nicht immer im Vordergrund, geht es doch um Erfolge, die die Parteien im Inland einfahren müssen – deutliche Erfolge geben wieder ein wenig Rückenwind für die nächsten Monate. Zumindest bis kurz vor der nächsten Landtagswahl, die es im September in Vorarlberg zu schlagen gilt. Dann geht es im Frühjahr 2015 weiter mit Gemeinderatswahlen in Niederösterreich, Vorarlberg, Steiermark und Kärnten. Dann folgt die Landtagswahl im Burgenland im Mai... Ein Zusammenlegen von Wahlterminen, wie schon oft gefordert, könnte dem Land ein wenig mehr Ruhe gönnen.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 130

Österreich, Europa und die Welt - 10 Jahre EU-Erweiterung 2004	12	Im Spiegel der anderen Ausstellung im Schloß Halbturn	77
EU-Ratspräsident Rompuy in Wien	19	Von Haydn, Göttern & Legenden HaydnAkademie 2014	78
Europa: Chance, vorbildliches Wirtschaftsmodell zu erarbeiten	21	-----	
»Es gärt!« 2014 mit Ari Rath	22	AM Kurz bei LH Kompatscher	79
Euro-Vertrauen auf niedrigem Niveau stabilisiert	23	Girokonto für jeden EU-Bürger	80
Wahlrecht für den Groll auf Europa Von Christoph Hofinger.	24	Österreichs Industrie weiter auf Wachstumskurs...	81
Europa Nostra Awards 2014	25	Nachwirkungen der Rezession	82
Jewish Welcome Service Vienna	27	Mitterlehner will ein wettbewerbsfähiges Energiesystem	83
Oskar Kokoschka. Humanist und Rebell im Kunstmuseum Wolfsburg	40	50 Maßnahmen für den Industriestandort Wien	84
Weltbund-Tagung – Auslands-österreichertreffen von 4. bis 7. September 2014 in Baden bei Wien	42	EU-Turbo hat in NÖ gezündet	85
Gedenken an den Ersten Weltkrieg	44	Österreichs Superreiche	86
Das Befreiende der mutige Tat – Die »dunkle« Seite der Wiener Moderne um 1914. Teil 4 der Serie: Von Oliver Rathkolb.	46	Wiens Kongreß-Bilanz 2013	87
Unter dem Losungsworte Krieg und Technik	53	Raiffeisen-Holding & RLB NÖ-Wien steigern Ergebnis	88
Krieg, Propaganda, Kunst - »Trotzdem Kunst! Österreich 1914-1918«	55	18. Steiermark-Frühling in Wien	91
Das Budget 2014/2015		Hohe Ehre für Bischof Bünker	97
Budgetrede von Finanzminister Spindelegger im Hohen Haus	57	AM Kurz startet Dialogprozeß mit Kirchen und Religionen	98
Umstellung des Pensionskontos	64	Der Ionenstrahl als Nano-Schrotflinte	99
Gemeinde-Finanzprognose 2017	66	Tanz der Elektronenwolken	101
1. Mai-Feier in Wien	67	Detailgenaue 3D-Fotoskulpturen	102
Typisch Mann, typisch Frau – das vierte »Wienerin« Summit	68	Nutzen für Kleinwasserkraftwerke	103
-----		1873: Wien und die Weltausstellung im Wien Museum	104
»Burgenland Journal«		Tirol - München	110
Sicherheit für A 4 Ost Autobahn	69	Begegnungen von 1880 bis heute	110
»Erfolgreich.Österreich.«	71	Bad Ischl präsentiert des Kaisers neue Gärten	114
Bundesrat soll Vetorecht bei Finanzausgleich haben	72	»MQ Libelle« am Leopold Museum	117
Geschichtendrachten-Fest in Mattersburger Bauermühle	74	Schatzkammer Gurk eröffnet	119
Offensive: »Jahr der Jugend 2014«	75	ONB erwirbt kostbare Miniatur	121
Eisenstadt: Jugend ist am Wort	75	Weinviertler Kultursommer Von Melitta Matousek.	122
Mit Burgenland Tourismus der Sonne entgegen	76	31. Donauinsselfest	124
		Wir sind Wien.Festival 2014	127
		Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich. Diesmal: Studio Head und Produzent Eric Pleskow	128
		150 Jahre Ringstraße Vom Militärgelände zum Prachtboulevard	131



Serie »1914 – 2014« S 44



Budgetrede des Finanzministers S 57



1873: Wien und die Weltausstellung S 104



Tirol – München S 110



150 Jahre Ringstraße S 131

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: Erschienen am 25. November 1916 in »Sport & Salon«; Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Christian Hofer; Wien Museum; Tiroler Landesmuseum; WienTourismus / Christian Stemper

Othmar Karas, Spitzenkandidat der ÖVP

Die ÖVP ist Österreichs Europapartei und war treibende Kraft bei der Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum, für den EU-Beitritt und bei der Euro-Einführung. Fast alle politischen Kräfte in Österreich haben ihre Positionen zu Europa grundlegend verändert oder ins Gegenteil verkehrt. Die ÖVP ist konsequent auf Kurs geblieben, getragen von der Überzeugung, daß Österreich in und mit Europa mehr für unser Land und unsere Bürger erreichen kann. Die Haltung der Volkspartei ist klar: Gemeinsam mit Europa kann unser Land mehr erreichen. Daher lehnen wir eine Isolation Österreichs durch Euro- und EU-Austritt klar ab, da dies unserem Land massiv schaden würde. Ebenso lehnen wir Pläne ab, die EU um Staaten wie Rußland zu erweitern, deren Verhalten immer wieder zeigt, daß sie kein Teil der europäischen Wertgemeinschaft sind.

Ziel der ÖVP ist es, Europa wettbewerbsfähiger, demokratischer, verantwortungsvoller und sicherer zu machen. Das nützt auch Österreich. Denn die ÖVP ist überzeugt, daß wir nur gemeinsam die großen Herausforderungen vor denen wir stehen, wie Globalisierung, Arbeitslosigkeit, Klimaveränderung und Armut bewältigen können.

Europa muß im internationalen Umfeld mehr Gewicht bekommen. Dazu müssen wir vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft weiter stärken. Nur so schaffen wir wieder mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Als exportorientiertes Land profitiert Österreich von der gemeinsamen wirtschaftlichen Stärke in Europa: Sechs von zehn Euro werden in Österreich im Export verdient. Ein wettbewerbsfähiges Europa ist das beste Instrument gegen Arbeitslosigkeit. Wir müssen die Schulden in den Griff bekommen, die Unternehmen stärken, Bürokratie abbauen, in Forschung und Innovation investieren. Wir wollen keine Schuldenunion sondern eine Chancunion für Unternehmen, Mitarbeiter und besonders für junge Menschen. Die ÖVP will das österreichische Modell der dualen Berufsausbildung – unsere Lehrausbildung – zum Modell für die ganze EU machen. Denn die Statistik beweist: wo die Berufsausbildung dual organisiert ist, ist die Jugendarbeitslosigkeit am niedrigsten.

Ein zentrales Anliegen der ÖVP ist es auch, daß nicht den Steuerzahlern in die Tasche gegriffen wird, wenn sich Banken verpekulieren. Steuergeld darf nicht mehr zur

Rettung von maroden Banken verwendet werden. Wir bringen die neue Bankenkontrolle auf Schiene. Zusätzlich zur europäischen Bankenaufsicht wird es ein System zur Bankenabwicklung und -sanierung sowie zur Einlagensicherung geben. Für die Bewältigung von Finanzkrisen sollen die Verursacher aufkommen.

Wir stehen für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt der politischen Entscheidungen stehen. Um die EU besser zu machen, brauchen wir ein klares System der Zuständigkeiten. Die Frage ist nicht



Foto: ÖVP

Othmar Karas,
Spitzenkandidat der ÖVP

„Wien oder Brüssel“, sondern wie wir die Probleme möglichst bürgernah und gleichzeitig effizient lösen können. Dabei ist vor allem wichtig, daß jede politische Entscheidung vom jeweiligen Parlament legitimiert und kontrolliert wird. Durch den Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament, als Bürgerkammer Europas, deutlich mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten. Das müssen wir weiterentwickeln. Ziel muß es sein, daß keine europäische Entscheidung mehr am Europäischen Parlament vorbei getroffen wird. Daher will die ÖVP gleich nach der Wahl einen Konvent zur Weiterentwicklung der EU initiieren. Am Abschluß dieses Prozesses soll eine europäische Volksabstimmung stehen.

Vor allem in der Finanz- und Wirtschaftskrise war der europäische Zusammenhalt besonders wichtig. Klar muß aber auch sein: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer etwas von der Gemeinschaft erhält, muß dafür

seinen Beitrag leisten. In diesem Sinne müssen wir Solidarität in Europa richtig verstehen und verantwortungsvoll umsetzen: mit klaren Spielregeln, gegenseitiger Verlässlichkeit und demokratischer Kontrolle. Das heißt für uns z.B.: zweckgebundene EU-Fördermittel, die als Investitions- und Wirtschaftsförderung Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen nachhaltig aktivieren und einen Beitrag zur Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben und im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit leisten, Fokus auf die ältere Generation, die länger aktiv, mobil und gesund bleiben soll oder soziale Mindeststandards in den Mitgliedsländern.

Der ÖVP will zu einem sichereren Europa beitragen. Dabei geht es nicht nur darum, Kriminalität besser zu bekämpfen, sondern auch um sichere Lebensmittel und sichere Kommunikation. Zur besseren Bekämpfung von organisierten Verbrechen und Terrorismus soll die europäische Zusammenarbeit ausgebaut und ein Schwerpunkt auf Cyber-Security gelegt werden. Nach dem NSA-Abhörskandal darf nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Eine wettbewerbsstarke, eigenständige IT-Industrie in Europa ist wichtiger denn je. Beim Umwelt- und Klimaschutz bekennen wir uns zu den Zielen der Europäischen Union. Wir wollen die natürliche genetische Artenvielfalt von Saatgut und die Praxis des lokalen Handels seltener Sorten erhalten, pochen auf ein Verbot von gentechnisch verändertem Saatgut in Österreich und setzen den österreichischen Kurs gegen die Atomkraft konsequent fort. Wesentlich ist für uns die Sicherstellung gesunder Lebensmittel. Regionale Produkte haben für uns Vorrang. Gechlortes Hühnerfleisch und Hormonfleisch dürfen bei uns auch in Zukunft nicht auf den Teller kommen. Dabei beharren wir auch bei den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit den USA.

Am 25. Mai geht es darum, ob wir die gemeinsame europäische Erfolgsgeschichte weiterentwickeln können – oder nicht. Nur in einem gemeinsamen Europa können wir Frieden, Stabilität, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, sozialen Zusammenhalt und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Eine Stimme für die ÖVP ist eine Stimme für ein starkes Österreich in einem geeinten Europa. ■

<http://www.oevp.at>

Eugen Freund, Spitzenkandidat der SPÖ

Ein gerechteres und sozialeres Europa ist möglich

Die Vorstellungen der SPÖ für Europa sind ganz klar: Sozialer soll es werden, gerechter, und der Mensch muß wieder im Mittelpunkt des politischen Interesses stehen. Unsere zentralen Forderungen sind mehr Geld für die Bekämpfung von (Jugend-)Arbeitslosigkeit, soziale Mindeststandards und strengere Regeln für den Finanzsektor. Die kommende EU-Wahl ist die historische Chance auf einen Kurswechsel in diese Richtung.

„In der EU geben die Konservativen den Ton an. Das Resultat ist, daß wir 26 Millionen Arbeitslose haben“, hat SPÖ-EU-Spitzenkandidat Eugen Freund vor kurzem gesagt. Bis jetzt bestimmen neoliberal-konservative Mehrheiten in Kommission, EU-Parlament und auch in den Mitgliedsländern die Richtung der EU-Politik. Das heißt: eine Richtung, die Konzernen, Finanzindustrie und Banken gegenüber den Interessen von ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, kurz: den Anliegen und Interessen der Menschen, den Vorzug gibt. Ein Kurswechsel hin zu einem sozialeren und gerechteren Europa ist das Ziel sowohl unseres österreichischen Spitzenkandidaten Eugen Freund als auch des europäischen Spitzenkandidaten der Sozialdemokratie Martin Schulz.

Nicht egal, wer führende Kraft in Europa ist

Dieser Kurswechsel kann nur durch die Stärkung der Sozialdemokratie erfolgen. Österreich hat gerade in den vergangenen Jahren bewiesen, daß die Sozialdemokratie die richtigen Antworten auf die Krise hat: Konjunkturpakete haben die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen und gesichert, während den Krisenverursachern ein gerechter Beitrag abverlangt wurde. Konservative Regierungen haben mit ihrer Austeritätspolitik die Wirtschaft ruiniert und mit ihr gleich tausende Arbeitsplätze, im Gesundheits- und Sozialbereich wurde gedankenlos gekürzt. Ein undenkbares Vorgehen im sozialdemokratisch geführten Österreich. Daher sagt Eugen Freund, daß die kommende EU-Wahl richtungsentscheidend ist, denn „es ist nicht egal, wer führende Kraft in Europa ist“.

Neben den Konservativen grenzen wir Sozialdemokraten uns auch ganz klar von den Rechten ab. Jede Stimme für die FPÖ ist eine verlorene, denn ihre Abgeordneten ha-

ben ohne den Rückhalt einer Fraktion keinerlei Einfluß im EU-Parlament.

Mehr Österreich für Europa

Gemäß dem Motto unseres Spitzenkandidaten „Europa im Kopf. Österreich im Herzen.“ wollen wir mehr Österreich in die EU bringen. In vielen Bereichen ist Österreich Vorreiter und Vorbild, von unserer Arbeitsmarktpolitik – regelmäßig sind wir im Kampf gegen Gesamt- und Jugendarbeitslosigkeit EU-weit ganz an der Spitze – über die duale Ausbildung und die Jugendgarantie



Foto: SPÖ

Eugen Freund,
Spitzenkandidat der SPÖ

bis hin zu den strengen Regeln und Kontrollen, was unsere Lebensmittel betrifft. „Mehr Österreich für Europa“ ist daher eines unserer zentralen Anliegen. Oberste Priorität hat für uns der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Europa. Investitionen in Infrastruktur und Forschung sollen die Wirtschaft ankurbeln und sichere Jobs schaffen. Insbesondere im Kampf gegen die in Europa besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit – jeder Vierte unter 25 Jahren hat keine Arbeit – wollen wir Maßnahmen setzen und die Europäische Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild mit Leben erfüllen. Für dieses Programm muß es mehr Geld geben. Mehr Österreich in Europa muß es auch in der Frage des Atomausstiegs, in Sachen Lebensmittelqualität und -kontrollen und nicht zuletzt beim Einsatz von Gentechnik geben. Unsere Anbauflächen für Futter- und Lebensmittel müssen gentechnikfrei, die Sortenvielfalt erhalten bleiben (siehe Sieben-Punkte-Programm für

sichere Lebensmittel und nachhaltigen Umweltschutz

Lobbying für Menschen statt Konzerne

Darüber hinaus setzen wir uns für europaweite soziale Mindeststandards ein und fordern im Sinne sicherer und fairer Einkommen wirksame europäische Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Vor kurzem wurde eine Studie veröffentlicht, die besagt, daß ein Großteil der EU-Lobbyisten und der Beratergremien der Kommission aus Finanzindustrie und Konzernen stammt. Wir wollen hier mehr Ausgewogenheit, mehr Interessensvertreter der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen – und damit Lobbying für Menschen statt Konzerne. Um die Übermacht des Finanzsektors einzudämmen, hat das EU-Parlament vor kurzem die Bankenunion beschlossen. Im Falle einer Bankenpleite muß in Zukunft nicht mehr der Steuerzahler „einspringen“, sondern die Bank selbst zahlen. Eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht soll rechtzeitig davor warnen, wenn es mit einer Bank bergab geht. Der Finanz- und Bankensektor soll als Verursacher der Krise weiteren Krisen aber nicht nur vorbeugen, sondern sich auch an den bereits entstandenen Kosten für die Krise beteiligen. Die Verhandlungen zur Finanztransaktionssteuer, die Bundeskanzler Werner Faymann als einer der ersten Regierungschefs in Europa forciert hat, müssen erfolgreich zu Ende gebracht werden. Auch der Kampf gegen Steuerflucht, durch den Europa jährlich eine Billion Euro entgehen, steht weit oben auf unserer Agenda.

Mehr national und regional entscheiden

Außerdem wollen wir die Subsidiarität wahren, sprich: Alles, was auf nationaler oder regionaler Ebene sinnvoller als auf europäischer Ebene geregelt werden kann, soll auch dort geregelt werden. Auf EU-Ebene sind die großen Herausforderungen wie der Klima- und der Datenschutz in Angriff zu nehmen. Der Datenschutz, aber auch die Wahrung unserer hohen sozialen und ökologischen Standards sind uns bei den aktuellen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, aber auch bei allen anderen Abkommen, wichtig.

Das ganze Wahlprogramm ist auf der Website der SPÖ abrufbar. ■

<http://www.spoe.at>

Harald Vilimsky, Spitzenkandidat der FPÖ

Während die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP dem Zentralismus huldigen und noch mehr österreichische Kompetenzen an die EU abtreten wollen, kämpft die FPÖ für den Erhalt unserer Souveränität und gegen eine ausufernde EU-Bürokratie. Wir wollen keinen zentralistischen Bundesstaat nach dem Muster der USA, sondern eine europäische Konföderation souveräner Nationalstaaten mit einer starken direktdemokratischen Komponente.

Es ist eine Tatsache, daß organisierte Kriminalität, Schlepperunwesen sowie Kriminaltourismus seit der Grenzöffnung im Rahmen des Schengen-Abkommens innerhalb der EU massiv zugenommen haben. Ein gewaltiger Asylstrom in Richtung Österreich, das durch das Dublin II bzw. III-Abkommen eigentlich von sicheren Drittstaaten umgeben ist, kommt dazu. Die FPÖ will daher im Interesse der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung einen Volksentscheid darüber, ob unsere Grenzen weiterhin zu Lasten unserer Sicherheit und unserer sozialen Systeme bedingungslos geöffnet bleiben sollen oder nicht. Der Kriminalität und dem Asylmißbrauch muß kompromißlos der Kampf angesagt werden.

Während die Masse der Parteien im EU-Parlament der immer stärker werdenden Macht der Konzerne innerhalb der Europäischen Union nichts entgegensetzen, richtet sich die Kritik der FPÖ gegen die ausufernde Globalisierung sowie gegen Lohndumping, Sozialtourismus und das Diktat der internationalen Finanzmärkte. Wir wollen vielmehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in allen Mitgliedsstaaten und stehen deshalb für den Erhalt unserer nationalstaatlichen, gewachsenen Solidarsysteme und unserer sozialen Netze. Umverteilungsmechanismen zu Lasten der Österreicher wollen wir abstellen

Während SPÖ, ÖVP, Grüne und NEOS begrüßen, daß die EU zu einem multikulturellen Einheitsstaat wird, setzt sich die FPÖ für den Erhalt der kulturellen Identität der europäischen Völker ein. Dazu gehört ein klares Bekenntnis gegen Massenzuwanderung, Islamisierung, den EU-Beitritt der Türkei und die Schaffung einer europäischen „Einheitsgesellschaft“. Wir wollen die Vielfalt der europäischen Hochkulturen auf der kulturellen Basis des Abendlandes und den Werten des Christentums erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehört auch ein Zu-

wanderungsstopp für die EU und für Österreich

Die österreichischen Regierungsparteien und die Grünen sind mit ihrer Zustimmung zum ESM-Haftungswahnsinn mitverantwortlich dafür, daß Milliarden Euro an EU-Pleite-Staaten und Spekulationsbanken gehen. Die NEOS unterstützen sie dabei. Die FPÖ kämpft für ein Ende der Haftungen, weil wir unser Geld im eigenen Land brauchen. Wir wollen den Erhalt der nationalstaatlichen Volkswirtschaften, kein Diktat der multinationalen Konzerne und kämpfen gegen die Fehlkonstruktion der Euro-Einheitswährung. Sollte es nicht gelingen, den Euro zu stabilisieren, beinhaltet dies auch die Möglichkeit einer eigenständigen Wirt-



Foto: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Harald Vilimsky
Spitzenkandidat der FPÖ

schafts- und Währungspolitik. Das heißt: eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder die Einrichtung einer Währung auf Basis eines Verbundes ähnlich starker Volkswirtschaften

SPÖ und ÖVP unterstützen EU-Bestrebungen, die eine Art gläsernen Einheitsmenschen ohne Geschlechterdifferenz hervorbringen wollen, der in Abhängigkeit von einer undemokratischen Bürokratie lebt, der kritikloser Massenkonsument sein soll und der totaler Überwachung ausgesetzt ist. – Die FPÖ dagegen setzt sich für den Erhalt der traditionellen Familie ein und kämpft gegen Genderwahn, Dekadenz und Hedonismus. Wir wollen eine geburtenfreundliche Familienpolitik, die den europäischen Völkern mit eigenen Kindern die Zukunft sichert. Zugleich lehnen wir eine Aufweichung der Bürgerrechte durch einen Überwachungsstaat entschieden ab.

Die FPÖ fordert:

- Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker durch die EU als Grund- und Menschenrecht.
- Ein „Europa der Vaterländer“ samt demokratischem Mitspracherecht seiner Völker anstatt einer Entmündigung der Bürger durch demokratisch nicht legitimierte EU-Institutionen.
- Renationalisierung von Kompetenzen – Gesetzgebung durch Änderung der EU-Verträge wieder stärker auf die nationalen Parlamente zurück verlagern.
- Schaffung echter direkter Demokratie in Österreich als Gegengewicht zum EU-Zentralismus.
- Halbierung der österreichischen EU-Beiträge.
- Aktive Neutralitätspolitik Österreichs als Vermittler bei Konflikten.
- Neuordnung des EU-Fördersystems wie etwa der Agrarförderung, das zum sündteuren „bürokratischen Monster“ verkommen ist.
- Ende des „Wanderzirkus“ des Europäischen Parlaments – Straßburg als einziger und fixer Standort.
- Volksabstimmung über die Mitgliedschaft am Schengen-Raum in Österreich
- Kein Recht auf Asylanträge in Österreich für jene, die laut Dublin II über einen sicheren Drittstaat kommen oder deren Antrag schon in einem anderen sicheren Land abgelehnt wurde.
- Schaffung von Asylwerberzentren außerhalb der EU (z. B. in Nordafrika).
- Verstärkte Videoüberwachung der Grenzübergänge.
- Mehr Geld für die Polizei, um die grenzüberschreitende Kriminalität wirksam bekämpfen zu können.
- Vorrang für heimische Arbeitskräfte – Beschränkung des EU-Freizügigkeitsprinzips durch eine sektorale Schließung des österreichischen Arbeitsmarktes für EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger.
- Ablehnung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA, das die Macht der globalen Konzerne stärkt und den Schutz der Konsumenten aushöhlt.
- Genereller Erweiterungsstopp – keine schrankenlose Ausweitung der EU auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nichteuropäische Gebiete.
- Abkehr von der Regulierungswut – gegen wahnwitzige Projekte.

<http://www.fpoe.at>

Ulrike Lunacek, Spitzenkandidatin der Grünen

Europa ist unser Zuhause. Wir reisen ohne Grenzkontrollen, wir bezahlen in vielen EU-Mitgliedsstaaten mit dem Euro, wir arbeiten international, lernen und studieren europaweit. Europa ist weltweit zu einem Symbol für Frieden, Freiheit und Wohlstand geworden.

Doch zugleich wird die europäische Idee bedroht: von skrupellosen Lobbys, Großkonzernen und einer entfesselten Finanzindustrie. Tausende Lobbyisten nehmen das europäische Projekt in Geiselnhaft und ruinieren Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und nicht zuletzt unsere Grund- und Menschenrechte.

Die Wahrung der fundamentalen Rechte jedes Menschen müssen den Kern der EU-Politik ausmachen. Spätestens seit Edward Snowdens mutiger Aufdeckung der Massenüberwachung durch den US-Geheimdienst NSA ist klar: Wesentliche Freiheitsrechte sind in Gefahr. Nicht nur die Privatsphäre, auch Presse- und Meinungsfreiheit geraten unter Druck. Auch europäische Geheimdienste haben an der illegalen Sammlung von Kommunikationsdaten von Millionen BürgerInnen intensiv mitgewirkt und damit gegen die Europäische Charta der Grund- und Freiheitsrechte verstoßen.

Die modernen Überwachungstechnologien ermöglichen nicht nur das Abfangen und die Speicherung unserer digitalen Daten, sondern erlauben zunehmend auch deren automatische Analyse. Wir stehen daher an einem Wendepunkt: Wir können und wollen die moderne Technologie nicht aufhalten. Sie birgt Chancen und Potential für unser persönliches Leben aber auch für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß wir durch die vollständige Überwachung die Menschenrechte der Meinungsfreiheit, der Privatsphäre, der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit verletzen.

Uns Grüne geht es darum, die Grundrechte im digitalen Zeitalter zu erneuern. Individuelle Daten gehören den Einzelnen und nicht Staaten oder Firmen. Privatheit muß als unteilbares Element der Würde des Menschen anerkannt werden und auch im Internet Geltung erlangen. Mit der EU besitzen wir einen politischen Rahmen, der wirksamen Schutz vor Überwachung bieten kann. Dazu muß er aber auch genutzt werden. Wir wollen frei und selbstbestimmt leben können und uns nicht bald im Albtraum

einer durch und durch überwachten Gesellschaft wiederfinden.

Wir Grüne haben deshalb auch Edward Snowden für den Nobelpreis vorgeschlagen und wir verlangen Asyl für ihn und andere Whistleblower in der EU. Es braucht hier eine klare Position gegenüber den USA und innerhalb der Union, die die grundsätzliche Unantastbarkeit des Privatlebens und den Datenschutz in den Mittelpunkt stellt.

Die gleiche Vehemenz und Klarheit braucht es bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen



Foto: diegruenenoessterreich

Ulrike Lunacek
Spitzenkandidatin der Grünen

(TTIP), das wir Grüne in der jetzigen Form ablehnen, sowohl was den Sozial- und Umweltstandards gefährdenden Inhalt als auch die intransparente Art der Verhandlungen betrifft. TTIP ist ein Projekt der Großkonzerne, die Standards abbauen wollen. Ginge es nach den USA, würden Hormonfleisch, genmanipulierte Lebensmittel und Fracking auch bei uns bald zum Alltag gehören. Wir setzen alles daran, daß TTIP das gleiche Schicksal ereilt wie das Grundrechte verletzende ACTA-Abkommen, das maßgeblich auf Grüne Initiative hin durchgefallen ist.

Die EU ist bei weitem nicht perfekt. Ihre Mängel legen gerade wir Grüne schonungslos offen. Gleichzeitig sind wir überzeugt, daß unser Europa mehr kann: Freiheit, Vielfalt und ein menschliches Miteinander statt Korruption, Päckerei und Gier. Statt einer „Immer-Mehr-Gesellschaft“ wollen wir die „Immer-Fair-Gesellschaft“. Bildungslust statt Bildungsfrust. Gesunde Lebens-

mittel, die fair produziert werden. Vielfalt statt Einfalt, vom Saatgut bis hin zur Energiepolitik. Europa braucht neben ambitionierten Klimazielen einen Grünen Investitionspakt für nachhaltige Entwicklung. „Raus aus Öl und Gas“ macht nicht nur ökologisch, sondern wie wir gerade an der Krim-Krise sehen, auch außenpolitisch völker- und menschenrechtlich Sinn.

Soziales soll in allen europapolitischen Bereichen einen zentralen Stellenwert erhalten. Und für uns fängt diese europäische Solidarität bei den Verfolgten an, bei denen, die in Europa Schutz und Zukunft suchen: Statt der vorherrschenden Abschottungspolitik braucht die EU eine Eingangstür zu einem menschenwürdigen Leben. Deshalb hören wir nicht auf eine europäische Asyl- und Migrationspolitik, die diesen Namen verdient, zu fordern.

Nicht zuletzt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre auch die politischen Defizite der Union schonungslos offen gelegt. Wir haben es erlebt: Die nationalen Regierungen sind als Entscheidungsträger für das gemeinsame Europa ungeeignet. Sie sind zu langsam, immer zu spät, zu zögerlich und zu sehr auf den eigenen, kleinen, nationalen Schrebergarten fixiert. Was es braucht, sind neue europäische Akteure und eine neue Bündelung der Kräfte. Deswegen verlangen wir einen Europäischen Konvent unter breiter Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft: Nur damit gelingt uns die Einführung einer handlungsfähigen und demokratisch legitimierten Steuerung Europas.

Das sind unsere Ziele, das ist unser Europa. Gemeinsam können wir Europa vor seinen Gegnern retten. Freiheit, Vielfalt und ein menschliches Miteinander statt Korruption, Päckerei und Gier.

Dein und unser Europa kann mehr! Bitte unterstütze uns und eine positive Zukunft Europas mit deiner Stimme am 25. Mai.

Ulrike Lunacek ist Vizepräsidentin und außenpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Europaparlament sowie Spitzenkandidatin der österreichischen Grünen bei den Europawahlen 2014. ■

<http://www.gruene.at>

Angelika Werthmann, Spitzenkandidatin des BZÖ

Die Europäische Union wie sie sich derzeit darstellt, ist schwerfällig, entscheidungsschwach, undemokratisch und zentralistisch geworden. Die großen, ursprünglichen europäischen Friedens- und Einigungsideen der Gründergeneration Schuman, de Gaulle und Adenauer finden sich in der derzeitigen Politik der EU nicht wieder. Die praktizierte Politik der EU widerspricht unserer Vision von einem geeinten Europa in der Vielfalt von souveränen, in ihren Kernkompetenzen selbständigen und eigenverantwortlichen Nationalstaaten. Das Versagen der EU und damit auch der Politik der Mitgliedsstaaten hat sich seit 2008 im Rahmen der Wirtschafts- und Strukturkrise eindrucksvoll gezeigt.

Wie stellt sich dieses EU-System derzeit für uns dar:

Zugriff auf private Sparguthaben

Der Vorschlag des Internationalen Währungsfonds sieht vor, daß im Bedarfsfall – wenn erneut ein EU-Staat vor der Pleite gerettet werden muß – direkt auf die Sparguthaben der BürgerInnen zugegriffen werden kann. Bis zu 10 Prozent des Sparguthabens können dann über Nacht von den Sparbüchern und Bankkonten aller EU-BürgerInnen abgeschöpft werden. Bereits bei der Zypern-Krise hat die EU vorgezeigt, wie einfach und schnell das geht: Banken werden ohne Ankündigung geschlossen, Bankomaten gesperrt und erst wieder geöffnet, wenn das Geld abgeschöpft ist. Damit wird die Zwangseinteilung der BürgerInnen traurige Realität.

Erhebung der Steuer- und Einkommensdaten der BürgerInnen

Die EU bereitet gegenwärtig gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds und den G8-Staaten die vollständige Erhebung aller Steuer- und Einkommensdaten jeder einzelnen Bürgerin, jedes einzelnen Bürgers vor. Dabei wird zur Begründung der Kampf gegen Steuerhinterziehung angeführt. Auch in Österreich wurde das Bankgeheimnis von SPÖ und ÖVP geopfert. Doch die Wahrheit ist, daß die EU diese Daten dafür braucht, um auch tatsächlich lückenlos auf die Gelder aller Bürger zugreifen zu können.

Zugriff auf nationale Staatsvermögen

Die EU will nicht nur den Zugriff auf die

privaten Gelder der Sparer, sondern letztendlich auch auf das Staatsvermögen der einzelnen Mitgliedsstaaten. So wird derzeit durch komplizierte EU-Vertragswerke die Übernahme von staatlichen oder halb-staatlichen Betrieben sowie von Anleihen und Beteiligungen der nationalen Staaten durch die EU vorbereitet. Dabei geht es ausschließlich um den Zugriff auf Gelder, die zur weiteren Staats- und Bankenrettung von Pleitestaaten und damit zur Rettung des Euro verwendet werden sollen – Stichwort „Rettungsschirm“. Der billige Ausverkauf unserer



Foto: Europäisches Parlament

Angelika Werthmann
Spitzenkandidatin des BZÖ

österreichischen Unternehmen sowie der Verlust tausender Arbeitsplätze wären die Folgen.

Sozialabbau durch EU-Sozialunion

Die EU bereitet derzeit die Umsetzung einheitlicher Sozialstandards vor. Dies bedeutet die Einführung einer sogenannten Sozialunion, hinter der sich für jene Länder mit hohen sozialen Standards die Gefahr eines drastischen Sozialabbaus verbirgt. Österreich steht für einen hohen Standard sozialer Leistungen, welcher in einer EU-Sozialunion nicht zu halten wäre. Im Gegensatz zur EU sind die hohen österreichischen Sozialstandards für uns unantastbar. Denn die Folgen wären steigende Armut, steigende Arbeitslosigkeit und Kürzungen bei den Kranken- und Gesundheitsleistungen.

Alternativenlosigkeit beim Euro

In der Diskussion rund um den Euro wird

uns eindrucksvoll bestätigt, daß Visionen und Mut bei den Mächtigen in Brüssel fehlen. Selbst der Mut, den Menschen die Wahrheit über den Zustand des Euro zu sagen, ist abhanden gekommen. Nicht die Rettung des Euro steht im Mittelpunkt der Überlegungen der europäischen Staats- und Regierungschefs, sondern die Rettung von Banken. Mit dem ESM, dem Haftungsschirm etc. haften beispielsweise die ÖsterreicherInnen per Stand heute bereits für die unglaubliche Summe von mehr als 80 Milliarden Euro. Allein die überhastete Einführung des Euro offenbart die Strukturdefizite der Mitgliedsstaaten.

Sicherheits- und Außenpolitik der EU

Die EU war ursprünglich unser wichtigstes Friedensprojekt. Die Unfähigkeit der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik offenbarte sich erst jüngst im Rahmen der Ukraine-Krise und des arabischen Frühlings. Da sich die Mitgliedsstaaten auf keine gemeinsamen außenpolitischen Interessen einigen können, ist die EU auch unfähig, mit einer gemeinsamen starken Stimme zu sprechen. Daher wird die EU auch weltpolitisch nicht als ernstzunehmender Player wahrgenommen.

Fazit

Die EU befindet sich in einer Systemkrise mit weitreichenden negativen Folgen für die BürgerInnen. Um das europäische Friedensprojekt zu erhalten und um Europa eine gute Zukunft zu garantieren, braucht es eine neue Generation von unverbrauchten, jungen, dynamischen und idealistischen Geistern, die Österreich und die EU grundlegend reformieren. Wir sind überzeugt, daß Österreich – gebettet in dieses Europa – endlich eine neue mutige Generation von Menschen braucht, die Verantwortung übernehmen – die dieses Ruder in die Hand nehmen und versuchen, festgefahrene Machtstrukturen aufzubrechen und zu erneuern. ■

<http://www.bzoe.at>

Die Parteien zur EU-Wahl am 25. Mai 2014

Ewald Stadler, Spitzenkandidat der REKOS

Sicherung der Neutralität – gegen eine Militärunion

Brüssel ist der Sitz der NATO. Die Bundesregierung hat die Militärbeschlüsse der EU mitgetragen, das EU-Parlament hat ein Militärhauptquartier in Brüssel und Gefechtsverbände beschlossen. Jährlich fließen 30 Millionen Euro unserer Steuern in die EU-Verteidigungsagentur. Wir sind strikt gegen eine Militärunion. Europa ist der Kontinent des Christentums und muß dem Frieden verpflichtet sein. Österreichs Neutralität muß gewahrt werden.

Keine EU-Erweiterung ohne vorherige Volksabstimmung

Bei der Erweiterung der EU nehmen die EU-Bürokraten auf die Auswirkungen für die einzelnen Mitgliedsstaaten keine Rücksicht. Wir fordern mehr Mitspracherecht, vor jeder weiteren EU-Erweiterung muß es in Österreich eine Volksabstimmung geben.

Rückbau der EU-Bürokratie – Stopp dem Regulierungswahn

Ohne öffentliche Kontrolle beherrschen die Bürokraten der EU 500 Millionen Menschen. Große Konzerne, Banken und Lobbys bestimmen. Unsinnige Bevormundungen wie das jüngste Bierkrugverbot, die Pflicht zu Schockfotos auf Zigarettenpackungen, die Regel für Olivenölkännchen, Staubsauger, Glühbirnen, Saatgut et cetera sprechen Bände! Wir verlangen einen Stopp des Regulierungswahns und eine Reduktion der Bürokratie in der EU.

Konzentration auf das Wesentliche

Die Europäische Union sollte sich hauptsächlich auf die Wahrung der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (Personenverkehrsfreiheit, Warenverkehrsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, der Abbau von Zöllen), sowie das Vereinbaren von technischen und sozialen Mindeststandards auf der Basis freiwilliger Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten beschränken.

Finanzielle Eigenständigkeit statt Haftungsbündnis

Jedes Land muß selbst über seine Ausgaben entscheiden können und die Verantwortung dafür tragen. Wir lehnen es ab, mit unserem hart erarbeiteten Geld für die Schulden von Pleitestaaten zu haften.

Aufbruch der europäischen Meinungsdiktatur

Die EU-Lobbyisten predigen Gender-Mainstreaming und die EU diskriminiert durch einseitige Maßnahmen – der EU-Arbeitsmarkt und der „Teuro“ machen uns alle zu Humankapital, häusliche Arbeit wird nicht wertgeschätzt. Wir fordern Familien-Mainstreaming, ein gerechtes Steuersystem für Familien, Familienwahlrecht und die Anerkennung der Hausfrau und Mutter als „Einzelunternehmerin“.

Einigkeit statt Einheitlichkeit

Friedliches Zusammenleben kann es nur auf Basis von Freiheit und Freiwilligkeit geben. Wir lehnen die Bildung eines EU-Staa-



Ewald Stadler
Spitzenkandidat der REKOS

tes nach Vorbild der USA, sowohl als zentralistisches als auch als föderales Modell ab. Das Ziel ist ein Bündnis selbständiger Staaten zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit.

Aufhebung des ESM – Verkleinerung der Eurozone

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist in Wahrheit eine gefährliche Haftungsunion. Wir fordern seine sofortige Abschaffung, die Reduktion der Eurozone auf einen harten Kern und die Wiedereinführung des Wechselkursmechanismus.

Stärkung der Direkten Demokratie

Die Völker Europas sind die Träger der staatlichen Souveränität. Die EU entmündigt und entrechtet uns, indem sie die Souveränität der Staaten und die Freiheit der Völker zerstört. Wir wollen Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.

Umfassender Lebensschutz – Achtung menschliche Würde

Die EU finanziert Abtreibung und die Zerstörung menschlicher Embryonen. Das verstößt gegen die Menschenwürde und zudem gegen das Grundrecht auf Leben. Wir fordern eine sofortige Aussetzung des österreichischen Mitgliedsbeitrages, solange die EU weiter Abtreibungseinrichtungen finanziert. Wir fordern einen umfassenden Ausbau der Pflege und Hospiz sowie ein Verbot der Euthanasie. Welchem Menschen das Recht auf Leben zugestanden und wem es verweigert wird, hat niemand zu entscheiden. Der Staat muß Müttern Hilfe, nicht Abtreibung anbieten.

Einführung des Trennbankensystems

Wir fordern Regeln für die Banken und die Finanzwirtschaft auf nationaler Ebene, insbesondere die sofortige Wiedereinführung des Trennbankensystems. Wir lehnen auch Abschöpfungsmaßnahmen von Sparguthaben, wie sie bereits in Zypern erprobt und nun von IWF und EU-Institutionen vorgeschlagen werden, als Enteignungsmaßnahmen schärfstens ab. Die Sicherheit der Sparguthaben muß ebenso geschützt werden wie das Bankgeheimnis. Banken müssen ihre Spekulationsverluste selbst tragen und Bank- und Finanzmanager müssen auch mit ihrem Privatvermögen für die von ihnen verursachten Verluste haften.

Verhinderung des TTIP

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), welches hinter verschlossenen Türen und geheim ausverhandelt wird, würde europäischen Unternehmen gar nichts bringen. Experten prognostizieren ein Wirtschaftswachstum von gerade einmal 0,05 Prozent jährlich.

Abschaffung des Europäischen Haftbefehls

Die EU hat den sogenannten „Europäischen Haftbefehl“ eingeführt, mit dem in der gesamten Union nach allen Rechtsordnungen der Union Strafverfolgung selbst dort ausgeübt werden kann, wo diesbezügliche Delikte gar nicht einer Strafverfolgung unterliegen. Der Europäische Haftbefehl ist in hohem Grade mißbrauchsanfällig. Wir wollen daher die Abschaffung des Europäischen Haftbefehls.

<http://www.rekos.at>

Martin Ehrenhauser und Ulli Fuchs, Europa anders

Europa Anders – Europa der Menschen

Wir leben in einem Europa der Banken, der Konzerne und der Mächtigen. Einem Europa, in dem der Wohlstand und Sozialstaat immer weniger Menschen erreicht, während Milliardensummen für Bankenrettungen und die Subventionierung der Reichen keine Grenzen zu kennen scheinen. Einem Europa, das so stolz ist auf seine sozialen Werte und Errungenschaften, jedoch gleichzeitig die Ärmsten der Armen an seinen Grenzen ertrinken läßt. Einem Europa, in dem demokratische Mitbestimmung nur mehr auf dem Papier existiert und unsere PolitikerInnen über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Einem Europa, in dem der Reichtum einiger Weniger ins Unermeßliche steigt, während immer weniger Menschen von ihrer Arbeit leben können, oder überhaupt eine haben. Einem Europa, in welchem Frauen noch immer diskriminiert werden und in dem das Selbstbestimmungsrecht der Frauen immer wieder in Frage gestellt wird. Einem Europa, das Umweltschutz zwar als Anliegen verkündet, aber CO₂-Papiere als Lösung für den Klimawandel vorgaukelt. Einem Europa, in dem der vermeintlichen Elite alle Chancen offen stehen, aber der Großteil der nächsten Generation in kompletter Perspektivenlosigkeit aufwächst. Einem Europa, in dem jede und jeder unter Generalverdacht steht und Privatsphäre nur mehr zur Verschleierung von Vermögen genutzt wird. Einem Europa, das seine Vision verloren hat und dessen PolitikerInnen in ihrer Ideenlosigkeit und Korruptheit im Rausch des unendlichen Wirtschaftswachstums bereit sind, alles zu opfern, sogar unseren Planeten. Vor nichts und niemandem mehr wird Halt gemacht, wenn es darum geht, die Gewinne der Finanzmärkte zu maximieren – dafür werden lang erkämpfte soziale Rechte und Errungenschaften sowie die ökologischen Lebensgrundlagen für Mensch und Tier bedenkenlos geopfert.

Dieses Europa steckt in einer Sackgasse! Deswegen lehnen wir dieses Europa ab und machen uns stark für ein anderes Europa – ein ökologisches Europa der Demokratie und der Solidarität, welches sich für Frieden und Selbstbestimmung engagiert.

Für ein anderes Europa

Wir wollen aus der Wirtschafts- und Währungsunion eine richtige Europäische Gemeinschaft schaffen. Dazu müssen die

Menschen Europas die Europäische Union grundlegend neu und vor allem demokratisch gestalten. Für diese Gemeinschaft haben wir eine Vision:

Wir wollen in einem Europa leben, in dem sich Menschen unterschiedlicher Herkunft einander zugehörig fühlen und auf Augenhöhe an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten. Ein Europa, das auf Kooperation baut. Ein Europa, in dem sich jede und jeder frei entwickeln und entfalten kann. Ein Europa, in dem Ressourcen gerecht verteilt werden. Ein Europa, dessen Streben nach



Foto: Europäisches Parlament

Martin Ehrenhauser
Spitzenkandidat von Europa anders



Foto: Europa anders

Ulli Fuchs
Spitzenkandidat von Europa anders

Demokratie, Solidarität, Frieden, Mitbestimmung und Mündigkeit aller, Transparenz, Gleichheit und Nachhaltigkeit unerschütterlich ist. Ein Europa, in dem Fortschritt über Nachhaltigkeit, allgemeinen Wohlstand und

Teilhabe definiert wird. Ein Europa, in dem Technologie Menschen befähigt und ermächtigt. Ein Europa, für das die Menschenrechte nicht an seinen Grenzen aufhören. Ein Europa, das den Mut hat, sich zu verändern. Ein Europa, an das wir glauben und für das wir bereit sind zu kämpfen. Für unseren Traum einer guten Gesellschaft. Das ist unsere Vision.

Um solch einen Wandel auch zu schaffen, braucht es aber mehr als starke Forderungen und MandatarInnen in Parlamenten: Es braucht mehr mündige und informierte Menschen, die nicht mehr nur KonsumentInnen sind, die alles, was PolitikerInnen, Fernsehen, Zeitung und das Internet ihnen aufdrängen, unhinterfragt aufnehmen, sondern sich selber informieren, diskutieren, das Internet nutzen und mit der Veränderung in ihrem eigenen Leben beginnen. Gleichzeitig wollen wir als Gemeinschaft mit einem starken Sozialstaat dafür sorgen, daß allen Menschen diese Grundvoraussetzungen geboten werden.

Gemeinsam können wir die Zukunft gestalten und verändern. Dann sehen wir sie nicht mehr als Bedrohung, sondern als Chance, unser Leben und das unserer Kinder zu verbessern, unsere Umwelt zu erhalten, faires Wirtschaften zu realisieren und Chancengleichheit, Freiheit und Zugang zu Informationen für alle Menschen zu ermöglichen. ■

<http://www.europaanders.at>

Angelika Mlinar, Spitzenkandidatin der NEOS

Wir haben eine Vision: wir sehen ein Europa, das zusammenhält, ein Europa, in dem Freiheit, Vielfalt und Offenheit im Umgang miteinander wichtig sind. Europa spricht in der Welt mit einer starken Stimme für Demokratie, Grundrechte und soziale Verantwortung. Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, setzen wir auf zwei Kernbereiche: Ein zukunftsfähiges Europa für die nächste Generation und ein Europa der BürgerInnen, das auf eine grundlegende Institutionenreform mit BürgerInnenbeteiligung setzt.

Damit Europa Zukunft hat, müssen wir denen Chancen geben, die diese Zukunft sind: unseren Kindern und Enkelkindern. Schwerpunkt ist dabei die Bildungspolitik: Die steigende Jugendarbeitslosigkeit raubt der jungen Generation die Luft zum Atmen und nimmt ihnen das Geld zum Leben. Wenn PolitikerInnen ihrer Verantwortung nicht nachkommen, dieser Generation Perspektiven in Ausbildung und Beschäftigung zu geben, dann verlieren wir sie und damit eine Generation, die darauf vertraut, daß die europäische Idee einen Wert hat. Kurz: Wir laufen Gefahr, Europa zu verlieren.

Einen Schritt, den wir setzen können, ist das Konzept der dualen Ausbildung nach ganz Europa zu tragen – hier hat ein heimisches Erfolgskonzept das Potential, Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen. Weiters wollen wir jedes Jahr 10.000 junge ÖsterreicherInnen mittels Austauschprogramm nach Europa schicken, damit SchülerInnen, Lehrlinge und StudentInnen die Chance haben zu lernen, zu arbeiten und vor allem Europa zu erleben.

Auch den Universitäten gebührt Aufmerksamkeit: Europäische Universitäten sind in allen Rankings abgestürzt. Der Brain Drain zeigt sich in der fehlenden Entwicklung innovativer Industrien. Wir wollen, daß Europa wieder Forschungs-Weltmeister und NobelpreisträgerInnen-Paradies wird. Dabei muss aber noch mehr investiert werden als die zwei Prozent des BIP, wie im Lissabon-Bekenntnis festgeschrieben. Diese gut ausgebildeten Menschen sollen dann ihre Ideen in Europa umsetzen. Europa muss der Start-Up Kontinent werden. Dazu muß die Gesetzgebung im Bereich Venture Capital harmonisiert werden. Zudem wollen wir durch die Schaffung eines Jungunternehmerfonds eine Million Unternehmens-Neugründungen in der EU hervorbringen.

Investitionen werden aber fast verunmöglicht durch den hohen Schuldenberg: Die Gemeinschaft muß sich wieder auf jene Regeln besinnen, die sie sich einst gegeben hat: Die Schuldenlast muß wieder in Richtung 60 Prozent des BIP gehen.

Der Kontinent muß aber auch lebensfähig bleiben – dafür ist ein Fokus auf Umwelt- und Energiepolitik notwendig. Europas Abhängigkeit von fossilen Energieträgern soll durch den Einsatz von innovativen Technologien, erneuerbarer Energiequellen und En-



Foto: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Angelika Mlinar
Spitzenkandidatin der NEOS

ergieeffizienz um 20 Prozent reduziert werden.

Rein in die Herzen: ein Europa der BürgerInnen

Was spüren wir, wenn wir an Europa denken? Wir NEOS sind davon überzeugt, dass die Europäische Union sich als Chancengemeinschaft zur Sicherung von Frieden und Wohlstand bewährt hat. Europa ist bei vielen im Kopf angekommen. Das ist aber nicht genug. Europa muß es auch in die Herzen der Menschen schaffen.

So wollen wir das Projekt einer europäischen Verfassung wieder aufgreifen. Ein Verfassungskonvent soll unter Beteiligung aller BürgerInnen einen Vorschlag erarbeiten. Außerdem wollen wir Rat und Parlament als zwei gesetzgebende Kammern neu denken: das Parlament soll mit mehr Rechten ausgestattet werden und die UnionsbürgerInnen repräsentieren. Der Rat als zweite gesetzge-

bende Kammer soll durch direkt gewählte MandatarInnen die Mitgliedsstaaten repräsentieren. Die Kommission soll zu einer echten EU-Regierung werden. Auch die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik soll neu gedacht werden: mit einer/einem echten EU-AußenministerIn soll Europa endlich mit einer starken Stimme sprechen!

In dem Zusammenhang muß die Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa gemeinsam gelöst werden. Wir dürfen nicht Augen und Ohren davor verschließen, wenn tausende Menschen vor unserer Haustür im Mittelmeer ertrinken. Wir NEOS wollen für eine gemeinsame, solidarische und menschenfreundliche Asyl- und Migrationspolitik kämpfen.

Ein Europa der BürgerInnen bedeutet auch, dass die Rechte der BürgerInnen geschützt werden. Wir wollen Datensouveränität! Nur die BürgerInnen alleine sind berechnete EigentümerInnen ihrer Daten. Vorratsdatenspeicherung ist abzuschaffen. Auf der anderen Seite fordern wir statt dem gläsernen Bürger einen gläsernen Staat – was mit öffentlichen Geldern finanziert wird, soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Abschluß

Wir lieben Europa. Jede Liebesbeziehung verursacht immer wieder Kopfweh. Das ist aber wichtig, weil dann die Chance besteht, ein beziehungsklärendes Gespräch zu führen. Das ist nicht immer angenehm, das verlangt Mut, das braucht Zuversicht und den Glauben an das Gemeinsame.

Vergessen wir trotz der vielen Bäume, die uns manchmal die Sicht verstellen, nicht: Europa ist ein wunderbarer Wald, voller Vielfalt und Stärke. Es ist eine der zentralen Aufgaben, unsere Vision der Vereinigten Staaten Europas hinaus zu tragen, darüber zu streiten und dafür zu werben. Mein Traum ist es, dass dieses Europa irgendwann einmal nationalstaatliche Grenzen überwindet und wir in einem geeinten Europa der Regionen leben – einem Europa, das aus der Vielfalt seiner Wurzeln, Traditionen und Kulturen eine gemeinsame Stärke schafft, Frieden wahrt und Chancen sichert. Diesen Traum versuchen wir mit Leben zu füllen.

<http://www.neos.eu>

Robert Marschall, Spitzenkandidat von EU-STOP

Wozu EU?

Die EU ist weder demokratisch (die Legislative macht die Gesetzgebung), noch rechtsstaatlich (EU-Recht wird wissentlich und schwerwiegend gebrochen), ist kein einheitlicher Währungsraum (sondern hat elf verschiedene Währungen) und ist auch nicht friedlich – denn wäre die EU dieses, dann müßte sie auf Angriffskriege verzichten und sich militärisch für neutral erklären. Tut sie aber nicht! Z.B. haben EU-Länder Libyen angegriffen und dort Städte bombardiert und nicht umgekehrt. Weiters dürfte die EU keine fremden Soldaten und Militärstützpunkte – insbesondere nicht der USA – auf eigenem EU-Territorium dulden, tut sie aber!

In die EU haben viele Österreicher 1994 vor dem Beitritt große Hoffnungen gesetzt und der EU einen großen Vertrauensvorschuß gegeben. Diesen hat die EU leider komplett verspielt. Stattdessen gibt es jetzt Rekordschulden der EU-Mitgliedsländer, Massenarbeitslosigkeit in ganz EU-Europa, Lohn- und Sozialdumping, und möglicher Weise manövriert sich die EU im Ukraine-Konflikt gerade in einen Krieg mit Rußland hinein.

Wollen wir Österreicher das?

NEIN, das wollen wir nicht.

Was kann man auf demokratischem Wege dagegen tun?

Da die bestehenden Parlamentsparteien keine Volksabstimmung zum EU-Austritt Österreichs beantragt haben, bleibt nur mehr die Möglichkeit, bei Bundeswahlen anzutreten und der regierenden SPÖ-ÖVP-Koalition für ihre EU-Politik eine massive Wahlniederlage zuzufügen. Und genau das macht jetzt die Liste „EU-STOP“.

Das Wahlbündnis EU-STOP

Dieses besteht aus dem „Bündnis Neutrales Freies Österreich (NFÖ)“ und der „EU-Austrittspartei (EUAUS)“. Während das NFÖ schon vor über 10 Jahren gegründet wurde und in Westösterreich am stärksten ist, so gibt es die EU-Austrittspartei seit 2,5 Jahren, die in Ostösterreich am stärksten ist.

Ende Jänner 2014 haben beide Parteien beschlossen, gemeinsam unter dem Listennamen EU-STOP bei der kommenden EU-Wahl anzutreten.

Zwischenzeitlich ist die Kandidatur geschafft und EU-STOP steht in ganz Österreich am Stimmzettel der EU-Wahl 2014. Jetzt geht's los.

Warum wir EU-Gegner bei dieser EU-Wahl wählen gehen?

1. Eine Demokratie lebt – unter anderem – von Wahlen. Ohne Wahlen gäbe es entweder Chaos durch Anarchie oder Zwang durch Diktatur. Das wollen wir beides nicht. Wir wollen eine möglichst gute Vertretung des Volkes und des Volkswillens in den Parlamenten. Wir wollen die Demokratie nicht abschaffen, sondern stark verbessern, z.B. durch ein faires Wahlrecht und durch Direkte Demokratie mittels Volksabstimmungen, die vom Volk eingeleitet werden können.
2. Weil das Ankreuzen der Liste EU-STOP der maximale Protest gegen die EU ist.
3. Zirka 170.000 gültige Stimmen braucht



Foto: ZVG, EU-STOP

Robert Marschall,
Spitzenkandidat von EU-STOP

- EU-STOP – letzte Zeile am Stimmzettel – für ein Mandat. Jede Stimme ist ein deutliches Zeichen für den EU-Austritt Österreichs.
4. Mit einem (x) für EU-STOP macht Österreich einen großen Schritt in Richtung Selbstbestimmung Österreichs.
 5. Damit die EU-Gegner im EU-Parlament eine Mehrheit bekommen. Dann wird sich sehr viel in unserem Sinne verändern.
 6. Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf. Deshalb am 25. Mai 2014 (x) EU-STOP (letzte Zeile am Stimmzettel)

Dafür setzt sich das Wahlbündnis EU-STOP ein

- Für ein selbstbestimmtes und solidarisches Österreich.
- Für den EU-Austritt Österreichs, so rasch wie möglich.

- Für eine direkte Demokratie mit Volksabstimmungen, die von (höchstens) 1% der Wahlberechtigten eingeleitet werden können (bei Bund, Länder, Gemeinden).
- Für ein faires Wahlrecht und eine strikte Gewaltenteilung.
- Für Frieden durch die militärische Neutralität Österreichs.
- Österreichisches Steuergeld muß in Österreich bleiben. Dann geht es mit Österreichs Wohlstand wieder aufwärts.

Was wir stoppen wollen:

- EU-Militärunion und Einbindung in die NATO, EU-Kriegsbeteiligung
- Atomkraftwerke / IAEA- und EURATOM-Zahlungen
- EU-Erweiterungen (Türkei, Ukraine, Serbien, Albanien usw.)
- EURO-Fremdwährung und Rettungsmilliarden, z.B. ESM, ...
- Demokratieabbau in Europa
- Sozialabbau in Österreich
- Subventionierung von Banken mit unserem Steuergeld
- Auslagerung von Arbeitsplätzen ins billige Ausland
- Abwerbung von Fachkräften aus ärmeren Staaten
- Überwachung von Bürgern und Bürgerinnen
- Massenzuwanderung
- Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln
- EU-Saatgutverordnung
- Ruinierung der Kleinbauern durch EU-Großflächenförderung + Preis-Dumping
- Tiertransporte quer durch Europa
- Privatisierung öffentlicher Infrastruktur wie bei Wasser, Strom, Verkehr, Krankenhäusern, usw.
- Kriminalitätstourismus
- Freihandelsabkommen EU - USA z.B. TTIP, ...
- LKW-Transitlawine durch Österreich
- Naturzerstörung durch EU-Projekte
- sinnlose EU-Regulierungen z.B. Glühbirnenverbot, ...

<http://www.eu-stop.at>

Was wurde bereits erreicht und was steht noch bevor?



Ein Blick in den Festsaal des Palais Niederösterreich in der Wiener Herrengasse – dem Veranstaltungsort der Konferenz.



Fotos: BMeIA / Dragan Tatic

Außenminister Sebastian Kurz bei seiner Eröffnungsrede

Im Rahmen der Konferenz „10 Jahre EU-Erweiterung“, die gemeinsam vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, der Industriellenvereinigung, der Österreichischen Nationalbank, dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche und dem Institut für die Wissenschaften

vom Menschen veranstaltet wurde, fand am Abend des 24. April im Palais Niederösterreich eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion statt.

Unter anderem diskutierten der slowakische Vizepremierminister und Außenminister Miroslav Lajcak, die ungarische Staatsmini-

sterin Enikő Györi, der slowenische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Igor Senčar sowie der Vorstandsvorsitzende der Erste Group Bank AG, Andreas Treichl, über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Veränderungen seit der EU-Erweiterungsrunde des Jahres 2004. „Die zehn am 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten haben einen bemerkenswerten Weg in Richtung Rechtsstaatlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Offenheit der Märkte zurückgelegt“ so Außenminister Sebastian Kurz bei der Eröffnung der hochrangig besetzten Abendveranstaltung.

Obwohl schon viel geschehen sei, warten weitere Herausforderungen auf die Europäische Union: „Österreich ist es ein wichtiges Anliegen, die Zone der Stabilität und des Friedens auch auf die Länder des Westlichen Balkans auszudehnen. Die Konflikte auf dem Balkan in den 1990er Jahren haben zu enormen politischen und finanziellen Folgekosten, direkt vor unserer Haustür geführt. Kroatien hat mit seinem EU-Beitritt den ersten Schritt gemacht, aber auch die anderen Länder wollen wir jetzt auf ihrem Weg in die EU unterstützen“, so Kurz abschließend. ■

Leitl: EU-Erweiterung war Turbo für Österreichs Wirtschaft

Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa brachte mehr Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze – Österreich unter den Top-Investoren

Die EU-Erweiterung um die ehemaligen Staaten des Ostblocks, die vor zehn Jahren mit Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn sowie den drei baltischen Staaten begonnen hat, war für Österreichs Wirtschaft ein Turbo. „Unser Land hat davon profitiert wie kaum ein anderes in der Europäischen Union“, betont Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. „Die Wirtschaft hatte einen wesentlichen Anteil daran, daß Europa zusammengewachsen ist.“ Österreich profitierte davon in Form von mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen und einer Internationalisierung der Wirtschaft, die ihresgleichen sucht. „Auch wenn es für die EU nicht einfach war, so viele neue Mitglieder auf einmal zu verdauen, auch wenn es in den neuen EU-Ländern da und dort Schwierigkeiten bei der Anpassung an die EU-Regeln gegeben hat und auch wenn es zwischenzeitlich – insbesondere unter dem Eindruck der globalen Wirtschaftskrise – in manchen Ländern wirtschaftliche Rückschläge gab, die Erweiterung war ohne Alternative und ist es bis heute.“ Gemäß einer Untersuchung des Wirtschafts-

forschungsinstituts WIFO hat die EU-Erweiterung ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent pro Jahr bewirkt, wodurch pro Jahr rund 7600 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind. Zudem lieferte Österreichs Außenhandel mit Osteuropa einen sehr positiven Beitrag zur Handelsbilanz: Der Überschuß von 2,4 Mrd. Euro im Erweiterungsjahr 2004 kletterte binnen weniger Jahre 2008 auf 6,2 Mrd. Sogar während der Wirtschaftskrise betrug der Handelsbilanzüberschuß 2009 rund 4 Mrd. und zuletzt 2013 2,5 Mrd. Euro. Allein die Exporte in die fünf Länder Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei und Polen haben sich seit Österreichs EU-Beitritt 1995 von 4 auf 16,9 Mrd. Euro mehr als vervierfacht.

Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa stieg von 400 Mio. Euro 1990 auf 8 Mrd. 2000 und 67,2 Mrd. Euro 2012. Leitl: „Österreich zählt in den neuen Mitgliedsstaaten zu den größten Investoren. Dadurch wurde die Produktivität der österreichischen Mutterunternehmen erhöht und wurden Arbeitsplätze auch in Österreich gesichert.“

Auch nach bzw. wegen der Erweiterung besteht in den neuen Mitgliedstaaten ein enormer Bedarf an Investitionen in den Bereichen Umwelt-, Energie und Verkehrsinfrastruktur. Für österreichische Unternehmen, die gerade im Umwelttechnikbereich zu den Technologieführern gehören, ergeben sich dadurch auch für die Zukunft besondere Chancen – unter anderem im Produktions- und Zulieferbereich. Aufgrund der geografischen Nähe besteht ein deutlicher Konkurrenz-Vorsprung gegenüber anderen Ländern.

Die Europäische Union sei auch für die Zukunft ein wichtiger Anker für politische Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa, betont Leitl. Die Wirtschaft setze sich daher dafür ein, weitere Länder des Westbalkans in die europäische Zone der Stabilität aufzunehmen. Klar sei aber auch, daß die betreffenden Länder ihre Hausaufgaben machen müssen, bevor an eine Mitgliedschaft in der EU zu denken ist. „Die österreichische Wirtschaft versteht sich hier wie schon bei den Erweiterungen der Vergangenheit als wichtiger Unterstützer und Wegbereiter“, so Leitl abschließend. ■



Am 1. Mai 2004 ist die EU von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten gewachsen. Nicht nur osteuropäische Staaten sind damals Teil der Union geworden, sondern auch Zypern und Malta. Jahrelang wurde die EU erweitert, um vergangene Konflikte zu überkommen.

Wachstum in NÖ pro Jahr um 0,5 % höher

LH Erwin Pröll: »Haben europäische Perspektive sehr gut genutzt.«

Anlässlich des Jubiläums „10 Jahre EU-Erweiterung“ zogen Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll, Landesrätin Petra Bohuslav, der Chefökonom der Industriellenvereinigung Christian Helmenstein und ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki am 9. April Bilanz über das vergangene Jahrzehnt. Im Rahmen der im NH Conference Center am Flughafen Wien-Schwechat stattfindenden ecoplus Jahrestagung wurde bei einer Pressekonferenz eine Studie zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Niederösterreich vorgestellt.

Die neue geopolitische Positionierung Niederösterreichs habe man für eine „offensive Standortpolitik“ genutzt, so der Landeshauptmann. So seien in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 6,9 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden, davon 4,2 Milliarden in die Schiene und 2,7 Milliarden in die Straße, bilanzierte Pröll. Für die Zukunft seien weitere 3,9 Milliarden Euro an Investitionen geplant. Im Bereich der Wissenschaft sei es gelungen, mit der Donau-Universität und der Landsteiner-Universität in Krems, dem universitären Forschungszentrum in Tulln, dem IST Austria in Klosterneuburg und dem Med Austron-Projekt in Wiener Neustadt eine „Wissenschaftsachse quer durch das Land zu legen“, so der Landeshauptmann. An den vier Technopolstandorten Krems, Tulln, Wiener Neustadt und Wieselburg arbeiten rund 2400 Personen, davon rund 1400 ForscherInnen, informierte er. Das Kulturbudget habe sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, rund 200 Millionen Euro seien in die kulturelle Infrastruktur investiert worden, berichtete der Landeshauptmann weiters: „Kulturtouristen geben rund 200 Millionen Euro pro Jahr in Niederösterreich aus.“

Das Bundesland Niederösterreich habe in den vergangenen zehn Jahren einen Zuwachs von rund 70.000 Einwohnern verzeichnen können, zudem nehme man im Bundesländervergleich Top-Positionen ein, so etwa den ersten Platz im Einkommensbericht des Rechnungshofes oder den ersten Platz im Kaufkraft-Vergleich, so Pröll. Niederösterreich sei Profiteur der EU-Erwei-

terung, konstatierte der Landeshauptmann: „Durch die EU-Erweiterung ist unser Wirtschaftswachstum um 0,5 Prozent höher als ohne Erweiterung, und durch die EU-Erweiterung gibt es um 990 Unternehmen und 8500 Arbeitsplätze mehr als ohne Erweiterung.“ Pröll zusammenfassend: „Wir haben die europäische Perspektive sehr gut genutzt, wir haben von der europäischen Entwicklung profitiert und wir haben uns einen Vorsprung erarbeitet.“

„Wir haben unsere Chance nutzen können, weil wir uns rechtzeitig vorbereitet haben“, meinte Landesrätin Bohuslav in ihrer Stellungnahme. Die eco international und die eco-Büros in den neuen Märkten seien „Partner und Drehscheibe“ für die in den CEE-Märkten tätigen Klein- und Mittelbetriebe aus Niederösterreich. Das niederösterreichische Exportvolumen habe im Jahr 2012 rund 19,7 Milliarden Euro betragen

und sei damit im Vergleich zu 2011 um 5,7 Prozent gestiegen. Die ersten Zahlen für 2013 zeigten, „daß es hier einen weiteren Aufschwung gibt“, berichtete die Landesrätin. Die CEE-Märkte würden bereits ein Exportvolumen von vier Milliarden Euro ausmachen, informierte sie weiters.

Welche meßbaren wirtschaftlichen Effekte die EU-Erweiterung auf Niederösterreich hatte bzw. hat, analysierte Christian Helmenstein in seiner Studie. Auf Sicht des letzten Jahrzehnts sei Niederösterreich „der Wachstumspol der Ostregion“, so Helmenstein. So habe es etwa eine Verdreifachung der Auftragsbestände aus Zentral- und Osteuropa gegeben, informierte er. Märkte wie Polen und Rumänien würden für niederösterreichische Exporteure immer bedeutsamer werden: „Eine Milliarde Euro zusätzliches Exportvolumen bedeutet 11.000 zusätzliche Arbeitsplätze.“ ■

ÖGfE: Mehrheit zieht positive Bilanz

Am 1. Mai ist es genau 10 Jahre her, daß unsere Nachbarländer Slowenien, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei EU-Mitglied geworden sind. Im Rückblick sieht eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen diesen Schritt positiv“, analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

„Der EU-Beitritt unserer mitteleuropäischen Nachbarn zählt für Österreich mit zu den wichtigsten Ereignissen der letzten Jahrzehnte. Nicht nur die heimische Wirtschaft hat profitiert, auch der Wegfall der Grenzkontrollen, die Einführung des Euro in Slowenien und der Slowakei sowie eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Initiativen tragen tagtäglich dazu bei, daß die Regionen und damit die Menschen weiter zusammenwachsen“, so Schmidt.

53 % der Befragten geben an, daß die Aufnahme unserer Nachbarländer in die EU vor zehn Jahren eine „gute Entscheidung“ gewesen ist. 24 % sind nicht dieser Ansicht und halten den Beitritt Sloweniens, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei rückblickend für eine „schlechte Entscheidung“. 20 % äus-

sern sich in dieser Frage neutral („weder gut noch schlecht“). Gegenüber einer ÖGfE-Vergleichsumfrage vom März 2010 hat sich im Meinungsbild der ÖsterreicherInnen von der Tendenz her wenig verändert. Damals werteten 56 % die EU-Erweiterung um die Nachbarstaaten als „gute“ und 19 % als „schlechte Entscheidung“ (21 % „weder noch“).*

Am positivsten sehen die jüngsten Befragten (bis 25 Jahre) den EU-Beitritt der Nachbarländer (68 % „gute Entscheidung“ / 16 % „schlechte Entscheidung“), skeptischer äußert sich dagegen die älteste Befragungsgruppe (ab 66 Jahre), die den Beitritt der genannten Länder zu 42 % als „gut“, zu 30 % jedoch als „schlecht“ wertet.

Künftige Erweiterungen der EU werden zurzeit von der Mehrheit der ÖsterreicherInnen abgelehnt. „An erster Stelle steht für die Bevölkerung die Konsolidierung der EU. Österreich sollte jedoch – schon aus eigenem Interesse – eine weitere EU-Annäherung der Staaten des Westbalkans und das Ziel der Vollmitgliedschaft weiter aktiv unterstützen“, analysiert Schmidt abschließend. ■

<http://www.oegfe.at>

Es gibt viel zu feiern...

...aber noch viel zu tun, um zur europäischen Spitze aufzuschließen. Das zeigt eine Studie, die am 23. April von der Erste Group präsentiert wurde.

Als die Visegrád-Länder (Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei) 2004 der EU beitraten, waren ihre Volkswirtschaften in ziemlich schwacher Verfassung, hatten jedoch ein enormes Wachstumspotential. Bei einer Einwohnerzahl von mehr als 64 Millionen bzw. 13 Prozent der EU-28 betrug die Wirtschaftsleistung der Visegrád-Länder gerade einmal 3,7 Prozent der gesamten EU-28. „Zehn Jahre nach dem EU-Beitritt sind die sozioökonomischen Fortschritte in der V4 offensichtlich. Die EU-Mitgliedschaft hat sowohl die Wirtschaftskraft als auch die Bedeutung der Visegrád-Länder stark gesteigert. Deren Anteil am BIP der EU-28 ist im Lauf der letzten Dekade um die Hälfte gewachsen und beträgt nun 5,4 Prozent. Am deutlichsten verstärkte sich die Position der V4 im Außenhandel, wo sie zum viertgrößten Exporteur der EU aufgestiegen sind. Auch bei den Einkommen konnten diese Länder eine starke Konvergenz erzielen. Das nach Kaufkraftstandards gemessene Pro-Kopf-BIP der V4 hat sich von 49 Prozent des EU-15-Durchschnitts im Jahr 2003 auf 65 Prozent im Jahr 2013 erhöht. Damit hat sich der Einkommensabstand zwischen den V4 und den alten EU-Mitgliedern um ein Drittel verringert“, so Juraj Kotian, Head of CEE Macro/Fixed Income Research bei der Erste Group.

Dank der EU-Mitgliedschaft wuchs das Wirtschaftswachstum in den V4 um zusätzliches ~1 Prozent jährlich

Zur Quantifizierung sämtlicher Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Visegrád-Länder haben die Erste Group Analysten einen Vergleich mit vier europäischen Ländern durchgeführt, die im Lauf einer Dekade ein ähnliches Wachstum wie die V4 verzeichnen konnten (die Vergleichsgruppe umfaßt Österreich 1965-75, Norwegen 1969-79, Portugal 1967-77 und Spanien 1967-77), aber erst ein Jahrzehnt später der EU beitraten. „Auf Grundlage dieser Referenzwerte schätzen wir, daß die EU-Mitgliedschaft das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum der V4 im letzten Jahrzehnt um etwa einen Prozentpunkt pro Jahr erhöht hat“, erklärt Juraj Kotian.

Was noch wichtiger ist: Die erzielten Fortschritte schlagen sich nicht nur in Makrodaten wie z.B. dem Anstieg des Pro-Kopf-BIPs nieder. Wie der Lebensqualitätsindex (ein Indikator, der nicht nur den materiellen Wohlstand mißt, sondern auch Faktoren wie Lebenserwartung, Zahl der Schulabbrecher, Ungleichheit der Einkommen, geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede etc.) zeigt, konnten drei der vier V4-Länder ihr Ranking deutlich verbessern, wobei Tschechien sogar Italien und Großbritannien über-

holte. Die Slowakei, Tschechien und Polen zählten zu jenen fünf Ländern, die ihre Lebensqualität im Lauf der vergangenen zehn Jahre am stärksten verbessern konnten, während Ungarn gleich nach Griechenland die stärkste Verschlechterung hinnehmen mußte.

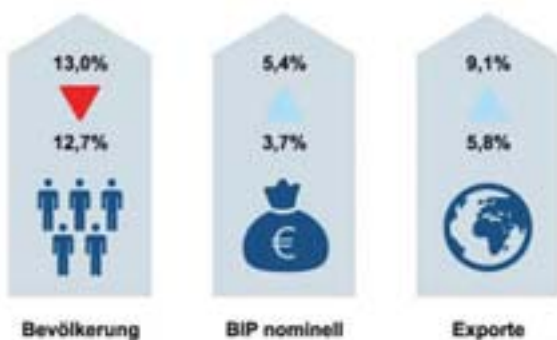
Die Preiskonvergenz verlief im Gleichschritt mit der Einkommenskonvergenz. Das aggregierte Preisniveau der V4-Gruppe belief sich 2012 auf 56 Prozent der EU-15 gegenüber 46 Prozent im Jahr 2003. Der Abstand zwischen den Preisniveaus hat sich damit um ein Fünftel verringert. Die Preise für Kommunikationsleistungen (102 Prozent), Bekleidung und Schuhe (89 Prozent) sowie Strom und Gas (80 Prozent) haben das Niveau der EU-15 bereits erreicht oder fast erreicht (Stand 2012). Die größten Preisdifferenzen waren nach wie vor bei staatlich geregelten Dienstleistungen im Gesundheits- und im Bildungswesen festzustellen. Grund dafür war die fehlende Marktliberalisierung und die Präferenz des Staates, viele Leistungen kostenlos oder zu niedrigen Preisen zu erbringen – wenn auch auf Kosten der Qualität.

Von der Erweiterung profitieren sowohl neue als auch alte Mitglieder

Der EU-Beitritt eröffnete Unternehmen in den V4 neue Chancen, da er ihnen Zugang zu einem Binnenmarkt mit mehr als 500 Mil-

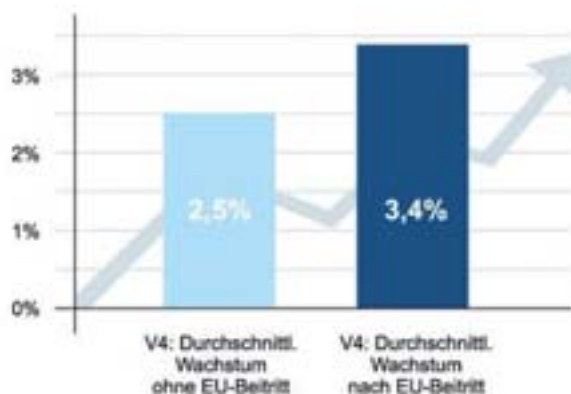
Visegrád-Länder durch EU-Beitritt wirtschaftlich gestärkt

(2003 vs. 2013, in % der EU28)



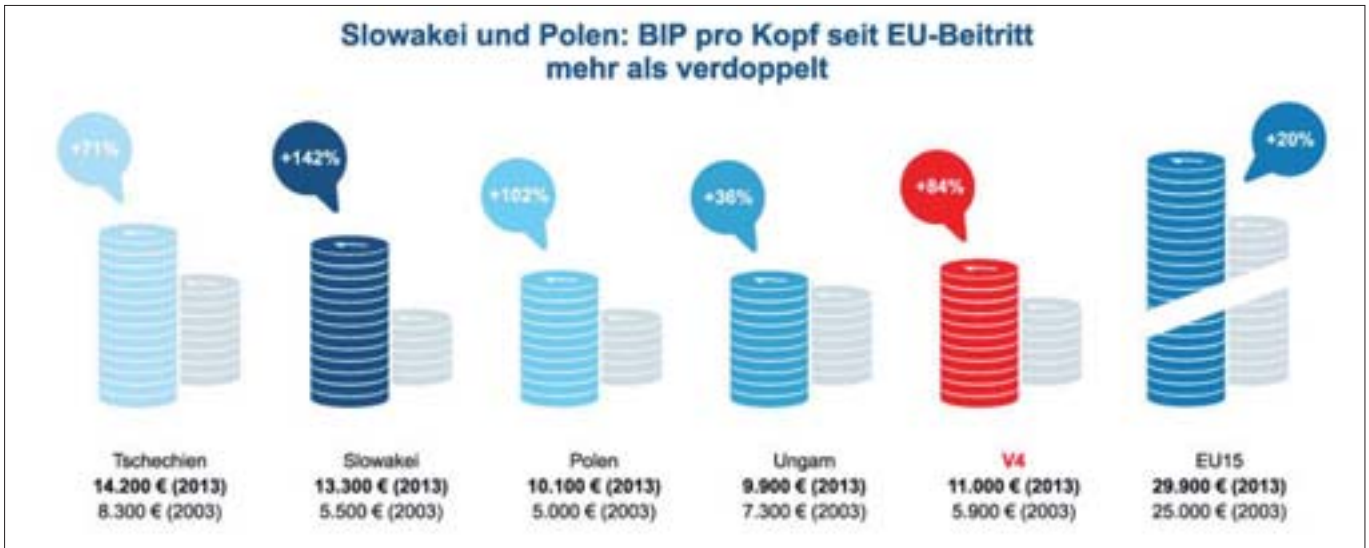
BIP von V4 wuchs dank der EU-Mitgliedschaft um zusätzl. ~1% jährlich

(2003-2013, BIP-Wachstum in %)



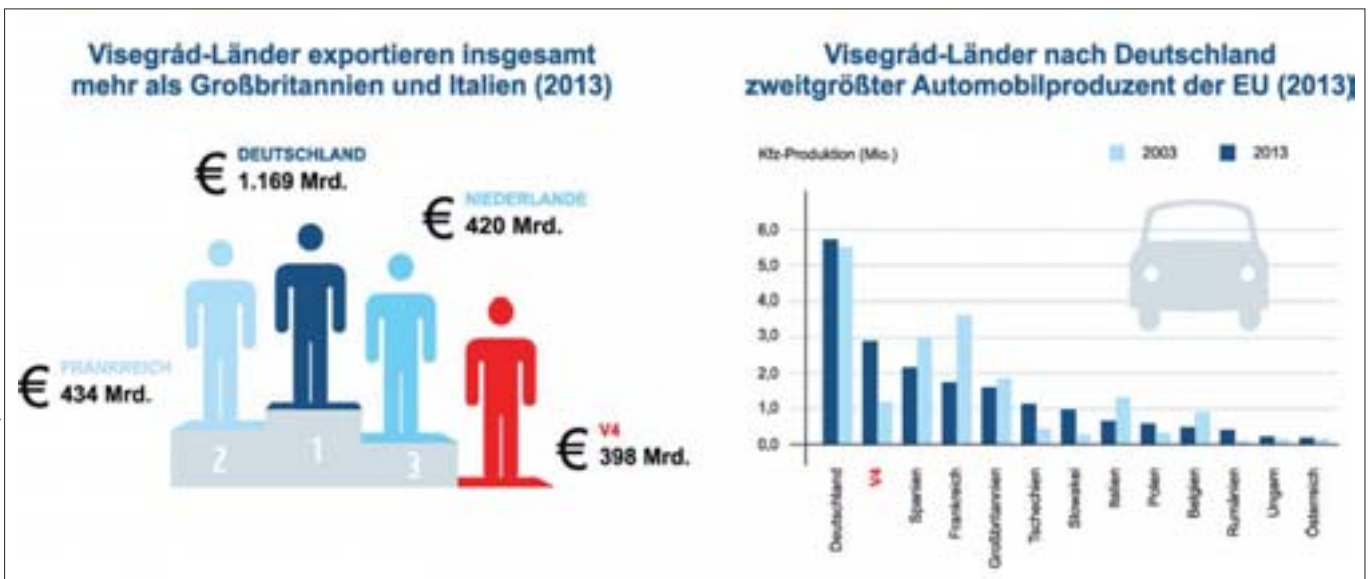
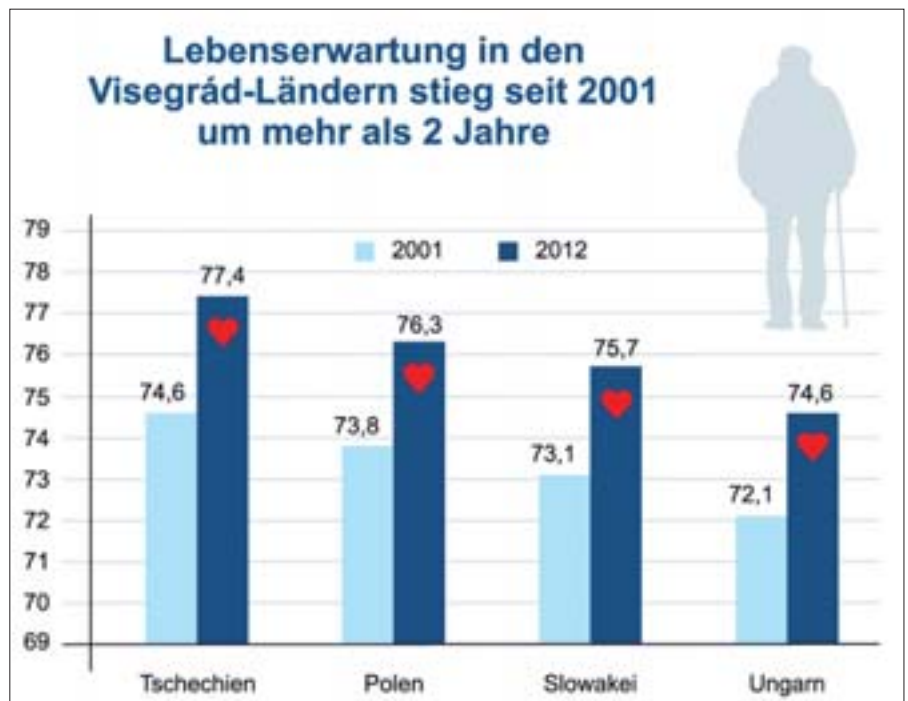
Grafik: Erste Group

Österreich, Europa und die Welt – 10 Jahre EU-Erweiterung 2004



tionen Kunden verschaffte. Dies hat Früchte getragen und führte in allen Visegrád-Ländern zu einer beachtlichen Exportdynamik. Die Exporte entwickelten sich sogar zu einem der wichtigsten Vorteile für die Region, da drei der vier V4-Länder (Slowakei, Ungarn und Tschechien) nun zu den fünf offensten Volkswirtschaften der EU zählen. Die V4-Länder konnten die alten EU-Mitgliedsstaaten beim Exportwachstum bei weitem überholen. Die Exporte der V4-Länder wuchsen drei Mal so stark wie jene der alten EU-15. Die V4-Region ist heute der viertgrößte Exporteur der EU-28 (2003 lag sie noch auf Rang sechs) und wurde damit im Europavergleich zu einem echten Schwergewicht. Gleichzeitig waren die V4-Länder auch auf externen Märkten erfolgreich: Ihre Exporte in Länder außerhalb der EU-28 haben sich seit 2003 vervierfacht.

Andererseits bot die EU-Erweiterung Unternehmen in Westeuropa eine einzigartige



Grafiken: Erste Group

Österreich, Europa und die Welt – 10 Jahre EU-Erweiterung 2004

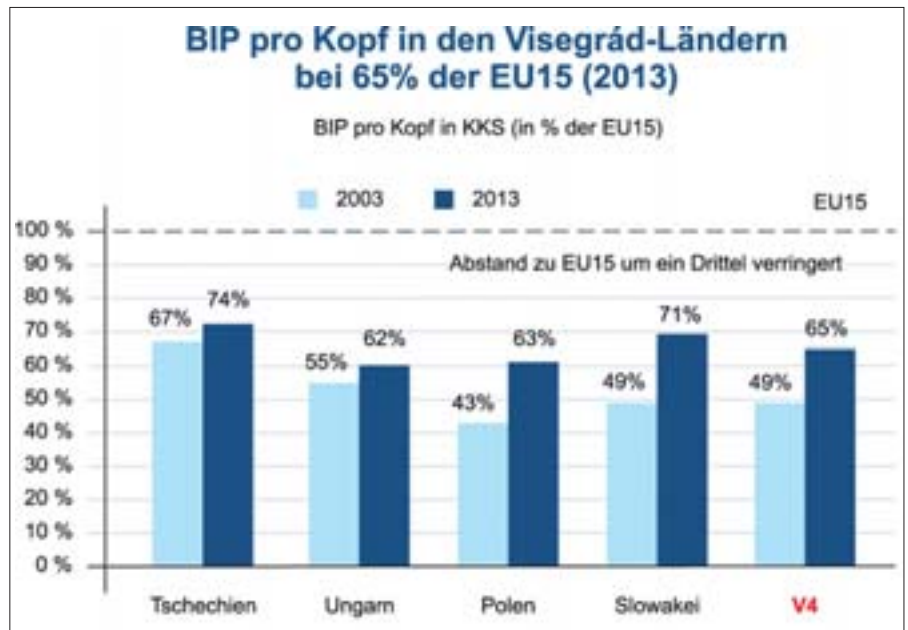
Chance zum Aufbau neuer bzw. zur Erweiterung bestehender Produktionskapazitäten in den V4, womit sie sowohl im EU-Binnenmarkt als auch auf dem Außenmarkt an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnten. Die Autobauer entwickelten sich in den V4 zur bedeutendsten Exportindustrie. Die Kfz-Produktion der V4-Länder übersteigt bereits jene der alten Mitgliedsstaaten. Damit sind die V4 zum zweitgrößten Automobilhersteller nach Deutschland aufgerückt.

Auch der österreichischen Wirtschaft kam der EU-Beitritt der V4-Länder zugute. Der Anteil der österreichischen Gesamtexporte, der in die V4-Länder ging, stieg von 8,9 Prozent im Jahr 2003 (dem Jahr vor dem EU-Beitritt) auf 12,4 Prozent im Jahr 2012. Als Exportmarkt gewann besonders die Slowakei an Bedeutung (auch als Folge der Einführung des Euro im Jahr 2009), wobei ihr Anteil vom 1,3 Prozent im Jahr 2003 auf 3,5 Prozent im Jahr 2012 stieg, während Ungarn als einziges der vier Länder anteilig weniger österreichische Waren und Dienstleistungen importierte (Rückgang von 3,6 auf 2,9 Prozent). Diese negative Entwicklung könnte sich zum Teil durch die in den letzten Jahren erfolgte Abwertung des ungarischen Forint gegenüber dem Euro erklären lassen. Da die Ausfuhren einen wichtigen Beitrag zum österreichischen Wirtschaftswachstum leisten, hatte die erwähnte Erweiterung des Exportmarktes, die durch den Beitritt der V4 in die EU beschleunigt wurde, eine belebende Auswirkung auf die österreichische Wirtschaft.

Neben der Handelsliberalisierung sind für die V4 auch EU-Fördermittel von entscheidender Bedeutung, da damit Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Unterstützung von KMUs ermöglicht wurden. Im Rahmen der für die Kohäsionspolitik neu zugeteilten Budgetmittel (2014-2020) stehen für die V4 weitere 135,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Die Hausaufgaben der Visegrád-Länder für die nächsten 10 Jahre in der EU

Wenngleich sich alle V4-Länder zur Einführung des Euro verpflichtet haben, ist bisher nur die Slowakei der Eurozone beigetreten. Für die anderen V4-Länder ist dieses Thema noch nicht aktuell. Sie werden den Euro vermutlich erst gegen Ende des Jahrzehnts einführen, wenn die Länder alle Maastricht-Kriterien (und den Fiskalpakt) zur Gänze erfüllen und man mehr über die neue Gestaltung der Eurozone wissen wird. Die langfristigen Vorteile aus der Offenheit



Grafiken: Erste Group

der V4-Volkswirtschaften und ihrer Exportorientierung hin zur Eurozone sind Faktoren, die bei der Übernahme des Euro eine wesentliche Rolle spielen würden. Offen ist nach wie vor, ob sich nach der Slowakei auch die anderen V4-Länder in der nächsten zehn Jahren der Eurozone bzw. dem ESM anschließen werden. Angesichts der Existenz von Finanzinstituten mit grenzüberschreitender Tätigkeit sind beide Fragen für die Region von hoher Bedeutung. Eine passive

oder eventuell sogar ablehnende Haltung wäre kontraproduktiv.

Demografisch folgt die CEE-Region den allgemeinen europäischen Trends: niedrige Geburtenraten und zunehmende Lebenserwartung. Damit werden weniger Menschen neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Die Analysten der Erste Group erwarten daher, daß die Immigration früher oder später in allen V4-Ländern an Bedeutung zunehmen wird. „Angesichts der stetig schrumpfenden

Österreich, Europa und die Welt – 10 Jahre EU-Erweiterung 2004

Bevölkerung wird die Fähigkeit der V4, Migranten ins Land zu holen und zu integrieren, von entscheidender Bedeutung sein. Dies ist besonders im Hinblick auf die Bevölkerung im Erwerbsalter von Relevanz. Sofern die V4-Länder nicht bereit sind, deutliche Anstrengungen zu unternehmen, um mittelfristig qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, ist absehbar, daß der Arbeitskräftemangel das potenzielle BIP-Wachstum in der gesamten Region wesentlich beeinträchtigen kann“, erklärt Rainer Münz, Head of Research & Knowledge Center, Erste Group.

Die Einschätzung der lokalen Volkswirtschaften aus Sicht der Analysten der Erste Group

○ Die tschechische Wirtschaft könnte man am besten mit dem Spruch „Das Fleisch ist willig, aber der Geist ist schwach“ beschreiben. Diese Schwäche ist im Kontext der Inlandsnachfrage, der gedrückten Stimmung und exzessiver Fiskalrestriktionen zu sehen. 2012 waren die Tschechen laut einer Gallup-Umfrage weltweit die zweit-pessimistischste Nation weltweit. An erster Stelle lag Griechenland. Der Unterschied in den Fundamentaldaten Tschechiens und Griechenlands ist aber so offensichtlich, daß diese Stimmungslage nur durch „einen schwachen Geist“ erklärt werden kann. „Zur Überwindung ihres Schwächeanfalls muß die tschechische Wirtschaft die wahrgenommene Korruption reduzieren und die Effizienz ihrer Institutionen verbessern. Beide Themen zählen neben der Förderung von Investitionen zu den Prioritäten der neuen Regierung. Zu langfristigen Zielen müssen die Diversifizierung der

Energieversorgung und die Steigerung von Absolventen technischer Fachrichtungen werden, um eine volle Ausschöpfung des industriellen Potenzials zu ermöglichen“, empfiehlt David Navratil, Head of Research bei Česká spořitelna.

- Für Ungarn war die Intensivierung des Außenhandels der wichtigste Vorteil aus dem EU-Beitritt. Im vergangenen Jahr stiegen die Gesamtausfuhren auf den Rekordstand von 81,8 Mrd. Euro, wovon 77 Prozent in die EU gingen. Dennoch bleibt der starke Zufluß von EU-Mitteln (5,5 Prozent des BIP im Jahr 2013, 2,4 Prozent im Zehnjahresdurchschnitt) eines der Hauptargumente für die EU-Mitgliedschaft Ungarns. Allerdings brachte diese auch einzelne negative Auswirkungen, da die Verteilung von EU-Geldern weder als effektiv noch als optimal bezeichnet werden kann. Außerdem trugen diese Mittel zur Verschleierung struktureller Probleme, wie der hohen Staatsausgaben (50 Prozent des BIP) und der niedrigen Beschäftigungsquote (53 Prozent), bei. „In den kommenden Jahren liegt die für Ungarn größte Herausforderung darin, auf diesen Gebieten deutliche Verbesserungen zu erzielen, um das derzeit schwache Wachstum (0,8 Prozent) anzukurbeln“, so Gergely Gabler, Head of Fixed Income Research bei Erste Bank Hungary.
- Neben den bekannten wirtschaftlichen Vorteilen der vertieften Integration profitierte Polen insbesondere von der Öffnung des Arbeitsmarktes. Diese führte zu einem sichtbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg von Überweisungen aus dem Ausland, was positive Auswirkungen auf die Haushalte hatte. Außerdem wäre der Anstieg der staat-

lichen Investitionen vor der Fußball-Europameisterschaft 2012 ohne EU-Mittel vermutlich nicht so kräftig ausgefallen. Diese bewahrten Polen vor der Rezession in einer Zeit, als ganz Europa gegen die Krise kämpfte. „Unserer Meinung nach stellen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Ausgaben für F&E und der Übergang zu einer Innovationsbasierten Wirtschaft die größten Herausforderungen für Polen dar“, meint Katarzyna Rzentarzewska, Fixed Income Analyst bei der Česká spořitelna.

- Die Slowakei hat der EU-Mitgliedschaft vor allem die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, insbesondere durch den Außenhandel, zu verdanken. Darüber hinaus konnte die Slowakei als einziges V4-Land, das auch der Eurozone beigetreten ist, das Problem schwankender Wechselkurse beseitigen und sich damit von den anderen Ländern der Region abheben. Allerdings zog die Einführung des Euro auch Kosten nach sich, mit denen man ursprünglich nicht gerechnet hatte. Daß der Konvergenzkurs auf sehr hohem Niveau festgesetzt worden war, erwies sich in der Krise als Nachteil. Die slowakischen Einzelhandelspreise und Arbeitskosten zogen im Vergleich zu den anderen Ländern der Region, deren Währungen abwerteten, äußerst stark an. Dies hatte vor allem Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und führte zu einer wesentlich stärkeren Arbeitslosigkeit als in den Nachbarländern. „In Zukunft werden die größten Herausforderungen für die Slowakei die Reform staatlicher Institutionen und die stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sein“, erklärt Martin Balaz, Fixed Income Analyst bei der Česká spořitelna.

Die Hausaufgaben der V4 für die nächste Dekade in der EU

- CZ: Bekämpfung der Korruption und Steigerung der institutionellen Effizienz; Diversifizierung der Energieversorgung und Anpassung des Bildungsangebots an das industrielle Potential
- HU: Wachstumssteigerung durch Senkung der Arbeitslosigkeit, bessere Allokation von EU-Mitteln und Reduzierung der Staatsausgaben
- PL: Erhöhung der Ausgaben für F&E; Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunkts von Produktion zu Innovation
- SK: Reform staatlicher Institutionen und mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt

<http://www.erstegroup.com>



Grafik: Erste Group

Es geht um die Wahrung der europäischen Werte

EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hielt einen Vortrag im Parlament.

Wir sind bereit, für unsere Werte einzustehen und dafür auch einen Preis zu zahlen“, unterstrich EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy am 8. April anlässlich seines Vortrags im Hohen Haus am Ring. Die EU sei das größte Friedensprojekt, habe heute seinen politischen Platz in der Welt, sei ein Global Player und trete für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Die gemeinsame Position und Reaktion aller 28 Mitgliedsstaaten im Zuge der Ukraine-Krise sei rascher erfolgt als erwartet, zeigte sich der EU-Ratspräsident über diesen Konsens in der Gemeinsamen Außenpolitik erfreut. Es gelte, in Zukunft diesen neuen Sinn für eine geteilte Verantwortung für die Nachbarschaft und die Welt zu festigen.

Van Rompuy hielt im Sitzungssaal des Nationalrats auf Einladung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und dem Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel, vor zahlreichen Gästen einen Vortrag zum Thema „Europe: A Continent in a Changing World“. Schüssel bezeichnete Van Rompuy als einen „Meister der Kunst, Kompromisse zu finden“.

Kopf: EU muß schnell agieren und reagieren

Karlheinz Kopf, Zweiter Präsident des Nationalrats, ging in seiner Begrüßung gleich auf das zentrale Spannungsfeld ein und stellte die Frage in den Raum, ob die EU stark genug sei, mit einer Stimme zu sprechen, bzw. auf der weltpolitischen Bühne die Stimme zu erheben, etwa in Verhandlungen mit Ländern wie China, Indien oder Brasilien. Mannigfaltigkeit und Unterschiedlichkeit stellten ein wertvolles Gut dar, sie machten den Entscheidungsprozeß jedoch schwierig und lang.

Die Welt ändere sich rasch, in den meisten Fällen reagiere die EU nur, sie agiere jedoch zu selten, stellte er fest. Zudem würden sich sich Fragen aufdrängen, wie man mit der Erweiterung der EU umgehen solle, ob die Union institutionell auch darauf vorbereitet sei. Ferner sei die EU mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gefordert und mit be-



Der Zweite Präsident des Nationalrats, Karlheinz Kopf (l.), begrüßt EU-Ratspräsident Herman van Rompuy auf den Stufen des Parlaments.



EU-Ratspräsident Herman van Rompuy bei seinem Vortrag am Rednerpult. Im Hintergrund der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN), Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel.

ängstigenden Entwicklungen in den unterschiedlichsten Staaten und Regionen konfrontiert.

Westen muß Werte der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigen

Daß die EU die Herausforderungen an- und ihre Rolle als Global Player wahrnehme,

versuchte Van Rompuy anhand der zahlreichen Gipfel und Gespräche der letzten Wochen, unter anderem mit den USA, mit China, mit afrikanischen Ländern etc. zu untermauern. Die EU arbeite auch eng mit der UNO zusammen, führe internationale Missionen an, leite mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton die Atomverhand-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel

lungen mit dem Iran und kämpfe weltweit gegen die Armut.

Vor allem die krisenhaften Entwicklungen in der Ukraine und die gemeinsame Antwort der EU-Mitgliedsstaaten hätten die Funktionsfähigkeit der Union unter Beweis gestellt. Die Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine sowie die finanzielle Hilfe sollen die Umsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechten und wirtschaftlichen Reformen in dem Land unterstützen und beschleunigen, sagte Van Rompuy. Das alles sei aber die freie Entscheidung der Ukraine gewesen. Es sei zwar schwierig, einen Staat mit zwei starken Volksgruppen zu führen, aber nicht unmöglich, meinte der Belgier.

Gleichzeitig ging der EU-Ratspräsident auf kritische Distanz zu Rußland. Die EU habe viel in gute Beziehungen zu Rußland investiert, stellte er fest, Rußland habe aber andere Ziele verfolgt. Van Rompuy verteidigte den von der EU beschlossenen Stufenplan zu den Sanktionen. Ziel sei weiterhin, eine Lösung durch Verhandlungen und Dialog zu finden, hielt er unmißverständlich fest. Jedenfalls müsse die EU ihre Werte verteidigen und hinausragen. Der Westen sei existent, aber nicht im Sinne des Kalten Krieges und des Verhältnisses der Angst, sondern im Sinne seiner Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Vor dem Hintergrund der gespannten Beziehungen zu Rußland betrachtete der EU-Ratspräsident auch die Energiesicherheit als eine dringende Frage.

Angst ist Nährboden für Nationalismus und Populismus

Van Rompuy sprach auch die Finanz- und Wirtschaftskrise an und war überzeugt davon, daß man diese überwinden werde. „Wir können uns nun auf eine positive Agenda konzentrieren“, sagte er und plädierte eingehend für eine bessere wirtschaftspolitische Koordination, um in der globalen Welt auch wettbewerbsfähig zu bleiben. Das bringe Arbeitsplätze für junge Menschen. Er machte gleichzeitig klar, daß die zentrale Verantwortung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei den Mitgliedsstaaten liege. Österreich sei ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Die hohen Arbeitslosenraten in manchen EU-Ländern seien aber nicht nur das Resultat der Wirtschaftskrise, sondern hingen zu einem großen Teil mit ungelösten strukturellen Problemen zusammen, die vor der Krise evident gewesen, aber nicht gelöst worden seien.

Selbstverständlich aber stelle der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine der größten Herausforderungen für die EU dar, vor allem im Hinblick auf die Akzeptanz der EU. Angesichts der Krise hätten die Menschen Angst, und das sei der Nährboden für Nationalismus und Populismus. Van Rompuy rief daher dazu auf, Nationalismus und Populismus öffentlich eine eindeutige Absage zu erteilen. Für die EU und ihre Mitgliedsländer sah er es in diesem Zusammenhang als eine vordringliche Aufgabe, für Arbeitsplätze, für eine erfolgreiche Wirtschaft und für die europäischen Werte zu kämpfen.

Zu den TTIP-Verhandlungen mit den USA bemerkte Van Rompuy, er sei sich der Sensibilität dieses Abkommens bewußt, deshalb würden diese Verhandlungen auch offener geführt als andere. Am Schluß müßten aber die Mitgliedsstaaten, nationale Parlamente und das Europäische Parlament dem Ergebnis zustimmen. ■

Bundeskanzler Werner Faymann empfing Herman Van Rompuy



Foto: BKA / Georg Stefanik

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) empfing den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

Am 8. April empfing Bundeskanzler Werner Faymann den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, im Bundeskanzleramt. Ein Thema des Gesprächs war die Finanztransaktionssteuer, bei der der Bundeskanzler zum Ausdruck brachte, daß hier entsprechende Fortschritte auch ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger Europas seien.

Ebenfalls Thema waren die Anstrengungen Europas im Bereich des Wirtschaftswachstums und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – insbesondere der Jugendar-

beitslosigkeit und wie diese Anstrengungen in den kommenden Jahren noch intensiviert werden können. Zur Bankenunion waren sich Faymann und Van Rompuy einig, daß die bisher gesetzten Schritte wichtige Aspekte beinhalten, um zukünftigen Krisen im Bankenbereich vorzubeugen. Aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine ging es im Gespräch auch um die Frage, wie sich die Europäische Union weiter verhalten werde und um eine Einschätzung der ukrainischen Situation angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. ■

Europa: Chance, vorbildliches Wirtschaftsmodell zu erarbeiten

WIFO-Leiter Karl Aiginger bei INET-Konferenz in Toronto

Anlässlich der vom Institute of New Economic Thinking organisierten INET-Konferenz in Toronto, zu der Ökonomen und Ökonominen aus allen Weltregionen eingeladen waren, um neue ökonomische Denkmodelle zu entwickeln, hat WIFO^{*)}-Leiter Karl Aiginger Elemente einer erfolgreichen Weiterentwicklung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells skizziert.

Historisch – so Aiginger – ist der europäische Integrationsprozess eine einmalige Leistung, da in einem knappen halben Jahrhundert ein konfliktbeladener Kontinent geeint wurde: 28 Länder gehören heute der Europäischen Union an, und mindestens 10 Länder suchen eine neue Beziehung zur EU. Allerdings deckte die Finanzmarktkrise auch die Schwächen der Union auf. Die Wirtschaft entwickelte sich schwächer als in vergleichbaren Regionen. Die Vorbedingungen der Währungsunion waren ignoriert worden, nationale Egoismen dominieren in der Aufarbeitung, trotz hoher Steuerlast stiegen staatliche Defizite und Verschuldung, und die Ungleichgewichte zwischen den Ländern vergrößerten sich.

Europa prosperierte aber immer dann, wenn es durch ein einigendes Projekt getragen wurde (die Schaffung von Frieden nach den Weltkriegen, Durchbrechung alter Grenzen, dann wirtschaftliche Integration, Schaffung von Binnenmarkt und Währungsunion). Heute fehle eine solche einigende Vision, die helfen würde, wirtschaftliche Schwierigkeiten und nationale Rückfälle in eine langfristige Perspektive zu stellen. Das neue Ziel Europas sollte es sein, ein Gesellschaftsmodell zu entwerfen und zu verwirklichen, welches für wohlhabende Regionen attraktiver ist als sowohl das asiatische als auch das nordamerikanische Modell und so weltweit als Vorbild dienen kann. Die EU beschreitet diesen Kurs in Ansätzen in ihrer Strategie „Europa 2020“. Wie allerdings die Zwischenbilanz zeigt, wird der Großteil der für 2020 selbst gesteckten Ziel ohne zusätzliche Anstrengungen nicht erreicht.

Basierend auf den Ergebnissen des von



Foto: WIFO

WIFO-Leiter Prof. Karl Aiginger

der Europäischen Kommission beauftragten Forschungsprojektes „Welfare, Wealth and Work for Europe – WWWforEurope“ vertrat Aiginger die Meinung, daß sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für Beobachter aus anderen Kontinenten die Vorteile des europäischen Modells nicht immer erkennbar sind und die EU sie gegenwärtig auch nicht stärkt und weiterentwickelt. Der europäischen Politik sei es im letzten Jahrzehnt nicht gelungen, eine Visionen der europäischen Position in der globalisierten Welt des Jahres 2050 zu entwickeln.

Aiginger definiert fünf Voraussetzungen für eine Stärkung der Dynamik in Europa: Stabilisierung des Finanzsektors, Reformen und Schaffung von Industriezonen in Südeuropa, Stärkung der Investitionsnachfrage und des Inlandskonsums durch Reformen des Steuersystems, Forcierung von Innovationen, Qualifikation und Betriebsgründungen sowie Nutzung der dynamischen Entwicklung der Weltwirtschaft, aber auch der Nachbarländer der EU.

Durch verstärkten Einsatz von Umwelttechnologien, gezielte Maßnahmen zur Qualifizierung und Senkung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, eine Förderung des Unternehmertums und Lohnsteuersenkungen

können noch ungenutzte Wachstumspotentiale gehoben werden. Sozialer Ausgleich und ökologische Ziele sind demnach, wenn sie auf Innovationen und höchster Qualifikation der Arbeitskräfte beruhen, keine Belastung, sondern Wachstumsfaktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken können. Die Antwort auf niedrige Lohnkosten in neuen Industrieländern und niedrigere Energiepreise in den USA liegt primär in einer Steigerung von Produktivität und Effizienz und einer Verbesserung der Qualifikation der Bevölkerung und der EU-Institutionen. Weitere ungenutzte Wachstumspotentiale liegen in einem konsequenteren Kampf gegen Steuerhinterziehung, der Stabilisierung des Finanzsystems durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerung durch internationale Kooperation in Teilen der öffentlichen Verwaltung. Die Umlenkung der Subventionen für fossile Energieträger zur Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung alternativer Energieträger und entschiedenere Maßnahmen zur Verringerung von Korruption könnten die Beschäftigung erhöhen und die Jugendarbeitslosigkeit senken.

Nach vielen Kriterien ist der „europäischen Weg“ auch heute schon nachweisbar

*) Prof. Mag. Dr. Karl Aiginger ist Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO

Österreich, Europa und die Welt

erfolgreich. Die EU weist im Gegensatz zu den USA kein Außenhandelsdefizit auf. Die technologiegetriebenen Exporte der EU sind mit 530 Mrd. Euro bereits doppelt so hoch wie jene der USA und auch in Relation zum Gesamtexport höher als in den USA, Energieeffizienz und Ressourcenverbrauch sind relativ zur Wirtschaftsleistung niedriger, und auch die Einkommensungleichheit ist in der EU niedriger als in den USA.

Allerdings bestehen laut Aiginger auch wesentliche Barrieren für die Umsetzung einer solchen Strategie, und es gibt immer wieder Rückschläge. Zu den Barrieren zählen das Fehlen von institutionellen Regelungen auf EU-Ebene hinsichtlich Bankenkonkurrenzrecht und Schuldenerlaß sowie in einigen EU-Ländern die Einschränkung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes durch die hohe Staatsverschuldung.

Die Länder der EU sind laut Aiginger auch immer noch wenig effizient in der Erreichung ihrer selbstgesetzten Ziele. So nahm trotz der Staatsausgabenquote von 50 Prozent des BIP im EU-Durchschnitt die Ungleichheit zwischen gut und schlecht Verdienenden ebenso wie zwischen den Geschlechtern in der Wirtschaftskrise der letzten Jahre zu; 25 Prozent der unter 14jährigen sind Analphabeten, das Gesundheitswesen sieht präventive Maßnahmen in viel zu geringem Ausmaß vor, und der technologische Wandel senkt zwar die Arbeitskosten, verringert aber kaum den Einsatz natürlicher Ressourcen und steigert auch die Energieeffizienz zu wenig. Die EU gibt der Jugendbeschäftigung, leistbarem Wohnen und der Geschlechtergerechtigkeit eine zu geringe Priorität. Zu den positiven Anzeichen zählen hingegen die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch in Dänemark sowie die steigende Nutzung von erneuerbarer Energie in vielen Teilen EU-Ländern.

Mit steigendem Einkommen werden neben materiellen Zielen im engeren Sinn die Gestaltung der Gesellschaft, Work-Life Balance, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Gesundheit und Umweltschutz immer bedeutendere Ziele für die Bevölkerung. In den meisten dieser Ziele hat die EU gute Ansätze, die sie im eigenen Interesse weiterentwickeln muß. Zugleich kann die EU damit zu einem Vorbild für Länder mit wesentlich niedrigerem Einkommensniveau werden und damit helfen, Fehlentwicklungen zu korrigieren, bevor deren Kosten zu hoch werden. Voraussetzungen sind die Entwicklung einer Vision, die Beseitigung der Barrieren zu ihrer

Umsetzung und die konsequente Verfolgung der Ziele im eigenen Bereich.

Aiginger stützte sich in seinem Vortrag auf Ergebnisse des bereits erwähnten Forschungsprojektes „Welfare, Wealth and Work for Europe – WWW forEurope“. Das WIFO erarbeitet in diesem Projekt gemeinsam mit 32 europäischen Partnern die analytischen Grundlagen für eine neue europäische Wachstumsstrategie, die eine sozial-ökologische Transformation zu hoher Beschäftigungs-

quote, Geschlechtergleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglicht. Das Institute for New Economic Thinking (INET), ein von George Soros finanziertes weltweit operierendes Netzwerk, unterstützt einen Wandel des vorherrschenden ökonomischen Denkens. Prominenteste Vortragende auf der Konferenz waren die Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen und James Heckman. ■

<http://www.wifo.ac.at>

»Es gärt!« 2014 mit Ari Rath

Diskussionsveranstaltung mit Zeitzeugen in Linzer Schulen



Foto: Paul Zsolnay Verlag / I. Hitzensauer

Ari Rath, langjähriger Chefredakteur und Herausgeber der »Jerusalem Post«

Auch dieses Schuljahr bot die Friedensstadt Linz in Kooperation mit dem Verein Land der Menschen OÖ den Linzer SchülerInnen die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus im Rahmen des Projekts „Es gärt!“. Speziell für Berufsschulen, Hauptschulen, Neue Mittelschulen und Polytechnische Schulen konzipiert, wurden SchülerInnen von 8. bis 10. April im Rahmen einer zirka zweistündigen Veranstaltung zu gemeinsamen Diskussionen über Alltagsrassismen hingeführt.

Erneut konnte Linz 2014 den Journalisten und Schriftsteller Ari Rath dafür gewinnen, der auf Grund seiner Lebenserfahrungen als Jugendlicher in der Zeit des Nationalsozialismus in Wien rund um den „Anschluß“ und in der Gründungsphase des Staates Israel ein sehr interessanter Diskussionspartner ist. Heuer haben erstmals Schulklassen gemein-

sam mit Ari Rath den Gedenkort Schloß Hartheim mit anschließender kostenloser Begleitung durch die Ausstellung „Wert des Lebens“ besucht.

Ari Rath, 1925 geboren, wuchs in Wien auf und erlebte in seiner Kind- und Jugendzeit den Antisemitismus und gelangte als 13jähriger mit einem Kindertransport im November 1938 über Triest nach Palästina. Dort war er einer der Gründungsmitglieder des Kibbutz Hamadia im Norden des Landes und lebte dann 16 Jahre dort. Rath studierte Zeitgeschichte und Volkswirtschaft. 1948 besuchte er Wien erstmals nach der NS-Zeit. Nachdem er sich dem Journalismus zugewandt hatte, wurde er 1957 Redakteur der „Jerusalem Post“, einer bis heute bestehenden englischsprachigen israelischen Zeitung. 1975 übernahm er die Funktion des Chefredakteurs, 1979 wurde er Herausgeber des Blattes. Seit seinem Ausscheiden aus dem Zeitungsgeschäft 1989, ist er freier Publizist und unterrichtete an der Universität Potsdam. Er ist nach wie vor Verfechter der friedlichen Koexistenz von Israelis und Palästinensern. Ari Rath besitzt seit den 1990er Jahren neben seiner israelischen Staatsbürgerschaft wieder die Staatsbürgerschaft Österreichs. 2012 sind seine Memoiren „Ari heißt Löwe“ im Zsolnay-Verlag erschienen.

Begleitet wurden die Veranstaltungen von Reinhard Leonhardsberger vom Verein Land der Menschen OÖ beziehungsweise Gerda Forstner von Linz Kultur, Friedensinitiative der Stadt Linz. Die Kosten tragen die Stadt Linz aus den Mitteln für Aktivitäten der Friedensstadt Linz und der Verein Land der Menschen OÖ. Die Friedensstadt Linz war auch Mitveranstalterin einer Buchpräsentation, bei der Susanne Scholl aus ihrem Roman „Emma schweigt“ im Interkulturellen Begegnungszentrum Arcobaleno las. ■

<http://www.friedensstadtlinz.at>

Der Euro emotionalisiert

Euro-Vertrauen auf niedrigem Niveau stabilisiert – sein identitätsstiftendes Potential wird weitgehend unterschätzt

Die Integrationsfunktion des Euro geht über seine währungspolitische Rolle hinaus. Der Euro macht Europa „angreifbar“ – sowohl haptisch als auch im Sinne eines emotionalen Blitzableiters. Er bewegt KritikerInnen und BefürworterInnen gleichermaßen. Letztlich hat er jenes identitätsstiftende Potential, das in der – für viele abstrakten – EU oft vermißt wird“, sagt Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), zum Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

Nachdem die Vertrauenswerte des Euro in den Jahren 2011 und 2012 eingebrochen waren und ihm eine Mehrheit eher geringes bis gar kein Vertrauen entgegenbrachte, hat sich das Meinungsbild seit dem vergangenen Jahr auf niedrigem Niveau stabilisiert. Aktuell sagen 49 % der Befragten, daß sie „sehr großes“ (7 %) oder „großes“ (42 %) Euro-Vertrauen haben. Ebenfalls 49 % sind eher gegenteiliger Meinung: 30 % haben „eher geringes“, 11 % „sehr geringes“ und 8 % „gar kein“ Vertrauen in die Gemeinschaftswährung.

„Seit seiner Einführung wird dem Euro nachgesagt, für Teuerungen im Alltag verantwortlich zu sein. Er war Sündenbock einer komplexen EU-Krisenpolitik und hat aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise an Vertrauen eingebüßt. Zur gleichen Zeit werden aber die praktischen Vorteile – wie der Wegfall des Geldwechsels – geschätzt und der Euro auch als wichtiger Faktor für die Stellung Europas im globalen Wettbewerb gesehen“, meint Schmidt.

Fragt man die ÖsterreicherInnen, welche Aspekte der EU-Mitgliedschaft sie spontan positiv sehen, so nennen unter anderem 53 % „die gemeinsame Währung / den Wegfall des Geldwechsels“. Auf der negativen Seite fallen 17 % sofort „Teuerungen durch den Euro“ ein.

Ungeachtet dieser Ambivalenz sieht eine Mehrheit den Euro als gewichtiges Element der europäischen Integration:

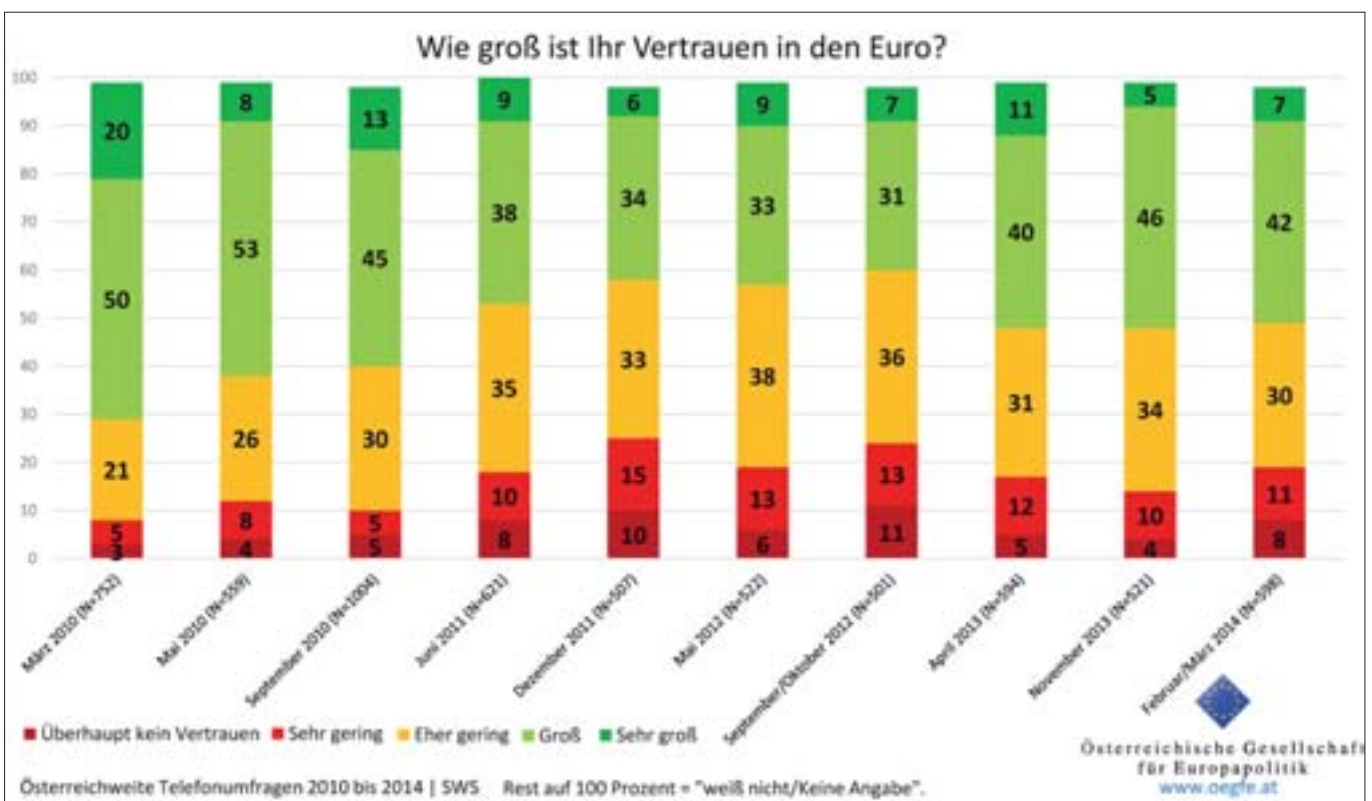
77 % der Befragten sagen, daß der Euro für die „Stellung der EU in der Weltwirtschaft“ „sehr wichtig“ (40 %) oder „eher wichtig“ (37 %) ist. 17 % sehen das „eher nicht“ (12 %) oder „gar nicht“ (5 %) so.

65 % halten den Euro auch für „sehr“ (30 %) oder „eher wichtig“ (35 %) für die „Weiterentwicklung der EU“. Eine Gegenposition nehmen 23 % der Befragten ein („eher nicht“: 15 %, „gar nicht“: 8 %).

Daß der Euro auch für die „Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität“ wichtig ist, sagen 59 % der Befragten („sehr“: 28 %, „eher“: 31 %). 30 % sehen den Euro hierfür als „eher nicht“ (17 %) oder „gar nicht wichtig“ (13 %) an.

Rund drei von vier betrachten die Zukunft des Euro als sicher – wie eine andere ÖGfE-Umfrage vom November 2013 zeigt. Insgesamt 71 % der Befragten gaben an, daß sie „auf jeden Fall“ (21 %) bzw. „eher schon“ (50 %) an den langfristigen Bestand der gemeinsamen Währung glaubten, insgesamt 26 % nahmen dies „eher nicht“ (21 %) bzw. „gar nicht“ (5 %) an. „Der Euro wird sowohl für positive als auch negative Entwicklungen verantwortlich gemacht, sein langfristiger Bestand und seine wesentliche Rolle für die Weiterentwicklung Europas stehen jedoch außer Frage“, schließt Schmidt.

<http://www.oegfe.at>



Wahlrecht für den Groll auf Europa

Nur wenn die Europäer ihre Politiker abwählen dürfen, hat die Europäische Union eine Zukunft.

Von Christoph Hofinger *)

Im Jahr 2008 waren die US-Amerikaner zutiefst unzufrieden mit der Entwicklung der Vereinigten Staaten. Irakkrieg, ein unfähiger, von einem zwielichtigen Vize gesteuerter Präsident, Vorboten der großen Krise. Viele langfristige Trends – etwa die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – gingen in die falsche Richtung. Eigentlich ein Anlaß, am Konstrukt „Vereinigte Staaten“ zu zweifeln und sich mit Grauen von der US-Politik abzuwenden.

Stattdessen stieg die Wahlbeteiligung, die Amerikaner schickten George W. Bush in Pension und gingen das Wagnis ein, einem relativ unerfahrenen Senator und dem ersten Afroamerikaner die Geschicke des Landes anzuvertrauen. Die „Greatest Nation on Earth“ war bereit, ein weiteres Kapitel in die Geschichtsbücher zu schreiben.

Daß dieser Neustart 2008 (wie schon zahlreiche Male zuvor) möglich war, hat einen simplen Grund: Die ihrer Zeit weit vorausdenkenden Gründerväter der Vereinigten Staaten hatten in der überaus cleveren Verfassung genau einen Wahlgang eingebaut, an dem die Wahlberechtigten aller US-Bundesstaaten teilnehmen.

Trotz des Umwegs über die „Wahlmänner“ haben alle Amerikaner das Gefühl, sie können gemeinsam einen Präsidenten (vielleicht auch bald erstmals eine Präsidentin) ins Weiße Haus bringen. Und, was noch viel wichtiger ist: einen nicht genehmen wieder aus dem Oval Office verjagen. Und die Europäer? Wir haben gleich zwei Probleme: Wir wissen erstens gar nicht genau, wer in der EU am meisten zu sagen hat. Kommissionspräsident Barroso? Ratspräsident Van Rompuy?

Selbst wenn klar wäre, welches Amt die EU wirklich lenkt: Wir haben zweitens keine klare Möglichkeit, eine Person in dieses Amt zu wählen oder sie dieses Amtes zu entheben. Damit hat die gewachsene europäische

Realverfassung ein gewaltiges Defizit: Sie berücksichtigt nicht das elementare Bedürfnis von Wählern, das Schicksal ihrer Nation einer Person anzuvertrauen – mit der Option, dieses Vertrauen auch wieder zurückzunehmen zu können.

Egal, wie gebildet wir in Sachen Politik sind, wir können Politik in ihrer Komplexität nicht wirklich rational durchblicken.

Allein um die Vorhaben der EU etwa in bezug auf Energiepolitik wirklich zu verstehen, geschweige denn die Auswirkungen dieser Vorhaben auf die Gesellschaft und uns persönlich, müßten wir uns wochenlang mit der Materie beschäftigen. Vermutlich mit dem Effekt, daß wir am Schluß auf hohem Niveau noch verwirrt sind als zuvor.

Emotionen sind Abkürzungen, die uns wiederkehrende Herausforderungen unseres Lebens bewältigen lassen. Auch in der Politik brauchen wir diese Abkürzungen, wegen der enormen Komplexität unserer Gesellschaften vielleicht sogar mehr als woanders. Es ist eine ungemaine Entlastung, das Gefühl zu haben, einer bestimmten Person die Geschicke einer Gemeinschaft, deren Teil ich bin, anvertrauen zu können.

Das heißt nicht, daß wir die Ratio ausschalten sollen: Nachdenken, Argumentieren, Weiterbilden sind nach wie vor sehr brauchbare Grundlagen für politische Entscheidungen. Nur hat uns der wissenschaftliche Fortschritt der letzten Jahre klar gezeigt, daß letztendlich ohne Emotionen gar keine Entscheidungen möglich sind, egal, wie sehr wir unsere Vernunft bemühen.

Europas Bürgerinnen und Bürgern wird nicht nur verwehrt, ihre Hoffnungen in eine Person zu legen – sie kennen auch kein Gesicht, das sie für Enttäuschung, Unzufriedenheit und Ärger verantwortlich machen können. Sie können den tatsächlichen oder vermeintlichen Verursacher von Fehlentwicklungen nicht in die politische Wüste schicken.

Hier liegt das größte Problem der EU: Der Unmut des Souveräns kann nicht personalisiert werden, also trifft er das Konstrukt

Europa als Ganzes. Die Bürger gehen nicht zu den EU-Wahlen, mißtrauen den europäischen Institutionen und befürworten in erstaunlich hoher Zahl den Austritt ihres Landes.

Wer kann es ihnen verübeln, wenn es in Europa keine Übeltäter gibt, die für falsche Politik bestraft werden können, sondern nur ein großes, abstraktes Übel?

Das muß sich ändern, und es gibt einen ersten Anlaß zur Hoffnung: Martin Schulz, Spitzenkandidat der Europäischen Sozialdemokratie, beansprucht im Falle einer Mehrheit seiner Allianz das Amt des Kommissionspräsidenten. Das gleiche gilt für Jean-Claude Juncker, der im Falle eines Erfolgs der Europäischen Konservativen bei den EU-Wahlen die Nachfolge Barrosos für sich reklamieren wird.

Langfristig führt wohl kein Weg daran vorbei, allen Wahlberechtigten in Europa einen Stimmzettel vorzulegen, auf dem sie einen „Präsidenten von Europa“ wählen.

Franklin, Jefferson und Washington waren zwar rationalistische Aufklärer, aber sie kannten die Psychologie des Souveräns besser als die Gestalter des heutigen Europa. Sie haben mit dem US-Präsidenten ein Amt geschaffen, das eine in vielen Punkten gespaltene Nation eint.

Wenn der europäische Geist der Aufklärung im politischen Konstrukt EU weiterleben will, bleibt ihm nur eines: seinen Bürgern die Möglichkeit zu geben, durch ein Kreuz auf einem europäischen Stimmzettel Hoffnungsträger in ein Amt zu wählen und Enttäuschungen wieder aus diesem zu entfernen. ■

Das SORA Institut wurde im Jahr 1996 von Christoph Hofinger und Günther Ogris gegründet und zählt zu den führenden privaten sozialwissenschaftlichen Instituten in Europa. Als renommierte Autorität in der Politik- und Sozialforschung kooperiert SORA mit europäischen Spitzeninstituten und forscht im Auftrag der Europäischen Kommission, von Bund, Ländern und Gemeinden sowie namhafter Privatunternehmen.

<http://www.sora.at>

*) Christoph Hofinger ist einer der Geschäftsführer des Wiener Sozialforschungsinstituts Sora; dieser Beitrag ist als Gastkommentar in der Wiener Wochenzeitung „Falter“ Ausgabe 12/2014 erschienen.

Europa Nostra Awards 2014

Preis der Europäischen Union für das Kulturerbe – Österreich erhält eine Auszeichnung und zwei lobende Erwähnungen

Der Verein Gedenkstätte Gustav Klimt erhält den Preis der Europäischen Union für das Kulturerbe / Europa Nostra Preise 2014, Europas wichtigste Auszeichnung im Bereich des Kulturerbes. Der Wiener Verein wird für sein besonderes Engagement für den Erhalt des kulturellen Erbes ausgezeichnet, welches zur Rettung und Wiederherstellung des letzten Ateliers des berühmten österreichischen Malers geführt hat. Zudem erhielten das Stadtpalais Liechtenstein in Wien für dessen meisterhafte Erhaltung und Revitalisierung sowie der österreichische Banker Erwin Hameseder für seine engagierte und ehrenamtliche Unterstützung des Kulturerbes lobende Erwähnungen der Jury.

Diese drei beispielhaften Leistungen aus Österreich werden – zusammen mit 26 anderen Projekten und Initiativen aus ganz Europa – bei der Europäischen Kulturerbepreis-Verleihung am 5. Mai im Burgtheater in Wien geehrt. Der Festakt wird in Gegenwart von Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, und des weltberühmten Tenors Plácido Domingo, Präsident von Europa Nostra, stattfinden. Vassiliou und Domingo werden außerdem im Rahmen dieser Veranstaltung die Grand Prix-Preisträger bekannt geben. Schließlich wird auch der Gewinner des Publikumspreises ausgezeichnet, der in einer von Europa Nostra durchgeführten Online-Umfrage ermittelt wird.

Der Verein Gedenkstätte Gustav Klimt

hat 14 Jahre lang darum gekämpft, die Klimt-Villa und den dazugehörigen Garten als für jedermann zugänglichen Bereich zu bewahren. Die Jury lobte die unerschütterliche Entschlossenheit des Vereins bei der Verfolgung seines Ziels. „Dank seiner ausdauernden und gewissenhaften Bemühungen um die originalgetreue Wiederherstellung von Klimts Atelier sowie durch die Einführung umfangreicher Outreach-Programme, mit deren Hilfe die Zukunft des Ateliers als nachhaltiges kulturelles Zentrum gesichert wird, hat diese Bürgerinitiative erreicht, das Denkmal im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und das Ansehen des Künstlers weiter zu festigen“, heißt es in der Begründung der Jury.



Die Nordfassade der Klimt-Villa Wien, 2012

Das Stadtpalais Liechtenstein

in Wien erhielt eine lobende Erwähnung in der Kategorie Konservierung. Nach einem sechsjährigen umfassenden Sanierungsprogramm erstrahlt das aus dem 17. Jahrhundert stammende und im zweiten Weltkrieg stark beschädigte Gebäude wieder in altem Glanz. Seit April 2013 können die barocken Stuckdecken, die üppigen Neorokoko-Interieurs, die Original-Möblerung sowie die erlesenen Parkettböden des berühmten Möbeltischlers Michael Thonet wieder von Besuchern bewundert werden. Auch ein Teil der umfan-

greichen Sammlung Neo-Klassischer Kunst aus dem Besitz des Hauses Liechtenstein ist hier zu sehen.

Erwin Hameseder

In der Kategorie engagierter Einsatz gewährte die Jury eine lobende Erwähnung an Erwin Hameseder, einen renommierten Banker aus Wien (er ist Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien). Seit mehr als zehn Jahren stellt er, ganz uneigennützig, wertvolle Unterstützung zur Verfügung und mobilisierte umfangreiche Ressourcen für die Erhal-



Der »Quadratsaal« im Stadtpalais Liechtenstein

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Jürgen Schindler / GNU Free Documentation License



Die Basilika Maria Taferl (im Hintergrund ist der Ötztal zu sehen) gehört zu jenen religiösen Baudenkmalern in Österreich, für deren Erhaltung und Wiederherstellung sich Erwin Hameseder seit mehr als 10 Jahren uneigennützig einsetzt.

tung und Wiederherstellung verschiedener religiöser Baudenkmalern in Österreich, darunter die Basilika Maria Taferl, eine der wichtigsten Pilgerstätten des Landes, sowie das Benediktinerstift Göttweig mit Ursprung aus dem 11. Jahrhundert, beide in Niederösterreich gelegen.

Die Preisverleihung

ist Teil des von Europa Nostra ausgerichteten jährlichen Europäischen Kulturerbe-Kongresses, der von 2. bis 6. Mai in Wien unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Heinz Fischer stattfinden wird. Der Kongress wird im wesentlichen durch folgende Partner unterstützt: Die Europäische Kommission, ihre Vertretung in Österreich, das österreichische Bundesministerium für Kunst und Kultur, die Erste Stiftung, das Dorotheum, Bertelsmann sowie der ORF als Medienpartner.

Hintergrund

Die diesjährigen Gewinner des Preises der Europäischen Union für das Kulturerbe / Europa Nostra Awards tragen sich in die lange Liste von Preisträgern (360 bisher) ein, die die Europäische Kommission und Europa Nostra seit 2002 ausgezeichnet haben. Fachjurys unabhängiger Sachverständiger aus ganz Europa bewerten die nominierten Projekte in vier Kategorien: Restaurierung und Erhaltung; Forschung; besonderes Engagement; und Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung. Alle Gewinner erhalten eine Plakette oder eine Statuette. Die sechs Hauptpreisträger erhalten je 10.000 Euro.

Die Preise sind durch das Kultur-Programm der Europäischen Union gefördert



Foto: Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien 2014

Erwin Hameseder

worden, über das zwischen 2007 und 2013 fast 40 Mio. Euro zur Kofinanzierung von Kulturerbe-Projekten bereitgestellt wurden. Fördermittel kommen auch aus anderen von der EU-finanzierten Programmen: So wurden im selben Zeitraum aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 6 Mrd. Euro für Schutz und Erhaltung des Kulturerbes, die Entwicklung einer Kulturinfrastruktur und die Kofinanzierung kulturbezogener Dienstleistungen, wie Berufsbildung und Bildungsmaßnahmen im Bereich Kunst und Kulturerbe, bereitgestellt. Weitere 150 Mio. Euro wurden seit 1998 aus den EU-Rahmenprogrammen für Forschung und technologische Entwicklung für Kulturerbe-Projekte zur Verfügung gestellt.

Über das neue Programm Kreatives Europa (englisch), das für die nächsten sieben Jahre mit fast 1,5 Mrd. Euro ausgestattet ist (9 % mehr als bisher zur Verfügung stand), werden auch weiterhin länderübergreifende Kulturerbe-Projekte gefördert.

Das Kulturerbe ist nicht nur ein Wert an sich, es leistet auch einen wesentlichen Beitrag zu Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Ausgaben für die Erhaltung des Kulturerbes durch öffentliche und private Stellen belaufen sich auf schätzungsweise 5 Mrd. Euro pro Jahr. Aus Erhebungen (englisch) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ergibt sich, daß 40 Prozent des internationalen Tourismus eine Kulturdimension hat. Darüber hinaus spielt das Kulturerbe eine Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt.

Europa Nostra ist eine wachsende Bürgerbewegung, die sich für den Schutz des europäischen Kultur- und Naturerbes einsetzt. Mit seinem großen europaweiten Netz von Mitgliedern (Organisationen und Einzelpersonen), assoziierten Behörden und Verbänden sowie Partnern ist Europa Nostra ein sehr einflußreicher Lobbyist für Kulturerbe-Belange. Die Organisation setzt sich auch für den Schutz gefährdeter Denkmäler, historischer Stätten und Landschaften in Europa ein. 2013 feierte Europa Nostra sein 50jähriges Bestehen. ■

<http://www.europanostra.org>

<http://vote.europanostra.org>

<http://www.klimt.at>

<http://www.klimtvilla.at>

<http://www.palaisliechtenstein.com>

Jewish Welcome Service Vienna: 60 Gäste aus 6 Nationen



Foto: PID / Walter Schaub-Walzer

Natürlich stand auch ein Besuch im Wiener Rathaus auf dem Programm: Gruppenfoto einiger der Gäste auf der Feststiege.

Der Jewish Welcome Service Vienna war vom 30. März bis 6. April Gastgeber einer Gruppe von Jüdinnen und Juden, die in ihrer Jugend aus Wien vertrieben wurden. 60 Personen aus 6 Nationen, darunter als Begleiter auch viele Kinder. Die Gäste kamen aus den USA, Israel, Kolumbien, Frankreich, Australien und England. Es standen auch Besuche jüdischer Einrichtungen, eine Stadtrundfahrt, ein Besuch in der Hofburg, im Rathaus, bei der Sozialeinrichtung Esra, und auch ein Friedhofsbesuch auf dem Programm.

Der Heurigenbesuch war großartig, die Gäste haben mit der Heurigenmusik mitgesungen und auch getanzt. Einer kam mit seinen vier erwachsenen Kindern aus den USA und konnte ihnen erstmalig seine Geburtsstadt zeigen – was für alle ein ganz außergewöhnliches Erlebnis war, weil der Vater noch nie so offen über seine Kindheitserinnerungen gesprochen hatte. Zwei Personen in dieser Gruppe, einer lebt in Israel und der andere in Australien haben nach Gesprächen herausgefunden, daß sie sogar im selben Haus in der Leopoldstadt gewohnt haben, nur war der eine schon Volksschüler und der andere erst knappe zwei Jahre alt.

Der Besuch in der Hofburg war für alle sehr emotional. Besonders die einfühlsamen Worte von Bundespräsident Fischer haben viele bewegt.

Insgesamt war das Feedback der Gäste sehr gut. Auch wenn der Besuch von gemischten Gefühlen begleitet wurde, waren sich doch die meisten einig, daß es in Österreich Veränderungen zum Positiven gibt.

Finanziert wird die Tätigkeit des Jewish Welcome Service von der Stadt Wien, mit Unterstützung der Republik Österreich und vom Wiener Städtische Versicherungsverein, Hauptaktionär der Vienna Insurance Group. Gegründet wurde der Jewish Welcome Ser-

vice 1980 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrats Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman. Präsident ist der jeweilige Wiener Bürgermeister. Weitere Aufgaben neben dem Besuchsprogramm sind die Unterstützung von Gedenk- und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen und Einladungen an die jüngeren Generationen. ■

<http://www.jewish-welcome.at>



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Heinz Fischer im Kreise der internationalen Gäste in der Hofburg.

Österreich, Europa und die Welt

Zusammen: Österreich in Salzburg

Integrationsminister Sebastian Kurz war am 11. April gemeinsam mit dem Projekt Zusammen:Österreich auf Schulbesuch in Salzburg. Vor 80 begeisterten 13- bis 18jährigen SchülerInnen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern betonte er: „Erfolgreiche Integration ist für jede und jeden der sich Österreich als Heimat sucht möglich. Alles was zählt ist Engagement und die Bereitschaft eine Leistung für Österreich zu erbringen. Die besten Beispiele dafür sind unsere Integrationsbotschafterinnen und Integrationsbotschafter, die alle ihre eigene erfolgreiche Integrationsgeschichte haben.“

Wo ein Wille ist auch ein Weg

Hasan Özkan wurde als Kind türkischer Einwanderer in Salzburg geboren. Er ist nicht nur ein erfolgreicher Student der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, sondern auch Sachbearbeiter auf der Juridischen Fakultät in Salzburg. „Sowohl in der Schule, an der Universität, als auch im privaten Leben sah ich, daß eigentlich nichts der Integration im Weg steht, wenn man den Willen dafür hat und die österreichische Kultur respektiert.“

Auch Tolga Özdemir wurde als Sohn einer türkischen Einwandererfamilie geboren. Nach seinem Lehrabschluß zum Einzelhandelskaufmann machte er die Kader-Eignungsprüfung beim österreichischen Bundesheer und rückte im Oktober 2011 im Jägerbataillon in Klagenfurt ein. Neben seiner beruflichen Laufbahn beim Bundesheer engagiert er sich auch als Rettungssanitäter beim österreichischen Roten Kreuz. „Ich habe nicht das Gefühl,



Foto: BMeIA / Dragan Tatic

Außenminister Sebastian Kurz (2.v.l.) mit Hasan Özkan, Razana Dürr-Mohideen, Jasmina Softic und Tolga Özdemir anlässlich Zusammen:Österreich in Salzburg

mich in meinem Leben jemals integriert zu haben. Ich bin hier geboren und aufgewachsen und sehe mich somit als Österreicher. Die Uniform verleiht mir Respekt von außen, wünschenswert wäre es jedoch Respekt auch nicht uniformiert zu erhalten.“

Razana Dürr-Mohideen stammt ursprünglich aus Sri Lanka. Sie kam mit sieben Jahren nach Österreich und begann mit 16 ihre Ausbildung zur Hotel- und Gastgewerbeassistentin. Seit Dezember 2012 leitet sie nun das Motel One Salzburg-Mirabell. Sie hat sich erfolgreich integriert und sagt zu Österreich als Heimatort: „Heimat ist für mich nicht unbedingt ein Ort, sondern ein Gefühl von Willkommen-Sein und Geborgenheit. Das spüre ich hier ganz stark.“

Die letzte im Quartett der Integrations-

botschafterInnen war Jasmina Softic. Sie ist das Kind einer Gastarbeiterfamilie aus Bosnien und Herzegowina die in den 70er-Jahren nach Österreich kam. Ihre Eltern haben sehr hart gearbeitet, um ihr und ihrem jüngeren Bruder bessere Zukunftsperspektiven zu bieten als sie sie hatten. Nach ihrer HAK-Matura absolvierte sie deshalb eine weitere Ausbildung als Grafikerin am Kolleg für Grafik-Design und schloß nebenbei auch noch das Pädagogik Studium ab. Heute ist sie Lehrerin auf der Landesberufsschule in Salzburg. „Es ist mir wichtig jungen Menschen Mut zu machen, daß sie durch Fleiß und Ehrgeiz alles erreichen können und dass Menschen mit Migrationshintergrund keinen Nachteil haben, sofern sie lernwillig, zielstrebig und ehrgeizig sind.“

Beschluß des Ministerrates über die Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Auf Antrag von Außenminister Sebastian Kurz wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 8. April die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen. Dabei wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

Dr. Franziska Honsowitz-Friessnigg,
Österreichische Botschaft in Algier,

Mag. Axel Wech,
Österreichische Botschaft Baku,

Mag. Gerhard Reiweger,
Österreichische Botschaft Bukarest,

Dr. Caroline Gudenus,
Österreichische Botschaft Dakar,

Dr. Brigitta Blaha,
Österreichische Botschaft Islamabad,

Dr. Georg Stillfried,
Österreichische Botschaft Kairo,

Mag. Hermine Poppeller,
Österreichische Botschaft Kiew,

Dr. Harald Günther,
Österreichische Botschaft Nairobi,

Dr. Alexander Grubmayr,
Österreichische Botschaft Prag,

Mag. Helfried Carl,
Österreichische Botschaft Pressburg,

Mag. Roland Hauser,
Österreichische Botschaft Sofia,

Dr. Ronald Sturm,
Österreichische Botschaft Tripolis,

MMag. Erika Bernhard,
Österreichisches Generalkonsulat
Straßburg,

Mag. Jan Kickert,
Österreichische Vertretung bei den
Vereinten Nationen New York, und

Dr. Maria Rotheiser-Scotti,
Österreichische Botschaft Vaduz
mit Sitz in Wien.

Die Betrauung mit den genannten Leitungsfunktionen erfolgt nach Einholung des erforderlichen Agréments des Empfangsstaates und nach Ausstellung des Beglaubigungsschreibens durch Bundespräsident Heinz Fischer.

Neue Plattform für AuslandsgrazerInnen – grazoutside.net

Im April startete eine Online-Plattform für „ganz Graz“ – für AuslandsgrazerInnen und Menschen mit Graz-Bezug weltweit. Unter dem „Motto Graz is, where the heart is“ versammelt <http://www.grazoutside.net> Menschen, die nicht in Österreich leben und in deren Leben Graz eine wichtige Rolle spielt: als Geburtsort, ehemaliger Studien- oder Arbeitsort, aber auch durch familiäre und andere zwischenmenschliche Beziehungen und bildet den Rahmen für eine Online-Community unter GrazerInnen weltweit.

Auf einer Weltkarte werden die Community-Mitglieder per Stecknadel visuell dargestellt. Dadurch soll eine Stadt ohne Grenzen entstehen, die Cluster sichtbar und lokale-globale Bekanntschaften unter GrazerInnen weltweit möglich machen soll.

Im Magazin erzählen redaktionell gestaltete Portraits, Essays vom in Berlin lebenden Schriftsteller und Ingeborg-Bachmann-Preisträger Peter Glaser und Interviews die Geschichten bekannter und unbekannter „ExilgrazerInnen“, darunter Drehbuchautor, Regisseur und Musiker Xaõ Seffcheque, Musikerin Christina Pluhar, Herausgeber und <http://www.austrians.org> Gründer Gerald Ganglbauer und Musikerin Dorit Chryser.

In einer Online-Umfrage werden unter anderem Antworten auf folgende Fragen gesucht: Wer sind die „AuslandsgrazerInnen“? Was bewegt sie? Was bedeutet für sie Heimat? Und: Was können Graz und die GrazerInnen von ihnen lernen?

grazoutside.net ist nach einem Konzept von Milo Tesselaar entstanden, der das Projekt 2007 in Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum Graz begonnen hat. Das Projekt



Foto: grazoutside.net

Der grazoutside-Rucksack – vor dem Grazer Schloßberg mit dem Uhrturm

wurde im Auftrag der Stadt Graz von Milo Tesselaar und seiner kreativen Beratungsagentur freims: contemporary consulting for transformation, innovation and impact erweitert und mit dem Jahr 2014 umgesetzt. Die Beitragenden des Projekts sind selbst zum Großteil AuslandgrazerInnen.

Mitmachen!

grazoutside.net sucht weiterhin AuslandsgrazerInnen und Menschen mit Graz-Bezug auf der ganzen Welt.

Sind Sie AuslandsgrazerIn? Dann melden

Sie sich unter <mailto:mail@grazoutside.net>

Besuchen Sie die grazoutside.net-Community auf <http://grazoutside.net/community/> und registrieren sich mittels Facebook-Login oder mit Ihrer E-Mail Adresse und Angabe Ihres Wohnortes.

Liken Sie grazoutside.net auf Facebook <http://www.facebook.com/grazoutside>

Nehmen Sie an der Umfrage auf <http://de.surveymonkey.com/s/K5NFCBM> teil – und teilen Sie diese Infos zu grazoutside.net mit Menschen, die auch davon wissen sollten! ■

Euregio-Jugendfestival 2014 in Innsbruck

Studium, Beruf, Gesellschaft: entdecke deine Potentiale!“ – unter diesem Motto ging das dritte Euregio-Jugendfestival von 9. bis 12. April in Lienz, Bruneck und Trient über die Bühne. Vier Tage lang tauschten einander 100 SchülerInnen aus der Europa-region Tirol-Südtirol-Trentino mit ExpertInnen über Studienmöglichkeiten und Berufschancen sowie über ehrenamtliches Engagement aus.

Die diesjährigen Inhalte des Jugendfestivals wurden von den TeilnehmerInnen der ersten beiden Ausgaben vorgeschlagen. „Die Themenwahl zeigt, daß Job und Ausbildung junge Menschen sehr beschäftigen“, betonte Jugendlandesrätin Beate Palfrader: „Der

fachliche Input und der Austausch mit Gleichaltrigen hilft dabei, Zukunftspläne zu schmieden und umzusetzen.“

Neben Workshops in Kleingruppen und Diskussionen mit Fachleuten erwartete die Jugendlichen ein vielfältiges Rahmenprogramm. In Lienz besuchten die SchülerInnen die Firma Durst, das Tiroler Photoarchiv und dessen Ausstellung „Vollampf“ zur Geschichte der Pustertalbahn. In Bruneck lud die Jugend-Bigband der Jazzakademie Meran zu einem Gratis-Konzert, am Nachmittag blieb Zeit für einen Sport- und Spielesnachmittag. In Trient wiederum stand der Besuch des nagelneuen naturwissenschaftlichen Museums am Programm.

Beim EVTZ-Preis ausgezeichnet

Das Euregio-Jugendfestival wird seit 2012 jährlich vom Gemeinsamen Büro des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ an drei Orten in Tirol, Südtirol und dem Trentino veranstaltet.

Ziel ist es, neue Impulse im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu setzen sowie jungen Menschen im Alter von 16 bis 19 Jahren aus der Euregio spannende Begegnungen und regen Meinungsaustausch zu ermöglichen.

Das Projekt wurde Mitte Februar mit dem zweiten Rang beim EVTZ-Preis der Europäischen Union ausgezeichnet. ■

<http://www.europaregion.info>

170 JungparlamentarierInnen aus EU-Ländern in Wien

Im Rahmen des Model European Parliament (MEP) waren Anfang April 170 JungparlamentarierInnen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und aus den Bewerberländern Mazedonien, Türkei und Serbien in Wien. Bildungs- und Jugendstadtrat Christian Oxonitsch begrüßte die 16- bis 19-jährigen Jugendlichen im Gemeinderatsaal des Wiener Rathauses: „Es ist mir eine Ehre, Sie hier in Wien willkommen heißen zu dürfen. Ich hoffe Sie, fühlen sich hier wohl und genießen die Zeit in unserer Stadt. Mehr als ein Viertel aller WienerInnen ist jünger als 26 Jahre. Letzten Monat wurde die internationale Studie ‚Quality of Living 2014‘ der Beratungsfirma Mercer Consulting Group veröffentlicht. Wien rangiert erneut auf dem ersten Platz und ist demnach weltweit die Stadt mit der höchsten Lebensqualität. Und das bereits das fünfte Mal. Die US-amerikanische Internet-Ranking-Plattform ‚list25.com‘ wählte Wien vergangenen August auf Platz 1 der 25 Best Cities For Young People To Live In. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen Aufenthalt in Wien“, so Oxonitsch abschließend.



Foto: PID / Votava

Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch bei der Begrüßung der TeilnehmerInnen der Model European Parliament Austria im Gemeinderatsaal des Wiener Rathauses.

Unter den Rednern war auch der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky, der die Jugendlichen ebenfalls begrüßte.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Wienreise lag auf den Themen Energie/Umwelt, Jugendarbeitslosigkeit, Internetfreiheit, öffentliche Gesundheit, Bildung und Integration,

Gleichberechtigung und Außenpolitik. Außerdem jährt sich heuer der Ausbruch des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Aus diesem Anlaß hatten die Jugendabgeordneten die Möglichkeit, dem europäischen Friedenswerk am Vorabend der Europäischen Parlamentswahl im Mai neue Impulse zu geben. ■

SchülerInnen gewinnen bei intern. Jungunternehmer-Wettbewerb

Bei der europäischen „JungunternehmerInnen Handelsmesse“ von „Junior Achievement – Young Enterprise Europe“ konnte Österreich zwei der begehrten Auszeichnungen mit seinen „Junior Companies“ erringen. Die Europäische Handelsmesse ist Treffpunkt und Ausstellungsplatz für von SchülerInnen gegründete „Junior Companies“ aus ganz Europa und fand von 2. bis 4. April in Haifa/Israel statt. 32 Jungunternehmen aus ganz Europa waren vor Ort, haben ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen der Öffentlichkeit präsentiert und wurden von einer Fachjury beurteilt. Österreich war mit zwei „Junior Companies“ auf der Messe vertreten, welche die Preise für die „beste internationale Zusammenarbeit“ sowie für das „beste Unternehmen in der Gesamtwertung“ gewannen.

„Österreich braucht kreative junge Menschen, die Freude am Unternehmertum haben und schon während ihrer Schulzeit lernen, verantwortungsbewußte Entscheidungen zu treffen. Die Sieger, wie auch alle Teilnehmer des Schüler-Unternehmen-Wettbewerbs sind das beste Beispiel dafür“, betont Michael Landertshammer, Leiter der Abteilung für Bildungspolitik der Wirtschafts-



Foto: Junior Enterprise Austria

»Junior Company«-Prämierung in Haifa: So sehen GewinnerInnen aus

kammer Österreich (WKÖ). Sie begleitet die Initiative Junior seit Beginn und sieht Angebote, wie den Unternehmerführerschein zur Förderung von Stärken als besonders wichtig an. Landertshammer: „Zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandortes benötigen wir die Schulen als Partner, die sich den individuellen Fähigkeiten der Jugendlichen widmen und sie mit den Kompetenzen für

Arbeits- und Berufswelt ausstatten.“ Mit dem Junior-Company Programm tauchen 15- bis 19jährige Schüler aktiv in die Wirtschaftswelt ein, indem sie ein eigenes real wirtschaftendes Unternehmen mit echten Produkten oder Dienstleistungen gründen und führen – von der Geschäftsidee über Produktion bis zum Jahresabschluß. ■

<http://www.junior.cc>

Österreich, Europa und die Welt

Jahrestreffen der Europa-GemeinderätInnen in Salzburg

Am 11. April fand die dritte Jahreshauptversammlung der Mitglieder der Europa-GemeinderätInnen-Initiative im Europasaal Edmundsburg in Salzburg statt. Die überparteiliche Initiative wurde 2010 durch das jetzige Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres zusammen mit der Vertretung der Kommission in Österreich ins Leben gerufen. Sie zählt derzeit bereits 650 Mitglieder.

Außen- und Europaminister Kurz hob in seiner Ansprache das große Engagement der GemeinderätInnen für Europa hervor: „Mein Ziel ist es daher, daß es in allen österreichischen Gemeinden eine Europagemeinderätin bzw. einen Europagemeinderat gibt.“

Diese ehrenamtliche Arbeit ist von besonderer Wichtigkeit, um die Errungenschaften der EU sowie den konkreten Nutzen für Österreich auf lokaler Ebene zu kommunizieren: „Gerade jetzt im Vorfeld der Europawahl ist es wichtig, den BürgerInnen zu zeigen, daß sie mit Ihrer Stimme den Kurs der Europäischen Union in den nächsten fünf Jahren mitentscheiden – denn jede Stimme zählt!“

Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, sagte: „Europa ist kein



Foto: BMeIA / Mahmoud

v.l.: Außen- und Europaminister Sebastian Kurz, Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, und Gemeindevizepräsident Helmut Mödlhammer

ferner Elfenbeinturm in Brüssel. Die Einigung Europas liegt in den Händen der Entscheidungsträger und Meinungsbildner auf europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Keine Ebene ist dabei näher am Bürger als die kommunale. Daher bin ich stolz auf den Erfolg der Europa-Gemeinderäte-Initiative, die ich vor vier Jahren mit dem damaligen Außenminister Michael

Spindelegger aus der Taufe heben durfte. Jetzt freue ich mich, diese Initiative mit Bundesminister Sebastian Kurz in die Zukunft zu führen. Zu diesem Zweck haben wir vereinbart, die Initiative nicht nur fortzuführen, sondern auch auszubauen. Die Europa-Gemeinderäte sind für mich eines der größten Erfolgsprojekte der Europa-Kommunikation in Österreich. Ihnen gilt besonderer Dank!“ ■

Euregio-Jugendfestival 2014

Studium, Beruf, Gesellschaft: entdecke deine Potentiale!“ – unter diesem Motto ging von 9. bis 12. April das dritte Euregio-Jugendfestival in Lienz, Bruneck und Trient über die Bühne. Vier Tage lang tauschten sich 100 SchülerInnen aus der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino mit ExpertInnen über Studienmöglichkeiten und Berufschancen sowie über ehrenamtliches Engagement aus.

Die diesjährigen Inhalte des Jugendfestivals wurden von den TeilnehmerInnen der ersten beiden Ausgaben vorgeschlagen. „Die Themenwahl zeigt, daß Job und Ausbildung junge Menschen sehr beschäftigen“, betont Tirols Jugendlandesrätin Beate Palfrader: „Der fachliche Input und der Austausch mit Gleichaltrigen hilft dabei, Zukunftspläne zu schmieden und umzusetzen.“

Neben Workshops in Kleingruppen und Diskussionen mit Fachleuten erwartete die Jugendlichen ein vielfältiges Rahmenprogramm. In Lienz besuchten die SchülerInnen die Firma Durst, das Tiroler Photoarchiv und dessen Ausstellung „Volldampf“ zur Geschichte der Pustertalbahn. In Bruneck lud die Jugend-Bigband der Jazzakademie Meran zu



Foto: EVTZ / Aichner

100 Jugendliche aus Tirol, Südtirol und dem Trentino nahmen am Festival teil.

einem Gratis-Konzert, am Nachmittag blieb Zeit für einen Sport- und Spielenachmittag. In Trient wiederum stand der Besuch des nagelneuen naturwissenschaftlichen Museums am Programm.

Das Festival wird seit 2012 jährlich vom Gemeinsamen Büro des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ an drei Orten in Tirol, Südtirol und dem Trentino veran-

staltet. Ziel ist es, neue Impulse im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu setzen sowie jungen Menschen im Alter von 16 bis 19 Jahren aus der Euregio spannende Begegnungen und regen Meinungsaustausch zu ermöglichen. Das Projekt wurde mit dem 2. Platz beim EVTZ-Preis der Europäischen Union ausgezeichnet. ■

<http://www.europaregion.info>

Salzburger Festspiele gewinnen bei International Opera Awards

Am Abend des 8. April fand in London die diesjährige Verleihung statt und wiederum waren die Salzburger Festspiele nominiert. Diesmal in der Kategorie „Beste Opern-Neuproduktion“. Die internationale Jury unter dem Vorsitz von John Allison, hat die Neuproduktion der Salzburger Pfingstfestspiele, Vincenzo Bellinis „Norma“ mit Cecilia Bartoli in der Titelpartie, zur „Besten Opern-Neuproduktion 2013“ gekürt. Die International Opera Awards wurden in insgesamt 21 Kategorien verliehen und werden als „Oscars der Oper“ bezeichnet.

„Vergangenes Jahr wurden die Salzburger Festspiele zum besten Festival der Welt gekürt. Dieses Jahr errangen wir mit unserer ‚Norma‘ trotz beachtlicher Konkurrenz aus anderen Häusern den Preis für die beste Neuproduktion. Dieser Preis ist uns Anerkennung und Ermutigung zugleich und hoffentlich ein gutes Vorzeichen für die Pfingstfestspiele 2014“, freut sich Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler.

„Ich bin stolz und dankbar, daß wir in Salzburg mit einem großartigen Team die Möglichkeit hatten, eine neue Vision von



Foto: Jim Winslet

Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler und Intendant Alexander Pereira

Bellinis Norma zu präsentieren. Das auf einer kritischen Neuedition der Partitur und einem auf historischen Instrumenten spielenden Orchester beruhende Klanggewand ließ das Werk in gänzlich neuem Licht erscheinen“, so Cecilia Bartoli, Künstlerische Leiterin der Salzburger Pfingstfestspiele.

„Cecilia Bartoli zeichnet der bewundernswerte Mut zu Qualität und Fantasie

aus. Es ist schön zu sehen, wie die äußerst inspirierende Zusammenarbeit zwischen den Salzburger Festspielen und ihr internationale Beachtung findet. Gewinner sind heute auch das gesamte Ensemble unter der musikalischen Leitung von Giovanni Antonini und die beiden Regisseure Moshe Leiser und Patrice Caurier“, so Intendant Alexander Pereira. ■

<http://www.salzburgfestival.at>

Burgenland im Mekka des internationalen Designs

Burgenland Tourismus begeisterte auf der wichtigsten Möbelmesse der Welt, der „Salone Internationale del Mobile“ in Mailand zahlreiche Designinteressierte mit burgenländischem Design und Architektur sowie einer interaktiven Reise durch das östlichste Bundesland Österreichs.

Jedes Jahr im April verwandeln rund 300.000 Besucher aus 160 Ländern Mailand, die Metropole des guten Geschmacks, in eine Bühne für Interieur, Design und Lifestyle. Hunderte von Designern, Produzenten und Händlern kommen zur Leitmesse der Möbelbranche nach Mailand, um über Inneneinrichtung zu fachsimpeln, Geschäftskontakte zu knüpfen und Designtrends aufzuspüren. Das Burgenland war in diesem Jahr mit dabei.

Vom 8. bis 13. April präsentierte Burgenland Tourismus in Kooperation mit der Österreich Werbung und Advantage Austria auf der Mailänder Design Woche einem internationalen Publikum burgenländische Weinarchitektur und Design. Burgenland Tourismus-Direktor Mario Baier hebt hervor: „Die Verbindung von Urlaub mit Genuß von Wein, Kulinarik, Natur und Kultur wird für immer mehr Menschen zum Reisetmotiv.



Foto: Österreich Werbung

Michael Strasser (Österreich Werbung Italien), Michael Berger (Österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Mailand) und Mario Baier (Direktor Burgenland Tourismus)

Gerade im Burgenland findet man immer mehr die Kombination von Wein, Architektur und Design bei verschiedenen Weingüter, aber auch bei ausgewählten Beherbergungsbetrieben wie zum Beispiel den ‚Pannonisch Wohnen‘-Unterkünften. Und das macht das Burgenland zu einem attraktiven weinkulinarischen Reiseziel.“ Es sei eine Ehre für Burgenland Tourismus, „sich neben der gros-

sen Anzahl an Herstellern mit internationalem Renommee präsentieren zu dürfen. Ich denke, mit diesem Debüt haben wir die Bekanntheit des Burgenlandes als attraktives Urlaubsland steigern und ein nachhaltig positives Image für die ‚Sonnenseite Österreichs‘ aufbauen können“, so Mario Baier über den Auftritt in Mailand. ■

<http://www.burgenland.info>

Weltweit größtes urbanes Seilbahnnetz für Bolivien



Foto: Doppelmayr Seilbahnen GmbH

Baustellenfoto von La Paz: Präzises Arbeiten in schwindelerregender Höhe gehört für die Profis von Doppelmayr zum Alltag.

Am 10. September 2012 unterzeichnete der bolivianische Präsident Evo Morales einen Vertrag mit der Doppelmayr/Garaventa Gruppe über den Bau von drei urbanen Seilbahnen in La Paz. Die kuppelbaren Bahnen mit Kabinen für je 10 Personen verbinden die zusammengewachsenen Großstädte La Paz und El Alto und sind die ersten urbanen Seilbahnen in Bolivien. Auf einer Länge von bis zu 4 km und mit mehreren Zwischenstationen werden sie mit einer Stundenkapazität von je 3000 Personen pro Richtung das komplett überlastete Straßennetz deutlich entlasten und den Pendlerverkehr enorm erleichtern. Die Gesamtlänge aller drei Seilbahnen beträgt 10,7 km mit 11 Stationen und ist somit das weltweit größte urbane Seilbahnnetz.

Bei einer Fahrgeschwindigkeit von bis zu 5 m/s (= 18 km/h) wird die Fahrzeit zwischen den beiden Städten bei maximal 10 bis 16,5 Minuten liegen, während die gleiche Strecke mit dem Auto zurückgelegt auch bis zu einer Stunde und mehr dauern kann. Bei der Auftragsvergabe durch das Ministerio de Obras Públicas, Servicios y Viviendas konnte Doppelmayr durch sein fundiertes Seilbahn-Knowhow, seine hohen Qualitätsstandards, seine oft bewiesene Umsetzungscompetenz und nicht zuletzt aufgrund seiner weltweiten Erfahrung mit Großprojekten

überzeugen. Hinsichtlich Auftragssumme wurde mit dem Vertragspartner Stillschweigen vereinbart.

Die Doppelmayr/Garaventa Gruppe

ist Qualitätsführer im Seilbahnwesen. Die genaue Kenntnis der Kundenbedürfnisse und professionelles, präzises Arbeiten sind Grundlagen für die weltweite Marktführerschaft. Als Technologieführer bei Seilbahnen hat Doppelmayr zahlreiche Weltneuheiten realisiert und die Meilensteine der modernen Seilbahntechnik gesetzt. Die Unternehmens-

gruppe hat Produktionsstandorte sowie Vertriebs- und Serviceneiederlassungen in über 30 Ländern der Welt und durfte bis heute über 14.300 Seilbahnsysteme für Kunden in über 87 Staaten realisieren.

Das von Doppelmayr realisierte Projekt in London über die Themse hat weltweit für Furore gesorgt und bereits zwei Monate nach Eröffnung mehr als eine Million Passagiere komfortabel und schnell von den Vorteilen einer Seilbahn als Transportmittel im ÖPNV überzeugt.

<http://www.doppelmayr.com>

Red Dot Design-Award für Backhausen

Der extravagante Möbel- und Dekorstoff „Wave Circles“, der gemeinsam mit dem renommierten Architekturbüro Coop Himmelb(l)au entwickelt wurde, konnte sich gegen eine Vielzahl von Bewerbern durchsetzen und durch seine dreidimensionale Wirkung und durch das Design fließender, sich wölbender Punkte, sowie durch hohe Qualität und einen interessanten Materialmix die Jury überzeugen. 4815 Entwürfe von Herstellern, Designern und Architekten aus 35 Nationen wurden von 40 Jury-Mitgliedern bewertet.

Für eine bessere Identifikation wurde der Gewinner-Stoff auf sämtlichen Kanälen mit dem „Red Dot“ versehen – der steht für Ge-

staltungsqualität und Designexzellenz und wird jährlich von einer Fach-Jury vergeben.

„Dieser internationale Designpreis zeigt, daß die Firma Backhausen, die ihre Firmenphilosophie auf den Grundpfeilern Individualität, Perfektion und Ästhetik aufbaut, auf dem richtigen Weg ist“, so GF Jürgen Teubenbacher. „Dank der hauseigenen Weberei und mittlerweile 165jährigem Know-How, sowie einem eigenen Designer-Team können wir schnell und präzise auf Kundenwünsche und Sonderentwicklungen eingehen. So war es uns auch möglich, diesen preisgekrönten Stoff zu entwickeln.“

<http://www.backhausen.com>

Harald Sedlacek schreibt Segelgeschichte

Ganze 87 Tage und 50 Minuten und über 5100 Seemeilen liegen im Kielwasser des nur 4,9 Meter kleinen Vulkanfaser-Prototypen FIPOFIX. Am 13. April um exakt 17 Uhr UTC passierte Skipper Harald Sedlacek mit seiner FIPOFIX die Ansteuerungstonne von Palm Beach. Ein unglaublicher, erstmaliger Extremsegeltörn ist erfolgreich abgeschlossen!

Skipper Sedlacek ist somit der weltweit erste Extremsegler welcher, den Nordatlantik in einem nur 16 Fuß (4,9 Meter) kleinen Segelboot von Kontinent zu Kontinent einhand, nonstop und ohne jegliche Hilfe von außen überquert hat! Zugleich hält er nunmehr auch den Rekord für die meilenmäßig längste Einhand-Nonstop-Fahrt in der 16 Fuß-Klasse.

Schon unmittelbar nach dem Auslaufen in die winterliche Biskaya brachten Winterstürme, Wetterkapriolen im Passatwindgürtel, der Ausfall des Autopiloten, ein teilweiser Ausfall der Ruderanlage und gesundheitliche Probleme Sedlacek bis an seine Grenzen. Er mußte die FIPOFIX über die gesamte Wegstrecke selbst steuern und somit auch



Foto: Yacht Construction Consulting GmbH

Auf Skipper Sedlacek warteten die Herausforderungen der gefürchteten Biskaya, eines winterlichen Nordatlantiks, Kälte, stürmische See, Entbehrungen ...

nahezu die gesamte Törndauer ausnahmslos im ungeschützten Cockpit verbringen! Als letzte Herausforderung wartete auch noch das durchsegeln der Bahamas mit dichtem Schiffsverkehr und unberechenbaren Strömungen sowie, „last but not least“, die für ihre Wetterkapriolen und Strömungen gefürchtete Floridastraße.

Am 18. Mai wird er mit seiner FIPOFIX erneut auslaufen: Diesmal wird er versuchen den Nordatlantik von West nach Ost einhand, nonstop, zu überqueren. Sollte dies gelingen haben sich nicht nur Skipper Sedlacek sondern auch eine neue Werkstofftechnologie auf eindrucksvolle Weise bewiesen. ■

<http://www.open16.com>

»Herzlich Willkommen« in Innsbruck

Am 15. April wurden sieben französische SchülerInnen des Lycée Louis Vicat aus Souillac von Stadtrat Gerhard Fritz im Rathaus empfangen. „Ich freue mich ganz besonders euch in der Landeshauptstadt Innsbruck willkommen zu heißen“, so der Stadtrat: „Genießt die Zeit in Innsbruck mit dem facettenreichen Programm, das die Stadt zu bieten hat.“ Zur Begrüßung gab es für die SchülerInnen sowie auch für die Lehrenden ein Willkommensgeschenk.

Der für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Integration zuständige Stadtrat informierte die Gäste über die Vielfalt Innsbrucks und gab einen informativen Überblick über die von der Stadt Innsbruck bewußt eingesetzte energieeffiziente Nutzung. Die französischen SchülerInnen verfügen über gute Kenntnisse im Bereich erneuerbarer Energie, da ihr Schwerpunkt der Ausbildung darin liegt.

Die SchülerInnen kamen in Begleitung von Barbara Ditterich (Professorin an der Handelsakademie Innsbruck), den beiden Lehrenden an der französischen Schule Lycée Louis Vicat Jean-Philippe Marquié und Gretel Jacquier. Die Initiative des Besuchs in der Landeshauptstadt ging von der HAK Inns-



Foto: IKM/Mörzinger

Freuten sich über den Empfang im Rathaus: Die französischen Gäste, Barbara Ditterich (HAK Innsbruck, vorne) und Stadtrat Mag. Gerhard Fritz (hinten rechts)

bruck aus, da sie auf gutem Weg ist, noch internationaler und europäischer zu werden und bahnt daher zwei Schulpartnerschaften

an, unter anderem mit der Lycée Louis Vicat in Souillac. ■

<http://www.hak-ibk.tsn.at>

LH Kaiser empfing indische Wirtschaftsdelegation in Wien

Kärnten möchte seine Wirtschaftskontakte zu Indien vertiefen. Aus diesem Grund empfing Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser im Parlament in Wien gemeinsam mit seinen Regierungskollegen LHStv.in Gaby Schaunig und LR Wolfgang Waldner und Vertretern der Kärntner Wirtschaft am 4. April eine 15köpfige indische Wirtschaftsdelegation aus Kalkutta. Organisiert wurde das Treffen vom indischen Eigentümer der Austrian Anadi Bank, Sanjeev Kanoria.

„Der indische Subkontinent kann ein neuer Hoffnungsmarkt für die Kärntner Wirtschaft werden. Daher wollen wir die Kontakte aber auch die Wirtschaftsbeziehungen mit Indien verstärken, die den Kärntner Wirtschaftsbetrieben, aber auch dem Land es ermöglichen sollen, neue Kooperationen zu knüpfen“, betonte Kaiser. Der Empfang sollte aber auch dazu genutzt werden, der indischen Delegation Kärntens Vorteile als Investitions- und Wirtschaftsstandort näherzubringen. Letztere präsentierten Ulrich Zafoschnig von der Landesholding und Sabrina Schütz-Oberländer von der Betriebsansiedlungs- & Beteiligungsgesellschaft (BABEG).

Foto: Büro LH Kaiser/ Hypo Alpe Adria Bank AG/APA-Fotoservice/Juhasz



Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser empfing indische Wirtschaftsdelegation

Den indischen Gästen wurde auch ein aktueller Kärnten-Film präsentiert. Wie Kaiser weiters bekanntgab, sollen die Kontakte zwischen der Kärntner Wirtschaft und der Industrie mit indischen Firmen über die Landesholding hergestellt werden.

Die indische Delegation, mit dabei war auch der stellvertretende indische Botschaf-

ter in Österreich, Suhel Ajaz Khan, zeigte sich über die Präsentation angetan.

Positive Signale gibt es auch von der Austrian Anadi Bank. „Wir freuen uns, als Bank die internationalen Beziehungen zwischen Kärnten und Indien mit unserem Know-how unterstützen zu können“, so Vorstandsvorsitzender Martin Czurda. ■

Salzburg: Mehr Bewegung in den Regionen

Der Ausschuss der Regionen (AdR) versteht sich in der Vielfalt der Sprachen auf die gleichen Ziele, nämlich die Regionalität und die Vielfalt der verschiedenen europäischen regionalen Unterschiede. Es wurden sehr spannende Diskussionen über die vielfältigsten aktuellen Themen geführt“, erklärte Salzburgs Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf anlässlich der jüngsten Plenartagung des AdR in Brüssel.

„Die Ereignisse rund um die Ukraine müssen für alle in der Europäischen Union eine Warnung sein, daß nicht auch andere kleinere Regionen in ähnliche Situationen geraten. Ich denke da vor allem an Länder wie Moldawien“, warnte Landeshauptmann a.D. Franz Schausberger, Beauftragter der Landes Salzburg im AdR.

Themen waren unter anderem die Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik und Ausführungen für regionales Bau- und Wohnungsbauwesen. Besonders wurden die Erweiterungsstrategie und die wichtigsten aktuellen Herausforderungen erörtert.

„Die Regionen sind mehr als je zuvor gefordert, sich einzubringen. Der Salzburger Landtag wird sich vermehrt mit der Europäischen Union und ihren Vorhaben beschäfti-

Foto: Land Salzburg / Marie-Christine Hohenberg



Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf und Landeshauptmann a.D. Franz Schausberger, Beauftragter der Landes Salzburg im Ausschuss der Regionen

gen und vor allem versuchen, die vielen Vorhaben auch Salzburg und den Menschen in Salzburg verständlicher und einfacher Form umsetzbar zu machen. Ich sehe die Vertretung im AdR als Botschafterin der Vielfalt und regionalen Unterschiede in Europa und es ist so wichtig wie nie zuvor, sich dieser grenzüberschreitenden Aufgabe zu widmen“, betonte Pallauf.

Der AdR beschloß die Charta für Multi-level-Governance in der EU, die unter anderem vom ehemaligen AdR-Präsidenten und flandrischen Ministerpräsidenten Luc Van den Brande und Herwig van Staa, Tirols Landtagspräsident und Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, vorgestellt wurde. ■

<http://cor.europa.eu/de/Pages/home.aspx>

43 Mio. Euro für Wachstum und Beschäftigung in Tirol.

Im heurigen Jahr beginnt in der EU eine neue Finanzperiode. Sämtliche EU-Förderprogramme werden neu aufgelegt – so auch das bisherige zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, über welches in Tirol von 2007 bis 2013 über 230 Betriebe mit mehr als 300 Projekten mit knapp 35 Mio. Euro EU-Mitteln unterstützt wurden. Dadurch entstanden mehr als 400 hochwertige Arbeitsplätze.

„Für den Zeitraum 2014-2020 stehen mit dem Programm ‚Investition in Wachstum und Beschäftigung‘ über 43 Millionen Euro für Tirol zur Verfügung“, umreißt LH Günther Platter die Dimension dieser wichtigen Förderschiene. Bis 2020 sollen mit diesem Geld rund 130 Projekte von heimischen Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 115 Mio. Euro unterstützt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei für Tirol besonders relevante Themenfelder wie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben, die Unterstützung von Forschung und Innovation sowie die Verringerung des CO₂-Ausstoßes von Unternehmen.



Foto: Amt der Tiroler Landesregierung

»Wir wollen auch regionale Ziele und Ideen in diesem Programm unterstützen«, betont Tirols Landeshauptmann Günther Platter.

Ein Großteil der 43 Mio. Euro kommt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Insgesamt wurden die Mittel für Österreich im Zeitraum 2014-2020 beträchtlich gekürzt. „Für Tirol steht aber fast gleich viel EU-Geld zur Verfügung wie in der vergangenen Förderperiode“, freut sich Platter über den Verhandlungserfolg.

Das nunmehr von der Tiroler Landesregierung beschlossene Programm „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ liegt derzeit in Brüssel zur Genehmigung. Eine erste Rückmeldung wird im Sommer erwartet. Tatsächlicher Programmstart wird Beginn des kommenden Jahres sein. ■

http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/job_creation_measures/60015_de.htm

Anschober: Nach Etappensieg jetzt Widerstand weiter ausbauen

Nach dem großen Etappensieg des Stoppens des Ausschreibungsverfahrens für den Ausbau von Temelin will Oberösterreichs Umwelt- und Energie-Landesrat Rudi Anschober sofort die Weichen für eine massive Verstärkung des Widerstands stellen: In einem ersten Schritt in Form einer großen Informationskonferenz am 29. April in Prag und durch starken Druck zum Unterbinden der Ermöglichung von Milliardensubventionen für neue AKW-Bauten. Mit der Bundesregierung will Anschober eine Verstärkung der Anti-Atomaktivitäten durch die Bundesregierung besprechen.

Konkret die Initiativen

Antiatomkonferenz am 29. April in Prag: Unter dem Motto „Wirtschaftliche Grenzen der Kernenergie“ versammeln sich die angesehensten Wirtschafts- und EnergieexpertInnen Europas. Unter den ReferentInnen: Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Stephan Thomas (University of Greenwich Business School), Mycle Schneider (Energie- und Atompolitikberater).

Entscheidung über die Zukunft der Atomenergie in der EU durch Entscheidung der



Foto: Land OÖ

Der wirtschaftliche Hebel von LR Rudi Anschober gegen Atomkraft wirkt

Wettbewerbskommission über die Milliardensubvention für das AKW-Projekt Hinkley Point: Bis Sommer möchte die EU-Kommission eine Entscheidung über die geplante Milliardensubvention für das AKW-Projekt Hinkley Point treffen und damit auch über weitere AKW-Pläne in Europa. Über das Subventionskonzept „Contract for Difference“ soll Hinkley Point mit vier Mio. Euro täglich dreimal höher als PV-Kraftwerke in Deutsch-

land subventioniert werden. Der von Anschober breit initiierte Widerstand dagegen zeigte bereits Wirkung: Erstens hat die Kommission sämtliche Kritikpunkte aufgenommen, zweitens haben in der öffentlichen Konsultationsfrist BürgerInnen 23.454 negative Appelle abgeschickt, die Republik eine negative Stellungnahme inkl. Einbindung des Landes OÖ ebenso eingereicht wie drei heimische Energieversorger (Verbund, Energie AG, Linz AG).

Geplante Gespräche mit Bundesregierung: Jetzt ist die Tür offen für die Möglichkeit eines großen Erfolgs gegen Atomkraft bis hin zum Einstieg in einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg. Jetzt muß auch die Bundesregierung ihre Aktivitäten massiv steigern: Innerhalb der EU muß als Gegenpol zu den schon aufgestellten Befürwortern eine Allianz der Anti-Atom-Länder gebildet werden. Die Bundesregierung muß jetzt eine Nichtigkeitsklage gegen die Milliardensubvention von Hinkley Point für den Fall einer Genehmigung durch die EU-Kommission ankündigen. Partnerschaften für die Energie-wende sollen auch mit tschechischen Regionen und Gemeinden gesucht werden. ■

Wien, Berlin und Bilbao als Vorbilder für Warschau

Am 8. und 9. April folgte Wien einer Einladung nach Warschau, wo sich die Stadt – zusammen mit Berlin und Bilbao – anlässlich der 3T-Konferenz als kreative und tolerante Metropole präsentierte. Der Titel „3T“ stand dabei für die Begriffe „Technologie, Talent und Toleranz“. Prof. Danuta Hübner, Vorsitzende des Komitees Regionale Entwicklung im Europaparlament, und Warschauer Bürgermeisterin Prof. Hanna Gronkiewicz-Waltz riefen die Tagung ins Leben, um Veränderungen im politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu thematisieren und neue Formen des überregionalen Dialogs zu erarbeiten.

Wiens Tourismusdirektor Norbert Kettner vertrat seine Stadt, die als Best-Practice-Beispiel diente, in der Diskussionsrunde „How to create cultural capital in a diverse city“. „Wien hat sein global immer stärker wahrgenommenes Image als liberale Metropole bereits im Vorjahr im Rahmen eines Events für die Gay & Lesbian Community in Warschau gestärkt. Dabei haben wir auf die Kooperation mit der Österreichischen Botschaft bauen können. Das zeigt, daß sich eine tolerante, weltoffene Einstellung heut-



Foto: PFD / Jan Wajszczyk

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (l.) und Wiens Tourismusdirektor Norbert Kettner und repräsentierten ihre Städte bei der 3T-Konferenz.

zutage in der Mitte der Gesellschaft wiederfindet und nicht in einer Nische abspielt“, so Kettner beim Kongreß. Der Tourismusdirektor nutzte dabei auch am Rande des Kongresses die Gelegenheit, sich mit Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit, seiner Warschauer Amtskollegin Gronkiewicz-Waltz

und Bilbaos Vizebürgermeisterin Ibone Bengoetxea auszutauschen.

Zusätzlich bereicherte die Expertise zahlreicher VertreterInnen europäischer Universitäten, Innovationswerkstätten und im politischen Umfeld tätiger Organisationen den Kongreß. ■

Botschafter aus Malta zu Gast in der Grazer Burg

Im Rahmen seines Steiermark-Besuchs traf der Botschafter der Republik Malta Keith Azzopardi gemeinsam mit dem maltesischen Honorarkonsul Alois Sundl am Nachmittag des 3. April Landeshauptmann Franz Voves in der Grazer Burg. Botschafter Keith Azzopardi betonte im Gespräch, daß er die Beziehungen Maltas zur Steiermark gerne intensivieren möchte. Anknüpfungspunkte gebe es aus seiner Sicht einige: „Mit mindestens 300 Sonnentagen im Jahr ist Malta selbstverständlich ein beliebtes Urlaubsziel, aber unser Land hat auch abseits des Tourismus einiges zu bieten.“ So sei der Inselstaat, der seit 2004 Mitglied der Europäischen Union ist, wichtiger Hafen für die internationale Seefahrt sowie bedeutender Finanz- und Bankenstandort und habe sich mit seinem Angebot an Sprachkursen – vorrangig Englisch für unterschiedliche Berufsgruppen – längst einen Namen gemacht. Auch Landeshauptmann Voves erkennt „unterschiedliche Möglichkeiten der Kooperation“ und freut sich „auf eine konstruktiv-freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Malta und der Steiermark, die von wechselseitigem Benefit geprägt ist“. Eine Gelegenheit des Erfah-



Foto: steiermark.at / Jammerne

LH Franz Voves begrüßte den maltesischen Botschafter Keith Azzopardi gemeinsam mit Honorarkonsul Alois Sundl in der Grazer Burg (v.l.)

rungsaustausches könnte es bereits im Bereich Kultur geben, wo sich Maltas Hauptstadt Valletta für ihre Rolle als Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2018 bei ihrem „Amtsvorgänger“ Graz (Kulturhauptstadt im

Jahr 2003) ein paar Tipps holen könnte. Keith Azzopardi ist seit Herbst 2013 Botschafter der Republik Malta. Der studierte Völkerrechtler war jahrelanger Berater im Europäischen Parlament in Brüssel. ■

Österreich, Europa und die Welt

Auslandsösterreicher erleben Europa hautnah

Die AuslandsösterreicherInnen in Belgien hatten vor kurzem eine ganz besondere Möglichkeit an einem Abend „Europa hautnah zu erleben“. Ausnahmsweise öffnete das EU-Parlament am Abend seine Sicherheits-türen und fast 200 ÖsterreicherInnen nutzen die Gelegenheit, individuell und in Gruppe die „Top 5 Touristenattraktion Brüssels“ zu erkunden. Und für viele war es das erste Mal, obwohl dieses neue Besucherzentrum mitten im EU-Viertel beim Europäischen Parlament liegt.

Dank der dynamischen und interaktiven multimedialen Darstellungen konnten die BesucherInnen die Geschichte der europäischen Integration auf eine völlig neue Weise kennenlernen. Höhepunkte waren ein beeindruckender 360° Panoramafilm, der es erlaubt, unmittelbar in das Geschehen im EU-Parlament eintauchen, sowie der „Tunnel der Stimmen“ der es erlaubt, in das mehrsprachige kulturelle Erbe Europas einzutauchen.

Das Besondere an diesem Abend war aber die Präsenz von drei österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament: Vizepräsident Othmar Karas, Evelyn Regner und Ulrike Lunacek. Nach einführenden Worten der Abgeordneten konnten all Teilnehmer im persönlichen Gespräch mehr über die Arbeit in Europa erfahren und dies am gleichen Abend mit einem Streifzug durch das Parlamentarium ergänzen. Selten war Europa anschaulicher und konkreter präsentiert worden als an diesem Abend. ■

<http://www.oevb.be>



v.l.: Vizepräsident Othmar Karas, EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek, Christian Macek (Präsident der Österr.-Vereinigung Brüssel) und EU-Abgeordnete Evelyn Regner



Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien

Fast 200 ÖsterreicherInnen nutzten die Gelegenheit zum Besuch des Parlaments.

Wiener Walzer am Madrider Bahnhof Atocha

Madrid. Wintergarten des Bahnhofs Atocha. Anfang April, Mittwoch Vormittag. Herumhetzende Reisende auf der Suche nach dem richtigen Bahnsteig. Normales Alltagstreiben am zentralen Verkehrsknotenpunkt der spanischen Hauptstadt. Nicht an diesem Tag! Die Österreich Werbung (ÖW) Spanien hatte sich für ihren Sommerauftakt im Rahmen der „Sommerglücksmomente“-Kampagne „Momentos de ensueño“ eine ganz besondere Überraschung ausgedacht.

Diese startete mit einer Künstlerin, die bekannte österreichische Motive wie das Goldene Dachl oder die Silhouette Mozarts auf eine riesige Glaswand zeichnete. Nachdem sich eine Traube von Passanten um sie versammelt hatte, begann plötzlich ein Musiker auf seinem Cello zu spielen. Damit

blieb er jedoch nicht lange alleine. Nach und nach erschienen weitere Musiker aus unterschiedlichen europäischen Ländern auf der „Bühne“, die mit ihren Melodien und in immer größerer Lautstärke um die Aufmerksamkeit der Zuseher buhlten. Österreich – Treffpunkt Europa wurde somit musikalisch in Szene gesetzt. So spielte ein Cajón Flamenco-Spieler spanische Klänge, ein E-Gitarrist zeitgenössische Musik aus Großbritannien und ein Akkordeonist traditionelle Melodien. Am Höhepunkt des musikalischen Wettstreites bahnten sich schließlich vier Paare ihren Weg durch die Menschenmenge und tanzten rund um die sich duellierenden Musiker zu einer Walzermelodie, die im Hintergrund angestimmt wurde. Nach nur wenigen Takten gingen auch die Töne der Künstler in Walzerklänge über und sorgten

dabei für ein unvergeßliches musikalisches Erlebnis. „Österreichs Musik vereint Europa. Mit dem paneuropäischen Konzert und dem Wiener Walzer als Höhepunkt wollten wir genau das unterstreichen – und gleichzeitig die Spanier für einen Sommerurlaub in Österreich begeistern“, erklärt Werner Fritz, ÖW-Markt Manager Spanien.

Nach Ende des Walzers „Vals Feliz Austria“, den der spanische Komponist Juan Antonio Simarro speziell für diesen Anlaß geschrieben hatte, verschwanden die Tänzer wieder in der Menschenmenge. Zum Abschluß erhielten die Zuseher noch kleine Geschenke, wie Schokolade aus Innsbruck, Schals aus der Region am Arlberg, CDs der Wiener Philharmonie und Kürbiskerne aus Graz. ■

<http://www.austriatourism.com/maerkte/maerkte/markt-spanien/>

Besuch des australischen Senatspräsidenten im Hohen Haus

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßte am 29. April den australischen Senatspräsidenten John Hogg im Hohen Haus. Sie unterstrich die exzellenten Beziehungen zwischen Österreich und Australien und erwähnte unter anderem, daß die Suche des Nationalfonds und des Allgemeinen Versöhnungsfonds nach überlebenden Opfern des Nationalsozialismus bzw. deren Erben sich auch auf Australien erstreckt habe. Letztlich konnten in mehr als 2000 Fällen von australischen BürgerInnen Leistungen dieser Fonds in Anspruch genommen werden. Auch wenn erlittenes Unrecht so nicht mehr gutgemacht werden könne, sei es doch ein wichtiges Zeichen für die Bereitschaft der Republik Österreich, ihre historische Verantwortung wahrzunehmen.

Hogg unterstrich sein Interesse an einem Erfahrungsaustausch mit anderen legislativen Körperschaften. Er merkte bedauernd an, daß die Parlamente vieler Länder sich seit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise einem budgetärem Druck ausge-



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßt Senatspräsident John Hogg

setzt sähen. Das gelte auch für Australien. Eine Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten berge aber auch Gefahren für das Funktionieren demokratischer Abläufe in sich, meinte er. Die Inter-Parliamentary Union biete eine Plattform für den Erfahrungs-

austausch zwischen Parlamenten, die stärker genutzt werden sollte.

John Hogg traf auch mit Bundesratspräsident Michael Lampel sowie mit Nationalratsabgeordneten zu einem Meinungsaustausch zusammen. ■

SBS Radio Australia – German

In Australien gibt es seit bald 40 Jahren keinen kleinen, aber feinen Radiosender: SBS Radio. Der nationale, öffentlich-rechtliche Sender strahlt sein Programm in 74 (!) Sprachen aus. Natürlich gibt es auch ein deutschsprachiges Programm für die Deutschen, Österreicher und Schweizer in Australien, und via Internet rund um die Welt. Das Team besteht aus Christian Froelicher (Executive Producer), Oliver Heuthe (Senior Producer), Adrian Plitzco, Sabrina Frangos, Trudi Latour und Wolfgang Mueller (alle Producer). Das einstündige Programm geht täglich um 19 Uhr auf Sendung. Einzelne Highlights gibt es als Podcasts auf <http://www.sbs.com.au/german> und auf Facebook

<http://www.facebook.com/sbsGerman>

Die letzten sieben Sendungen gibt es jederzeit auf Abruf im Internet, und natürlich ist man auch per Smartphone dabei, weltweit, via die SBS Language App. Die Sendefrequenz in Sydney ist 97.7fm, in Melbourne 93.1fm. Jene aller anderen Städte findet man auf der Webseite.

Die Sendeinhalte sind so bunt wie das Leben. Sie reichen von der Tagesaktualität (Nachrichten, Sport, Finanzen) über Talkback und Kulturbeiträge bis hin zu spannenden Interviews, Panelrunden und Live-Stu-



Christian Froelicher, Marco Pahl und Sabrina Frangos (v.l.) in der SBS-Redaktion

diogästen. Und immer wieder: Geschichten von Einwanderern und über Einwanderer, das deutschsprachige Leben in Australien, die australischen Sitten und Gebräuche, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, und die Brücke zur alten Heimat (vorwiegend: Deutschland, Österreich, Schweiz). Hinzu kommt ein enges Netz von Korrespondenten in Australien (Sydney, Adelaide, Brisbane, Perth) und Deutschland (Berlin, Hamburg, Köln, etc). SBS hat seit 1975 den Auftrag, den vielen Millionen Einwanderern im klassischen Einwandererland Australien eine Stimme zu geben, sie in Australien zu integrieren, ohne daß sie deswegen ihre Herkunft

verleugnen müssen. SBS (auch SBS TV) fördert damit letztlich die soziale Harmonie und das Zusammenleben der Kulturen in Australien.

Das Team in Melbourne und Sydney freut sich über jegliches Feedback aus Australien und Übersee. Auch Themen-Vorschläge und Tipps für tolle Geschichten nimmt das Team jederzeit gerne entgegen. Am besten per Mail an <mailto:german.program@sbs.com.au>

Und den kostenlosen, monatlichen SBS German Newsletter gibt es hier – klicken Sie einfach links oben auf den Button „Subscribe“

<http://us3.campaign-archive2.com/?u=c98a75f500d73fce1e175731&id=e9ec50e719&e=ff7122d1b1>

Oskar Kokoschka. Humanist und Rebell

Das Kunstmuseum Wolfsburg (D) stellt vornehmlich das Porträtwerk dieses herausragenden Künstlers der Moderne vor.

Damit entsteht zugleich eine Brücke zur Eröffnung des Hauses im Jahr 1994, als die Überblicksschau zum Werk des französischen Künstlers Fernand Léger den Anfang der Erfolgsgeschichte Kunstmuseum Wolfsburg bildete. Künstler der Klassischen Moderne standen bereits im noch jungen Wolfsburg im Fokus: Heinrich Nordhoff, der frühere Vorstandsvorsitzende von Volkswagen, initiierte in den Jahren 1952 bis 1967 viel beachtete Ausstellungen zu Franz Marc, Lovis Corinth oder Vincent van Gogh.

Der rote Faden dieser Ausstellung

ist die Person Kokoschkas selbst, der zu den Protagonisten der Wiener Moderne gehörte (geb. 1886 in Pöchlarn bei Wien, gest. 1980 in Montreux, Schweiz). In den Bildern begegnen wir den Personen, die er kannte, seinem Blick auf den Menschen und die Gesellschaft. So zeigt diese Ausstellung eine einzigartige persönliche Perspektive auf das 20. Jahrhundert und dessen bedeutende Ereignisse. Mit seiner expressiven Malerei und Dramatik der Pinselführung prägte Kokoschka einen Stil, der auf einmal sehr zeitgenössisch anmutet.

Als der junge Oskar Kokoschka in Wien die Bühne der Kunst betrat, traf er mit seinen von leidenschaftlicher Unruhe geprägten Werken auf das Milieu der Wiener Moderne. 1910 ging er nach Berlin, engagierte sich mit seinen Grafiken für Herwarth Waldens Zeitschrift „Der Sturm“, stellte zusammen mit den Künstlern der Berliner Secession aus und provozierte mit seinen Bühnenstücken. Oskar Kokoschka avancierte als Maler, Grafiker und Schriftsteller nicht nur zu einem der prominentesten Vertreter der Wiener Moderne, sondern entwickelte sich zu einem der eigenwilligsten Verfechter des Expressionismus.

Die Ausstellung orientiert sich an der Entwicklung dieses ungewöhnlichen Œuvres. Ausgangspunkt der Ausstellung, die 55 Gemälde und 138 Arbeiten auf Papier umfaßt, ist Kokoschkas Zeit an der Kunstgewerbeschule in Wien (1905-1908), sein Wirken für die Wiener Werkstätte und die Werke für die Kunstschau 1908, die bis heute als bahnbre-

chendes Ereignis der Wiener Moderne gilt. Durch Wien wehte der Geist des Aufbruchs und der Avantgarde, beeinflusst durch Persönlichkeiten wie Gustav Klimt, Sigmund Freud, Gustav Mahler und Arthur Schnitzler. 1909 erregte der vielseitig begabte Kokoschka mit seinem Bühnenstück Mörder, Hoffnung der Frauen einen Skandal. Aus Protest gegen die heftige Kritik ließ er sich den Kopf kahl scheren.

Es folgten Kokoschkas frühe Bildnisse, die in Wien meist durch die Vermittlung von Adolf Loos zwischen 1909 und 1914 ent-

standen sind, darunter von Freunden wie dem Publizisten und Satiriker Karl Kraus und dem Schauspieler Karl Etlinger. In seinen expressiven, am Menschen und seiner Umgebung orientierten Bildfindungen dieser Jahre lehnte er sich gegen den vorherrschenden Historismus und den vom Ornament geprägten Jugendstil auf.

Die Berliner Jahre 1910-1916, in denen er immer wieder Reisen nach Wien unternahm, waren durch die Zusammenarbeit mit Herwarth Walden und seiner Zeitschrift Der Sturm geprägt. Als Kokoschka 1910 nach



© Fondation Oskar Kokoschka / VG Bild-Kunst, Bonn 2014 / Foto: Marek Kruszewski

Blick in die Ausstellung »Oskar Kokoschka. Humanist und Rebell« in Wolfsburg

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Pete Hohn

Oskar Kokoschka

Berlin ging, lernte er Franz Marc kennen und traf sich mit Schriftstellern wie Else Lasker-Schüler, Rudolf Blümner, Peter Baum, Richard Dehmel und Alfred Kerr, deren Bildnisse sich in der Ausstellung wiederfinden. Seine turbulente Beziehung zu Alma Mahler, der Witwe des Komponisten Gustav Mahler, in den Jahren 1912-1914 inspirierte ihn zu zahlreichen Gemälden, Drucken und Zeichnungen sowie zu ersten Arbeiten zum Thema Musik. Als Alma Mahler jedoch das gemeinsame Kind abtreiben ließ und sich die beiden daraufhin trennten, stürzte dies Kokoschka in eine tiefe Krise, und er meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst.

Nach schwerer Verwundung und Genesung nahm er von 1916 bis 1923 eine Professur in Dresden an. In dieser Zeit (er-)fand sich Kokoschka künstlerisch und persönlich neu. Um über die Trennung hinwegzukommen, ließ er sich 1918 eine lebensgroße Puppe nach dem Vorbild Alma Mahlers anfertigen. Dieses kuriose Objekt diente ihm als Motiv für eine Reihe von Bildnissen. Die größte Veränderung nach der erzwungenen Malpause in den Kriegsjahren betraf den Übergang von einer Malerei, die vornehmlich auf der Zeichnung basierte und in der oft noch die Linie dominierte, hin zu einer Malweise, in der die Form von der Farbe ausgehend aufgebaut wurde.

Kokoschka verließ Dresden 1923, um durch Europa und Nordafrika zu reisen. Nach diesen ausgedehnten Reisen, auf denen er zahlreiche Tierbildnisse malte, kehrte er 1931 nach Wien zurück, pendelte aber zwischen Paris und Wien, bis er 1934 Österreich wegen der politischen Umstände verließ und nach Prag flüchtete, wo er seine spätere Frau

Olda kennenlernte. Hier und in den Jahren des Exils in London entstanden die meisten der allegorischen Frauenbildnisse sowie zahlreiche politische Arbeiten. Über 400 Werke Kokoschkas wurden in deutschen Museen von den Nationalsozialisten konfisziert und

teilweise zerstört. Kokoschka, dessen Werke in der Münchner Ausstellung Entartete Kunst angeprangert waren, wurde selbst als „Kunstfeind Nr. 1“ diffamiert. 1953 übersiedelte Kokoschka mit seiner Frau Olda, die er 1941 in London geheiratet hatte, nach Villeneuve in die Schweiz.

Die Ausstellung endet mit dem Blick des Künstlers auf sich selbst, der Gruppe der Selbstbildnisse, die zwischen 1906 und 1972 entstanden sind: „Und wenn ich Selbstporträts gemacht habe (...), dann nur um nachzuprüfen: Was ist eigentlich der Mensch? Der Mensch ist nicht bloß die Oberfläche, nicht das, was man fotografieren kann.“

Die Ausstellung, die von 26. April bis 17. August 2014 zu sehen ist, ist in Zusammenarbeit mit dem Museum Boijmans Van Beuningen in Rotterdam und der Gastkuratorin Beatrice von Bormann entstanden und wird von der Volkswagen Financial Services AG unterstützt. Der Katalog zur Ausstellung ist zum Preis von 38 Euro erhältlich und auch im Onlineshop zu bestellen.

<http://www.kunstmuseum-wolfsburg.de>



© Fondation Oskar Kokoschka / VG Bild-Kunst, Bonn 2014 / Foto: Reinhard Halder

Oskar Kokoschka, »Vater Hirsch«, 1909

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2014

4. bis 7. September 2014 in Baden bei Wien

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem > gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 4. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Casinos Baden, im Kurpark
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte, **nur eine** (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 4. September 2014 ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 14.00 - 16.00 Uhr > **Stadtrundgang inkl. Besichtigung des Kaiserhauses**
Heilwasser, Biedermeierflair, Weinkultur, Musik, Congress & Casino, Natur und Gemütlichkeit prägen die Stadt. Der belebende Stadtpaziergang zwischen Tradition und Moderne führt zu Beethovenhaus – Kaiserhaus – Stadttheater – St. Stephan – Kurpark – zur unterirdischen Römerquelle und vielen anderen Sehenswürdigkeiten...
Treffpunkt: vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 15.00 - 17.00 Uhr > **Weingarten Wanderung auf den Spuren der Reblaus** – (gleiche Wanderung wie am Freitag, 5. September, 10.00 - 12.00 Uhr)
Sie spazieren mit einem Winzer durch die Weingärten über der Stadt und erfahren viel Wissenswertes zum Weinbau in der Thermenregion Wienerwald. Im Anschluss verkosten Sie das Badener Lumpentürl in der Badener Hauervinothek. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 19.30 Uhr > Möglichkeit eine **Operettenaufführung der Sommerarena der Bühne Baden**, Arenastraße 1, zu besuchen: „Giuditta“, Musik: **Franz Lehár**; Anmeldung und Bezahlung sind von den Teilnehmern selbst vorzunehmen.
Kartenpreise von 30 bis 60 Euro
Information: <http://www.buehnebaden.at>
Telefon: ++43 / (0)2252 / 22522

Freitag, 5. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Casinos Baden, im Kurpark
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte, **nur eine** (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 4. September 2014 ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 09.00 - 11.00 Uhr > **Stadtrundgang inkl. Besichtigung des einzigartigen Arnulf Rainer Museums**
Heilwasser, Biedermeierflair, Weinkultur, Musik, Congress & Casino, Natur und Gemütlichkeit prägen die Stadt. Der belebende Stadtpaziergang zwischen Tradition und Moderne führt zu Beethovenhaus – Stadttheater – St. Stephan – Kurpark – und vielen anderen Sehenswürdigkeiten. Im Anschluß besichtigen Sie das Arnulf Rainer Museum, das sich in den historischen Räumen des Frauenbades befindet – mit einer Architektur, die mit ihren Badebecken und Umkleidekabinen auf die einstige Nutzung als Heilbad hinweist. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 10.00 - 12.00 Uhr > **Weingarten Wanderung auf den Spuren der Reblaus** – (gleiche Wanderung wie am Donnerstag, 4. September, 15.00 - 17.00 Uhr)
Sie spazieren mit einem Winzer durch die Weingärten über der Stadt und erfahren viel Wissenswertes zum Weinbau in der Thermenregion Wienerwald. Im Anschluss verkosten Sie das Badener Lumpentürl in der Badener Hauervinothek. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 14.00 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
im „Badener Saal“ des Congress Casinos Baden, im Kurpark
- 20.30 - 01.00 Uhr **Ball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**
im „Festsaal“ des Congress Casinos Baden im Kurpark

Speziell für AuslandsösterreicherInnen

Foto: Michael Mössner / <http://www.oesterreichfotos.at>**Samstag, 6. September**

10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2014“**
im Congress Casinos Baden, im Kurpark, im „Großen Festsaal“

12.15 Uhr **➤ Festessen auf Einladung Festessen auf Einladung des Herrn Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Sebastian Kurz** im Congress Casinos Baden, im Kurpark, Casino Restaurant & Casineum

14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
im „Badener Saal“ des Congress Casinos Baden, im Kurpark

19.30 - 23.00 Uhr **➤ Empfang des Landeshauptmannes von Niederösterreich, Herrn Dr. Erwin Pröll,**
im Streiterhof, Leedorfer Hauptstraße 64, Baden

Sonntag, 7. September

10.00 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** : Evangelische Kirche, Erzherzog Wilhelm-Ring 54, Baden

10.15 Uhr **Katholischer Gottesdienst** Stadtpfarrkirche St. Stephan, Pfarrplatz 7, Baden

11.45 Uhr

➤ Abschlußmittagessen

Schloß Weikersdorf, Schlossgasse 9 - 11, Baden

Essen € 21,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB, verbindliche *Anmeldung unbedingt erforderlich!*

*Änderungen vorbehalten!***Veranstaltungstips**

„Genußmeile in der Thermenregion Wienerwald“ am 6. und 7. und 13. und 14. September 2014. Einstieg in Baden: Trostgasse, entlang dem ersten Wiener Wasserleitungswanderweg. Haben Sie schon einmal die **„längste Schank der Welt“** gesehen? An beiden Wochenenden haben Sie die Gelegenheit dazu. Mehr als 80 Weinbaubetriebe aus der Thermenregion Wienerwald bieten dabei alles, was aus Weintrauben gemacht werden kann, zur Verkostung an.

Weinverkostung in der Badener Hauervinothek

2500 Baden bei Wien, Brusattiplatz 2

Telefon: ++43 / (0)2252 / 45 6 40

mailto:badener.hauervinothek@aon.at

http://www.hauervinothek.at

Öffnungszeiten: täglich von 10.00 – 12.30

und von 15.30 – 18.30 Uhr

Über 100 Badener Hauerweine und Weinbrände stehen für Sie im mittelalterlichen Ambiente zur Verkostung bereit.

20. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

2. bis 4. September 2014 im NÖ Landhaus
St. Pölten und an der Donau-Uni in Krems

Das Programm des Treffens war zu Redaktionsschluß noch nicht verfügbar, Sie können aber auf http://www.noel.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Auslandsoesterreicher/ANOe-Treffen/ANOE_TREFFEN_2014.html hineinschauen, dort wird es dann abrufbar sein – ansonsten in der ÖJ-Ausgabe 131 (E: 30. Mai)

Gedenken an den Ersten Weltkrieg

2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal – ein denkwürdiges Datum, das nicht nur Anlaß zum besonderen Gedenken an die Opfer des Krieges bietet, sondern auch ein Anstoß zur Reflexion über den langen Weg hin zu einem friedlichen Europa sein sollte: über die Fortschritte der letzten hundert Jahre und über die weiteren Schritte, die wir noch setzen müssen.

Anläßlich des Gedenkjahres 2014 ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Österreich und Europa geplant. Dabei ist es Österreich sehr wichtig, daß die Veranstaltungen eine vorwärts gerichtete pro-europäische Haltung wiedergeben und daß ein Bezug zur Gegenwart hergestellt wird. Man will über einen bloßen Akt der Erinnerung und Gräber- und Denkmalpflege hinausgehen und vielmehr einen Perspektivenwechsel anregen – hin zu einer Erweiterung nationaler Perzeptionen und zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnisses.

Den Planungen für das Gedenkjahr liegt eine enge interministerielle Zusammenarbeit zugrunde: VertreterInnen des Bundeskanzleramts, von Außen- (BMeia), Innen-, Verteidigungs-, Unterrichts und Wissenschaftsministerium sind an den Vorbereitungen beteiligt. Ein Kreis prominenter österreichischer HistorikerInnen hat im Auftrag dieser Ressorts ein Grundlagenpapier zum Ersten Weltkrieg erarbeitet. Dieses enthält Grundzüge einer österreichischen Betrachtungsweise auf Basis des aktuellsten Forschungsstandes und stellt nicht zuletzt auch eine Informationsgrundlage für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland dar.

Das „Österreich Journal“ freut sich, daß Dank der Initiative des BMeiA die HistorikerInnen zugestimmt haben, daß wir Ihnen, sehr geehrte LeserInnen, diese Sammlung in Form einer Serie das Jahr hindurch zur Lektüre anbieten können. Wir werden sie durch Berichte über Ausstellungen und Veranstaltungen ergänzen.

Im September 2012 wurde Botschafter i.R. Christian Prosl, zuletzt österreichischer Botschafter in Washington, DC, als Koordinator für die Betreuung der Projekte des



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

»Die Heerführer Oesterreich-Ungarns im Kriegsfall« titelte 25. Juli 1914 das in Wien erschienene »Interessante Blatt«. Im Bildtext sind deren Namen aufgelistet: »Der zur Disposition des Allerhöchsten Oberbefehls gestellte rangälteste Armeee-Inspektor G.d.J. Erzherzog Friedrich« (Mitte, die anderen beginnen links oben im Uhrzeigersinn) Armeee-Inspektor FZW Oskar Potiorek, G.d.R. Rudolf Ritter von Bruderemann, der Chef des Generalstabs G.d.J. Conrad Freiherr von Hötzendorf, G.d.J. Liborius Ritter von Frank, Marinekommandant Admiral Anton Haus, G.d.J. Moritz Ritter von Auffenberg und Kriegsminister FZM Alexander v. Kroatin

BMeiA im Rahmen des Gedenkjahres 2014 ernannt. Durch Koordination und vor allem wechselseitige internationale und nationale Information über geplante und laufende Projekte möchte das BMeiA eine Optimierung und inhaltliche Kohärenz der österreichischen Veranstaltungen im Ausland sicherstellen.

Das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird einen Schwerpunkt der österreichischen Auslandskulturarbeit im Jahr 2014 darstellen. Veranstaltungen mit österreichischer Beteiligung werden u.a. in Belgien, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Litauen, Polen, Rußland, Schweden, der Schweiz,

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Serbien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, der Ukraine und den Vereinigten Staaten stattfinden. Dabei spannt sich der Bogen von Ausstellungen über Konferenzen und wissenschaftliche Symposien bis zu Bildungsinitiativen und vielem mehr. Eine eigens entwickelte Wanderausstellung mit dem Titel „Das Jahr 1914 – Bewegte Ruhe vor dem Sturm“, die die Entwicklungen in Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur beleuchtet, wird in mehreren Orten im Ausland Station machen.

Zu den geplanten österreichischen Gedenkveranstaltungen im Ausland zählt ein Konzert der Wiener Philharmoniker in Sarajewo am 27. Juni 2014, dem 100. Jahrestag des Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie. Das Konzert wird die erste öffentliche Veranstaltung in der neu wiedereröffneten Vijećnica sein (sie wurde 1892–1894 nach Plänen des österreichischen Architekten Alexander Wittek als Rathaus Sarajewos erbaut und beherbergte nach 1948 die National- und Universitätsbibliothek. Im Bosnienkrieg stark zerstört, wurde sie in den letzten Jahren – auch mit Unterstützung der Republik Österreich und der Stadt Wien – wiederaufgebaut und komplett neu renoviert.) Die von der österreichischen Botschaft in Sarajewo mitveranstaltete internationale wissenschaftliche Tagung „The long shots of Sarajevo“ wird sich ebenfalls den folgenschweren Ereignissen im Juni 2014 widmen.

Nicht nur im Ausland, sondern selbstverständlich auch in Österreich ist eine Vielzahl von kulturellen und wissenschaftlichen Programmpunkten geplant. So steht der Erste Weltkrieg beispielsweise im Mittelpunkt einer Ausstellung auf der Schallaburg unter dem Titel „Jubel & Elend – Leben mit dem Großen Krieg 1914-1918.“ Die Ausstellungsräume im Heeresgeschichtliche Museum Wien werden neu konzipiert, um mit geografischen, zeitlichen und thematischen Schwerpunkten ein umfassendes Bild der damaligen Ereignisse zu zeigen. Auf Schloß Artstetten gibt es neben der dem Leben von Erzherzog Franz Ferdinand gewidmeten Dauerausstellung „Für Herz & Krone“ die Sonderschau „Vom Machthunger zur Friedenskultur – 100 Jahre nach dem Tod des Thronfolgers“ zu sehen, die die Geschichte aus der Sichtweise Franz Ferdinands beleuchtet.

Mehrere Publikationen werden verschiedene Themen rund um den Ersten Weltkrieg beleuchten. Um stellvertretend nur einige davon zu nennen: Das neue Werk von Manfred Rauchensteiner „Der Erste Weltkrieg



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

Im Bildtext zur Titelseite des »Wiener Salonblatts« hieß es: »Gen. d. Inf. Erzherzog Friedrich, der am 4. Juni 1856 zu Groß-Seelowitz geborene Sohn weiland des Erzherzogs Karl Ferdinand und der Erzherzogin Elisabeth verwitw. gewes. Erzherzogin von Österreich-Este geb. Erzherzogin von Österreich wurde zur Disposition des Oberbefehles Sr. Majestät gestellt und gleichzeitig vom k. k. Landwehr-Oberkommando enthoben.« »Lieber Herr Vetter...«, schrieb Kaiser Franz Joseph, »In Ihrer Eigenschaft als rangältester Armeeinspektor stelle Ich Sie zur Disposition meines Oberbefehls...«

und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918“ wurde bereits am 19. September 2013 im RadioKulturhaus in Wien vorgestellt. Christa Hämmerle beleuchtet in ihrem ebenfalls im Herbst des Jahres erschienenen Buch „Heimat/Front“ Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn. Die Akademie der Wissenschaften schließlich wird mit der Publikation „Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918. Bevölkerungsbewegung, Humanverluste, Kriegswirtschaft“ erstmalig und umfassend wesentliche Daten zu Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg gesammelt und strukturiert zugänglich machen.

Darüber hinaus werden sich im Gedenkjahr 2014 wissenschaftliche Konferenzen, Symposien, Filmprojekte, Forschungsprogramme, Bildungsinitiativen... mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzen.

Die meisten der Projekte im In- und Ausland sind in der Vorbereitungsphase und werden in den kommenden Wochen und Monaten konkrete Gestalt annehmen. Sie sind daher eingeladen, in regelmäßigen Abständen die Website des BMeiA zu besuchen, um sich über den aktuellsten Stand der Planungen zu informieren und alle Termine zu informieren:

<http://www.bmeia.gv.at>

Das Befreiende der mutigen Tat

Die »dunkle« Seite der Wiener Moderne um 1914.

Beitrag aus einem Grundlagenpapier, das auf Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres mit sechs anderen Ressorts bei namhaften österreichischen WissenschaftlerInnen in Auftrag gegeben wurde.

Teil 4 der Serie: Von Oliver Rathkolb *)



© Sammlung Leopold II

Albin Egger-Lienz, »Finale«, 1918; Öl auf Leinwand, 140 × 227 cm. Siehe unseren Beitrag über die Ausstellung »Krieg, Propaganda, Kunst« im Leopold Museum Wien und das zweitägige Symposium auf der Seite 55.

Während in den letzten Jahrzehnten – geprägt von dem Werk Carl Schorskes „Fin-de-Siècle-Vienna: Politics and Culture“ (1981) – Ausstellungen und historische Studien zu den Ursachen und Auswirkungen der Repräsentanten der „ersten“ Moderne in Wien, aber auch in anderen urbanen Zentren der Habsburger Doppelmonarchie wie Prag und Budapest, boomten, bleibt ein Paradoxon meist unbeantwortet: Warum erhob diese intellektuelle und kulturelle Elite nicht ihre durchaus bereits hörbare Stimme und wandte sich gegen die Kriegseuphorie? Ganz

im Gegenteil – viele wie der Komponist Arnold Schönberg u. a. unterstützten persönlich die national-chauvinistische Kriegsbegeisterung mit ihrer kreativen Schaffenskraft, aber auch durch den Einsatz ihres Lebens; so komponierte Schönberg noch 1916 den Marsch „Die Eiserne Brigade“ für einen Kameradschaftsabend, und der Stargeiger Fritz Kreisler eilte aus der Kur in der Schweiz zu seinem Regiment nach Leoben, spielte dort noch ein Konzert in Offiziersuniform und wurde wenige Wochen später fast an der russischen Front getötet. Der revolutionäre Maler Oskar Kokoschka meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst und wurde in zwei Monaten zum Reserveoffizier beim vornehmen k. u. k. Dragoner-Regiment Nr. 15 ausgebildet.

Selbst der auch international gut mit

Frankreich vernetzte Schriftsteller Stefan Zweig konnte sich am Anfang – gerade aus Belgien zurückgekehrt – dieser Massenbegeisterung nicht entziehen: „Alle Unterschiede der Stände, Sprachen, der Klassen, der Religionen waren überflutet für diesen einen Augenblick von dem strömenden Gefühl der Brüderlichkeit ... jeder Einzelne erlebte eine Steigerung seines Ichs, er war nicht mehr der isolierte Mensch von früher, er war eingetaucht in eine Masse, er war Volk, und seine Person, seine sonst unbeachtete Person hatte einen Sinn bekommen.“ Zweig hatte aber gerade selbst den völkerrechtswidrigen Überfall Deutschlands auf Belgien erlebt.

Diese Beispiele ließen sich fast endlos fortsetzen – nur wenige kritische Persön-

*) Mag. DDr. Oliver Rathkolb ist Universitätsprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Wien und Vorstandsmitglied der „Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte“ und Geschäftsführer der Herausgeber der Zeitschrift „Zeitgeschichte“

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

lichkeiten wie jene des Herausgebers der „Fackel“, Karl Kraus, versuchten nach einigem Zögern, trotz Zensur gerade diese völlig kritiklose Kriegsbegeisterung der Kunst- und Kulturszene offen zu kritisieren: So thematisierte er in seiner Vorlesung am 19. November 1914, die am 5. Dezember unzensuriert erscheinen durfte, die totale politische Vereinnahmung der Dichter durch ihre Kriegsliteratur und durch die Kriegsberichterstattung – doch der Krieg selbst wurde noch nicht radikal infrage gestellt. Inzwischen wurden derartige Aktivitäten im k. u. k. Kriegspressequartier konzentriert organisiert und umfaßten Literatur, bildende Kunst, Fotografie und Film sowie Musik.

Drei Ausgangsthesen können als Erklärung für dieses anfangs systemkonforme Verhalten der Eliten der ersten Moderne herangezogen werden: Viele von ihnen waren, obwohl sie die Konventionen der Gesellschaft infrage stellten, sehr stark durch die deutsche Kultur geprägt – mit einem öster-

reichischen Einschlag – und nach wie vor nicht wirklich international vernetzt. In dieser kriegerischen Auseinandersetzung kehrten viele von ihnen zu ihren kulturellen Präzedenzen zurück und glaubten ihre kulturellen Wurzeln verteidigen zu müssen.

Ein zweiter Grund war eine Reaktion auf die unglaublich rasante Entwicklung der „ersten“ Globalisierung ab 1850/1870, die gerade in Österreich-Ungarn aufgrund der autoritären Grundstruktur des politischen Systems und der Gesellschaft keine wirkliche umfassende soziokulturelle Änderung nach sich zog, sondern die innergesellschaftlichen Konflikte und Blockaden verstärkte: Viele innovative Künstler und Intellektuelle glaubten, in dem Krieg einen Befreiungsschlag zu sehen, der eine neue Welt und einen neuen Menschen schaffen würde und die massiv spürbaren Blockaden der „Friedenszeit“ lösen könnte. Der Krieg sollte eine „reinigende bis befreiende Wirkung“ ausüben, der Moderne zum Durchbruch verhel-



Foto: Privat

Univ.-Prof. Oliver Rathkolb

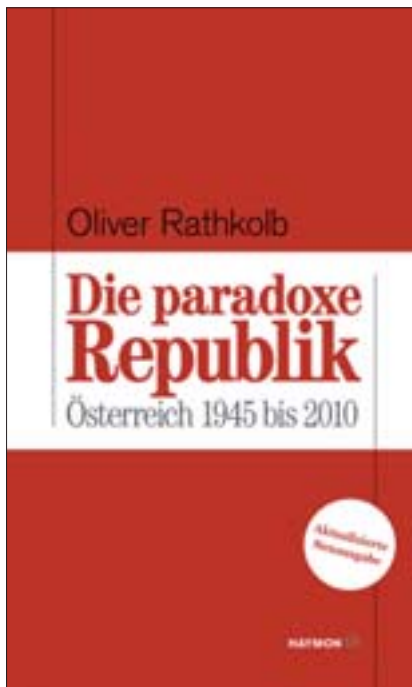
fen und die alten erstarrten Konventionen überwinden und zerstören.

Bemerkenswert ist, daß die positiv interpretierte Apokalypse gerade in der Literatur und der bildenden Kunst auch schon vor 1914 spürbar war. In der cisleithanischen Reichshälfte kam noch ein drittes Spezifikum dazu: daß mit dem Krieg die komplexe Identitätsfrage und der Nationalitätenkonflikt des Habsburger-Imperiums gelöst werden sollte. Auch hier gibt es bereits Indikatoren vor 1914 – so schrieb Arnold Schönberg, er habe seine Vaterlandsliebe bereits während des Russisch-Japanischen Kriegs 1904 entdeckt. Dahinter steckte eine Art Urangst um die deutsch(österreichisch)e „Zivilisation“, und der Krieg hatte fast etwas von einem „religiösen Erweckungserlebnis“ (Peter Gay). Diese Rückkehr zu Bedrohungsszenarien ist eine Reaktion auf die internationalen Transfers und die Mobilität als Folge der ersten Globalisierung. Die tiefenpsychologische Kontextualisierung brachte Sigmund Freud 1914 mit der Formulierung „Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher“ auf den Punkt. Gerade bei jenen Protagonisten der Wiener Moderne, die jüdischer Herkunft waren, war aufgrund des immer radikaler werdenden Antisemitismus der Krieg eine Art letzte Hoffnung, durch die Verteidigung der nationalen Kultur auch der Assimilation zum Durchbruch zu verhelfen. Alle gaben sich dabei aber der Illusion hin, daß es ein kurzer Krieg sein werde. Freud interpretierte das „skrupellose Vorgehen“ des Außenministers Berchtold als „das Befreiende der mutigen Tat“ und bekannte: „Meine ganze Libido gilt Österreich-Ungarn.“

Oliver Rathkolb

Die paradoxe Republik Österreich 1945 bis 2010

Bei Ersterscheinung wurde Oliver Rathkolbs Werk zur Geschichte der Zweiten Republik bereits als Standardwerk gehandelt – mit dieser Ausgabe erscheint es nun in einer kompakten, grundlegend aktualisierten und gekürzten Neufassung, die bis in die unmittelbare Gegenwart reicht.



In den vergangenen Jahrzehnten haben die Bilder, in denen sich Österreich spiegelte, gewechselt – vom „Bollwerk des Deutschtums im Osten“ über die „Brücke zwischen den großen politischen Blöcken“ zur „Insel der Seligen“ bis hin zum Außenseiter der EU. Als einer der renommiertesten österreichischen Historiker und zugleich hautnahen Zeitzeugen ergründet Rathkolb in zehn Kapiteln Kernthemen österreichischer Politik und Zeitgeschichte in den letzten sechzig Jahren. Darüber hinaus zeichnet er die Profile der Kanzler und wirft einen kritischen Blick auf die Perspektiven der Zukunft.

In seiner Geschichte der Zweiten Republik schildert der Historiker Oliver Rathkolb pointiert das österreichische Leiden. Ohne daran zu leiden, liefert er die europäische Perspektive dazu.

Armin Thurnher, „Der Falter“

Oliver Rathkolb

Die Paradoxe Republik

Österreich 1945 bis 2010

368 Seiten, Paperback, 13,95 €

Haymon Verlag Innsbruck

ISBN: 978-3-85218-867-6

<http://www.haymonverlag.at/page.cfm?vpath=buecher/buch&titnr=867>

Oliver Rathkolb

geboren 1955 in Wien, Dr. iur., Dr. phil., Univ.-Prof. am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien; ehemaliger Leiter des neu gegründeten Ludwig Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit 2005-2008; 1985 – 2004 wissenschaftlicher Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, seit Februar 1992 in Verbindung mit der Funktion des Wissenschaftskordinators des Bruno Kreisky Forums für Internationalen Dialog; seit 2004 Herausgeber der Fachzeitschrift „Zeitgeschichte“; ausgezeichnet mit dem Donauland-Sachbuchpreis Danubius 2005 und dem Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2005 (Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2005, Zsolnay Verlag); Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Europa Museums Brüssel, Europäisches Parlament; Vorsitzender der Jury des Theodor Körner Preises für Wissenschaft und Kunst.

Forschungsschwerpunkte

Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert, österreichische und internationale Zeit- und Gegenwartsgeschichte im Bereich der politischen Geschichte, österreichischen Republikgeschichte im europäischen Kontext, sowie internationale Beziehungen, NS-Perzeptionsgeschichte, Kultur- und Mediengeschichte, Wirtschaftsgeschichte (Industrie- und Bankenbereich), Nationalsozialismus und Rechtsgeschichte.

Beruflicher Werdegang

1984 – 2005 wissenschaftl. Angestellter des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte und Gesellschaft, ab 1994 Co-Leiter.
 1985 – 2004 wissenschaftl. Leiter der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, seit Februar 1992 in Verbindung mit der Funktion des Wissenschaftskordinators des Bruno Kreisky Forums für Internationalen Dialog.
 1993 Erteilung der Lehrbefugnis als Dozent für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte und Zuordnung an das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Lehrbeauftragter an der Diplomatischen Akademie, Wien. Lehraufträge an der Universität Salzburg, sowie für Wien-Programme der Duke University und University of Maryland.

2000/2001 Schumpeter Forschungsprofessur am Center for European Studies an der Harvard University, USA. Im Sommersemester 2001 Gastprofessur am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, im Sommersemester 2003 Gastprofessor am Department of History, University of Chicago.
 2005 – 2007 Zeitprofessur am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.
 2005 – 2008 Direktor des Ludwig Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit
 Seit März 2008 o.Univ.-Prof. am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.
 2011 Österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse
 2008 – 2012 Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Uni Wien.
 2009 – 2014 Sprecher des Initiativkollegs „Europäische Historische Diktatur- und Transformationsforschung“

Publikationen (Auswahl) als Autor
Europa und das Ende des Kalten Krieges (= Wiener Vorlesungen im Rathaus, Band 156), 2012 (Picus Verlag Wien)

Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2010
 Aktualisierte Neuauflage
 Innsbruck-Wien 2011
 Haymon Verlag

The Paradoxical Republic.
 Austria 1945 - 2005
 New York - Oxford 2010
 Berghahn Books

Führertreu und Gottbegnadet.
 Künstlereliten im Dritten Reich
 Wien 1991
 Verlag Deuticke

Publikationen (Auswahl) als Herausgeber
How to (Re)Write European History
 Innsbruck - Wien - Bozen 2010
 StudienVerlag

Sweden-Austria. Two Roads to Neutrality and a Modern Welfare State
 Münster 2008
 LIT-Verlag

Jahresübersicht der Beiträge

- Motivenbericht und Einleitung**
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014
1. **Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick**
 Von Manfred Rauchensteiner
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014
 2. **Über die Kriegsschuld**
 Von Helmut Konrad
Ausgabe 128 / E: 27.02.2014
 3. **Demokratie, Krieg und Frieden. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs**
 Von Anton Pelinka
Ausgabe 129 / E: 27.03.2014
 14. **„Das Befreiende der mutigen Tat“: Die „dunkle“ Seite der Wiener Moderne um 1914**
 Von Oliver Rathkolb
Ausgabe 130 / E: 30.04.2014
 5. **Soziale Militarisierung**
 Von Christa Hämmerle
Ausgabe 131 / E: 30.05.2014
 6. **Der Krieg und die Medien**
 Von Wolfgang Maderthaner
Ausgabe 132 / E: 30.06.2014
 7. **Fronterfahrung**
 Von Helmut Konrad
Ausgabe 133 / E: 31.07.2014
 8. **Kriegführung und humanitäre Folgen**
 Von Verena Moritz
Ausgabe 134 / E: 28.08.2014
 9. **Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs**
 Von Christa Hämmerle und Gabriella Hauch
Ausgabe 135 / E: 09.10.2014
 10. **Folgen des Ersten Weltkriegs**
 Von Stefan Karner
Ausgabe 136 / E: 30.10.2014
 11. **Nachwirkungen der „Fronterfahrung“ des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit**
 Von Verena Moritz
Ausgabe 137 / E: 25.11.2014
 12. **Der Erste Weltkrieg im Gedächtnis Österreichs und (Zentral-)Europas – Gedächtnistraditionen in (transnational)er Perspektive**
 Von Heidemarie Uhl
Ausgabe 138 / E: 22.12.2014

Anm.: Die Erscheinungstermine können um bis zu drei Tage verschoben werden. Die Redaktion.

Chronik des Ersten Weltkriegs mit besonderer Berücksichtigung Österreich-Ungarns

1914

28. Juni:
Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo
23. Juli:
Befristete Demarche Österreich-Ungarns an Serbien
25. Juli:
Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien. Beginn der Generalmobilmachung in Serbien
28. Juli:
Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien
29. Juli:
Teilmobilmachung in Rußland
30. Juli:
Beginn der Generalmobilmachung in Rußland
31. Juli:
Deutsches Ultimatum an Rußland
1. August:
Beginn der Mobilmachung in Frankreich und im Deutschen Reich. Deutsche Kriegserklärung an Rußland
3. August:
Deutsche Kriegserklärung an Frankreich. Neutralitätserklärungen Italiens und Rumäniens
4. August:
Deutscher Einmarsch in das neutrale Belgien. Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich
05. August:
Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn
06. August:
Kriegserklärung Serbiens an das Deutsche Reich. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland
11. August:
Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn
12. August:
Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn
23. August:
Beginn der Schlacht von Krasnik (bis 25. August). Erster Erfolg von k. u. k. Truppen
- Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich und Beginn der Belagerung von Tsingtau (Einnahme am 7. November 1914)
26. August:
Beginn der Schlacht bei Komarów (bis 1. September). Sieg der k. u. k. Truppen
27. August:
Kriegserklärung Japans an Österreich-Ungarn
2. September:
Eroberung von Lemberg durch russische Truppen
8. September:
Zweite Offensive österreichisch-ungarischer Verbände gegen Nordwest- und Westserbien
22. Oktober:
Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Mittelmächte
16. November:
Beginn der dritten österreichisch-ungarischen Offensive gegen Serbien
1. Dezember:
Schlacht bei Limanowa-Lapanów führt zum Rückzug zweier russischer Armeen (bis 15. Dezember)
2. Dezember:
Einnahme Belgrads durch k. u. k. Truppen
3. Dezember:
Beginn der serbischen Gegenoffensive
15. Dezember:
Rückzug der letzten österreichisch-ungarischen Truppen von serbischem Gebiet
13. Januar:
Ablösung des Grafen Leopold Berchtold durch Stephan Graf Burián von Rajecz als k. u. k. Minister des Äußern
23. Januar:
Winterschlacht in den Karpaten (bis Ende März). Schwere Verluste des österreichisch-ungarischen Heeres
6. Februar:
Rumänisch-italienisches Defensivbündnis
22. März:
Kapitulation der österreichisch-ungarischen Festung Przemysl
22. April:
Erster Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen im Gebiet von Ypern
25. April:
Beginn der alliierten Landungen im Dardanellengebiet (Halbinsel Gallipoli)
26. April:
Londoner Vertrag zwischen Italien und der Entente
2. Mai:
Beginn der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice
4. Mai:
Aufkündigung des Dreibundvertrages durch Italien
7. Mai:
Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot
23. Mai:
Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn
3. Juni:
Przemysl von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder erobert
22. Juni:
Lemberg von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder befreit
23. Juni:
Beginn der ersten Isonzoschlacht (bis 7. Juli)
17. Juli:
Beginn der zweiten Isonzoschlacht (bis 10. August)

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

26. August: Beginn der „schwarz-gelben“ Offensive gegen Rußland	29. Februar: Besetzung von Nordalbanien durch Verbände des k. u. k. Heeres abgeschlossen	22. September: Beginn der Gegenoffensive deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Siebenbürgen
6. September: Abschluß einer Militärkonvention zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien	11. März: Beginn der fünften Isonzoschlacht (bis 16. März)	9. Oktober: Beginn der achten Isonzoschlacht (bis 12. Oktober)
6. Oktober: Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände gegen Serbien. Feststellung des gemeinsamen Ministerrats in Wien, wonach die nationale Struktur und der staatsrechtliche Aufbau Österreich-Ungarns keine Gebietserweiterungen vertragen würden.	16. März: Schwere Kämpfe im Adamello-Gebiet, Sprengung des Col di Lana	21. Oktober: Der k. u. k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh wird von Friedrich Adler erschossen. Nachfolger Stürgkhs wird Ernest von Koerber
8. Oktober: Eroberung von Belgrad	15. Mai: Beginn der österreichisch-ungarischen Südtiroloffensive („Strafexpedition“)	31. Oktober: Beginn der neunten Isonzoschlacht (bis 4. November)
14. Oktober: Kriegserklärung Bulgariens an Serbien	31. Mai: Seeschlacht im Skagerrak	5. November: Proklamierung eines selbstständigen Königreichs Polen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn
18. Oktober: Beginn der dritten Isonzoschlacht (bis 5. November)	4. Juni: Beginn der russischen Sommeroffensive (Brusilov-Offensive). Bis 31. August schwere Verluste des k. u. k. Heeres	21. November: Tod Kaiser Franz Josephs I. Sein Nachfolger wird Kaiser Karl I
10. November: Beginn der vierten Isonzoschlacht (bis 11. Dezember)	6. bis 22. Juni: Blockade Griechenlands durch die Entente; am 21. Juni Demobilisierung der griechischen Armee	6. Dezember: Eroberung von Bukarest durch Truppen der Mittelmächte
25. November: Niederlage des serbischen Heeres auf dem Amselfeld (Kosovo polje). Rückzug der Serben über Montenegro nach Albanien (bis 26. Februar)	16. Juni: Ende der Schlacht in Südtirol	12. Dezember: Friedensangebot der Mittelmächte an die Alliierten (am 30. Dezember abgelehnt)
Dezember: Friedensinitiativen der sogenannten Meinl-Gruppe	29. Juni: Erster Giftgaseinsatz österreichisch-ungarischer Truppen im Raum Görz	18. Dezember: Vergeblicher Friedensaufruf des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson
1916	4. August: Beginn der sechsten Isonzoschlacht (bis 17. August). Görz von italienischen Truppen erobert	20. Dezember: Ottokar Graf Czernin neuer k. u. k.-Minister des Äußern
4. Januar: Österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro	23. August: Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich	1917
8. Januar: Räumung der Halbinsel Gallipoli durch die Alliierten	27. August: Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Beginn einer rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen	Januar bis Mai: Vertrauliche Friedensangebote Kaiser Karls an die Alliierten durch Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (vgl. 12. April 1918). Italien lehnt Verhandlungen über einen Sonderfrieden ab
11. Januar: Besetzung des Lovcen-Massivs (Montenegro) durch österreichisch-ungarische Truppen	28. August: Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Rumänien	12. Januar: Kronrat unter dem Vorsitz Kaiser Karls: Integrität der Monarchie, weitgehende Existenzmöglichkeiten für Serbien, Annäherung an Rußland; Status quo in der polnischen Frage
23. Januar: Bedingungslose Kapitulation Montenegros. K. u. k. Truppen beginnen den Einmarsch in Albanien	September: Schwere Versorgungsprobleme in der österreichischen Reichshälfte	1. Februar: Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs
21. Februar: Beginn der Schlacht um die Festung Verdun in Nordfrankreich	1. September: Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien	
	14. September: Beginn der siebten Isonzoschlacht (bis 17. September)	

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

27. Februar: General der Infanterie Arz von Straußenburg löst Generaloberst Conrad von Hötzendorf als Chef des Generalstabes ab	Einsatz einer tschechischen Brigade bei Zborów im Rahmen der Kerenskij-Offensive	1. Februar: Matrosenrevolte im k. u. k. Kriegshafen von Cattaro. Nach der Niederschlagung vier Todesurteile vollstreckt
Bildung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses für beide Reichshälften, der dem Kaiser direkt unterstellt ist	16. bis 18. Juli: Bolschewistischer Aufstand in St. Petersburg scheidert	9. Februar: Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukrainischen Volksrepublik
12. März: Beginn der (bürgerlichen) Revolution in Rußland	20. Juli: Vertrag von Korfu zwischen Serben und Kroaten über die Errichtung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen	28. Februar: K. u. k. Truppen beteiligen sich am Einmarsch in die Ukraine
15. März: Zar Nikolaj II. von Rußland dankt ab	18. August: Beginn der elften Isonzoschlacht (bis 13. September)	Ende Februar: Kaiser Karl will die 14 Punkte Wilsons mit Einschränkungen anerkennen
6. April: Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich	24. Oktober: Beginn der zwölften Isonzoschlacht. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erzielen einen Durchbruch bei Flitsch und Tolmein. In der Folge Vormarsch bis an den Piave	3. März: Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Rußland
19. bis 21. April: Englisch-französisch-italienische Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne. Ein Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn wird abgelehnt	07. November: Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland	14. März: Besetzung Odessas durch Verbände der Mittelmächte
23. April: Kriegszielbesprechung in Bad Kreuznach zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn	20. bis 29. November: Alliiierter Großangriff bei Cambrai mit „Tanks“	21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive in Belgien und Frankreich (bis 17. Juli)
12. Mai: Zehnte Isonzoschlacht (bis 5. Juni)	3. Dezember: Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland (Waffenstillstand am 15. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen am 22. Dezember)	1. April: Der erste Luftpostverkehr der Welt wird auf der Strecke Wien – Olmütz – Krakau – Lemberg – Kiew aufgenommen
15. Mai: Seegefecht in der Otrantostraße	7. Dezember: Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn	8. April: Kongreß der unterdrückten Völker (Österreich-Ungarns) in Rom (bis 11. April)
30. Mai: Wiederezusammentritt des österreichischen Reichsrats	Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Focsani	12. April: Der französische Ministerpräsident Clemenceau veröffentlicht den (ersten von zwei) „Sixtusbriefen“. Kaiser Karl leugnet ihn ab. Der Minister des Äußern, Czernin, tritt zurück
10. Juni: Italienische Offensive im Gebiet der Sieben Gemeinden (Ortigaraschlacht; bis 29. Juni)	1918	25. April: Heimkehrermeutereien in Böhmen, Mähren und Galizien (bis 5. Juli)
15. Juni: Moritz Graf Esterházy Nachfolger Graf Tizsas als ungarischer Ministerpräsident	3. bis 25. Januar: Streikbewegung in Österreich-Ungarn. Nach und nach sind über 700.000 Arbeiter im Ausstand	7. Mai: Abschluß des Friedensvertrages von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien
27. Juni: Griechenland tritt der Entente bei	6. Januar: „Dreikönigsdeklaration“ der tschechischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat	12. Mai: Kaiser Karl in Spa: Vereinbarung über ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich
29. Juni: Offensive des russischen Heeres in Weißrußland (Kerenskij-Offensive)	8. Januar: Friedensbotschaft von US-Präsident Wilson („14 Punkte“)	Meutereien in Judenburg, Murau, Fünfkirchen, Rumburg und Radkersburg (bis 24. Mai)
02. Juli: Kriegserklärung Griechenlands an das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich. Kaiser Karl erläßt eine Amnestie für politische Delikte		

30. Mai:
Vertrag von Pittsburgh (USA) zwischen dem tschechischen Emigrantenführer T. G. Masaryk und amerikanischen Slowakenführern

10. Juni:
Versenkung des k. u. k. Großkampfschiffes „Szent István“ vor der Insel Premuda

15. Juni:
Beginn der Piaveoffensive. Die letzte Offensive des k. u. k. Heeres scheitert innerhalb von Tagen

6. Juli:
Beginn der alliierten Offensive in Albanien

17. Juli:
Zar Nikolaj II. wird mit seiner Familie von Bolschewisten erschossen

8. August:
Schlacht von Amiens (bis 11. August). Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Front in Frankreich

9. August:
Anerkennung der Tschechoslowakei als kriegführende Nation durch Großbritannien

14. September:
Friedensnote Kaiser Karls „An alle“

15. September:
Alliierte Offensive an der Mazedonienfront (bis 29. Oktober)

18. September:
Beginn der alliierten Offensive in Palästina

26. September:
Masaryk proklamiert in Paris einen selbstständigen tschechoslowakischen Staat

29. September:
Waffenstillstand zwischen Bulgarien und den Alliierten

Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von der deutschen Reichsregierung Schritte zum Abschluß eines Waffenstillstands

1. Oktober:
Beginn der Räumung Albaniens durch österreichisch-ungarische Truppen

3. Oktober:
Beginn der Räumung Serbiens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen

Friedensnote Österreich-Ungarns an US-Präsident Wilson

6. Oktober:
Konstituierung eines Nationalrats der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb

14. Oktober:
Konstituierung einer tschechoslowakischen Regierung in Paris

16. Oktober:
Völkermanifest Kaiser Karls

18. Oktober:
Wilson lehnt die österreichisch-ungarische Friedensnote ab

21. Oktober:
Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs

23. bis 26. Oktober:
Besuch des Kaiserpaars Karl und Zita in Debrecen. Der ungarische Reichstag beschließt die Bildung eines Nationalrats

24. Oktober:
Beginn der alliierten Offensive am Piave Rücktritt Buriáns. Graf Gyulá Andrassy d. J. wird letzter k. u. k. Minister des Äußern

27. Oktober:
Bildung der letzten kaiserlich-österreichischen Regierung unter Heinrich Lammasch

28. Oktober:
Proklamation eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates in Prag

Anschluß der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den polnischen Staat

30. Oktober:
Einrichtung eines provisorischen Staatsrats und einer deutschösterreichischen Regierung

31. Oktober:
Übergabe eines Großteils der k. u. k. Kriegsmarine an den südslawischen Staat

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza wird ermordet

01. November:
Versenkung des (ehemaligen) k. u. k. Flaggenschiffes „Viribus Unitis“ durch italienische Haftminen

Bildung einer selbstständigen ungarischen Regierung unter Graf Mihály Károlyi. Serben besetzen Belgrad

2. November:
Rücktritt des letzten österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Andrassy.

3. November:
Abschluß des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten in der Villa Giusti (am 4. November in Kraft getreten)



Siehe: »Österreich Journal« pdf-Magazin, Ausgabe 128 vom 27. Feber 2014

Unter dem Losungsworte Krieg und Technik

Eine Themenschau des Technischen Museums Wien
zum Ersten Weltkrieg von 7. Mai 2014 bis 3. Mai 2015



Foto: Technisches Museum Wien

Im Juni 1915 beginnt man in Wien auf vielen Parkflächen mangels Versorgung durch die Landwirtschaft Gemüse anzubauen. Im Bild sieht man eine Kartoffelernte im Auer Welsbach-Park vor dem »Technischen Museum für Industrie und Gewerbe«.

Der inhaltliche Bogen des Ausstellungsthemas umfaßt den Krieg in seiner Gesamtheit – von der Front bis zur sogenannten Heimatfront. Das zentrale Thema der Ausstellung ist dieses erstmals zutage tretende Phänomen einer totalen Kriegsführung, welche alle Sektoren der Gesellschaft durchdringt. Dahinter verbirgt sich das Faktum, daß für einen jahrelang dauernden Krieg neben Soldaten vor allem die Produktionskapazitäten der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie, die Heimatfront, kriegsentscheidend sind. Arbeiter und Bauern müssen genügend Lebensmittel, Munition und Waffen produzieren, damit die Front hält. Es folgt die Ausbeutung der Gesellschaft für die

Zwecke der Kriegsführung bis zum völligen Zusammenbruch.

„Unter dem Losungsworte Krieg und Technik“ wollte Ludwig Erhard als amtierender Direktor des Technischen Museums sein Haus sehen. Es sollte eine patriotische Aufgabe erfüllen und mithelfen, die Bevölkerung bei den Fahnen zu halten. Vor diesem Hintergrund fokussiert das Ausstellungstema auch auf die Rolle, die dem Technischen Museum, das zur Zeit des Kriegsausbruchs fertiggestellt wurde, zukommt. Schließlich entstammen viele Objekte der Sammlungen des Museums direkt oder indirekt der Kriegsführung. Auf diesen besonderen Zusammenhang wird besonders verwiesen, etwa bei

den Prothesen, welche auf Initiative des Museumsgründers Wilhelm Exner hergestellt wurden und bereits zu Kriegszeiten in Ausstellungen zu sehen waren, bevor sie ins Museum gelangten.

In sieben Stationen zeigt die Themenschau dieses fatale Verhältnis zwischen Krieg und Gesellschaft im Allgemeinen und zwischen Krieg und Museum im besonderen.

Front

Im Mittelpunkt steht ein Geschütz, eine Ikone des Ersten Weltkrieges, symbolisch für die Artillerie und die Grausamkeiten moderner Schlachtfelder: Trommelfeuer, Grabenkrieg, Giftgas, aber auch Stacheldraht,

der zur besseren Abwehr gegnerischer Angriffe unter Strom gesetzt wurde.

Nachschub

Diese Station widmet sich dem Thema Verkehr im Weltkrieg. Die Geschichte der sogenannten Salcano-Eisenbahnbrücke über den Isonzo zeigt die Absurdität des Krieges. 1906 als Rekordbauwerk errichtet, wurde sie zehn Jahre später von ihren österreichischen Schöpfern wieder zerstört, um den gegnerischen Vormarsch zu behindern.

Rüstung

Die Station Rüstung verweist auf das Thema der unersättlich nach Rohstoffen verlangenden Rüstungsindustrie, das Problem der sich zusehends verschärfenden Rohstoffknappheit sowie die offiziellen Maßnahmen rund um die sogenannte Patriotische Kriegsmetallsammlung. Das Einsammeln und Einschmelzen von Metallgegenständen der Bevölkerung sollte den allgemeinen Mangel beseitigen helfen.

Heimat

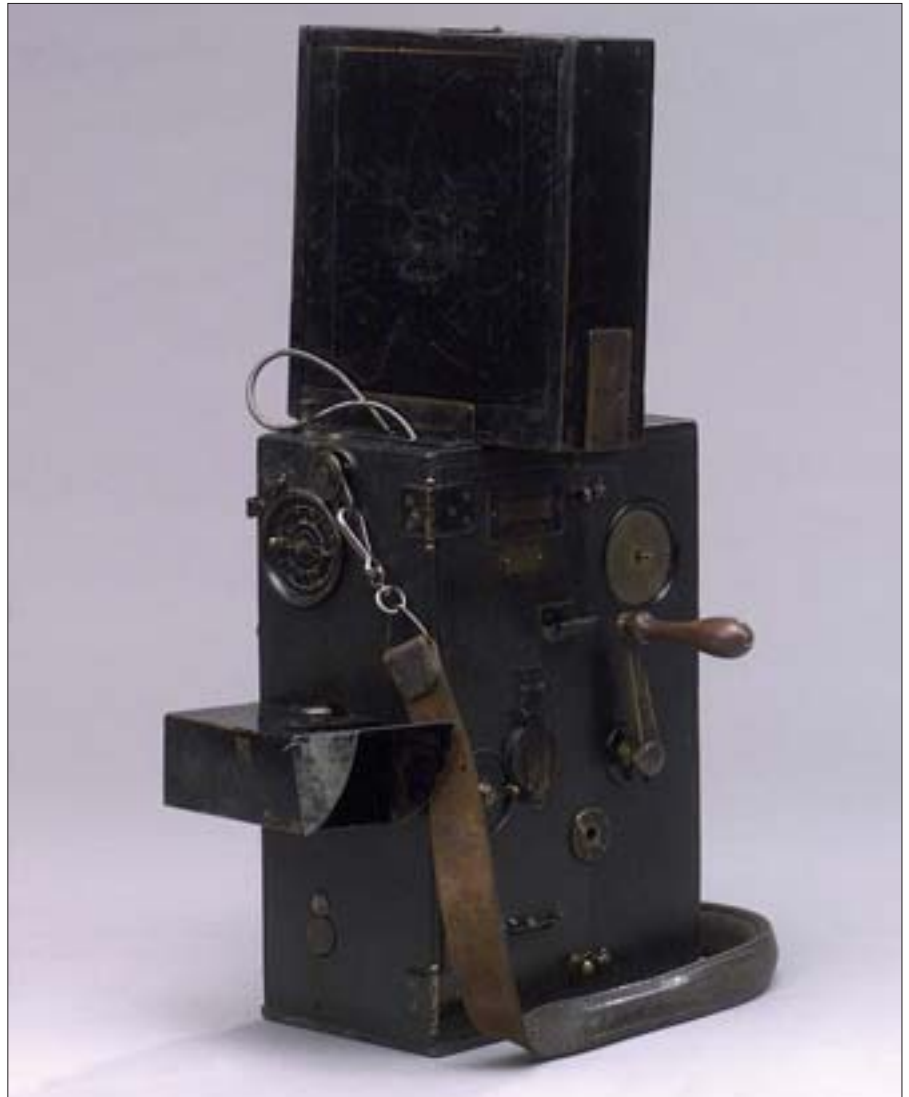
Die Station Heimat steht im Zeichen des Kriegsalltags der Zivilbevölkerung, der ebenfalls von Mangelwirtschaft gekennzeichnet war. Der mitunter akute Mangel an Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs zwang die Menschen auf Ersatzstoffe zurückzugreifen. Hunger und Not griffen trotzdem um sich. Außerdem stieg unter den Soldaten die Opferzahl unaufhörlich wie auch die Anzahl an schwer kriegsbeschädigten Menschen.

Propaganda

Der Alltag der Menschen war freilich auch von einer allgegenwärtigen Propaganda in der zensurierten Presse, durch die Fotografie und die noch junge Kinematografie gekennzeichnet. Patriotische Dienste leisteten jedoch auch die Musik – ob zum Marschieren in Reih und Glied oder zur Ablenkung von den täglichen Sorgen. Diverse Ausstellungen sowie ein nachgebauter Schützengraben im Prater sollten den Durchhaltewillen der Menschen stärken.

Feldpost

Die Feldpost half, den Kontakt zwischen den Soldaten an den Fronten und den Angehörigen daheim aufrechtzuerhalten. Sie wurde natürlich zensuriert. Anstößige Stellen wurden geschwärzt, vordergründig, um Spionage zu unterbinden, aber natürlich auch, um die Kriegswilligkeit der Bevölke-



Eine 35 mm-Filmkamera Pathe Professionel, wie sie ab 1910 zum Einsatz kam.

rung nicht zu gefährden. Neben der Post wurden auch der Telegraf und das Telefon zensuriert.

Telegraf

An den Fronten hielten Telefon, Telegraf und auch der Funk Einzug. Riesige Armeen ließen sich auf diese Weise aus der Ferne dirigieren. Die Generäle, von denen die verlustreichen Angriffsbefehle stammten, hatten ihre Kommanden oft weit hinten, im sicheren Hinterland.

Eine interaktive Medienstation mit grossem Touchscreen fungiert als eine Art digitaler Wühlkiste, in der verschiedenste historische Fotoalben zum Durchblättern bereitliegen. Inhaltlich kann darin alles auftauchen: von der Feldpost über Kriegspostkarten bis zu allen möglichen Frontaufnahmen und Aufnahmen von Kriegsversehrten beim Prothesentraining. Ein großer Flachbildmonitor spielt überdies historisches Stummfilmmaterial in einer Endlosschleife ab. Es sind Aufnahmen aus Rüstungsfabriken, die ein Stück bewegten Kriegsalltag in die Themenschau bringen. ■

<http://www.technischesmuseum.at>



Fotos: Technisches Museum Wien

Der Kriegs-Struwelpeter aus 1915

Krieg, Propaganda, Kunst

Hochkarätige besetzte Veranstaltung zur Ausstellung
»Trotzdem Kunst! Österreich 1914-1918« im Leopold Museum Wien

Hundert Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs gedenken heuer zahlreiche Ausstellungen in Österreich und im Ausland der historischen Ereignisse rund um die „Schüsse von Sarajevo“, erinnern an die tragischen Folgen und Auswirkungen der Entzündung eines Weltenbrandes, der von anfänglicher Euphorie und Jubelstimmung zu Elend und Verzweiflung führte. Die Schau „Trotzdem Kunst! Österreich 1914-1918“ (9. Mai bis 15. September 2014), kuratiert von Stefan Kutzenberger, Ivan Ristic und Elisabeth Leopold, ist der Beitrag des Leopold Museums zum Gedenkjahr 2014 und konzentriert sich auf Künstlerschicksale und Kunstereignisse in der Zeit des „Großen Krieges“. Begleitend zur Ausstellung veranstaltet das Leopold Museum auf Initiative von dessen Managing Director Peter Weinhäupl am 15. und 16. Mai 2014 ein hochkarätig besetztes Symposium.

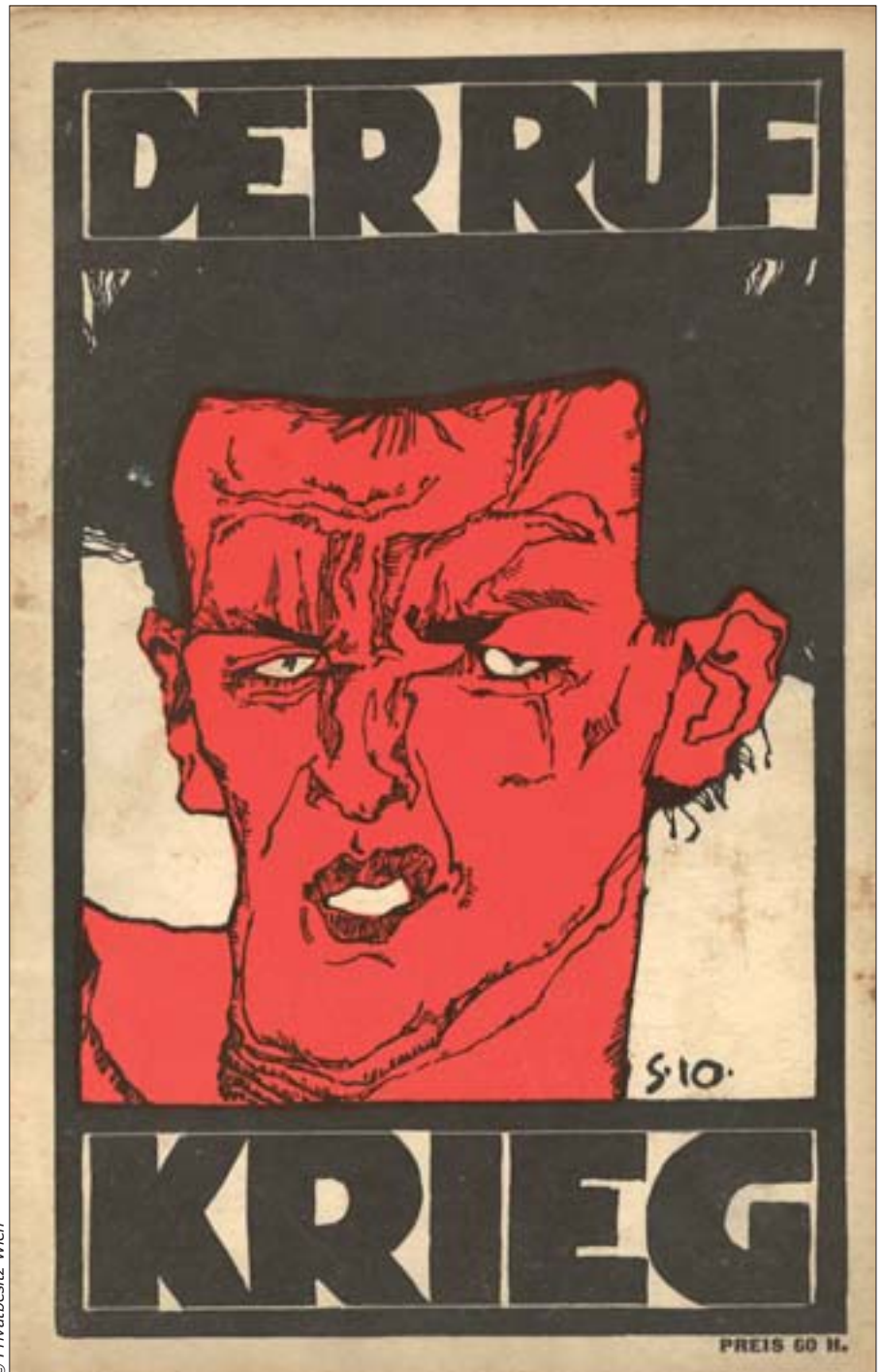
Darf man Krieg ausstellen?

Für Franz Smola und Peter Weinhäupl, Direktoren des Leopold Museum, ist „Trotzdem Kunst!“ ein mehrdeutiger Titel: „Das künstlerische Schaffen als Zeichen des persönlichen Widerstandes, als Symptom der Weltflucht oder bloß als Resultat der Anpassung ist von ebenso großem Interesse wie die Erkenntnis, daß im Gedenkjahr 2014 nicht nur rein historische Aspekte der ‚Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts‘ in Betracht zu ziehen sind.“

Die zweitägige, hochkarätig besetzte Veranstaltung geht der Frage nach, wie man Krieg ausstellen kann bzw. ob man das überhaupt soll oder darf. KuratorInnen von Kriegsausstellungen in ganz Österreich stellen verschiedene Ansätze dazu vor und zur Diskussion. Die Veranstaltung wird von Botschafter Martin Eichinger, Leiter der Kulturpolitischen Sektion des Außenministeriums persönlich eröffnet.

Theatersolo: Maxi Blaha als Pazifistin Bertha von Suttner

Bertha von Suttner (1843-1914), Autorin des pazifistischen Romans „Die Waffen nieder!“ (1899), deren unermüdlicher Kampf für den Frieden im Jahr 1905 mit dem Friedensnobelpreis honoriert wurde, starb eine



© Privatbesitz Wien

Titelseite der Zeitschrift »Der Ruf« (Sonderheft »Krieg«, November 1912) mit einem Selbstbildnis von Egon Schiele aus dem Jahr 1910

Woche vor der Kriegserklärung. Die Schauspielerin Maxi Blaha widmet im Rahmen des Symposiums der Friedensforscherin ihr Theatersolo „feuerseele. sie kämpfte für den Frieden“. Die intensive und mitreißende thea-

tralische Auseinandersetzung mit dem Leben Suttners, begleitet durch zeitgenössische Klänge von Georg Buxhofer (E-Baß) bildet den pazifistischen Schlußpunkt des ersten Symposiumstages.



© Bildrecht, Wien, 2013

oben: Anton Kolig 1886–1950,
»Hauptmann Boleslavski«, 1916, Öl
auf Leinwand, 56,7 × 43,7 cm,
Leopold Museum, Wien, Inv. 17
rechts: Das Leopold Museum

Die Macht der Bilder: Krieg, Propaganda und Kunst

„Krieg, Propaganda und Kunst“ lautet der Schwerpunkt des zweiten Symposiumstages, der die Macht von Bildern und Texten in den Mittelpunkt rückt. Die Situation russischer Kriegsgefangener – Egon Schiele hielt sie in Zeichnungen fest – die Rolle der Fotografie als Propagandamittel und Robert Musils Gedanken zum Sommer 1914 werden analysiert.

Am Ende beider Vortragsnachmittage stehen Podiumsdiskussionen, moderiert von „Trotzdem Kunst!“-Kurator Stefan Kutzenberger. Vortragende des Symposiums sind Susanne Rolinek (Salzburg Museum), Walter Fanta (Universität Klagenfurt), Peter Fritz (Kurator Schallaburg), Anton Holzer (Fotohistoriker, Wien), Reinhard Johler (Univer-



Foto: Leopold Museum / Julia Spicker

sität Tübingen), Peter März (Kurator Ausstellung Schloßmuseum Linz).

Schiele, Egger-Lienz, Kolig

Die Ausstellung „Trotzdem Kunst! Österreich 1914-1918“ hebt das Wirken und Leben der in der Sammlung Leopold umfangreich vertretenen Künstler Egon Schiele, Albin Egger-Lienz und Anton Kolig während des Ersten Weltkrieges exemplarisch hervor. Neben dem kriegsbezogenen Schaffen der Künstler zwischen Schlachtengemälden und Soldatenporträts zeigt die Ausstellung auch eine Auswahl teils eskapistischer Werke jener Zeit, die scheinbar unberührt vom Grauen der Schlachtfelder entstanden. Weiters fokussiert die Schau den regen Kunstbetrieb jener Zeit, der mitunter auch Propagandazwecken diente. Zeitgenössische KünstlerInnen, aus den ehemaligen Kriegsgegnerländern Italien, Rumänien, Serbien und Rußland und KünstlerkollegInnen aus Österreich wurden eingeladen ihre heutige Sicht auf den Ersten Weltkrieg in die Ausstellung einzubringen.

Zur Ausstellung erscheint ein umfassender Katalog in deutscher und englischer Sprache, 256 Seiten, herausgegeben von Elisabeth Leopold, Peter Weinhäupl, Ivan Ristic und Stefan Kutzenberger bei Brandstätter, mit Beiträgen von Elizabeth Clegg, Elisabeth Leopold, Sonja Niederacher, Carl Kraus, Stefan Kutzenberger, Stephan Pumberger, Ivan Ristic, Uwe M. Schneede, Franz Smola und Peter Weinhäupl. ■

<http://www.leopoldmuseum.org>

Das Budget 2014/2015

Am 29. April hielt Finanzminister Michael Spindelegger im Hohen Haus seine Budgetrede – gefolgt von einer mehrstündigen Debatte, in der die Oppositionsparteien die Pläne der Regierung zerpflückten.



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Christian Hofer

21. Nationalratssitzung der XXV. Gesetzgebungsperiode – Budgetrede von Finanzminister Michael Spindelegger am 29. April

Die Regierung hat heute das Budget für die Jahre 2014 und 2015, den Budgetrahmen bis 2018 sowie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen beschlossen. Damit wird es uns gelingen, am Ziel eines strukturellen Nulldefizits für das Jahr 2016 festzuhalten und die hohe Bonität Österreichs abzusichern“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) am 29. April beim Pressefoyer nach dem Ministerrat im Parlament. „Alleine die sich daraus ergebenden Vorteile durch niedrigere Zinsbelastungen haben schon in den letzten Jahren deutliche Ersparnisse für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bedeutet. Diesen Kurs, der uns mehr finanziellen Spielraum für wichtige gesellschaftspolitische Bereiche bringt, wollen wir daher mit aller Kraft einhalten“, so Faymann.

Die konkrete Umsetzung der Budgetpläne würde für die einzelnen Ressorts durchaus eine Steigerung bedeuten: „Im Bildungsressort gibt es beispielsweise im Jahr 2014 gegenüber den Ansätzen ein Plus von 125 Millionen Euro und 2015 von 59 Millionen Euro. Da der Kuchen aber nicht schnell genug größer wird, muß trotzdem effizienter gewirtschaftet werden. Wir sind in diesen

wirtschaftlich schwierigen Zeiten gefordert, Sparmaßnahmen zu setzen, um mit den nur langsam wachsenden Budgets auszukommen. An erster Stelle sollen dabei Reformen und Effizienzverbesserungen in der Verwaltung stehen“, sagte der Bundeskanzler.

„Im vorliegenden Budget sind aber auch gleichzeitig Mittel für Offensivmaßnahmen vorgesehen. Wir werden besonders dort investieren, wo es um Beschäftigung und Soziales geht“, betonte Faymann. „Die Budgeterstellung war ein hartes Stück Arbeit und ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit. Mit diesem Ergebnis wird es uns gelingen, die versprochenen Zielsetzungen zeitgerecht zu erfüllen.“

Unmittelbar darauffolgend begann die Budgetrede von Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP) im Nationalratssitzungssaal, bei der auch Bundespräsident Heinz Fischer anwesend war.

Spindelegger: Budget bringt Trendwende für Österreich

„Das Budget bringt eine Trendwende für Österreich“, sagte der Finanzminister. Mit der Budgetrede werde der Startschuß für die

Budgetberatungen im Parlament gesetzt. „In unserem Land der Berge gibt es einen Berg zu viel – das ist der Schuldenberg, der ständig wächst und höher wird.“ Deshalb sei das große Ziel dieser Legislaturperiode: „Mit dem Schuldenmachen muss Schluss sein.“

Mit ständig steigenden Schulden werde die Last der Zinsen und Rückzahlungen größer, der Spielraum im Budget immer kleiner, man begründe die Steuern von morgen und der finanzielle Wohlstand werde de facto eine Last für die Kinder und Kindeskiner. „Darum ist es unser Ziel, ab 2016 diese Trendwende in Österreich dauerhaft einzuleiten. Die Budgets bereiten den Weg dafür, dass wir ab 2016 ein strukturelles Nulldefizit erreichen und den Grundstein für einen Schluß mit neuen Schulden legen“, unterstrich Spindelegger.

Am meisten belaste die Hypo – der größte Finanzskandal dieser Republik. Die Abwicklung der Hypo Alpe Adria erhöhe den Schuldenstand 2014 um mehr als 17 Milliarden Euro. Gleichzeitig steige das Defizit 2014 um vier Milliarden Euro. Die Schuld dafür sei bei jenen zu suchen, die das verursacht hätten und nicht bei jenen, die diese

Innenpolitik

Causa jetzt aufarbeiten und zu lösen versuchen, zog Spindelegger dafür ein treffendes Beispiel heran: „So ist auch nicht die Feuerwehr schuld am Schaden, sondern der Brandstifter muß ausfindig gemacht werden – und das gilt besonders bei der Hypo.“

Mit dem Budget 2014 werde auch „reiner Tisch“ gemacht. Der Budgetplan sieht für 2014 ein strukturelles Defizit von 1,0 Prozent des BIP vor, 2015 ein Defizit von 0,9 Prozent. Das Maastricht-Defizit werde steigen, aber trotzdem unter drei Prozent bleiben: Das Maastricht-Defizit wird 2014 auf 2,7 Prozent ansteigen und 2015 auf 1,4 Prozent sinken. Die Erhöhung der Staatsschulden werde wieder abgebaut – das sei wichtig, um die Trendwende zu signalisieren. Die öffentliche Verschuldung wird konkret 2014 auf 79,2 Prozent ansteigen. 2015 soll der Wert wieder auf 77,6 Prozent sinken, 2016 auf 75,6 Prozent. „Um diese Wende zu schaffen, müssen alle einen Beitrag leisten“, bat Finanzminister Spindelegger um Verständnis für die Maßnahmen beim Bürger und in der Verwaltung: „Wir drehen hier an vielen Schrauben, schnüren aber niemandem die Luft ab.“

„Wenn wir eine Trendumkehr schaffen wollen und die Hypo-Belastungen aufarbeiten, bleibt für 2014/15 wenig Spielraum für große Entlastungen“, meinte Spindelegger zur Steuerreform-Diskussion. Mit dem Budget sollte aber ein Weg eingeschlagen wer-



© Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Christian Hofer

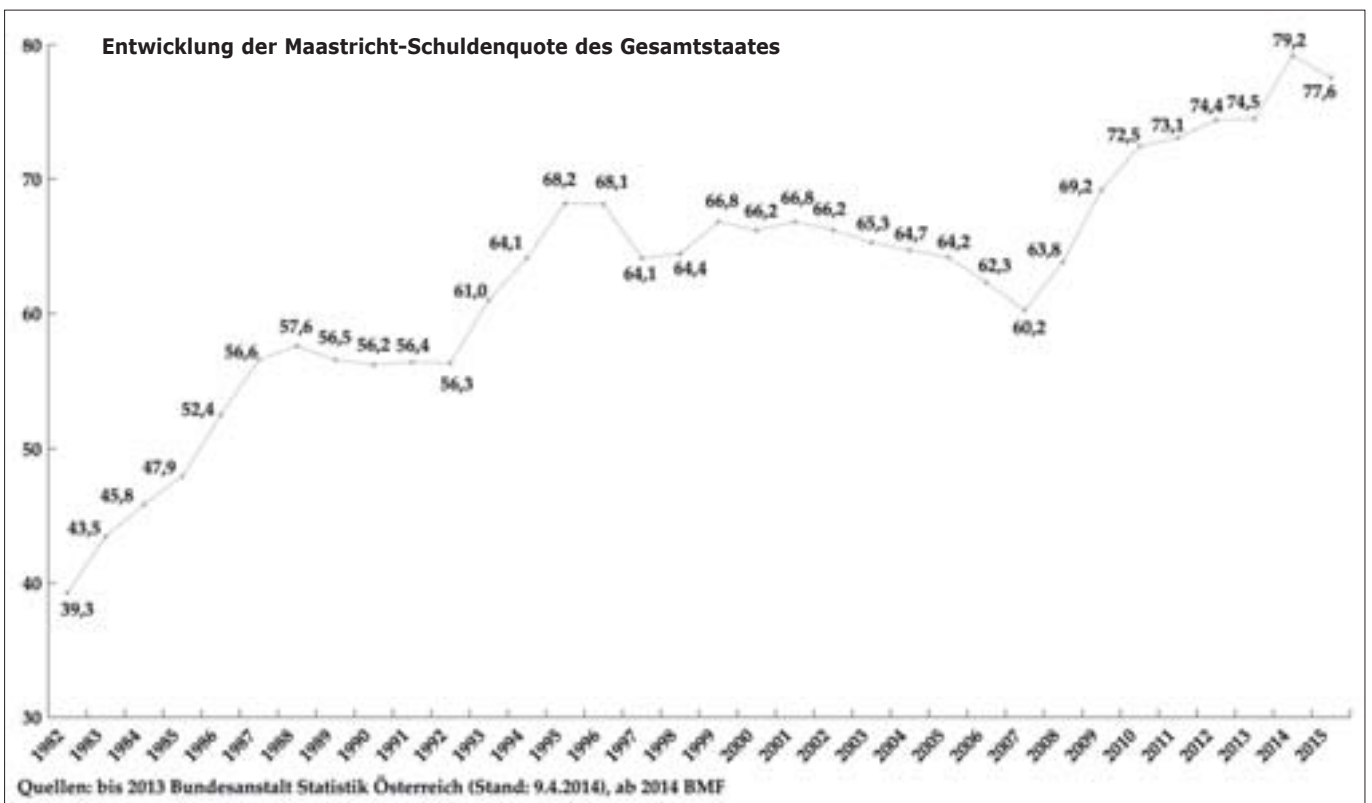
v.l.: Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (S), Finanzminister Michael Spindelegger (V) bei seiner Budgetrede und Bundeskanzler Werner Faymann (S)

den, der zu einer Steuerreform führen könne. Das bedeute, Spielräume zu schaffen – auch unvorhergesehene Krisen dürften nicht dazu führen, daß „wir diesen Spielraum dann wieder verlieren“, verwies der Finanzminister auf die Ukraine und Rußland, wo zur Deeskalation beigetragen werden müsse.

„Ich möchte das Schuldenmachen beenden, klug investieren und Reformen anstoßen“, so Spindelegger weiter. Ziel sei es, das Wachstum anzukurbeln und die Grundlage für neue Arbeitsplätze und Wohlstand

zu schaffen. „Wir investieren dort, wo Österreich Impulse braucht und sparen dort, wo wir das auch verantworten können.“

Die Impulse könnten sich sehen lassen, wies Spindelegger beispielsweise auf die Bereiche Familie, Forschung, Sicherheit sowie den Wirtschaftsstandort und Sozialstaat durch zusätzliche Mittel für Pflege und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Hier würden vor allem die Mittel für die älteren Arbeitslosen gesteigert. „Wir geben uns nicht damit zufrieden, daß Österreich die gering-



Grafik: Bundesministerium für Finanzen

Innenpolitik

© Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Christian Hofer



Bundespräsident Heinz Fischer (l.) und Parlamentsdirektor Harald Dossi

ste Arbeitslosigkeit in der EU hat – wir wollen wieder an die Vollbeschäftigung herankommen, denn jeder Arbeitsplatz sichert eine Familie.“

Österreich habe die Krise gut bewältigt, verwies Spindelegger darauf, daß Österreich wesentlich weniger an Staatsschulden habe als die Mitgliedsländer der EU-28. Auch bei der Wirtschaftskraft liege Österreich – betrachte man das BIP pro Kopf durch die Kaufkraftparität – bereits auf dem zweiten Platz in der EU. „Wir sind trotz Krisenzeiten das zweitreichste Land dieser EU“, auch das sei ein positiver Wert, den man den BürgerInnen bewußt machen sollte. Es sei notwendig, den Optimismus zu verstärken und den BürgerInnen das Gefühl zu geben, es gehe in Österreich wieder aufwärts.

Nach den Projektionen von IHS und WIFO, die den Budgets zugrunde liegen,

werde Österreichs Wirtschaft 2014 und 2015 real um je 1,7 Prozent wachsen – das sei deutlich mehr als die 1,2 Prozent, die für die Eurozone errechnet wurden. Vorsichtiger Optimismus sei berechtigt, aber den Befreiungsschlag gebe es nicht. „Wir müssen Schritt für Schritt aus der Krise, daher ist es notwendig, mit einem guten Budget die Grundlagen zu legen“, so Spindelegger, der unter anderem auch auf die neue Bewertung von Moodys vom Februar dieses Jahres verwies, welche Österreichs AAA Rating unter anderem wegen seiner gesunden Wirtschaftsstrukturen bestätigt habe. „Österreich ist eine der besten Adressen für die Finanzwelt und das ist konsequente Regierungsarbeit, die wir leisten“, so der Finanzminister. Zur Stabilisierung des Finanzplatzes seien 4,4 Milliarden Euro vorgesehen – ein Betrag, der aber nicht zur Gänze ausgegeben werde.

Reformpfad wird weitergeführt

Bei den Ausgaben des Staates werde auch in absoluten Zahlen gespart. Die Auszahlungen 2014 betragen etwa 75 Milliarden und im Jahr 2015 etwa 74 Milliarden, mit dem er das Budget 2014/15 präsentierte und erläuterte, wie dieses Ziel erreicht werde.

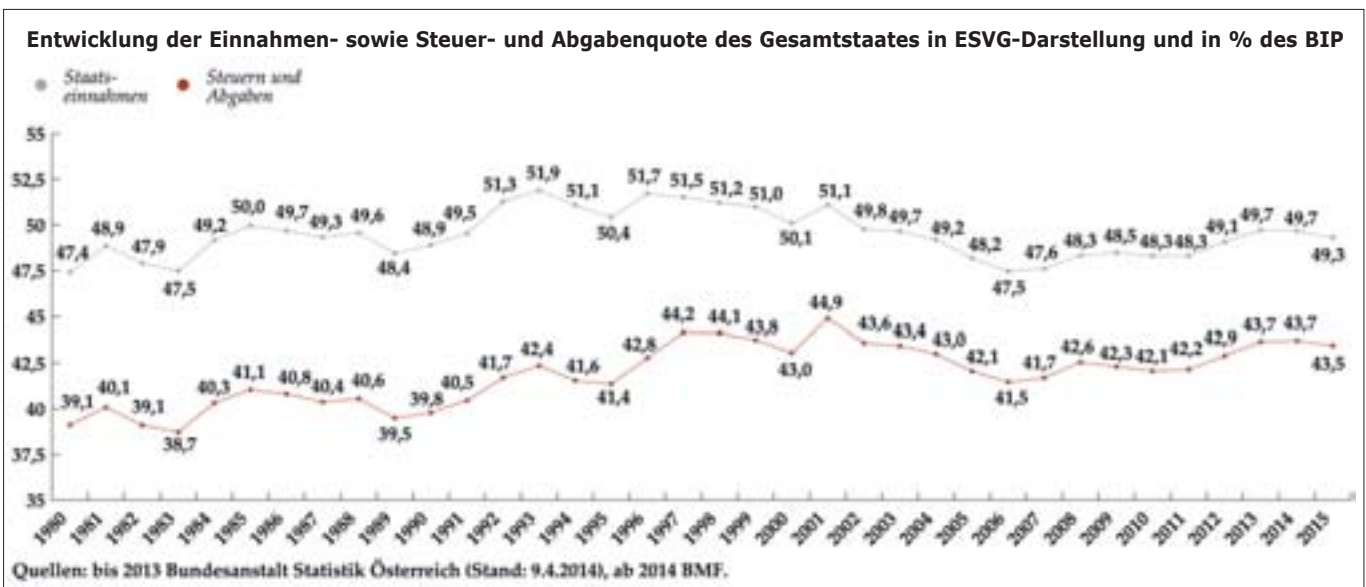
In erster Linie werde bei der Verwaltung gespart. Sein Ziel sei, „daß für jeden einzelnen Österreicher auch mehr bleibt. Der Staat muß sich auf seine Kernaufgaben beschränken“, bedankte sich Spindelegger bei allen Ressorts und wies darauf hin, daß die Ermessensausgaben der jeweiligen Ressorts 2014 um 500 Millionen Euro und 2015 um 300 Millionen Euro gekürzt werden. „Wir sparen den Staat nicht kaputt, sondern schlank. Das ist das Motto, wie wir vorgehen“, so der Finanzminister weiter.

Weiterer Eckpfeiler neben den Einsparungen der Ressorts seien Reformen. Mit dem Sanierungspaket 2012 haben wir diesen Weg bereits begonnen. „Und der Reformpfad wird weitergeführt“, betonte Spindelegger und hob bereits erzielte Erfolge hervor:

Pensionsreform: Durch Änderungen bei der Invaliditätspension, der Hacklerregelung sowie das Pensionskonto werde eine Trendumkehr eingeleitet mit dem Ziel, daß das durchschnittliche Pensionsantrittsalter stärker als die durchschnittliche Lebenserwartung steige.

Verwaltungsreform: Im Bereich der Verwaltungsgerichte wurden 120 weisungsfrei gestellte Berufungssenate und Sonderbehörden auf elf unabhängige Verwaltungsgerichte konzentriert. Kleinere Bezirksgerichte wurden in den vergangenen Jahren zusammengeführt. Die Agenden von 194 Stellen rund um Asyl wurden per 1. Jänner 2014 in das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl überführt.

Grafik: Bundesministerium für Finanzen



Innenpolitik

Gesundheitsreform: Die Reform wurde 2013 beschlossen mit dem Ziel, die Zuwachsraten für öffentliche Gesundheitsausgaben auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen. Durch die Deckelung des Ausgabenpfades würden bis 2016 in Summe 3,4 Milliarden Euro an Einsparungen erwartet, ohne daß es bei den Menschen negativ ankomme.

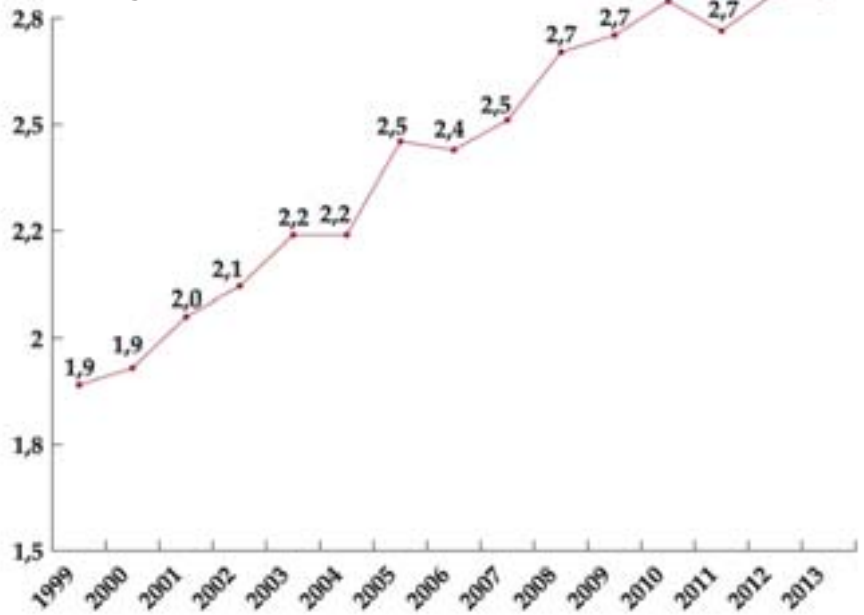
Reformvorhaben seien auch für die Zukunft vorgesehen. „Mit diesem Budget werden wir Gutes bewahren, aber manches verbessern und die Bürokratie weiter zurückdrängen“, ging Spindelegger auf weitere Reformen ein. Angestrebt würden beispielsweise eine Vereinfachung der Lohnverrechnung durch eine Zusammenfassung der Beitragsgruppen und eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen im ASVG und im EStG, eine Bündelung von Personal-, IT- und Supportaufgaben der einzelnen Ministerien sowie eine Förderreform – ein Ausbau der Transparenzdatenbank soll Doppelförderungen reduzieren. Ab 2018 sollen Unternehmen zudem so gut wie alle Amtswegen elektronisch abwickeln können. Zudem gelte es, Doppelgleisigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften zu beseitigen. Alte Rechtsnormen sollen automatisch auslaufen.

Klug in die Zukunft investieren

„Wir werden nicht nur sparen. Sinnvoll sparen und reformieren ist die eine Seite – richtig investieren, um das Wachstum anzukurbeln und so Arbeit und Wohlstand zu schaffen, die andere. Wir betreiben daher keine reine Sparpolitik, sondern investieren im Gegenteil ganz gezielt dort, wo Österreich Impulse braucht“, betonte der Vizekanzler.

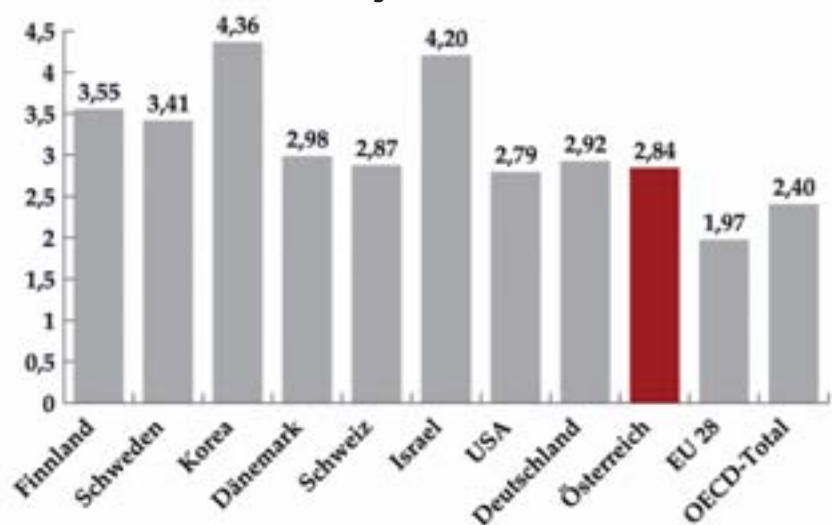
Daher ist eine Reihe von Offensivmaßnahmen budgetiert. Um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, hat die Bundesregierung ein Offensivpaket in Höhe von 3,6 Milliarden Euro bis 2018 geschnürt. Eine Steuerentlastung für Unternehmen durch eine Reduktion von Lohnnebenkosten und das Aus für die Gesellschaftssteuer hebt zudem die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. „Mit diesem Budget werden wir das Erfolgsmodell Österreich nicht nur absichern, sondern weiter ausbauen!“, gibt Spindelegger die Zielrichtung vor und definiert die Schwerpunkte des Budgets: „Wir geben mehr Geld für die Zukunft unseres Landes aus und investieren mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, mit der Erhöhung der Familienbeihilfe und dem Gratiskindergartenjahr massiv in Kinder und Familien. Wir investieren in Forschung, um die Grundlage für weiteres Wachstum zu schaffen. Wir sichern Sozialleistungen ab und

Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich in % des BIP



Quelle: Bundesanstalt Statistik Österreich, Globalschätzung 2013

Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung 2012*: Österreich im internationalen Vergleich in % des BIP



* oder zuletzt verfügbarer Wert – Quelle: OECD, MSTI 2013/2

Grafiken: Bundesministerium für Finanzen

stellen mehr Mittel für Pflege und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Wir stellen mehr Polizisten ein, um die Sicherheit im Land weiter zu verbessern. Und wir entlasten Unternehmen, um den Standort zu stärken und das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln.“ Weitere Offensivmaßnahmen setzt die Regierung durch Wohnbausermitteln, Offensivmitteln für den ländlichen Raum, den Handwerkerbonus als Anreiz gegen die Schwarzarbeit und beim Hochwasserschutz.

Spielräume für Steuerreform erarbeiten

„Mit diesem Budget und mit unserem Konsolidierungskurs und der Sanierung des

Budgets schaffen wir das Fundament und die Spielräume für eine längst fällige substantielle Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler“, so Spindelegger. Wer hart arbeite, solle auch mehr in der Tasche behalten können. „Und wir werden hart daran arbeiten, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Das wird aber nicht mit neuen Schulden erfolgen. Wir brauchen Seriosität in der Politik und werden eine Reform vorbereiten, die leistbar ist“, sagte Spindelegger. „Ich sage es schon heute: Subventionierungen durch den Staat mittels Steuerbefreiungen sollen kritisch hinterfragt werden. Mein Ziel ist ein einfaches Steuersystem, ein System, in dem Ausnahmen die Ausnahme und nicht die Re-

Innenpolitik

gel sind“, betonte der Finanzminister und nannte drei zentrale Punkte:

- Vereinfachung: Nach mehr als 25 Jahren soll das Einkommenssteuergesetz neu geschrieben werden – mit dem Ziel der Vereinfachung.
- Entlastung für Familien: Bei dieser Steuerstrukturreform soll sichergestellt werden, daß Familien besonders berücksichtigt werden.
- Senkung Eingangssteuersatz: Der Eingangssteuersatz bei der Lohnsteuer soll in Richtung 25 Prozent gesenkt werden, die weiteren Stufen abgeflacht.

Spindelegger: „Wir werden uns mit den besten Köpfen des Landes zusammensetzen und hart für diese Reform arbeiten, so wie alle österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hart für dieses Land arbeiten. Wir werden einen strikten Budgetvollzug gewährleisten: jeder Euro, der durch Steuern eingenommen wird, wird auch sorgsam verwaltet. Mit diesem Budget werden wir das Erfolgsmodell Österreich absichern und weiter ausbauen“, schloß der Finanzminister.

Steißl: Offensivmaßnahmen und mehr Steuergerechtigkeit statt Kaputtsparen

„Gerade in schwierigen Zeiten ist beim Erstellen des Budgets auf Fairness und Ausgewogenheit achten. Das ist mit den Bundesfinanzgesetzen 2014 und 2015 jedenfalls gelungen“, betonte Finanzstaatssekretärin Sonja Steißl (SPÖ) anlässlich der Präsentation des Budgets durch den Finanzminister. „Die soziale Handschrift ist in diesem Fairness-Budget eindeutig erkennbar. Wir haben die Steuergerechtigkeit um einen weiteren Schritt verbessert.“

Die Haushaltsplanungen sehen in den kommenden fünf Jahre trotz verhaltener Wirtschaftsprognosen Offensivmaßnahmen vor, unter anderem 370 Millionen Euro für ältere Arbeitnehmer, 280 Mio. Euro für die Zahngesundheit Jugendlicher, 310 Mio. Euro für Pflege, 700 Mio. für die Verlängerung des Pflegefonds ab 2017, 180 Mio. für den sozialen Wohnbau, 400 Mio. für Ganztageschulen, 300 Mio. für Grundlagenforschung, 350 Mio. für den Ausbau der Kinderbetreuung sowie 460 Mio. Euro für Hochwasserschutz.

Aber auch die bereits im März beschlossenen und jetzt ins Budget gegossenen Maßnahmen auf der Einnahmenseite sind ein wichtiger Faktor: „Würden diese Gelder, etwa aus der reformierten Gruppenbesteuerung oder aus den Anti-Profit-Shifting-Regeln nicht fließen, wären weitere Kürzungen notwendig geworden. So konnten wir ein Kaputtsparen verhindern und gleichzeitig die Steuergerechtigkeit ein weiteres Stück voranbringen“, betont die Staatssekretärin. Die genannten Maßnahmen brächten – mit der Einschränkung der Absetzbarkeit von Supergaben, der Erhöhung der Bankenabgabe, der unbefristeten Solidarabgabe auf Topgehälter, der Redimensionierung der GmbH-Light-Regelungen und einigem mehr – bis 2018 rund 2,7 Mrd. Euro zusätzlich an Einnahmen für den Staatshaushalt. Diese finanzieren die heute festgelegten Offensivmittel mit und helfen mit, das Konsolidierungsziel des Nulldefizits bis 2016 zu erreichen.

Für Steißl sind die Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit ein wichtiger, aber auch nur ein erster Schritt: „Als nächstes widmen wir uns, wie im Regierungsprogramm vereinbart, einer Steuerstrukturreform, die den arbeitenden Menschen mehr netto vom brut-

to bringen soll.“ Die Verschärfung des Kampfes gegen den Steuerbetrug und die Abgabenhinterziehung – Stichwort: Reform der Selbstanzeige – sei ein weiterer politischer Schwerpunkt, der laut Staatssekretärin Steißl im zweiten Halbjahr angegangen werden müsse. Auch dies würde zusätzliche positive Effekte auf künftige Budgets haben, sagt die Finanzstaatssekretärin.

Krainer: Budget ermöglicht Investitionen in Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Entwicklung

„Der Ausbau ganztägiger Schulen konnte trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage gesichert und sogar erhöht werden“, freute sich SPÖ-Budgetsprecher Kai Jan Krainer im Zuge der Budgetdebatte im Nationalrat. „Mit 110 Mio. Euro heuer, weiteren 160 Mio. Euro bis 2017 und 210 Mio. Euro im Jahr 2018 werden in den kommenden Jahren mehr Mittel für den Ausbau ganztägiger Schulen zur Verfügung gestellt, als im Bundesfinanzrahmen letztes Jahr vorgesehen waren“, so Krainer. Nicht nur in dieser konkreten Maßnahme, auch im allgemeinen Bildungsbudget zeigen sich die Investitionen der Regierung: „Das Bildungsbudget steigt im heurigen Jahr um 125 Mio. Euro und 2015 um 60 Millionen Euro“, erklärte Krainer.

Für den SPÖ-Budgetsprecher weißt das von der Regierung vorgeschlagene Budget daher auch abseits vom Bildungsbereich den richtigen Weg: „Unser Pensionssystem ist nicht nur enkelfit, es ist auch eltern- und großelternfit.“ Die budgetären Maßnahmen der letzten Jahren haben Österreich wichtige Impulse gebracht und daran soll weitergearbeitet werden: „Wesentlich ist, daß die Einnahmen in diesem Land gerechter werden,

Grafik: Bundesministerium für Finanzen



Anmerkung: Bei der Berechnung der operativen Haushaltssalden bleiben Verwaltungsausgaben (Gehälter, Gebäudemieten, ...) unberücksichtigt, wodurch sich bei Belgien und Luxemburg als Sitz der größten EU-Institutionen „verzerrte“ negative Nettopositionen ergeben. Würde man diese Ausgaben den beiden Ländern Rückflüsse zuordnen, wären beide Mitgliedsstaaten Nettoempfänger.

Innenpolitik

indem wir die Steuern auf Arbeit senken und jene auf Kapital und Vermögen erhöhen.“

Strache: Schulden und Belastung der BürgerInnen steigen auf Rekordwerte

Der Fraktionsführer der Freiheitlichen, Heinz Christian Strache, sprach von einer inhaltsleeren Budgetrede und einer Bundesregierung, die sich selbst nicht ernst nehme, rede sie doch Jahr für Jahr von einer Trendwende und einer Senkung der Steuerbelastung, mache das Gegenteil und ignoriere zugleich die Realität: Steuerquote und Staatsverschuldung steigen weiter auf Rekordwerte, die Regierung „würde die Bürger, statt die Krise zu bewältigen“. Als Ausrede diene ihr der Fall Hypo, bei dem Strache eine Mitverantwortung der FPÖ einräumt, SPÖ und ÖVP aber zugleich daran erinnert, daß sie Haider's Haftungen für die Landesbank mitbeschlossen und die Hypo ohne Not verstaatlicht hätten. Auch das Kontrollversagen liege in der Verantwortung von Rot und Schwarz, stellte Strache fest. SPÖ und ÖVP haben eine Insolvenz nicht zugelassen und bitten statt Gläubigern und Spekulanten nun die Steuerzahler zur Kasse. Für die FPÖ ist ein Hypo-Untersuchungsausschuß unerlässlich, so Strache.

Mit den Budgetentwürfen würden SPÖ und ÖVP ihre Politik der Wählertäuschung fortsetzen. „Mehr als eine Milliarde zusätzliche Steuern kommen auf die BürgerInnen in den nächsten Jahren zu.“ Zugleich bleibe das Wirtschaftswachstum schwach, es drohe eine Rezession und die Steuerquote steige weiter. Die Bundesregierung sehe aber keinen Handlungsbedarf – weder bei der Reform der Staatsverwaltung noch beim Gesundheitssystem. Die Regierung spricht von mehr Sicherheit – sperrt aber Polizeiwachzimmer zu, sie schließt Spitäler und verspricht mehr Gesundheit, sie schließt Schulen und verspricht bessere Bildung, formuliert Strache.

Die FPÖ verlangt eine Senkung der Lohnnebenkosten für die Unternehmen und eine Senkung des Eingangssteuersatzes zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen. So soll die Wirtschaft angekurbelt und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. SPÖ und ÖVP seien dazu nicht bereit und setzen ihre Politik der Abwürgens der Wirtschaft fort, klagte Strache, der seine Rede mit dem Apell an die Menschen schloß, SPÖ und ÖVP bei der Wahl zum Europäischen Parlament einen Denkzettel für die Belastungspolitik zu erteilen. Die FPÖ wird weiterhin für einen Hypo-Untersuchungsausschuß und für den Ausbau der direkten Demokratie eintreten. Sie wird

dazu beitragen, daß SPÖ und ÖVP zur Vernunft kommen.

Fuchs: Spindeleggers Budgetrede gleicht einer Märchenstunde

„Während ÖVP Finanzminister Spindelegger in seiner Budgetrede von einer ‚Trendwende für Österreich‘ sprach, zeigen die Zahlen und Fakten ein anderes Bild“, so der freiheitliche Finanzsprecher und Steuerberater Herbert Fuchs. „Ein Negativrekord jagt den anderen. Die Staatsverschuldung steigt 2014 auf 79,2 % des BIP, das Defizit explodiert 2014 auf 2,7 % des BIP und wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit von über 400.000 Personen im März 2014.“

Fuchs kritisierte in seiner Rede im Nationalrat die kläglichen Versuche des Finanzministers, die Mißerfolge der Regierung schönzureden. „Eine echte Trendwende kann nur durch eine ordentliche Struktur- und Steuerreform erreicht werden. Der Einstiegssteuersatz muß auf 25 % gesenkt werden, die Progressionsstufen sind laufend an die Inflation anzupassen und die Lohnnebenkosten sind ebenfalls zu senken“, fordert Fuchs.

Eine Neugestaltung des Einkommensteuertarifs wirke sich auch unmittelbar positiv auf die Kaufkraft Österreichs aus und bringe eine Erhöhung der Binnennachfrage mit sich. Durch den vermehrten Konsum, der auch Umsatzsteuer auslöse, könne ein Teil der Tarifreform finanziert werden. „Dieses Doppelbudget ist eine in Zahlen gegossene Bankrotterklärung der Bundesregierung. Nicht das Hypo-Desaster hindert die Bundesregierung, Strukturformen endlich umzusetzen, sondern bloß ihre eigene Unfähigkeit. Ich fordere Sie nochmals auf die Enteignung des Mittelstandes durch die kalte Progression zu stoppen, denn das ist eine Steuererhöhung ohne Parlamentsbeschluß“, so Fuchs.

Glawischnig: Rot-schwarzes Stillstands-Budget verspielt Zukunftschancen

„Dieses Budget ist ein Budget der verspielten Zukunftschancen. Die Hypo-Kosten werden der Bevölkerung aufgebürdet, gleichzeitig wird auf dem Rücken der nächsten Generation gekürzt. Die Verschuldung erreicht Rekordhöhe und gleichzeitig wird in genau jenen Bereichen, die für die Zukunftsperspektiven der Jungen wichtig sind, gekürzt: bei der Bildung, der Wissenschaft und dem Schutz der Umwelt für künftige Generationen. Eine Trendwende, wie sie heute der Finanzminister herbeigeredet hat, findet nicht statt. Wie 2016 die angestrebte Konsolidierung erreicht werden soll, ist vollkommen

offen“, sagte Eva Glawischnig, Grüne Klubobfrau und Bundessprecherin, zu den Budgets für 2014 und 2015.

„Zukunftsblind wird mit dem Rasenmäher in fast allen Bereichen gekürzt. Es fehlen Mut und Weitblick für die Herausforderungen der Zukunft. Statt in Bildung, Forschung und Klimaschutz zu investieren und endlich große Reformen anzugehen, wird der Stillstand fortgesetzt“, sagte Glawischnig. „Vieles wurde bereits in den vergangenen Jahren verabsäumt. Die rot-schwarze Budgetpolitik unter Kanzler Werner Faymann bedeutet seit 2008 Reformstillstand, lineare Kürzungen mit dem Rasenmäher, Verschleierung und Verzögerung der Hypo-Abwicklung und Steuererhöhungen statt Steuerstrukturreformen“, so Glawischnig. „Die Kürzungen bei Bildung, Wissenschaft und Umwelt schmälern die Zukunftschancen unseres Landes. Österreich wird so im internationalen Vergleich weiter zurückfallen. SPÖ und ÖVP produzieren mit ihrer zukunftsblinden Politik die Arbeitslosen von morgen.“

Die Grünen anerkennen den Konsolidierungsbedarf. „Dieses an sich vernünftige Ziel darf aber kein Selbstzweck sein. Es ist durchaus sinnvoll zu sparen. Vieles hätte in letzten Jahren bereits erledigt werden können. Etwa die Schaffung einer österreichischen Krankenkasse statt 19 Krankenversicherungsträger, der Abbau der Mehrfachförderungen in der Wirtschaft oder eine Reform der Schulverwaltung. Gleichzeitig braucht es aber mehr Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Umwelt und Forschung, eine Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer und Impulse zur Belebung der Wirtschaft, insbesondere im Wohnbau. Die Regierung läßt aber diesen Gestaltungsanspruch im Budget vermissen“, so Glawischnig. Einzelne Maßnahmen im Budget werden von den Grünen begrüßt, wie etwa die Ankündigung, 550 Finanzbeamte für die Steuerkontrolle einzustellen. Das sei sinnvoll, wenn diese gezielt im Bereich von groß angelegtem Steuerbetrug eingesetzt würden. Auch die Reform des Förderzinses für Öl und Gas sei eine sinnvolle Maßnahme.

Scharfe Kritik übt Glawischnig neuerlich an der unausgewogenen Belastung der Bevölkerung durch die Bankenpakete. „Die Bankenhilfe, allen voran die Hypo-Alpe-Adria, hat die SteuerzahlerInnen bisher mit sieben Milliarden Euro belastet. Bis zu vier Milliarden Euro soll die Bankenrettung jetzt alleine im Jahr 2014 die BürgerInnen zusätzlich kosten. Banken, Spekulanten und andere Gläubiger werden weiter verschont. Im-

Innenpolitik

mer noch wehren sich SPÖ und ÖVP gegen eine Aufklärung der politischen Verantwortung dieses größten Finanzverbrechens der zweiten Republik. Milliarden für die Bankenrettung, kein Geld für wichtige Zukunftsbereiche wie Bildung, Wissenschaft, Umwelt oder eine ökologische Wohnbauoffensive. Das ist das Ergebnis des dilettantischen Umgangs von SPÖ und ÖVP mit dem von der FPÖ verursachten Hypo-Debakel“, schloß Glawischnig.

Nachbaur: Dritthöchste Abgabenlast – der Staat frißt uns alles weg

„Was jeder Bürger mit einem Blick ins Börsel bestätigen kann, hat auch die OECD bestätigt: Wir haben von allen Industrieländern weltweit die dritthöchste Abgabenlast. Der Staat frißt uns alles weg!“, kritisierte Team Stronach Klubobfrau Kathrin Nachbaur in ihrem Debattenbeitrag. Den Unternehmern, die Wohlstand sichern und die Arbeiter, die durch ihren Fleiß jene Steuern abliefern, die dann umverteilt werden riet Nachbaur: „Halten Sie durch – eines Tages wird diese Regierung abgewählt.“

Seit den 70er-Jahren sie Schuldenmachen zum Normativ erklärt worden, seit bald 60 Jahren werde vom Staat mehr ausgegeben als eingenommen, kritisierte Nachbaur. Die Folgen: „Was bleibt einem Arbeiter von der Inflationsanpassung netto über? Wir brauchen Arbeit, von der man leben kann – Arbeit muß sich lohnen“, forderte Nachbaur. Sie schlug ein Verfassungsgesetz vor, wonach nur ein Drittel an Abgaben erlaubt ist. „Wenn das nicht reicht, dann muß der Staat sparen“, so Nachbaur.

„Ich kenne niemanden, der durch Ausgeben reich geworden ist. Man kann sich nicht reich konsumieren“, so die Team Stronach Klubobfrau. Sparen gehe nur durch Effizienzsteigerung. Am Beispiel Bildung heißt das: „Nicht beim Produkt, sondern beim aufgeblasenen Verwaltungsapparat sparen“, verlangte Nachbaur. Es sei unerlässlich, endlich die Forderungen des Team Stronach umzusetzen: „Verwaltung abbauen. Schuldenmacherei beenden.“

Laut Nachbaur habe es „unter den Sozialdemokraten noch nie einen ausgeglichenen Haushalt gegeben. „Und die junge Generation wird dafür zahlen müssen.“ Die Schuldenmacherei bringe das Land zunehmend in die Abhängigkeit der Kapitalmärkte und Spekulanten – „jene, die die Sozialdemokraten immer angegriffen haben“.

Nachbaur kritisierte auch, daß die Steuereinnahmen und aufgenommenen Schulden

massiv zur Umverteilung genutzt werden, statt etwa die Steuern zu senken. „Umverteilung bedeutet Macht; deshalb wird sich daran nichts ändern.“ Und die Menschen werden vom Staat abhängig gemacht. Die Regierung müsse sich der sozialen Marktwirtschaft besinnen; dort gelte: „Erwirtschaften vor Umverteilen!“

„Produktivität ist der Schlüssel für einen Wirtschaftsaufschwung“, erinnerte Nachbaur. Mit seinen mahnenden Worten „Wenn die Wirtschaft nicht funktioniert, dann funktioniert gar nichts“ habe Frank Stronach punktgenau die Probleme aufgezeigt, so Nachbaur, die mahnte: „Nur wenn es uns gut geht, ist Geld zum Verteilen da!“ Um dies zu erreichen, müsse die Bürokratie zurückgefahren werden. Während große Konzerne darüber nachdenken, angesichts der Bürokratie abzuwandern, „haben die Kleinen diese Möglichkeiten nicht; und denen stehen die Belastungen bis zum Hals“, so Nachbaur.

Die angekündigten 550 neuen Steuerprüfer etwa seien der falsche Weg, erklärte Nachbaur. Dies sei kein Bürokratieabbau. Deshalb forderte Nachbaur: „Grauzonen in den Steuergesetzen entfernen, bei denen sich kein Unternehmer auskennt!“ Während über Bürokratieabbau nur geredet werde aber nichts geschieht, finde die Regierung Maßnahmen, die sofort umsetzbar sind: Steuererhöhungen. „Runter mit den Verwaltungskosten, runter mit den Steuern – mehr Geld für die Steuerzahler!“, forderte Nachbaur. Sie fragte, ob die Unternehmer, die Arbeiter schon einmal „Danke“ vom Finanzamt gehört hätten für die hohen Steuern, die sie abliefern müssen. „Wir brauchen endlich eine Wertschätzung für Unternehmer, die Wohlstand sichern, und für die fleißigen Arbeiter, von denen das Geld kommt, das die Regierung umverteilt“, so Nachbaur.

Strolz: Enkelfittes Pensionsystem und fairer Föderalismus

Der Klubobmann der NEOS, Matthias Strolz, formulierte Visionen für die Zukunft des Landes, weil es sich Österreich nicht leisten könne, daß junge, talentierte Menschen ins Ausland gehen, weil sie hier keine Zukunft mehr sehen. Österreich sei ein schönes und reiches Land, es drohe aber zum Mittelmaß abzusinken. Der Schuldenberg müsse abgebaut werden, sonst wird Österreich in den internationalen Rankings, bei den Investitionen und bei der Beschäftigung weiter verlieren. Eine Senkung der Steuerbelastung werde sich ohne Reformen nicht ausgehen. An dieser Stelle riet Strolz dazu, sich Länder

wie Schweden zum Vorbild zu nehmen, das seine Staatsschulden seit 1998 halbiert hat. Trotz aller unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Fraktionen sollte man bei zwei Themen zu einem Konsens finden, beim Pensionssystem, das nicht „enkelfitt“ aufgestellt sei und bei dem viel größere Belastungen auf das Budget zu kommen, als bei der Hypo. Strolz schlug dazu eine Enquete-Kommission unter Einbeziehung von Experten vor.

Gar nicht gut laufe es auch beim Föderalismus, meinte Strolz: „Er ist zu teuer, nicht nachhaltig und nicht fair für die nächsten Generationen.“ Die bevorstehenden Verhandlungen zum nächsten Finanzausgleich seien eine große Chance die man nutzen sollte, um die Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Wohlstands in Österreich zu sichern. Er sei zuversichtlich, daß dies gelingen werde, schloß Strolz.

NEOS-Mandatar Rainer Hable schloß sich der allgemeinen Kritik am Budget an. Statt einer Trendwende gebe es Rekordstände bei den Schulden und beim Defizit, obwohl sich der Staat derzeit über Rekorderlöse freuen kann. „Erstmals hat Österreich damit das Hochsteuerland Schweden überholt“, zeigte Hable besorgt auf. Bei den Budgetansätzen vermisse er zudem die Beachtung der kaufmännischen Sorgfalt, zumal auch für Krisen keine Vorsorge getroffen werde. Nach Auffassung von Hable werde es daher nicht gelingen, ein strukturelles Nulldefizit zu erreichen. Er unterbreitete dann noch eine Reihe von Vorschlägen seiner Partei, wie etwa die Absenkung der Subventionen auf ein europäisches Niveau, wodurch man allein 9 Mrd. Euro lukrieren könnte.

Seine Klubkollegin Beate Meinel-Reisinger räumte ein, daß gewisse Akzente gesetzt worden seien, wie z.B. bei den Familien, die steuerliche Gesamtbelastung sei aber noch immer viel zu hoch. Bedauern äußerte sie darüber, daß bei den Einsparungen nach dem Rasenmäherprinzip vorgegangen werde und wesentliche Strukturereformen auf 2016 verschoben worden seien. Unfair sei zudem das Argument, die Opposition liefere keine konkreten Vorschläge. Seit Beginn der Gesetzgebungsperiode gab es 88 parlamentarische Initiativen, die aber von Rot und Schwarz in den Ausschüssen vertagt worden seien.

Nach Ende der Debatte wies Nationalratspräsidentin Barbara Prammer die Bundesfinanzgesetzte 2014 und 2015 dem Budgetausschuß zu. ■

Quellen: Finanzministerium, Parlamentskorrespondenz, SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, Team Stronach und NEOS

Pensionskonto

Umstellung derzeit im Zeitplan – Aussprache mit ExpertInnen im Sozialausschuß des Nationalrats

Die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) sei bei der laufenden Umstellung von 3,6 Millionen Pensionskonten „völlig im Zeitplan“. Das betonte PVA-Obmann Manfred Felix am 9. April bei einer Aktuellen Aussprache im Sozialausschuß des Nationalrats zum Thema Pensionskonto. Zwar gibt es nach wie vor bei vielen Versicherten Lücken bei den dokumentierten Versicherungszeiten, die PVA will aber wie geplant ab Juni die Information über die jeweils errechneten Kontoerstgutschriften aussenden. Laut Felix sind pro Tag 75.000 Aussendungen geplant, bis spätestens Ende Oktober sollen alle Betroffenen die Schreiben über ihre endgültige bzw. vorläufige Kontoerstgutschrift erhalten haben.

Nicht nur Felix, auch die VertreterInnen der anderen betroffenen Sozialversicherungsanstalten sind überzeugt, daß das Pensionskonto zu mehr Transparenz beitragen wird.

2,4 Millionen ASVG-Versicherte mit Lücken bei Versicherungszeiten

Zum Thema Pensionskonto standen dem Sozialausschuß neben PVA-Obmann Manfred Felix auch Thomas Neumann, Direktor der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und zuständig für den Geschäftsbereich Kundenmanagement, Theresia Meier, Obfrau der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB), sowie Lucian Wetter, stv. Generaldirektor der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) und Bereichsleiter für die Bereiche Krankenversicherung, Pensionsversicherung und Unfallversicherung, als Auskunftspersonen zur Verfügung.

Wie Felix berichtete, hat die PVA insgesamt 5,1 Millionen Pensionskonten zu betreuen, davon müssen für 3,6 Millionen Konten Erstgutschriften berechnet werden. Die anderen 1,5 Millionen Konten sind Versicherten zuzurechnen, die ausschließlich Pensionskonto-Versicherungszeiten aufweisen.

Von den 3,6 Millionen Versicherten, die eine Kontoerstgutschrift erhalten, wurden laut Felix bei 2,4 Millionen Lücken im Versicherungsverlauf festgestellt, wobei es in Extremfällen bis zu 200 Lücken gibt. Der Großteil der Betroffenen wurde bereits 2013 angeschrieben. Die Rücklaufquote bei den

ausgesandten Fragebögen bezifferte Felix mit aktuell 53 Prozent, wobei die durchschnittliche Rücklaufzeit drei Monate beträgt. Wer sich nicht rührt, wird demnächst ein RSb-Schreiben erhalten, da die PVA alle Versicherten nachweislich informieren will.

Ganz läßt sich die Vorgabe allerdings nicht einhalten, machte Felix geltend, da es nicht von allen Versicherten Adreßdaten gibt und einige von ihnen im Ausland leben. Diesen Personen könne man naturgemäß auch das Informationsschreiben über die Kontoerstgutschrift nicht zusenden, erklärte er. Insgesamt sprach Felix von einer logistischen Herausforderung, es gehe um die größte Verwaltungsreform im Pensionsrecht seit dem Jahr 1956.

Versicherungsauszug wird mitgeschickt

Mit dem Informationsschreiben über die endgültige bzw. vorläufige Kontoerstgutschrift wird auch ein Versicherungsdatenauszug mitgeschickt, betonte Felix. Damit werden auch jene Versicherten, bei denen die PVA keine Versicherungslücke festgestellt hat, auf einfachem Weg überprüfen können, ob Versicherungszeiten fehlen. SVA-Direktor Neumann ergänzte, daß im Endeffekt gegen eine Kontoerstgutschrift wie gegen alle Entscheidungen der Pensionsversicherung ein Rechtsmittel eingelegt werden kann. Ein nachträglicher Eingriff in die Kontoerstgutschrift, etwa weil sich der Aufwertungsfaktor ändert, ist ihm zufolge nicht möglich.

Die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft wird laut Neumann ab Anfang Juni 300.000 Selbstständige anschreiben. Sie habe bislang keine Aussendungen gemacht, da für das Jahr 2013 in der Regel noch kein endgültiger Steuerbescheid vorliege.

Von der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau werden laut Generaldirektor-Stellvertreter Wetter 50.000 Pensionskonten geführt, bei nicht nachvollziehbaren Lücken seien die Betroffenen angeschrieben worden.

SVB-Obfrau Meier hielt fest, die Versicherungsanstalt der Bauern habe grundsätzlich eine gute Datenlage, vor allem bei Frauen habe man aber etwaige Kindererziehungszeiten nachgefragt.

Einschau ins Pensionskonto auch über FinanzOnline möglich

Zu der von den Pensionsversicherungen ermittelten Kontoerstgutschrift kommen ab dem heurigen Jahr die neu erworbenen Pensionsbeiträge hinzu. Mittels Bürgerkarte bzw. Handysignatur werde jeder Versicherte Zugriff auf sein Pensionskonto haben und damit auch auf einen Blick sehen können, wo und ob er versichert ist und wie hoch die Beitragsgrundlage ist, sagte Felix. Wer keine Bürgerkarte und keine Handy-Signatur hat, kann sich die Daten auch schriftlich zuschicken lassen bzw. bekommt bei den Landesstellen und lokalen Sprechtagen der Pensionsversicherungen Auskunft. Auch über FinanzOnline wird man laut Neumann in sein Pensionskonto Einschau nehmen können.

Ab Juni soll laut Felix außerdem ein Prognoserechner zur Verfügung stehen. Mit der Eingabe des Geburtsdatums, der Kontoerstgutschrift und des Gehalts lasse sich errechnen, wie hoch die Pension sein werde.

FPÖ bezweifelt, daß Pensionskonto mehr Transparenz bringt

Von Seiten der FPÖ äußerte Abgeordneter Werner Neubauer erhebliche Zweifel an der Transparenz des Pensionskontos. Er hält nicht nur den Begriff „Gutschrift“ für irreführend, weil er ein Guthaben suggeriere, das in der Realität so nicht vorhanden sei, weil das österreichische Pensionssystem auf einem Umlageverfahren beruhe. Seiner Meinung nach ist es außerdem nicht möglich, die Höhe der Pension zu prognostizieren, da es bis zum Pensionsantritt, unabhängig von der eigenen Erwerbslaufbahn, laufend Gesetzesänderungen geben könne, die sich auf den Wert des Pensionskontos auswirken. Schon jetzt werde die Gesamtgutschrift „schleichend entwertet“, ist er überzeugt.

Neubauer und seine Fraktionskollegin Anneliese Kitzmüller bedauerten außerdem, daß die flächendeckende Einführung des Pensionskontos nicht dazu genutzt wurde, die Sozialversicherungsträger zusammenzulegen.

Viel Skepsis, was die Transparenz des Pensionskontos betrifft, äußerte auch NEOS-Abgeordneter Gerald Loacker. Es müsse jeder Bürger nachvollziehbar nachrechnen

Innenpolitik

können, wie die Kontoerstgutschrift zustande komme, so eine seiner Forderungen. Er fragte außerdem, warum das Pensionskonto für Beamte erst ab dem Jahrgang 1976 gilt, während alle anderen Versicherten bereits ab dem Jahrgang 1955 erfaßt sind.

Über eine mangelnde Information der Versicherten und umständliche Formulare klagten FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein und Grün-Abgeordnete Birgit Schatz. Unabhängig vom Bildungsniveau hätten viele Betroffenen Schwierigkeiten gehabt, das Formular richtig auszufüllen, meinte etwa Schatz.

Abgeordnete Waltraud Dietrich begrüßte namens des Team Stronach das Pensionskonto. Sie bedauerte aber, daß verschiedene Sozialversicherungsanstalten für die Pensionskonten zuständig sind.

Abgeordneter August Wöginger (V) wies darauf hin, daß derzeitige PensionistInnen vom Pensionskonto nicht betroffen sind. Für ihn ist es ein großer Fortschritt, dass künftig jeder nachsehen kann, wie hoch seine Pen-

sion sein wird. Die zuvor geltende Parallelrechnung sei für die BürgerInnen nicht nachvollziehbar gewesen. Es gebe auch einen Verlust- bzw. Gewinndeckel je nach Jahrgang von +/- 1,5 bis 3,5%, hielt Wöginger fest.

Abgeordnete Ulrike Königsberger-Ludwig (S) erinnerte die FPÖ daran, daß das Pensionskonto unter der schwarz-blauen Regierung eingeführt wurde. Mit der zuletzt beschlossenen Abschaffung der Parallelrechnung sei de facto nur die Wirksamkeit des Kontos vorgezogen worden.

Ähnlich argumentierte auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Jeder könne sehen, wie hoch seine Pension in etwa sein werde, wenn die Berufslaufbahn so wie bisher verlaufe, skizzierte er. Daß die Gehaltsentwicklung nicht genau vorausgesagt werden könne, sei klar, und auch das Pensionsrecht sei nicht in Stein gemeißelt, räumte der Minister ein, nichtsdestotrotz sei das neue System transparent und nachvollziehbar. Im Übrigen habe sich das Pensionsrecht auch in der Vergangenheit ständig weiterentwickelt. Hund-

storfer verwies etwa auf die Einführung eines Pensionsanspruchs für Bäuerinnen 1992, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder die bessere Absicherung von Ein-Personen-Unternehmen.

Daß die Systemumstellung bei den Beamten länger braucht, begründete Hundstorfer damit, daß es ansonsten für die Betroffenen zu dramatischen Pensionsverlusten gekommen wäre. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Pensionsversicherungsanstalt

<http://www.pensionsversicherung.at>

*Sozialversicherungsanstalt
der gewerblichen Wirtschaft*

<http://www.svawg.at>

Sozialversicherungsanstalt der Bauern

<http://www.svb.at>

*Versicherungsanstalt für Eisenbahnen
und Bergbau*

<http://www.vaeb.at>

FinanzOnline

<https://finanzonline.bmf.gv.at>

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2014 in Begutachtung geschickt

Am 3. April hat das Sozialministerium das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2014 in Begutachtung geschickt. „Damit setzen wir einen weiteren Schritt zur Anhebung des faktischen Pensionalters und der Beschäftigungsquote Älterer“, unterstreicht Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Das Paket beinhaltet unter anderem das Beschäftigungs- und Pensionsmonitoring. Es bündelt die Kennzahlen des Arbeitsmarktes und des Pensionssystems und stellt die Wirkung der einzelnen gesetzten Maßnahmen (Arbeitsmarktpakete, Pensionsreformen) noch transparenter dar. Außerdem sieht der Begutachtungsentwurf eine Erhöhung des Aufschubbonus für Arbeiten über das gesetzliche Pensionalters hinaus vor.

Das Beschäftigungs-Monitoring umfaßt die Entwicklung der Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen, ihren Anteil an den Gesamtbeschäftigten und zwar branchenbezogen, ihre Arbeitslosenquote sowie die Zahl der nach dem Ende des Rehabilitations- und Umschulungsgeldbezuges wieder in den Arbeitsmarkt eingegliederten Personen. Ziel ist es, erstmals ab 2016 die langfristige Wirkung der Rehabilitationsmaßnahmen besser zu erfassen. „Mit dem Beschäfti-

gungsmonitoring schaffen wir einen ersten Schritt in Richtung Bonus-Malus System“, betonte Hundstorfer. Ziel sei es, die Menschen länger gesund im Erwerbsleben zu halten und das tatsächliche Pensionalters zu heben.

Das Pensions-Monitoring umfaßt die Entwicklung des Pensionalters, getrennt nach Geschlecht, Altersgruppe und Pensionsart sowie die Veränderungen durch die bereits gesetzten Pensionsreformen, dabei vor allem die Invaliditätspension Neu. Es werden die IP-Neuzugänge und Rehabilitationsgeld- und Umschulungsgeld-Zugänge und die Zahl der Pensionsanträge und der Begutachtungen durch das Kompetenzzentrum Begutachtung erfaßt.

Der Aufschubbonus – der Bonus bei Weiterarbeiten über das Regelpensionsalter hinaus – wird von 4,2 Prozent auf 5,1 Prozent erhöht. Das spart ab dem Jahr 2015 knapp 25 Millionen Euro ein, rund 7800 Personen werden den Aufschubbonus jährlich in Anspruch nehmen. Die Einsparungen ergeben sich durch längere Beitragszahlungen. „Mit diesem Paket haben wir rasch weitere Punkte aus dem Regierungsprogramm umgesetzt“, so Hundstorfer abschließend. ■

Signal für Politik und Verwaltung

Die Volksanwaltschaft verzeichnet das höchste Beschwerdeaufkommen in ihrer Geschichte. Über 19.000 Menschen wandten sich im vergangenen Jahr an die Kontrollinstanz – das ist ein Plus von 27 Prozent. Dies stellten der Vorsitzende der Volksanwaltschaft, Günther Kräuter, Volksanwältin Gertrude Brinek und Volksanwalt Peter Fichtenbauer am 24. April bei ihrer Präsentation des Jahresberichts der Volksanwaltschaft fest. „Die Vielzahl an Beschwerden zeigt, wie bedeutend die nachprüfende Kontrolle der öffentlichen Verwaltung durch die Volksanwaltschaft ist“, so Kräuter, der eine Ausweitung der Prüfkompetenz in allen Landtagen fordert.

Die Volksanwaltschaft kann vielen Menschen, die sich mit Problemen an sie wenden, nicht helfen, da sie nach wie vor kein Mandat für die Prüfung ausgegliederter Rechtsträger hat. Der Volksanwalt setzt sich außerdem für ein Rederecht in allen Landtagen ein. Gertrude Brinek fordert, daß Menschenrechte auch in Justizanstalten gelebt werden, Peter Fichtenbauer fordert rechtliche Absicherung von Soldatinnen und Soldaten in Ausbildung. ■

<http://www.volksanwaltschaft.gv.at>

Gemeinde-Finanzprognose 2017

Mehr Transparenz bei geringeren Spielräumen

Die österreichischen Gemeinden waren von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/ 2010 stark betroffen. Der Überschub der laufenden Gebarung hat sich 2013 wieder an die Werte von 2007 herangetastet. Dies ist jedoch in realen Werten um 15 Prozent unter dem Vor-Krisen-Niveau. Bis 2017 wird damit der Überschub voraussichtlich auf 1496 Mio. Euro zurückgehen. Damit wird der Spielraum für kommunale Investitionen und Schuldentilgungen um 25 Prozent unter dem Wert von 2007 liegen. Der Österreichische Städtebund und das KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung legten am 9. April die aktuelle Finanzprognose für Städte und Gemeinden bis 2017 vor. Der Überschub der laufenden Gebarung ist von 1.586 Mio. Euro im Vorkrisen-Jahr (2007) auf 870 Mio. Euro im Jahr 2009 gesunken. Bis 2013 stieg er absolut auf 1.549 Mio. Euro, in realen Werten liegt er jedoch 15 Prozent unter dem Wert von 2007. Die Ursachen liegen in den stärker steigenden Ausgaben – vor allem für Krankenanstalten- und Sozialhilfeumlagen sowie Kinderbetreuung – mit denen die Einnahmen nicht Schritt halten können.

Transfer frißt Ertragsanteile

Die Mehreinnahmen aus Ertragsanteilen in Höhe von 1.071 Mio. Euro im Zeitraum 2007 bis 2013 mußten im Ausmaß von 807 Mio. Euro für höhere Transfers aufgewendet werden, insbesondere gingen sie an die Länder für Sozialhilfe und Krankenanstalten. Der Mehrbedarf beim Personal- und Verwaltungsaufwand (1.355 Mio. Euro) konnte mit den Mehreinnahmen aus gemeindeeigenen Steuern und Gebühren- sowie Leistungserlösen (759 Mio. Euro) nur teilweise abgedeckt werden. Die Mehreinnahmen aus den Bundesabgaben mußten im Ausmaß von 75 Prozent wieder an die Länder zurücküberwiesen werden. Die Mehrausgaben im eigenen Wirkungsbereich – u.a. für den Ausbau der Kinderbetreuung – mußten die Gemeinden primär aus ihren Mehreinnahmen aus eigenen Steuern, Gebühren und Erlösen finanzieren. Starke Zunahmen gab es insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung: seit 2007 wurden 17.900 neue Betreuungsplätze geschaffen, wofür 6.900 zusätzliche

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich waren. In Summe hat sich der Nettoaufwand der Gemeinden (ohne Wien) seit 2007 im Bereich Kinderbetreuung um 160 Mio. Euro erhöht.

Mehr Transparenz für die Haushalte

Die Gemeindehaushalte sind öffentlich verfügbar – auch in leicht verständlicher Form auf <http://www.offenerhaushalt.at>. Damit können derzeit für jede Gemeinde die Ausgaben und Einnahmen in den zentralen Leistungsfeldern, wie auch für einzelne Leistungen seit dem Jahr 2001, rasch abgerufen werden. Dieser kostenlose Service wird aktuell von mehr als 300 österreichischen Gemeinden genutzt. Die stärkste Nutzung gibt es derzeit in Niederösterreich, wo 25 Prozent der Gemeinden ihre Haushaltsdaten für alle BürgerInnen freigeschaltet haben. Österreichweit können somit rund 2,2 Mio. Bürgerinnen und Bürger den Haushalt ihrer Gemeinde leicht zugänglich lesen. Bis zum Herbst 2014 soll die Plattform auch um die Schulden und Haftungen sowie die Bonitätseinschätzung auf Basis des KDZ-Quicktests ergänzt werden. „Mit offenerhaushalt.at kommen die Gemeinden nicht nur den Erfordernissen des Österreichischen Stabilitätspakts nach, die Gemeindehaushalte werden damit für die interessierten Öffentlichkeit einfacher erreichbar und auch verständlich lesbar“, so Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ.

Keine Veränderung in Sicht

Mittelfristig wird sich die finanzielle Lage stabilisieren, jedoch nicht verbessern. Die Transfers an die Länder steigen bis 2017 voraussichtlich weiterhin stärker als die zentralen Einnahmen. Während die Ertragsanteile voraussichtlich um 3,4 Prozent p.a. zunehmen, erhöhen sich die Transfers für Krankenanstalten- sowie Sozialhilfeumlage um 5,0 Prozent p.a. Der Überschub der laufenden Gebarung wird 2017 mit voraussichtlich 1.496 Mio. Euro leicht unter dem Wert von 2013 bleiben. Damit wird der finanzielle Spielraum der Gemeinden in realen Zahlen nach wie vor um 25 Prozent unter dem Vorkrisen-Niveau liegen.

Transferanstieg nicht finanzierbar

Die Zuwächse der Ertragsanteile und eigenen Steuern decken nur den Anstieg des Personal- und Sachaufwandes, der Anstieg der Transfers für Krankenanstalten und Sozialhilfe an die Länder werden nicht mehr abgedeckt. Für notwendige Investitionen bleiben zu wenig Geldmittel.

„Investitionen sind im städtischen Bereich zurückgegangen, da die Rahmenbedingungen (Stabilitätspakt, Maastricht) keine Neuverschuldung zulassen. Um zu verhindern, daß Investitionen in wichtigen Bereichen wie Bildung (inklusive Kindergarten), Gesundheit, Pflege und Öffentlicher Verkehr einbrechen, sollten diese Bereiche von den Maastricht-Kriterien ausgenommen werden“, forderte Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger. Er kritisierte auch die Transferzahlungen: „Diese bewirken eine Umverteilung von den großen zu den kleinen Gemeinden.“

Resümee

- Der Überschub der lfd. Gebarung ist rückläufig, wodurch weniger Spielraum für Schuldentilgungen und Investitionen bestehen.
- Die Mehreinnahmen aus Ertragsanteilen fließen Großteils in steigende Transferzahlungen für Krankenanstalten und Sozialhilfe an das Land.
- Mittelfristig ist keine Verbesserung der finanziellen Spielräume in Sicht, Transfers steigen stärker als Ertragsanteile.
- Eine Reform der Gemeindefinanzierung ist erforderlich.
- Die Abgabenautonomie mit einer echten Reform der Grundsteuer und der Grunderwerbssteuer muß gestärkt werden.
- Die Strukturreformen nutzen – flächendeckende Kooperationen, Gebietsgemeinde schaffen.
- Das Transfersystem vereinfachen – weniger Transfers mit Abtausch von Krankenanstaltenumlage und Kinderbetreuung sowie Landesumlage und Landesförderungen.
- Der aufgabenorientierte Finanzausgleich muß auf der Tagesordnung bleiben. ■

<http://www.staedtebund.at>

1. Mai-Feier in Wien

Bürgermeister Michael Häupl: Wien ist eines der großartigsten Gesamtkunstwerke!



Foto: SPÖ Wien / Andy Urban

Auf dem Wiener Rathausplatz (v.l.): Sonja Wehsely (Stadträtin für Gesundheit und Soziales), Michael Ludwig (Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung), Bundeskanzler Werner Faymann, Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Verkehrsministerin Doris Bures, AK-Präsident Rudolf Kaske und Nationalratsabgeordneter Andreas Schieder

In diesem Jahr wird eine Reihe an Gedenktagen begangen. Es sei gut sich gelegentlich der Geschichte zu erinnern und die Lehren daraus neu zu ziehen. Etwa den Beginn des 1. Weltkrieges, der 12. Februar 1934 und natürlich auch den 2. Weltkrieg, der aus einer logischen Konsequenz der historischen Entwicklung entstanden sei. „Wie hat dieses Wien ausgesehen, das uns der Krieg, Faschismus und Nationalsozialismus hinterlassen hat? Eine Stadt in Trümmern und im Elend. Schauen wir heute herum, was aus dieser Stadt geworden ist. Eines der großartigsten Gesamtkunstwerke die es gibt. Und das ist eure Leistung, das ist eure Arbeit.“ Das richtete der Vorsitzende der Wiener SPÖ, Bürgermeister Michael Häupl, anlässlich der Kundgebung zum 1. Mai auf dem Wiener Rathausplatz an alle TeilnehmerInnen.

Man wolle diese Stadt und dieses Land auch so großartig für die Zukunft erhalten. Dazu brauche es natürlich auch der materiellen Voraussetzungen. „Es bedarf neben einem in Ordnung gehaltenem öffentlichen Haushalt auch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum“, betonte Häupl. Dieses Wirtschaftswachstum und auch Investitionen in die Zukunft seien machbar. „Daher, Herr Finanzminister, geben sie ihren Widerstand gegen die Steuerreform, gegen die Millionärs-

steuer, gegen die Bekämpfung des Steuerbetruges und gegen die Finanztransaktionssteuer jetzt auf!“, forderte Häupl, denn: „Wir brauchen dieses Geld, um unser Land auch in die Zukunft zu führen, die unsere Kinder und Enkel letztendlich verdient haben.“

Weiters brauche es ein Europa, das seine Grundelemente erhält, sich aber im Wesentlichen, gerade im Bereich sozialer und demokratiepolitischer Fragen, so etabliert, wie es auch dieses Land getan habe. „Ein mehr an Österreich in Europa wäre allemal ein sehr guter Ratschlag“, betonte Häupl. Vom heutigen Tag, dem 1. Mai am Wiener Rathausplatz, solle auch ein kräftiges Unterstützungszeichen für die Außen- und Friedenspolitik der österreichischen Bundesregierung ausgehen. Denn, in der Ukraine etwa, sei diese Friedenspolitik gefragt. Häupl: „Wir wollen keinen Kalten Krieg, wir wollen keinen Heißen Krieg oder einen Wirtschaftskrieg, wir wollen überhaupt keinen Krieg in Europa!“

In Europa sei der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung: „Dieser ist nicht gewährleistet, wenn 50 Prozent der Jugendlichen in bestimmten Ländern keine Chance haben auf eine vernünftige Ausbildung, auf einen Arbeitsplatz und auf eine lebenswerte Zukunft.“ Das sei

nicht das Europa, das wir wollen. „Wir wollen ein soziales Europa und wir wollen ein demokratisches Europa. Es lebe der 1. Mai und unsere Zukunft“, so Häupl.

Die Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, sagte, der 1. Mai stehe heuer ganz im Zeichen von Europa und der bevorstehenden Wahl. Immer wieder höre man in Gesprächen: „Brüssel geht uns gar nix an.“ „Einen Herrn Brüssel, der über uns bestimmt, gibt es nicht! Wir alle sind Europa! Die europäische Politik bestimmen politische Mehrheiten. Die Chancen, diese zu ändern, haben wir am 25. Mai!“, so Brauner.

Vor den 100.000 BesucherInnen betonte SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann, daß „der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Investitionen in die Beschäftigung die Voraussetzung für ein gemeinsames, starkes und faires Europa sind“. Angesichts des Auseinanderdriftens von Arm und Reich plädierte Faymann für Verteilungsgerechtigkeit: „Es ist Aufgabe der SPÖ, für Vermögenssteuern und die Millionärsabgabe zu sorgen. Das wird eine harte Auseinandersetzung, die sich aber für die Menschen und für die ArbeitnehmerInnen bezahlt macht, denn die zahlen zu viel Steuern.“ ■

Typisch Mann, typisch Frau

der Frage nach den klassischen Rollenbildern in der Gesellschaft, deren Auswirkung und Manifestation ging das vierte »Wienerin« Summit nach.



Foto: Christian Mikes

v.l.: G.Tumpel-Gugerell, L. McEvil, E. Danesch, K. Hanusch-Linser, E. Steinberger-Kern und M. Leibovici-Mühlberger am Podium

Was macht Männer zu Männern und Frauen zu Frauen? Verlangen die Plätze in der Chefetage ein Geschlecht? Haben Männer wie Frauen gleichberechtigte Chancen? Wie werden transidente Menschen behandelt? Zur Diskussion dieses gesellschaftlichen Rollenthemas hat die „Wienerin“ am 9. April ihre ausgewählten Top-Key-Speaker ins Haus der Industrie geladen, rund 250 Kongreßgäste haben mit ihrer Teilnahme, die Chance, kontroverielle Erkenntnisse zu erhalten, genutzt.

Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung und Partner des Frauengipfels, erklärte: „Rollenbilder sind, besonders in der Industrie, manifestiert traditionell. Ein immer noch intensiv gelebtes Bewußtsein hindert viele junge Frauen an ihrem Karriereweg in technischen Berufen oder auch junge Männer einen sozialen oder pädagogischen Beruf zu erlernen.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek analysierte, daß sich 2014 jede zweite Frau bereits gerechter behandelt fühlt. Ihre Thesen: „Zum einen ist nicht die Gesellschaft gerechter, die Empörung darüber jedoch geringer geworden. Und zum anderen ist eine politische Apathie erkennbar. Die Menschen sind erschöpft und sehen sich ganz anderen

Sorgen gegenüber. Dennoch ist die Politik gefordert, gleiche Chancen für alle zu ermöglichen.“

Im Gespräch mit Karen Müller („Wienerin“-Geschäftsführerin) und Mareike Steger („Wienerin“-Redaktuerin) prägte Petra Steinmaier-Pösel vom Institut für Sozialethik den Begriff „Rollenswitching“, mit dem sich unsere Gesellschaft auf einer Modernisierungsfahrt befindet. Keine Rolle bleibt mehr unhinterfragt, wie wohl das in einer Partnerschaft gänzlich neue Probleme aufwirft. Universitätsprofessor Markus Hengstschläger weiß auch, daß kein Mensch auf seine Gene reduzierbar ist, so eine Haltung völlig überholt ist und die Rollenbilder zur Gänze im Kopf entstehen.

„Ich will kein Objekt sein, ich will Subjekt sein“, war die Aufforderung, die Regina Ziegler, international renommierte Filmproduzentin, in einer Männerdomäne an sich selbst richtete. Sie weiß, daß sich Frauen zu wenig zutrauen. Sie weiß auch, daß Frauen Fähigkeiten mitbringen, die Männern oftmals fehlen.

Christian Seidel feierte beim „Wienerin“ Summit seine Premiere in Österreich und erzählte, wie auch sehr gut in seinem Buch „Die Frau in mir“ beschrieben, über die Ent-

deckung einer neuen Welt als Frau, die um einiges schillernder, offener und vielfältiger ist als die eines Mannes, bei der sich im wesentlichen alles um Stereotypen handelt.

Dem Publikum wurden mit zwei hochkarätig besetzten Podiumsdiskussionsrunden ausreichend Denkanstöße und Stoff zur Diskussion geboten. Unter der Leitung von Brigitte Handlos, ORF-Chronik-Chefin, diskutierten u.a. Martina Leibovici-Mühlberger, Psychotherapeutin, Kristin Hanusch-Linser, Leiterin Kommunikation der ÖBB-Holding, und Karl Grammer, Professor an der Universität Wien im Department für Anthropologie.

Österreichs einzige Fluglotsin, Oberleutnant Cornelia Lauschmann, weiß, daß jedes Geschlecht gleichberechtigte Chancen hat, die Bedingungen sollten fair sein. Beim Bundesheer zählt das Ergebnis und für ein Flugzeug ist es völlig unerheblich, ob es eine Frau oder ein Mann einweist. Auch für die deutsche Dirigentin Susanne Blumenthal zählt nicht die Geschlechterfrage, wenn es um die Qualität der Aufführung geht. Und ein Orchester sieht sich immer noch einem Maestro als archaische Figur gegenüber, also ein tief manifestiertes Klischee. ■

<http://www.typischich.at>

Mehr Sicherheit für die A 4 Ost Autobahn

Start des dreispurigen Ausbaus zwischen Flughafen und Fischamend

Das Verkehrs-Sicherheits-Paket für die A 4 Ost-Autobahn geht in die nächste Phase: Nach ersten Sicherheits-Sofort-Maßnahmen im Jahr 2013 startete die ASFINAG ab 23. April deren dreispurigen Ausbau vom Flughafen bis Fischamend. Bis Ende 2015 sind beide Fahrtrichtungen auf drei Spuren verbreitert. Für die täglich 64.000 AutofahrerInnen heißt das: mehr Sicherheit und mehr Komfort. „Viele Menschen verbinden mit der A 4 heute beinahe täglich Unfälle, gefährliche Situationen, Behinderungen und Staus“, sagte Verkehrsministerin Doris Bures, „unser Sicherheits-Paket – bestehend aus dem dreispurigen Ausbau und auch aus dem mit 1. Juni in Kraft tretenden Lkw-Fahrverbot auf der ganz linken Spur – bringt mehr Sicherheit für täglich zehntausende PendlerInnen und Pendler aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Mein Ziel ist klar: ich will, daß die Menschen auf ihren Arbeitswegen sicher und möglichst ohne Behinderungen unterwegs sein können.“

Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl betonte, daß es sich um eines der wichtigsten Sicherheitsprojekte im Straßenverkehr handle. Man müsse das Bevölkerungswachstum und die Zunahme des Verkehrs in der Ostregion in den Verkehrskonzepten berücksichtigen, denn die Situation für die burgenländischen PendlerInnen sei bereits jetzt schwierig. „Bis 2020 wird laut Expertinnen und Experten der Verkehr auf der Ost-Autobahn an Spitzentagen von derzeit täglich 65.000 auf 75.000 Fahrzeuge zunehmen. Wien und das Wiener Umland sollen bis 2030 um 400.000, der betroffene Raum im Burgenland um 20.000 EinwohnerInnen wachsen. Das Burgenland ist das Tor zum früheren Osten und die Stadtregion ist das Herz eines neuen Europa. Eine Erweiterung und Sanierung der A 4 ist deshalb zur Entlastung der burgenländischen PendlerInnen und im Sinne der Verkehrssicherheit ein Gebot der Stunde – und der Vernunft. Ich freue mich sehr, daß wir eine so massive Entlastung für unsere PendlerInnen erreicht haben.“

Für Landeshauptmann Erwin Pröll steht der Ausbau der Ostautobahn auch für die Standortaufwertung Niederösterreichs: „In



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Alois Schedl (Vorstandsdirektor ASFINAG), Klaus Schierhackl (Vorstandsdirektor ASFINAG), Doris Bures (Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie), Erwin Pröll (Landeshauptmann Niederösterreich) und Hans Niessl (Landeshauptmann Burgenland) bei der Präsentation des Verkehrs-Sicherheits-Pakets für die A 4 Ost-Autobahn

den vergangenen zehn Jahren wurden in Niederösterreich 6,9 Milliarden Euro in den Ausbau von Straße und Schiene investiert. Gerade eine gut ausgebaute Infrastruktur ist eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung unseres Bundeslandes. Wir sind mittlerweile ein Top-Standort. Das wurde zuletzt auch durch die Kaufkraft-Studie untermauert, wo Niederösterreich im Bundesländervergleich den ersten Platz einnimmt.“

Für die ASFINAG besonders wichtig und eine große Herausforderung ist, daß es trotz der Bauarbeiten es im Bereich Flughafen bis Fischamend zu möglichst keinen Behinderungen für die AutofahrerInnen kommen soll. „Die Vorarbeiten für diese neue dritte Spur laufen bereits seit dem Vorjahr auf Hochtouren“, so die beiden ASFINAG-Vorstände Alois Schedl und Klaus Schierhackl, „in den nächsten neun Jahren wollen wir den Sicherheits-Ausbau für die Ost-Autobahn komplett abgeschlossen haben. Das ist ein sportlicher Zeitplan – aber die Verkehrsprognosen zeigen: dieser Ausbau ist dringend notwendig.“

Die A 4 Ost-Autobahn weist mit 17 statt sonst durchschnittlich 13 Prozent einen hohen Anteil an Lkw auf. 56 Prozent der Unfälle sind Auffahrunfälle – in den meisten Fällen in Verbindung mit Lkw. Die Folge: Gefährliche Situationen, Behinderungen, lange Staus – vor allem für die vielen BerufspendlerInnen. Sechs von zehn Fahrten auf der A 4 sind Arbeitswege von PendlerInnen aus der Ostregion.

Im Juni 2013 haben die Verkehrsministerin und die Landeshauptmänner von Niederösterreich und dem Burgenland gemeinsam mit dem ASFINAG Vorstand den „Startschuß“ für das Vier-Schritte-Sicherheits-Paket für die A 4 vorgenommen. Ziel: bis 2023 wird die mehr als 60 Kilometer lange Ost-Autobahn für zehntausende Pendler sicherer und komfortabler. Gesamtkosten dafür: 345 Millionen Euro.

Schritt eins: Sicherheits-Sofort-Maßnahmen durch mehr Leitschienen und Reflektoren, bessere Beschilderung und „Rumpelstreifen“ zur Vermeidung von Abkommensunfällen von Fischamend bis zur Grenze bei Nickelsdorf.



Schritt zwei: Dreispuriger Ausbau der A 4 vom Flughafen bis Fischamend – Baustart: 23. April 2014.

Schritt drei: Generalsanierung der Strecke von Neusiedl bis zur Staatsgrenze – Baustart: 2015.

Schritt vier: Dreispuriger Ausbau der Strecke von Fischamend bis Neusiedl – Baustart: 2018.

Wichtiges Ziel der ASFINAG bei jeder Baustelle: möglichst wenig Verkehrsbehinderung. Die Vorarbeiten für den dreispurigen Ausbau der A 4 vom Flughafen bis Fischamend laufen daher seit 2013 auf Hochtouren. Für einen zügigen Baufortschritt wird die ASFINAG im Bereich des rund sieben Kilometer langen Sanierungsabschnittes auf jeweils einer Richtungsfahrbahn alle vier Fahrspuren führen. Konkret: bis Spätherbst 2014 werden auf der Richtungsfahrbahn Ungarn alle vier Spuren geführt. Folge: die Bauarbeiten werden rascher abgeschlossen. 2015 saniert die ASFINAG in Fahrtrichtung Ungarn und die vier Fahrspuren laufen dann auf der bereits neuen Richtungsfahrbahn Wien.

Mehr Verkehrssicherheit bringt auch das mit 1. Juni 2014 in Kraft tretende generelle Fahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen auf dem ganz linken Fahrstreifen von drei- und vierspurigen Autobahnen. Diese Maßnahme ist besonders wichtig für die A 4 mit ihrem

hohen Lkw-Anteil. Beispiele aus Deutschland, Italien und der Schweiz belegen, daß mit einem solchen Lkw-Fahrverbot die Unfallzahlen zurückgehen. Weniger Unfälle heißt auch weniger Verkehrsbehinderungen und weniger Staus.

Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für die A 4: Ein Überholverbot für Lkw schwerer als 3,5 Tonnen, statt wie bisher erst ab mehr als 7,5 Tonnen, von Fischamend bis zum Grenzübergang Nickelsdorf – also auch

für leichtere Lkw und auch in jenem Bereich der A 4, der zweispurig ist. Die Errichtung von Radaranlagen mit Frontfotografie an kritischen, unfallträchtigen Stellen. Die Möglichkeit von verstärkten Abstandskontrollen, die bei Bruck West bereits fertiggestellt sind, denn schließlich ist zu dichtes Auffahren und Drängeln schuld an jedem fünften Unfall. Die Errichtung eines neuen Verkehrskontrollplatzes an der A 4 (Bruck an der Leitha), Fertigstellung: Herbst 2015. ■



Auf der A 4 Ost-Autobahn in Richtung Wien

Bundesländertour »Erfolgreich.Österreich.«

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Verteidigungsminister Gerald Klug von Landeshauptmann Hans Niessl im Burgenland in Empfang genommen

Im März und April dieses Jahres reisten die Mitglieder der Bundesregierung in die Bundesländer, um ihre Schwerpunkte aus dem Arbeitsprogramm „Erfolgreich.Österreich.“ der Bundesregierung für die Jahre 2013 bis 2018 vorzustellen und mit BürgerInnen darüber in den Dialog zu treten. Im Vordergrund standen dabei wichtige Themen der Regierungsarbeit, die von den Regierungsmitgliedern in Gesprächen SchülerInnen, SoldatInnen, PolizistInnen und der Bevölkerung nähergebracht werden sollen. Im Rahmen dieser Informationstour besuchten Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug am 9. April das Burgenland und wurden von Landeshauptmann Hans Niessl empfangen.

Begonnen hat die Tour am Vormittag im mittelburgenländischen Neutal, wo ein gemeinsames Pilotprojekt des Sportministeriums und der ASKÖ Burgenland, das unter dem Titel „60/40 – Kampagne für mehr Bewegung“, mit Angeboten, die den Wünschen der BürgerInnen entsprechen, für mehr Bewegung direkt in den Gemeinden sorgen soll, präsentiert wurde. Ein Vorsatz, der mehr als erfolgreich umgesetzt werden konnte, wie die wissenschaftlichen Zahlen und Fakten im Endbericht zum Pilotprojekt, der heute vorgelegt wurde, belegen. Weil das Projekt bei den GemeindebürgerInnen großen Anklang fand, hat die ASKÖ Burgenland das Konzept unter dem Titel „Wir bewegen Burgenland“ ins reguläre Angebot aufgenommen.

„Die ASKÖ Burgenland hat eine beispielgebende Initiative ins Leben gerufen: Die Bevölkerung und die ortsansässigen Vereine werden aktiv mit eingebunden und die Bewegung kann damit direkt vor der Haustüre – in den Gemeinden – stattfinden“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl. „Das Projekt ‚Wir bewegen Burgenland‘ läuft nun – auf Basis der Ergebnisse des Pilotprojekts – seit eineinhalb Jahren sehr erfolgreich in 50 burgenländischen Gemeinden. Dabei will die ASKÖ Burgenland vor allem Nachhaltigkeit gewährleisten, denn nur wenn Bewegung bedarfsgerecht ausgerichtet ist und Spaß macht, wird das Angebot von den BürgerInnen auch angenommen“, erläu-



oben (v.l.): Bürgermeister LAbg. Erich Trummer, Landesrätin Michaela Resetar, Landeshauptmann Hans Niessl, ASKÖ-Bgld. Präsident KO Christian Illedits, Verteidigungs- und Sportminister Gerald Klug und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei der Präsentation des Projekts »60/40 – Kampagne für mehr Bewegung«; im Bild unten sieht man, daß Bewegung nicht nur den Kindern Freude bereitet.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

terte ASKÖ Burgenland Präsident KO Christian Illedits.

Weitere Programmpunkte der Innenministerin und des Verteidigungs- und Sportministers waren ein Besuch in der Kaserne Güssing, wo die beiden auf Rekruten trafen, die bereits den reformierten Grundwehrdienst absolvieren und über ihre eigenen Erfahrungen berichten konnten. Mikl-Leitner und Klug haben gemeinsam an diesem Projekt gearbeitet, das nun zügig umgesetzt wird.

Bei der anschließenden Teilnahme an einer grenzüberschreitenden Schwerverkehrskontrolle in Schachendorf wurde die moderne Arbeitsmethode der Polizei durch Spezialisten der Verkehrsabteilung gezeigt. Danach besuchten Mikl-Leitner und Klug sowohl die Polizeiinspektion, als auch das Bezirkspolizeikommando in Oberwart. Dabei präsentierten Beamte des Kriminaldienstes einen aktuellen Ermittlungserfolg bei einer Wohnungseinbruchserie. ■

Bundesrat soll Vetorecht bei Finanzausgleich haben

Landeshauptmann Hans Niessl: Balance zwischen zentralistischen Notwendigkeiten und föderalistischen Zweckmäßigkeiten herstellen!



© Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Der Burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl bei seiner Rede während der 828. Sitzung des Bundesrates

Ganz im Zeichen des Burgenlandes stand die am 10. April im Parlament in Wien abgehaltene Sitzung des Österreichischen Bundesrates, bei der Präsident Michael Lampl Landeshauptmann Hans Niessl begrüßen konnte, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz unter dem Motto „Starke Regionen – Unsere Zukunft“ eine Erklärung vor den Vertretern der Länderkammer abgab. „Es ist wichtig, Mitglied einer großen Gemeinschaft, der Europäischen Union zu sein“, betonte Landeshauptmann Niessl, der daran erinnerte, daß sich das Burgenland seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren von einer Grenzregion zur Vorzeigeregion im Herzen eines neuen Europas entwickelt hat.

Sorgen macht Niessl der Konflikt in der Ukraine. „Manche sagen, die Ukraine ist weit weg, das berührt uns nicht. Tatsache ist aber, daß die Entfernung zwischen Eisenstadt und Uzhhorod an der Grenze der Ukrai-

ne nur 555 km beträgt. Nach Bregenz sind es 672 km“, so Niessl. Vor dem Hintergrund dieser internationalen Krise sei auch die große Bedeutung der EU für die Sicherheit und als Friedensprojekt zu sehen. Nicht hinnehmen dürfe man aber die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa, eine Ausbildungspflicht wäre eine gute Strategie dagegen. Allgemein konnten Dank EU-Förderungen in den Regionen zwar Arbeitsplätze entstehen und der Export angekurbelt werden, aber als kritisch bezeichnet der burgenländische Landeshauptmann die Überregulierung, die auch die Regionen betreffe und in diesem Ausmaß nicht notwendig sei. Er wünscht sich nicht die Vereinigten Staaten von Europa, sondern ein Europa der Regionen und diese Regionen sollten entsprechende Kompetenzen haben und ihre VertreterInnen einerseits im Bundesrat und andererseits in den Gremien der EU vertreten sein. Der Ausschuß der Regionen müsse aufgewertet werden.

Zweckbindung der Wohnbauförderung wieder einführen

Als Beispiel für Abstimmungsbedarf zwischen Bund und Ländern nannte Niessl die Wohnbauförderung. Um der weiteren Verknappung von Wohnraum entgegenzuwirken, sollte die Zweckbindung der Wohnbauförderung wieder eingeführt werden. Ebenso sollte es möglich sein, auch soziale Einrichtungen oder Bildungsinstitutionen mit Wohnbauförderung zu errichten.

Stolz zeigte sich Niessl auf die Energiewende im Burgenland, mit der 2013 ein europaweit historisches Ziel erreicht werden konnte. Dieser Weg zur Stromautarkie durch Windkraft, Biomasse und Photovoltaik, die mehr Strom liefern, als im Burgenland verbraucht werde, sei für ganz Europa einzigartig und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Auch Umweltschutzorganisationen wurden bei den Planungen einbezogen, betonte Niessl. 2014 soll der Ausbau weiterge-

hen und dabei noch mehr Green Jobs geschaffen werden.

Beim Thema Energie habe das Burgenland erst wenige Tage zuvor bewiesen, daß starke, selbstbewußte Regionen auch auf EU-Ebene „aufzeigen“ können. Im EU-Ausschuss der Regionen wurde einstimmig eine burgenländische Stellungnahme zum Thema „Leistungsfähige Energie für alle“ beschlossen. Darin werden Wege aus der steigenden „Energiearmut“ in Europa aufgezeigt, die sich an der erfolgreichen Energiewende im Burgenland orientieren, verdeutlichte Niessl.

Regionalität als Erfolgsrezept für die Zukunft

Allgemein sieht der Landeshauptmann des Burgenlands die Regionalität als Erfolgsrezept für die Zukunft. Regionalität sei wichtig für Lebensqualität, bedeute Bürgernähe und habe viel zum Aufstieg aller Bundesländer beigetragen. Niessl betonte, daß mehr Zentralismus, wie oft gefordert werde, nicht automatisch Einsparungen bringe. Auch seien die Länder nicht die Bremser einer Verwaltungsreform, wie immer wieder gerne gesagt werde, sondern immer bereit für Reformen. „Wir haben in der Vergangenheit Reformen für mehr Sparsamkeit und Effizienz umgesetzt. Das werden wir auch in der Zukunft tun, aber wir werden keinen Reformen zustimmen, die zu Lasten der BürgerInnen und SteuerzahlerInnen gehen“, stellte Niessl klar und wies darauf hin, daß es besonders in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Sicherheit keine Verschlechterungen geben dürfe. Hier seien Angebote in der Nähe der Wohnorte notwendig.

Bundesrat soll Vetorecht bei Finanzausgleich haben

Klar trat Hans Niessl für die Stärkung und Aufwertung des Bundesrats als Interessensvertretung der einzelnen Bundesländer ein und betonte das Subsidiaritätsprinzip. Der Bundesrat sollte gerade in jenen Bereichen aufgewertet werden, in denen es um wichtige Entscheidungen, wie etwa den Finanzausgleich gehe. Ein neuer Finanzausgleich sollte – wenn er nicht den Vorstellungen der Länder entspricht – durch ein Vetorecht des Bundesrates verhindert werden können. Niessl sprach sich aber gegen eine Steuerhoheit der Länder aus, weil diese zu neun verschiedenen Steuersystemen führen würde. Für ihn ist der Bundesrat der föderale Gegenpol zum Nationalrat, wo es in vielen Bereichen starke zentralistische Tendenzen gebe. Die Balance herzustellen zwischen



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) wurde von Bundesratspräsident Michael Lampel im Parlament in Wien begrüßt, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz unter dem Motto »Starke Regionen – Unsere Zukunft« eine Erklärung vor den Vertretern der Länderkammer abgab.

zentralistischen Notwendigkeiten und föderalistischen Zweckmäßigkeiten soll in Zukunft eine wichtige Aufgabe des Bundesrates sein. Das Burgenland werde in Zukunft noch mehr auf Forschung und Entwicklung setzen und die Internationalisierung seiner Wirtschaft vorantreiben. Ein klares Bekenntnis gab der Landeshauptmann auch für die Schaffung von leistbarem Wohnraum für Junge und die Förderung des öffentlichen Verkehrs ab.

Große Zustimmung

Das deutliche Eintreten von Landeshauptmann Hans Niessl für einen starken Bundesrat wurde von allen RednerInnen sehr begrüßt. Inge Posch-Gruska (SPÖ Burgenland) sieht die Arbeit des Bundesrats auch als gelebte Bürgernähe und sprach sich für weitere effiziente Kooperationen der Bundesländer aus. Die Kombination von Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung sei besonders auf Länderebene möglich und trotz Finanzkrise müsse gezielt in Bildung und Soziales investiert werden. Walter Temmel von der ÖVP aus dem Burgenland betonte, daß sich das Burgenland

mit Hilfe von Förderungen von EU und Bund zu einem Vorzeigebundesland entwickelt habe und auch ein Beispiel für das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen sei.

Kritischer zeigte sich der Niederösterreicher Werner Herbert von der FPÖ. Trotz insgesamt positiver Entwicklung der Regionen gebe es etliche Probleme: Die Gemeinde hätten Löcher in ihren Budgets und die Errichtung von Shoppingcentern am Ortsrand führe zur Verödung der Ortskerne. Er warnte auch vor einer Ausdünnung der sozialen Infrastruktur und kritisierte die Schließung von Polizeiposten.

Die Salzburger Grüne Heidelinde Reiter setzte sich für den Ausbau von Kooperationen zwischen den Ländern und auf EU-Ebene ein. Zur von Landeshauptmann Niessl angesprochenen Überregulierung sagte sie, es müsse eine Balance zwischen dem Gestaltungsspielraum vor Ort und einer übergeordneten Regulierung geben. Je nach Bundesland unterschiedliche Gesetze etwa im Umweltbereich seien keine Option. Bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich wünscht sie sich neben lokaler Beteiligung ebenfalls die Einbindung des Bundesrates. ■

Geschichtendrachen-Fest

Der österreichweite Auftakt wurde in der Mattersburg Bauermühle gefeiert.

Am 2. April fand in der Bauermühle Mattersburg der Auftakt zu den bundesweiten Geschichtendrachen-Festen in den Schulen statt. Sie bilden den Abschluß der von Buchklub, Bundesministerium für Bildung und Frauen (BMBWF) und EU Read im Rahmen der Initiative Family Literacy ins Leben gerufenen Leseaktion „Geschichtendrache“, die schuljahrbegleitend das Vorlesen und miteinander Lesen in Familie und Schule fördert und stärkt.

Das Geschichtendrachen-Fest fand in Kooperation mit dem Landesschulrat Burgenland, der Buchhandlung Knotzer, der Gemeinde Mattersburg und dem Buchklub im Rahmen der Buch- und Leseweche „Gestatten, Leseratten!“ statt. Unter den Ehrengästen in der Bauermühle: LSR Präsident Gerhard Resch, Landesrätin Verena Dunst, Buchklub-Präsidentin Christa Prets und Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Während Landesrätin Verena Dunst „Die schönsten Märchen der Gebrüder Grimm“ als ihre Lieblingsgeschichten präsentierte, entschied sich Christa Prets für den modernen Klassiker „Frederik“ von Leo Lionni. Präsident Resch wählte wiederum mit „Jenseits der großen Sümpfe“ eine Erwin-Moser-Geschichte und unterstrich damit die Bandbreite an möglichen Lektüreerlebnissen. Zur Bedeutung der Familie in der Leseförderung befragt, sprach er sich erneut für deren



v.l.: Buchhändler Rudolf Knotzer, LSR-Präsident Gerhard Resch, Landesrätin Verena Dunst, Bürgermeisterin Ingrid Salomon, Christa Prets und Buchklub-Geschäftsführer Gerhard Falschlehner

unwiderufliche Einbindung beim Leselernprozess aus.

Im Mittelpunkt des Festes standen die Aufführungen der burgenländischen Volksschulen – 200 Kinder waren mit dabei – die ihre Lieblingsgeschichten vor 200 geladenen Gästen und Schulklassen präsentierten. Episoden aus Erich Kästners „Don Quichotte“ (Volksschule Markt Allhau) und „Der Buchstabenfresser“ von Paul Maar (Volksschule Mönchhof) waren ebenso als Lesetheater zu erleben wie die Bibelgeschichte „Arche Noah“ (Volksschule der Schwestern vom

Göttlichen Erlöser), „Frau Maier kauft Eier“ von Inge Lustig (Volksschule Rudersdorf) und Heinz Janischs „Ich hab ein kleines Problem, sagte der Bär“ (Volksschule Wimpasing/Leitha).

Damit bestätigten die Kinder sowohl das breite literarische Spektrum als auch die nach wie vor bestehende Motivation für das Lesen von Geschichten.

Dabei wurde auch „Willy's Leihbücherei“ in der Bauermühle eröffnet.

<http://www.geschichtendrache.at>
<http://www.mattersburg.gv.at>



Fotos: Stadt Mattersburg

Ein Blick in den vollen Veranstaltungssaal in der Bauermühle Mattersburg

Facebook-Offensive: »Jahr der Jugend 2014«

Im Rahmen seiner Grundsatzrede im Kultur- und Kongreßzentrum Eisenstadt erklärte Landeshauptmann Hans Niessl das Jahr 2014 zum „Jahr der Jugend“. Das veranlaßt das Land Burgenland zu zahlreichen Aktivitäten, die verschiedene Schwerpunkt-Themen hervorheben sollen.

Eine dieser Aktivitäten stellt die Facebook-Seite des Landes Burgenland dar <http://www.facebook.com/landburgenland> – sie steht 2014 ganz im Zeichen der Jugend.

Der Landeshauptmann über das „Jahr der Jugend 2014“: „Das gibt Anlaß für eine ganze Reihe von Aktivitäten, die für die Jugend im Land gesetzt werden. Dabei geht es um den weiteren Ausbau der Bildung sowie um die Umsetzung der Ausbildungsgarantie. Schwerpunkte speziell für junge Burgenländerinnen und Burgenländer setzt das Land unter anderem auch in den Bereichen Wohnen und Mobilität, Sicherheit, Kultur, Sport und Freizeit.“

Das Land wird durch diverse Veranstaltungen und Maßnahmen gezielt auf diese Schwerpunkte aufmerksam machen. Eine dieser Maßnahmen ist eben die neu gestalte-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl bei der Präsentation der Facebook-Seite des Landes Burgenland zum »Jahr der Jugend 2014«

te Facebook-Seite des Landes, die nun ganz im Zeichen der Jugend steht und über aktuelle Veranstaltungen berichtet sowie wichtige Informationen bietet.

Als ein weiteres Highlight wird es diverse Gewinnspiele auf der Facebook-Seite geben, bei denen attraktive Preise verlost werden.

»Jugend-Package«

Außerdem wird laufend Aktuelles aus dem „Jugend-Package“ auf der Seite präsentiert. Dieses enthält vielfältige Angebote und Förderungen aus den Bereichen Kunst, Kultur und Bildung, die speziell auf die burgenländische Jugend abgestimmt sind.

<http://www.burgenland.at/kultur/kulturnews>

In Eisenstadt ist die Jugend am Wort

Nicht nur vorgeben, sondern mit einbeziehen. Unter diesem Motto soll Ende Juni 2014 der erste Jugendgemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt tagen. „Im Eisenstädter Jugendgemeinderat sollen nicht bloß Ideen beraten und diskutiert werden, Ziel ist es, daß die TeilnehmerInnen ein eigenes Projekt erarbeiten, diskutieren und umsetzen. Dafür stellt die Stadtgemeinde 5000 Euro zur Verfügung. Mit diesem Geld sollen die Jugendlichen ein sinnvolles Projekt nach ihren Wünschen umsetzen“, erklärt Bürgermeister Thomas Steiner: „Bereits bei der Umsetzung des Skateparks und des E_Cube waren Jugendliche mit an Bord und haben den Planern wichtige Inputs gegeben. Mit der Einführung eines eigenen Gremiums wird es nun noch mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung für Jugendliche geben.“

Eisenstadt bietet seinen jungen EinwohnerInnen verschiedenste Fördermöglichkeiten und pflegt auch gute Kontakte zum Landesjugendreferat, das im Burgenland für die überregionale Jugendarbeit zuständig ist und unzählige Möglichkeiten im Rahmen der Jugendberatung und Jugendinformation bereithält. Die Eisenstädter Jugendlichen sollen künftig die Möglichkeit haben unter der



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

v.r.: LH-Stv. Franz Steindl, Bürgermeister Thomas Steiner und Jugendgemeinderat Christoph Schmidt stellen ein neues Programm für Eisenstadts Jugend vor.

Nummer 02682 / 705 504 genauere Infos über die verschiedenen Vorhaben im Jugendbereich zu erhalten oder Fragen zu den diversen Jugendangeboten und -förderungen, die das Landesjugendreferat oder die Stadtgemeinde anbieten, stellen zu können.

„Als Landesjugendreferent ist es mir wichtig, mit den Gemeinden des Landes gut

zusammen zu arbeiten, denn das Landesjugendreferat organisiert nicht nur eigene Veranstaltungen und Projekte, sondern unterstützt auch Kommunen und Jugendorganisationen bei ihren Aktivitäten und ist wichtige Anlaufstelle in Jugendfragen“, so Jugendreferent LH-Stv. Franz Steindl. ■

<http://www.ljr.at>

Mit Burgenland Tourismus der Sonne entgegen

Start in den Sommer mit neuem Burgenland-Heißluftballon

Zur Präsentation der Sommerhighlights 2014 und Taufe des neuen „Urlaub mit Sonne drin“-Heißluftballons lud Burgenland Tourismus auf den Wiener Rathausplatz. Nach der Vorstellung der Sommerkampagne „Mit uns der Sonne entgegen“ wurde der neue Burgenland-Werbeträger am 23. April vom Landeshauptmann Hans Niessl, Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, Olympiasiegerin Julia Dujmovits und ÖFB-Teamchef Marcel Koller auf den Namen „Sunny“ getauft. Der Ballon soll für Promotionzwecke in ausgewählten Bundesländern genutzt werden, und auf sympathische und eindrucksvolle Weise „burgenländische Sonnentage“ symbolisch zu den potentiellen Gästen bringen.

„Das Burgenland ist bekannt als Bundesland mit den meisten Sonnenstunden Österreichs – mit dem neuen Burgenland-Heißluftballon wird Burgenland Tourismus diese Botschaft weithin sichtbar durch ganz Österreich tragen“, betonte der Landeshauptmann bei der Erstpräsentation in Wien. Tourismuslandesrätin Resetar zeigt sich ebenso begeistert: „Mit dem Heißluftballon setzt Burgenland Tourismus einen deutlich sichtbaren Akzent und hebt sich im wahrsten Sinne des Wortes von vielen ab!“

»Sunny« auf Tour durch Österreich

Bei diversen Events in ganz Österreich können Besucher via Fesselstart mit einem erfahrenen Ballonfahrer bis zu 30 Meter mit dem Burgenland-Heißluftballon aufsteigen. Burgenland Tourismus-Direktor Mario Baier zur neuen Burgenland-Attraktion: „Mit dem ‚Urlaub mit Sonne drin‘-Heißluftballon wollen wir für Urlaub im Burgenland begeistern und eine Einladung zum Urlaub auf der Sonnenseite Österreichs aussprechen.“ Begleitet werden die Events von einem Promotion-Team des Burgenland Tourismus, welches die BesucherInnen mit Infomaterial und allen Neuigkeiten rund um die Themen Kultur, Natur, Wellness, Wein/Kulinarik und Sport versorgt.

Schnappschüsse von Besuchern am und im Ballon werden über die Facebook-Seite <http://www.facebook.com/burgenlandneuentdecken> hochgeladen und nehmen an einem Gewinn-



Foto: Burgenland Tourismus

v.l.: Mario Baier (Direktor Burgenland Tourismus), Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, Landeshauptmann Hans Niessl, Snowboard-Olympiasiegerin Julia Dujmovits und ÖFB Teamchef Marcel Koller am Wiener Rathausplatz

spiel teil, bei welchem Urlaubsreisen, Gutscheine und Sachpreise verlost werden.

Burgenland Tourismus startet Werbeschwerpunkt für den Sommer

Mit geballter und gebündelter Marketingkraft und zahlreichen Veranstaltungen wurde auf dem Wiener Rathausplatz die kommende Sommersaison beworben. Die „Pannonischen Natur.Erlebnis.Tage“, der Natureröffnungsevent von Burgenland Tourismus, erwartete Ende April die Besucher mit insgesamt 35 Naturabenteuer live an 70 Terminen. Am 25. April starteten der jährliche Surf-Worldcup und das größte Summer-Opening in Österreich in Podersdorf am See (bis 4. Mai).

Von 20. bis 22. Juni sind die einzigartige Natur- und Kulturlandschaft sowie die 500 Meter lange Schwimmbarena in Mörbisch Schauplatz des zweiten „Schwimmfestivals Neusiedler See“.

Der burgenländische Festspielsommer bietet ein abwechslungsreiches Festival-Programm von Frühling bis Spätherbst und begeistert jährlich über 500.000 Besucher. Auf der Seebühne Mörbisch (10. Juli bis 23. August) wird man im Musical „Anatevka“ ins Russische Reich um 1905 entführt. Freuen kann man sich auch auf eine monumentale Inszenierung von „Aida“ in der Kulisse des

Steinbruchs St. Margarethen (9. Juli bis 17. August).

Vor kurzem hat Burgenland Tourismus gemeinsam mit den Partnern von KulTour Burgenland ein Ticket mit Benefits geschaffen. Die Festspiel-Eintrittskarte wird heuer auch zum "KulTour-Ticket" Burgenland und gilt ab dem Tag der Aufführung ein Jahr lang als Gutschein für eine Gratisübernachtung - gültig ab einer Buchung von mindestens drei Übernachtungen und gegen Vorlage des Eventtickets – in einem der rund 30 Partner-Hotels im ganzen Burgenland.

Und natürlich locken auch immer mehr Burgenlands Thermen im Sommer die Gäste an: Schließlich sind mittlerweile die Außenanlagen aller Thermen und Wellnesshotels so vielseitig und attraktiv gestaltet, daß sowohl ein Erholungsurlaub mit der ganzen Familien als auch ein Urlaub für Wein- oder Golf Fans im Sommer in den Thermenregionen ein absolutes Urlaubshighlight darstellt.

Ergänzt wird die „Ballon-Werbetour“ von Burgenland Tourismus durch Medienbeileger in Millionen-Auflage mit den dazu passenden Urlaubs-Packages als auch mit „Urlaub mit Sonne drin“-Online-Kampagnen, die zur direkten Buchung animieren sollen. ■

<http://www.burgenland.info>

Im Spiegel der anderen

Der Menschheit gemeinsames Erbe – Ausstellung
im Schloß Halbturn von 11. April – 26. Oktober 2014

Im Rahmen dieser außergewöhnlichen Ausstellung präsentiert Schloß Halbturn in Zusammenarbeit mit Prof.in Johanna Forster, Prof. Wulf Schiefenhövel und Christa Sütterlin (Gruppe Humanethologie des Max-Planck-Institutes für Ornithologie, Seewiesen) bahnbrechende Erkenntnisse zum gemeinsamen Erbe der Menschen und die wegweisenden Forschungen des weltberühmten Begründers des Fachs Humanethologie – der Verhaltensforschung am Menschen – Irenäus Eibl-Eibesfeldt und seiner KollegInnen.

Sie alle haben umfangreiche Untersuchungen zu Menschen aus allen fünf Kontinenten vorgelegt. Diese Ergebnisse und einzigartigen Filmdokumentationen sowie die zahlreichen Studien bieten ein hochspannendes Umfeld für diese besondere Jahresausstellung auf Schloß Halbturn.

Alle Menschen verfügen über ein gemeinsames Erbe, ein Grundrepertoire an Emotionen, Kommunikationsformen, Wahrnehmungsleistungen, Bewertungen, Motivationen und Handlungsimpulsen – den sogenannten Universalien.

Im Zentrum der Ausstellung stehen sieben Themenbereiche: Familie und Familialität, Teilen und Kooperation, Kunst, Angst und Angstabwehr, Feste und Rituale, Krankheit und Heilung, Sexualität und Liebe.

Die Ausstellung illustriert diese Themen anhand von Objekten, Texten, Bild- und Filmdokumenten. Ein Highlight der Ausstellung sind Filme aus dem weltweit größten Filmarchiv zum menschlichen Verhalten, gegründet von Irenäus Eibl-Eibesfeldt, die man in Schloß Halbturn nun sehen kann!

Darüber hinaus werden einzigartige Objekte aus dem Alltagsleben und kulturellen Gebrauch der Kulturen in Afrika, Südamerika, Indonesien und Papua Neuguinea gezeigt.

Das Gemeinsame des menschlichen Wahrnehmens, Fühlens, Denkens und Handelns wird vergleichend anhand von fünf traditionellen Kulturen erklärt:

- San, Botswana
- Eipo, Provinz Papua, Indonesien
- Yanomami, oberer Orinoko, Venezuela
- Himba, Namibia
- Trobriander, Salomonsee, Papua Neuguinea.



Holzfiguren zur Abschreckung von bösen Geistern – Bali Indonesien



Kleidung aus verschiedensten Materialien – Paraguay & Papua Neuguinea

Die Schau in Schloß Halbturn hält uns sozusagen einen Spiegel vor. In Verhaltensweisen, die uns zunächst exotisch erscheinen, erkennen wir uns selbst. Wir sehen, daß alle Menschen über ein gemeinsames Erbe an Emotionen und Handlungsweisen verfügen.

Gerade in der heutigen Zeit, in der viel von Differenzen zwischen Menschen, Eth-

nien und Kulturgruppen die Rede ist, vermag die Ausstellung einen erneuten Blick auf das Gemeinsame aller Menschen zu eröffnen. Die Forschungen der Humanethologie geben uns wichtige Argumente in die Hand, uns auf das weltweit Verbindende zu besinnen für ein immer besser gelingendes Miteinander. ■

<http://www.schlosshalbturn.com>

Von Haydn, Göttern & Legenden

HaydnAkademie 2014: Auftakt des Konzertzyklus ist am 10. Mai 2014, Raiffeisen prolongiert die Sponsorpartnerschaft

Die HaydnAkademie, die 1992 als eigenes Orchester vom Dirigenten und Haydnkenner Anton Gabmayer gegründet wurde und seitdem auch musikalisch von ihm geleitet wird, widmet den Konzertzyklus 2014 dem Thema „Haydn, Götter & Legenden“. Raiffeisen, Kooperationspartner der ersten Stunde des Konzertzyklus der HaydnAkademie, unterstützt auch die diesjährigen Aufführungen. „Durch die umfassende Haydn-Pflege im Burgenland wird die Musik Haydns an Originalschauplätzen erlebbar gemacht. Die Konzerte bringen jährlich ein internationales Publikum ins Burgenland und positionieren das Burgenland mit seiner Landeshauptstadt Eisenstadt als internationales Zentrum für die Musik von Joseph Haydn. Obwohl wir jährlich aus Mitteln des Landes für die Haydn-Pflege große Summen bereitstellen, wäre diese ohne Sponsoring in dieser Form nicht möglich“, so Kulturlandesrat Helmut Bieler. Raiffeisen unterstützt die HaydnAkademie 2014 mit



Foto: Bglf. Landesmedienservice

v.l.: Intendant Walter Reicher mit Bürgermeister LAbg. Thomas Steiner, Kulturlandesrat Helmut Bieler, Dirigent Anton Gabmayer und Raiffeisen Landesbank Burgenland-GD-Stv. Rudolf Könighofer bei der Scheckübergabe

10.230 Euro. Der vierteilige Zyklus startet am 10. Mai im HaydnSaal auf Schloß Esterházy in Eisenstadt.

107 Haydn-Symphonien unterstützt

Raiffeisen hat seit 1992 alle Aufführungen aller 107 Haydn-Symphonien finanziell unterstützt. „Es freut mich daher umso mehr, daß das Unternehmen auch im 23. Jahr unserer Partnerschaft mit im Boot ist“, so Bieler. Die HaydnAkademie habe sich seit ihrer Gründung zu einem unverzichtbaren Teil der Eisenstädter Haydnfestspiele entwickelt, ergänzt Eisenstadts Bürgermeister Thomas Steiner: „Die HaydnAkademie hat sich zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Das sehen wir auch in den Nächtigungsstatistiken. Konzertzyklen auf höchstem musikalischem Niveau auf Originalschauplätzen – das ist ein Alleinstellungsmerkmal. Wir wollen den Fokus bei der Tourismuswerbung noch mehr auf Haydn richten.“

„Mit unserem Beitrag hat das Ensemble der HaydnAkademie unter der Leitung von Anton Gabmayer sowie Intendant Prof. Walter Reicher weiterhin die Sicherheit, sich die notwendigen künstlerischen Freiheiten herausnehmen zu können, um dem Publikum Facetten und Details aus dem musikalischen Schaffen Joseph Haydns bieten zu können, die es nur im Rahmen der Haydn Akademie gibt“, so RLB Generaldirektor Rudolf Könighofer. Das Sponsoring sei von gegenseitigem Interesse, „auch Raiffeisen profitiert viel davon“.

„Das Publikum wird in eine musikalische Welt der Sagen und Erzählungen geführt, in eine philosophische Welt der Klänge und Geschichten, in welcher die Zuhörer angeregt werden, die Gedanken der Komponisten weiterzuverfolgen“, erklärt Anton Gabmayer, Dirigent der HaydnAkademie. Es freue ihn, daß es wieder gelungen sei, bei den vier Konzerten der HaydnAkademie ein ausgesuchtes Programm zusammenzustellen, ergänzt Haydn Festspiele-Intendant Walter Reicher. „Anton Gabmayer und sein Orchester führen ihr Publikum in eine musikalische Welt voller Mystik und Poesie.“ Man versuche immer wieder Themen zu entwickeln und diese voranzustellen: „Unsere Aufgabe ist es dann, aus den vielen Stücken, die Haydn geschaffen hat, eine Auswahl zu treffen. Dabei ist es wichtig, das Programm selbst zu entwickeln und diese Arbeit nicht an Außenstehende auszulagern“, so Reicher. ■

Philosophische Welt der Klänge...

„Das Publikum wird in eine musikalische Welt der Sagen und Erzählungen geführt, in eine philosophische Welt der Klänge und Geschichten, in welcher die Zuhörer angeregt werden, die Gedanken der Komponisten weiterzuverfolgen“, erklärt Anton Gabmayer, Dirigent der HaydnAkademie. Es freue ihn, daß es wieder gelungen sei, bei den vier Konzerten der HaydnAkademie ein ausgesuchtes Programm zusammenzustellen, ergänzt Haydn Festspiele-Intendant Walter Reicher. „Anton Gabmayer und sein Orchester führen ihr Publikum in eine musikalische Welt voller Mystik und Poesie.“ Man versuche immer wieder Themen zu entwickeln und diese voranzustellen: „Unsere Aufgabe ist es dann, aus den vielen Stücken, die Haydn geschaffen hat, eine Auswahl zu treffen. Dabei ist es wichtig, das Programm selbst zu entwickeln und diese Arbeit nicht an Außenstehende auszulagern“, so Reicher. ■

http://www.haydnfestival.at/haydn_de/



Foto: Haydnfestival Eisenstadt

Außenminister Kurz bei LH Kompatscher

Themen: Ausbau der Autonomie, Brenner Basistunnel und Europaregion

Zum Auftakt seines ersten Südtirol-Besuchs als österreichischer Außenminister hat Sebastian Kurz am Abend des 2. Mai Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher im Bozner Palais Widmann getroffen. Hauptthemen der knapp einstündigen Unterredung waren die aktuellen Finanz- und Autonomieverhandlungen in Rom, der Brenner-Basistunnel sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Europaregion.

Landeshauptmann Kompatscher hatte Außenminister Kurz bereits wenige Tage nach dessen Amtsantritt im Jänner in Wien getroffen. Kurz gab schon damals ein klares Bekenntnis zur Schutzfunktion Österreichs ab und betonte auch beim aktuellen Treffen, daß Südtirol für ihn ein emotionales Thema sei und daß er deshalb die Entwicklungen in Bozen bzw. zwischen Bozen und Rom mit besonderem Interesse verfolge.

Landeshauptmann Kompatscher informierte den Außenminister über den Stand der Verhandlungen mit Rom und betonte, daß die Südtiroler Landesregierung sich unter seiner Führung bemühe, sowohl die Regierung in Rom, als auch die anderen Regionen zu überzeugen, daß die aktuelle Reform der italienischen Verfassung nicht auf Kosten der autonomen Länder bzw. Regionen erfolgen dürfe, sondern, im Gegenteil, die Vorteile der Selbstverwaltung auf alle Regionen übertragen müsse: „Es geht uns nicht darum, die autonomen Regionen ‚normaler‘ zu machen, sondern die ‚normalen‘ autonomer. Südtirol strebt gemeinsam mit dem Trentino und den autonomen Regionen Norditaliens eine Neuregelung der Finanzbeziehungen an, die Stabilität, Klarheit und Planbarkeit gewährleistet.“

Weitere Themen in den Verhandlungen mit der Regierung in Rom seien neben der Verfassungsreform und der Finanzautonomie der Brenner-Basistunnel, dessen Zulaufstrecken und die Aufteilung der EU-Gelder für Landwirtschaft sowie die regionale Entwicklung. Apropos Brenner-Basistunnel: Für Kurz ist der Tunnel ein Infrastrukturprojekt, dem höchste Priorität eingeräumt werden müsse, weil damit eine der wichtigsten europäischen Verkehrsachsen den Anforderun-



Foto: LPA / Seehauser

Landeshauptmann Arno Kompatscher (l.) mit Außenminister Sebastian Kurz

gen der Zukunft angepaßt und wesentlich die Lebensqualität der Menschen – nördlich und südlich des Brenners – verbessert werde.

Außenminister Kurz informierte sich auch über die grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen des Europäischen Verbunds territorialer Zusammenarbeit (EVTZ), kurz Euregio, und regte den Ausbau dieser Zusammenarbeit über gemeinsame Projekte in Kultur, Forschung, Bildung, Umwelt und

Verkehr an. „Die drei Länder Südtirol, Tirol und das Trentino haben erst vor wenigen Wochen das Jahresprogramm für 2014 verabschiedet und sind sich einig, daß es in erster Linie darum geht, Leuchtturmprojekte in den für alle drei Länder gleichermaßen wichtigen Bereichen auf den Weg zu bringen, gleichzeitig aber auch alltägliche Hürden aus dem Weg zu schaffen“, so Landeshauptmann Kompatscher. ■

Südtirols öffentliche Verwaltung hat Nase vorn

Südtirols öffentliche Verwaltung nimmt – was die Nutzung von Freier Software und verwaltungsinterner Netzwerke angeht – im gesamtstaatlichen Vergleich Spitzenpositionen ein. Darüber freut sich Informatiklandesrätin Waltraud Deeg.

Das gesamtstaatliche Statistikinstitut ISTAT hat auf der Grundlage der Volkszählungsdaten von 2011 Italiens öffentliche Institutionen im Detail unter die Lupe genommen und Kennzahlen dazu veröffentlicht. Dabei wurde auch die Ausstattung und Anwendung der modernen Kommunika-

tions- und Informationstechnologien untersucht. Wie Deeg erläutert, scheint Südtirol dabei gleich mehrmals in Spitzenrängen auf.

Vorzeigecharakter hat Südtirol in erster Linie aufgrund des breiten Einsatzes von Open-Source-Software, das heißt von sogenannter freier Software, von Programmen und Betriebssystemen also ohne Nutzungsbeschränkungen. „Durch die Nutzung von Open Source können Lizenzkosten eingespart werden; das entlastet öffentliche Haushalte, ohne die Qualität der Dienste zu beeinträchtigen“, so Deeg. ■

Girokonto für jeden EU-Bürger

Alle Personen, die legal in der EU ansässig sind, bekommen das Recht, ein Basis-Girokonto zu eröffnen.

Das hat das EU-Parlament am 15. April beschlossen. Das Recht auf ein Basis-Konto darf niemandem aufgrund seiner Nationalität oder seines Wohnsitzes verwehrt werden, heißt es. Zusätzlich müssen Gebühren und Konditionen von Girokonten transparent und daher leichter vergleichbar sein. Verbraucher sollen außerdem einfacher zu einer anderen Bank wechseln können, die bessere Konditionen bietet.

„In dieser Richtlinie geht es vor allem darum, die Nutzer gemeinsamer regulärer Zahlungsdienste zu stärken. Durch die Garantie eines Basiskontos für alle VerbraucherInnen, einschließlich MigrantInnen und mobiler BürgerInnen, wird die Modernisierung der Wirtschaft gefördert, die Freizügigkeit erleichtert und besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen geholfen“, erklärte der Berichterstatter Jürgen Klute (GUE/NGL, DE). Der Gesetzesentwurf wurde mit 603 Stimmen zu 21 Gegenstimmen und 51 Enthaltungen angenommen.

Offener Zugang

Das Parlament hat darauf bestanden, daß Basis-Girokonten bei einer ausreichenden Zahl an Banken im jeweiligen EU-Heimatland angeboten werden müssen, um einen leichten Zugang für alle interessierten Verbraucher sowie wettbewerbsorientierte Angebote zu gewährleisten. Die Mitgliedsstaaten müssen gewährleisten, daß die Basiskonten nicht nur von Kreditinstituten angeboten werden, die lediglich Online-Dienste anbieten. Jede Person, die legal in der EU ansässig ist, soll zukünftig ein Konto eröffnen dürfen – auch wenn sie keinen festen Wohnsitz hat. Die Mitgliedsstaaten dürfen allerdings vorschreiben, daß VerbraucherInnen, die in ihrem Hoheitsgebiet ein solches Konto eröffnen möchten, ihr echtes Interesse daran nachweisen müssen. Diese Regelungen müssen dann auch dem Verbraucherschutz entsprechen und dürfen nicht mit zu großen Schwierigkeiten oder Belastungen verbunden sein.

Transparente Informationen

Das Gesetz soll außerdem sicherstellen, daß VerbraucherInnen transparente Informationen über die Kontogebühren und Zinsen erhalten, damit Kunden verschiedene Ange-

bote leichter vergleichen können. Diese Informationen sollen EU-weit standardisiert werden. In jedem Mitgliedsstaat muß es mindestens eine unabhängige Internetseite geben, die Gebühren und Zinssätze der Kreditinstitute miteinander vergleicht. Die Banken sollen verpflichtet werden, ihre Kunden darüber zu informieren, daß sie ein Basis-Girokonto anbieten.

Leistungen des Basis-Girokontos

Das Basis-Girokonto soll Kunden ermöglichen, Geld einzuzahlen, abzuheben und Überweisungen innerhalb der EU vorzunehmen. Dazu gehören auch Zahlungen, die mit Karte oder online getätigt werden. Kunden sollen in der Lage sein, eine unbegrenzte Anzahl solcher Leistungen kostenlos oder gegen eine angemessene Gebühr zu nutzen. Die Mitgliedsstaaten können selbst entscheiden, ob das Basiskonto auch Möglichkeiten zum Überziehen des Kontos bieten soll.

Kontowechsel soll einfacher werden

Um von den besten Angeboten profitie-

Öffentliches Defizit im Euro- raum und in der EU28 sinkt

Im Jahr 2013 verringerte sich das öffentliche Defizit in absoluten Zahlen sowohl im Euroraum (ER18) als auch in der EU28 im Vergleich zu 2012, während der öffentliche Schuldenstand in beiden Gebieten anstieg.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) verringerte sich das öffentliche Defizit im Euroraum von 3,7 % im Jahr 2012 auf 3,0 % im Jahr 2013 und in der EU28 von 3,9 % auf 3,3 %. Gemessen am BIP stieg der öffentliche Schuldenstand im Euroraum von 90,7 % (Ende 2012) auf 92,6 % (Ende 2013) und in der EU28 von 85,2 auf 87,1 %. Dies gab das europäische Statistikamt Eurostat bekannt.

Im Jahr 2013 verzeichnete Luxemburg (+0,1 %) einen öffentlichen Überschuss, Deutschland annähernd ein Gleichgewicht und Estland, Dänemark, Lettland und Schweden die niedrigsten öffentlichen Defizite gemessen am BIP. Zehn Mitgliedstaaten wiesen ein Defizit von mehr als 3 % des BIP auf: Slowenien, Griechenland, Irland, Spanien, das Vereinigte Königreich, Zypern, Kroatien, Portugal, Frankreich und Polen. ■

ren zu können, sollen Bankkunden für eine angemessene Gebühr ihre Bank innerhalb der EU wechseln können. Die neue Bank muß dem Verbraucher beim Kontowechsel im selben Land und in derselben Währung einen Kontowechsel-Service anbieten, d.h. der Wechsel soll auf Wunsch des Kunden von der neuen Bank eingeleitet werden können, die nach Erhalt des Auftrags binnen zwei Werktagen tätig werden muß.

Auf Wunsch des Verbrauchers muß die Ursprungsbank außerdem Informationen zu eingehenden Überweisungen, Daueraufträgen und Einzugsermächtigungen übermitteln.

Banken werden verpflichtet sein jegliche finanzielle Verluste, die sie bei dem Bankwechsel verschuldet haben, ohne Verzögerungen zu erstatten.

Die nächsten Schritte

Die neuen Regelungen müssen noch von den Mitgliedsstaaten verabschiedet werden, die dann 24 Monate Zeit haben, um sie in nationales Recht umzusetzen. ■

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

EU stärkt Recht auf Frei- zügigkeit der Arbeitnehmer

Der EU-Ministerrat hat am 14. April neuen Regeln zugestimmt, die die noch bestehenden rechtlichen Barrieren im Arbeitsalltag mobiler EU-BürgerInnen abbauen sollen. Dies sei eine gute Nachricht für alle, die in einem anderen Mitgliedsstaat arbeiten wollen oder dies bereits tun, so Sozialkommissar László Andor. Die Rechtsvorschriften sollen bewirken, daß die bisher oft nur auf dem Papier vorhandenen Rechte tatsächlich ausgeübt werden können. Bei der Entscheidung für eine Arbeit in einem anderen EU-Land können sich mobile ArbeitnehmerInnen jetzt besser über ihre Rechte informieren und juristische Beratung aufsuchen. Derzeit leben und arbeiten acht Mio. Menschen in einem anderen Mitgliedsstaat, weitere 1,2 Mio. leben in einem EU-Land, arbeiten jedoch in einem anderen. Vielen fehlen Informationen über ihre Rechte im Aufnahmestaat, sie haben Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder ihnen werden nicht dieselben Arbeitsbedingungen oder sozialen Vergünstigungen gewährt wie inländischen Arbeitnehmern. ■

Österreichs Industrie weiter auf Wachstumskurs...

... jedoch mit etwas weniger Dynamik als zum Jahreswechsel – Bank Austria EinkaufsManagerIndex legt im April leicht auf 51,4 Punkte zu

Nach dem fulminanten Blitzstart ins Jahr 2014 bei dem Österreichs Industrie erstmals das Vorkrisenniveau überflügelte, verlief die Erholung seit März etwas moderater. „Das Wachstumstempo nimmt jedoch wieder leicht zu. Im April ist der Bank Austria EinkaufsManagerIndex um 0,4 auf 51,4 Punkte gestiegen. Der Indikator signalisiert damit ein gegenüber dem Vormonat leicht erhöhtes Wachstum der heimischen Industrie“, meint Bank Austria Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer. Der Wert nur knapp über der Neutralitätslinie von 50 Punkten zeigt derzeit nur eine verhaltene Expansion der Verarbeitenden Industrie in Österreich, allerdings hält der Aufwärtstrend nun bereits den neunten Monat in Folge an. Erstmals im laufenden Zyklus war der Index im August 2013 über die 50er-Grenze geklettert.

„Die moderate Verbesserung der Industriekonjunktur im April ist vor allem auf eine starke Produktionsausweitung zurückzuführen, trotz gleichbleibender Auftragslage. Weiterhin werden neue Jobs im Sektor geschaffen, wenn auch sehr zurückhaltend. Auch signalisieren sinkende Preise und abnehmende Lagerbestände ein vorsichtiges Agieren der Betriebe im aktuellen Umfeld“, fasst Bruckbauer einige Detailergebnisse der monatlichen Umfrage unter Österreichs Einkaufsmanagern zusammen.

Deutliche Ausweitung der Produktionsleistung

Am stärksten wurde der Bank Austria EinkaufsManagerIndex im April von der deutlichen Ausweitung der Produktionsleistung nach oben gezogen. Der Produktionsindex stieg um insgesamt 2 auf 53,3 Punkte. „Die heimischen Industriebetriebe haben im April die Produktion so stark erhöht, dass die Auftragspolster erstmals seit dem Sommer des Vorjahres im Vergleich zum Vormonat zurückgingen. Das lag allerdings auch daran, daß sich die Auftragslage kaum mehr verbesserte“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Der Teilindex für den Auftragseingang sank auf 50,7 Punkte, der niedrigste Werte seit zehn Monaten. Während die Anzahl der Neuaufträge insgesamt somit

noch leicht zulegte, blieb die Nachfrage aus dem Ausland im April im Vergleich zum Vormonat jedoch unverändert. Während die Auftragsentwicklung in Europa und in den USA zufriedenstellend war, gingen bei einigen Betrieben weniger Aufträge aus den Schwellenländern Asiens und Amerikas ein.

Die Aufwärtsentwicklung in der heimischen Industrie

seit Sommer 2013 führt seit Beginn des laufenden Jahres auch kontinuierlich zu einer Aufstockung der Personalkapazitäten. Trotz der seit einigen Monaten anhaltenden Trendwende bei der Industriebeschäftigung liegt die Stellenanzahl mit rund 576.700 im ersten Quartal 2014 in der österreichischen Sachgütererzeugung immer noch um fast 1000 unter dem Vergleichswert des Vorjahres und sogar um mehr als 20.000 unter dem Niveau vor Ausbruch der Krise im Jahr 2008. „Im April sind in Österreichs Industrie wieder neue Jobs entstanden. Aber weiterhin werden neue Mitarbeiter nur sehr zurückhaltend eingestellt und das wird vorerst auch so bleiben“, analysiert Pudschedl und ergänzt: „Der Auslastungsgrad der heimischen Industrie ist rund um den Jahreswechsel zwar gestiegen, liegt derzeit mit 84 Prozent jedoch weiter unter dem langjährigen Durchschnitt. Höhere Produktion führt daher vorerst vor allem zu einer Verbesserung der Produktivität.“

Die Produktionslücke beginnt sich langsam zu schließen

Generelle Deflationsängste sind daher nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria überzogen, auch wenn sowohl die Einkaufs- als auch die Verkaufspreise den zweiten Monat in Folge gesunken sind. Der stärkste Preisrückgang im Einkauf seit fast einem Jahr ist vor allem auf die Verbilligung von Rohstoffen wie Kupfer und Stahl zurückzuführen. Darüber hinaus gelang es einigen Betrieben, Preisneufestsetzungen mit Lieferanten erfolgreich auszuhandeln. Der harte Wettbewerb und ein Überangebot am Markt drückten die Verkaufspreise, wenn auch der Rückgang nur sehr moderat ausfiel.

„Aufgrund des starken Preisverfalls im Einkauf bei nur moderat zurückgenommenen Verkaufspreisen hat sich die Kosten- und Ertragssituation in der Industrie im April tendenziell verbessert. Erstmals im Jahr 2014 entlasteten die Preistrends die heimischen Betriebe“, meint Pudschedl.

Es gibt noch Luft nach oben

Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex hat im April leicht zulegen können. Auch wenn es beim Tempo des Industriewachstums in Österreich derzeit noch Luft nach oben gibt, zeigt die aktuelle Umfrage unter den heimischen Industriebetrieben jedenfalls eine stabile Aufwärtsbewegung, die sich als nachhaltig zu erweisen scheint. Diese Einschätzung wird durch zwei Trends unterstrichen: Einerseits herrscht nun schon seit einem Jahr ein günstiges Verhältnis zwischen dem Index für das Neugeschäft und jenem für die Lagerbestände, das sich stets als guter Vorlaufindikator für die Industriekonjunktur, erwiesen hat. Andererseits haben die internationalen Pendanten des österreichischen EinkaufsManagerIndex im April positiv überrascht und versprechen ein erfreuliches Frühjahr für Österreichs (Zuliefer-)Industrie. Der US-Einkaufsmanagerindex blieb mit 55,4 Punkten im April auf hohem Niveau und notierte stärker als zum Jahreswechsel. Vor allem stieg der vorläufige Einkaufsmanagerindex für die Eurozone im April um 0,3 auf 53,3 Punkte – angetrieben von einem positiven Umfrageergebnis in Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner der österreichischen Industrie. „Die Erholung im Euroraum bekommt immer mehr Auftrieb und kann die Belastungen durch einen stärker werdenden Euro, einer Verschärfung der Ukraine-Krise sowie der Konjunkturabschwächung in China und anderen Schwellenländern verdauen. Wir gehen davon aus, daß die heimische Industrie in diesem Umfeld 2014 einen nachhaltigen Erholungskurs beschreiten wird. Wir erwarten 2014 weiterhin ein Industriewachstum in Österreich um 4 Prozent“, faßt Bruckbauer zusammen. ■

<http://www.bankaustria.at>

Nachwirkungen der Rezession 2008/09

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2013

Im Jahr 2013 expandierte die heimische Wirtschaft um nur 0,4 %. Dies war die schwächste Entwicklung seit der Rezession 2008/09, als die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3,8 % geschrumpft war. Sowohl das Investitionsvolumen als auch der Konsum der privaten Haushalte verringerten sich in realer Rechnung. Die Arbeitslosenquote stieg kräftig und erreichte mit 7,6 % einen neuen Höchstwert. Die Inflationsrate verringerte sich, blieb jedoch im europäischen Vergleich relativ hoch.

Nach +3,2 % im Jahr 2012 wuchs die Weltwirtschaft 2013 neuerlich um nur rund 3 %. Die der Rezession 2008/09 folgende Wachstumsdelle wurde damit noch nicht überwunden. Das kräftige Wachstum in den Schwellenländern, das der Weltwirtschaft in den letzten Jahren starke Impulse verliehen hatte, verlor 2013 neuerlich an Dynamik, umfangreiche Kapitalabflüsse waren die Folge. Die Währungen der betroffenen Länder werteten deutlich ab, und die Zinssätze stiegen dort kräftig.

In den Industrieländern verstärkte sich das Produktionswachstum hingegen im Jahresverlauf. In den USA beschleunigte sich die Expansionsrate von Quartal zu Quartal, und im Euro-Raum konnte die hartnäckige Folgerezession überwunden werden. Auch die japanische Wirtschaft wuchs 2013 bei anhaltend schrumpfender Bevölkerung mit +1,5 % relativ kräftig. In den für Österreichs Wirtschaft bedeutenden Ländern Ostmitteleuropas (MOEL 5) blieb das Wachstum wie im Vorjahr unter 1 %, wenngleich auch hier eine stetige Zunahme der Dynamik festzustellen war.

Vor diesem Hintergrund wuchs der heimische Außenhandel laut VGR 2013 sehr verhalten. Der Export erhöhte sich real um nur 2,8 % (Waren +2,6 %, Dienstleistungen +3,1 %). Die Schwäche des privaten Konsums und der Rückgang der Investitionen belasteten neben der heimischen Wirtschaftsentwicklung auch den Import, der real um nur 0,6 % stieg (Waren +0,2 %, Dienstleistungen +2,3 %).

Die Nachfrageflaute und die trüben Wirtschaftsaussichten hinterließen deutliche Spuren in der Investitionsbereitschaft. Die

Bruttoanlageinvestitionen verringerten sich 2013 real um 0,9 %, nachdem sie bereits im Vorjahr kaum gewachsen waren (2012 +1,6 %). Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen schrumpften (über -3 %), aber auch die Nachfrage nach Bauinvestitionen war mit real +0,7 % äußerst schwach (2012 +2,5 %).

Aufgrund der nur geringen Steigerung der verfügbaren Einkommen schränkten die privaten Haushalte ihren Konsum leicht ein (real -0,2 %), obwohl die Sparquote neuerlich sank (von 7,4 % im Jahr 2012 auf 6,6 %, den niedrigsten Wert seit dem Beginn vergleichbarer Berechnungen 1995). Auch der öffentliche Konsum bot mit einem Wachstum von 0,1 % keine Stütze für die Inlandsnachfrage.

Die Konjunkturschwäche und der Rückgang der Rohstoffpreise (vor allem Erdölprodukte) verringerten den Preisauftrieb in Österreich. Nach +2,4 % im Jahr 2012 sank die Inflationsrate 2013 weiter auf 2 %. Im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes war sie jedoch recht hoch. Im gesamten Währungsgebiet stieg der harmoni-

sierte Verbraucherpreisindex um 1,3 % mit einer deutlichen Verlangsamung gegen Jahresende, während sich für Österreich eine Inflationsrate 2,1 % ergab. In einigen Ländern des Währungsraumes zeigten sich sogar deflationäre Entwicklungen.

Der heimische Arbeitsmarkt litt unter der Konjunkturschwäche. Die Beschäftigung wuchs um lediglich 0,6 % (+21.200) und damit langsamer als in den drei Jahren zuvor. Gleichzeitig war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten (+26.600, +10 % gegenüber dem Vorjahr), der Anstieg der Arbeitslosenquote (nach österreichischer Berechnungsmethode) beschleunigte sich (2012 +0,3 Prozentpunkte, 2013 +0,6 Prozentpunkte auf den neuen Höchstwert von 7,6 %).

Die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und verschiedene Sondereffekte (z. B. aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen oder der Abgeltungssteuer aus der Schweiz) ermöglichten trotz der Konjunkturschwäche eine Senkung des Budgetdefizits von 2,6 % des BIP im Jahr 2012 auf 1,5 %.

<http://www.wifo.ac.at>

Sparquote der privaten Haushalte 2013 leicht gesunken auf 6,6 %

Im Jahr 2013 sparten die österreichischen Haushalte 6,6 % ihres verfügbaren Einkommens. Damit lag die Sparquote der privaten Haushalte auf dem im Zeitverlauf niedrigen Niveau der vergangenen beiden Jahre (2012: 7,4%, 2011: 6,7%). Dies ist das Ergebnis der vierteljährlichen Berechnungen von Statistik Austria.

Einem Anstieg des nominellen verfügbaren Einkommens um nur 1,1 % steht eine Zunahme der Konsumausgaben um 2,0 % gegenüber. Berücksichtigt man die Inflation, bedeutet das einen realen Rückgang: Während 2013 das reale Bruttoinlandsprodukt gerade noch um 0,4 % stieg, sanken preisbereinigt der Konsum (-0,2 %) und das verfügbare Einkommen (-1,0 %).

Das verfügbare Einkommen des Sektors „Private Haushalte“ im Jahr 2013 betrug 183,7 Mrd. Euro (2012: 181,7 Mrd. Euro).

Betrachtet man die wichtigsten Einkommenskategorien, stiegen das Arbeitnehmerentgelt nominell um 3,1 % und die monetären Sozialleistungen (insbesondere Pensionen) um 3,6 %. Dämpfend auf die Entwicklung des verfügbaren Einkommens wirkte der Anstieg der von privaten Haushalten entrichteten Steuern vom Einkommen (+4,0 %) und Sozialbeiträge (+3,2 %). Erweitert man das herkömmliche Einkommenskonzept um staatliche Sachleistungen, die einzelnen Personen zugutekommen, wie etwa Bildungs- und Gesundheitsleistungen, stellt sich die Situation etwas günstiger dar: Das so definierte „verfügbare Einkommen nach dem Verbrauchskonzept“ betrug 219,5 Mrd. Euro, es stieg gegenüber 2012 um 1,5 % (real: -0,5 %).

Österreichische Sparquote liegt etwa auf dem Niveau des Euroraums.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/nichtfinanzielle_sektorkonten/quarterdaten/index.html

Mitterlehner will ein wettbewerbsfähiges Energiesystem

Neuer Bericht der Internationalen Energieagentur – Österreich punktet mit Vorreiterrolle bei Erneuerbaren, hoher Versorgungssicherheit und ausgeglichener Energiestrategie

Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner präsentierte am 9. April gemeinsam mit der Direktorin der Internationalen Energieagentur, Maria van der Hoeven, den neuen IEA-Länderbericht für Österreich. „Die IEA stellt Österreich ein gutes Zeugnis aus, weil wir seit 2008 wesentliche Fortschritte gemacht haben. Wir punkten vor allem mit unserer ausgeglichenen Energiepolitik, der hohen Versorgungssicherheit und der internationalen Vorreiterrolle bei Öko-Energien. Unser Ziel ist ein nachhaltiges, sicheres und wettbewerbsfähiges Energiesystem, das neue Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze eröffnet“, sagte Mitterlehner. In diesem Sinne wird eine im Regierungsprogramm verankerte Energiestrategie für 2030 erarbeitet, wie sie auch von der IEA empfohlen wird.

„Seit unserem letzten Bericht im Jahr 2008 gibt es deutliche Verbesserungen“, sagte IEA-Direktorin van der Hoeven. Als wesentliche Trends nannte sie die Stabilisierung der Energiegewinnung, den Rückgang bei fossilen Energieträgern und den Vormarsch der Erneuerbaren. Als eine Folge davon verzeichnet die IEA bei den Treibhausgasemissionen seit 2005 einen positiven, rückläufigen Trend, der unter anderem auf das Zurückdrängen der fossilen Energien zurückzuführen sei. Österreich habe zudem eine hohe Versorgungssicherheit und sei eine „grüne Batterie“ für die Region, so van der Hoeven weiter. „Unsere Pumpspeicherstrategie findet international Anklang, damit stärken wir unsere Rolle als Energiedreh-scheibe. Wir brauchen Strom auch in den Zeiten, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint“, ergänzte Mitterlehner. Ebenfalls positiv bewertet die IEA den massiven Ausbau der Energieforschung. „Das Budget dafür wurde seit 2007 auf zuletzt 120 Millionen Euro vervierfacht“, verweist Mitterlehner auf die Ergebnisse des Berichts.

Entkoppelung von Wachstum und Energieverbrauch gelungen

Jüngste Angaben von Eurostat untermauern Österreichs gute Position: So ist der An-



Foto: BMWFW/HOPF-Media/Bernhard J. Holzner

Die Direktorin der Internationalen Energieagentur, Maria van der Hoeven, und Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner

teil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf über 32 Prozent gestiegen, womit Österreich im EU-Vergleich den vierten Platz belegt. „Wir sind daher sehr optimistisch, das an die EU gemeldete 2020-Ziel von 34 Prozent übertreffen zu können. Der EU-Schnitt liegt bei 20 Prozent“, sagt Mitterlehner. „In Zukunft wollen wir Österreichs Vorreiterrolle weiter ausbauen, wobei wir dafür auch Energie effizienter einsetzen müssen“, betont Mitterlehner. Umso wichtiger ist, daß die Förderaktion für die thermische Sanierung auch 2014 wieder mit 100 Millionen Euro dotiert ist. „Österreich ist gerade im Gebäudebereich ehrgeizig und erfolgreich zugleich“, betonte van der Hoeven, die in diesem Zusammenhang die in Österreich gelungene Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch hervorhob. „Darin spiegeln sich auch unsere Anstrengungen im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie wider“, so Mitterlehner.

Als weitere Maßnahme wird derzeit ein Energieeffizienzgesetz ausgearbeitet, um

hier die EU-Vorgaben umzusetzen. Eine zusätzliche Stoßrichtung Mitterlehners ist das Ankurbeln des Wettbewerbs am Energiemarkt durch leichtere Anbieterwechsel.

Zur weiteren Stärkung der hohen Versorgungssicherheit regt die Internationale Energieagentur eine noch stärkere Abstimmung mit den Nachbarländern an. Zudem empfiehlt die IEA, das heimische Potential für Schiefergas zu erforschen und wissenschaftlich zu bewerten.

„Es gibt bei diesem Thema allerdings keine konkreten Projektpläne und eine breite Ablehnung der Bevölkerung, die wir respektieren und zur Kenntnis nehmen“, stellte Mitterlehner dazu klar.

Über den IEA-Länderbericht Österreich 2014

Der neue Länderbericht fasst die Ergebnisse einer IEA-Überprüfung der energiepolitischen Maßnahmen Österreichs zusammen, analysiert aktuelle Herausforderungen und gibt Empfehlungen für mögliche Verbesserungen. ■

50 Maßnahmen für den Industriestandort Wien

Spitzen von Stadt Wien und IV-Wien unterzeichneten Abkommen zum Industriestandort - neue Studie unterstreicht Bedeutung und positive Wertschöpfungsentwicklung der Wiener Industrie

Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner sowie dem Präsidenten der Industriellenvereinigung (IV) Wien, Präsident Wolfgang Hesoun, und deren Geschäftsführer, Johannes Höhrhan, unterzeichneten am 14. April im Wiener Rathaus das neue Standortabkommen unter dem Titel „Wien: Stadt der Zukunft – Stadt der Industrie“. Das Abkommen ist ein Bekenntnis zur Stärkung der Industrieunternehmen in Wien und faßt zahlreiche Maßnahmen und Projekte zusammen, die Stadt Wien und IV-Wien gemeinsam als zentrale Handlungsfelder für eine Stärkung der Industrie in der Stadt identifiziert haben. Neben abgeschlossenen und aktuell laufenden Maßnahmen umfaßt das Abkommen eine Anzahl von 50 neu definierten Projekten und Handlungsfeldern.

Im Rahmen des Pressetermins präsentiert die IV-Wien eine Studie des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI) zur Entwicklung der Wiener Industrie in den vergangenen rund 20 Jahren und zum aktuellen Status der produzierenden Unternehmen in der Bundeshauptstadt. Die Studie zeigt eine insgesamt positive Wertschöpfungsentwicklung der Wiener Industrie in den Jahren seit 1995 und eine gleichzeitige Auslagerungsentwicklung von Nicht-Kernaktivitäten der Industrieunternehmen zu den Dienstleistungsbetrieben.

„Die hohe Diversität ist eine der Stärken des Wirtschaftsstandortes Wien. Exzellentes Wissen und sehr hohe Produktivität sind zwei zentrale Wiener Erfolgsfaktoren. Diese Stärken wollen wir weiter stärken. Produzierende Betriebe werden daher auch weiterhin im Fokus unserer Politik liegen“, betonte Wiens Bürgermeister Michael Häupl.

Vizebürgermeisterin und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner hob die traditionell gute Zusammenarbeit beim Zustandekommen dieses mittlerweile vierten Abkommens hervor: „Bereits über den vergangenen Sommer haben wir in einer offenen Diskussion zwischen Industrie und Stadt Wien jene Maßnahmen und Lösungen angesprochen,



Foto: PFD / Bohmann

v.r.: Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, IV-Wien-Präsident Wolfgang Hesoun und IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan

mit denen wir als Stadt unsere Industrie in Zukunft noch besser unterstützen wollen.“ Gerade in weiterhin wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es wichtig, am eingeschlagenen Weg der qualitativ hochwertigen Produkte festzuhalten und auf das Know-How der Wiener Arbeitskräfte zu setzen. Brauner möchte den Wert der Wiener Industrie auch in der breiten Öffentlichkeit noch bewußter machen: „Wiens Industrie kann selbstbewußt in die Zukunft schauen. Wenn man an Industriebetriebe denkt, stellen sich viele Menschen ja immer noch rauchende Schloten vor, Wiens Industrie ist aber mittlerweile ungeheuer vielfältig, innovativ und vor allem technologisch hochwertig geworden.“ Stadt Wien und IV-Wien planen daher eine breit angelegte gemeinsame Kampagne zur Unternehmensstadt Wien, um die Bedeutung von Wirtschaft und Industrie für Wien hervorstreichend.

18 Prozent (bzw. 12,3 Mrd. Euro; Bezugsjahr 2010) der Wertschöpfung Wiens stammen aus dem Produzierenden Bereich. Der Produzierende Bereich Wiens setzt sich dabei aus über 8000 Unternehmen mit insgesamt rund 137.000 Beschäftigten zusammen. Von diesen rund 8000 Unternehmen haben

rund 200 größere, industriell produzierende Unternehmen 100 Beschäftigte und mehr.

IV-Wien-Präsident Wolfgang Hesoun betonte vor diesem Hintergrund: „Städte werden häufig nicht als Industriestandorte wahrgenommen sondern als Hochburgen der Bildung und der Verwaltung sowie als Headquarter-Standorte. Dieser Umstand trifft auf Wien in speziellem Maße zu, da hier die Wahrnehmung der hohen Lebensqualität und der kulturellen Vielfalt noch als besonders dominante Faktoren hinzukommen. Diese Aspekte sind selbstverständlich auch aus wirtschaftlicher Sicht starke Standortvorteile. Alleine die 200 größeren, industriell produzierenden Unternehmen sorgen inklusive mittelbare Effekte für über 173.000 Beschäftigungsverhältnisse in Wien, und erwirtschaften 26 Prozent der Wiener Wertschöpfung.“

„Mit 200 größeren Unternehmen aus dem Produzierenden Bereich ist die Großstadt Wien nicht nur ein starker Industriestandort sondern insgesamt auch der drittgrößte Produktionsstandort Österreichs“, ergänzte IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan: „In den vergangenen Jahrzehnten haben starke Auslagerungsprozesse von Nicht-Kern-

bereichen der Industrie stattgefunden, sodaß die Beschäftigtenzahlen in der Dienstleistung u.a. aus diesem Grund angestiegen sind, während sie im Bereich der Produktion rückläufig waren. Zu den ausgelagerten Bereichen zählen etwa die Bewachung, die Wäscherei, die IT oder die Betriebskantäne. Zeitgleich ist alleine in diesen 200 größeren Industrieunternehmen die Wertschöpfung für den Standort im Vergleich zu 1995 von 7,5 Mrd. Euro auf 9,3 Mrd. Euro angestiegen.“

Die Entwicklungen zeigen, daß erstens die Industrieunternehmen stetig ihre Produktivität steigern und zweitens volkswirtschaftliche Indikatoren der Industrie sich im Verlauf der Jahrzehnte in die industrienaher Dienstleistung verlagert haben, wo sie aus diesem Grund weiterhin stark von der Entwicklung in der „Kernindustrie“ abhängig sind.

In diesem Bewußtsein wurde das Standortabkommen nach der Erstunterzeichnung 2006 bereits zum dritten Mal von Stadt Wien und IV-Wien erneuert. Das Abkommen skizziert das strategische Arbeitsprogramm, in dessen Rahmen Stadt und Industrie gemeinsam den Standort vorantreiben möchten – mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Wien auch künftig noch weiter zu stärken. Eine wesentliche Basis für das Abkommen war ein gemeinsamer, umfassender Arbeitsgruppenprozeß von Stadt und Industrie im Jahr 2013, im Zuge dessen die grundlegenden Herausforderungen und Maßnahmen für die Industrie in der Stadt der Zukunft eingehend diskutiert wurden. Das Abkommen gliedert sich in die fünf Kapitel

- Unternehmensstadt Wien,
- Bildung,
- Gesellschaftliches Miteinander,
- Innovation, Forschung & Entwicklung und
- Verkehrsinfrastruktur.

Hesoun betonte abschließend: „Wien kann nur in Kombination mit einem starken Unternehmensstandort, dessen Kern die produzierende Industrie ist, auch in Zukunft erfolgreich sein. Gemeinsam mit der Stadt Wien werden wir im Rahmen des Standortabkommens alles daran setzen, daß bestehende Produktionsunternehmen in den Standort weiter investieren und neue Industrieunternehmen für den Standort gewonnen werden. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich bei der Stadt Wien für die exzellente Zusammenarbeit bedanken!“ ■

EU-Turbo hat in NÖ gezündet



Foto: WKNÖ / Fotostudio Kraus

WKÖ-Präsident Christoph Leitl und WKNÖ-Präsidentin Sonja Zwazl

Österreichs Beitritt zur EU 1995 und die EU-Erweiterung 2004 waren für Niederösterreichs Wirtschaft ein Turbo, der bis heute zündet“, sagte Sonja Zwazl, Präsidentin der Wirtschaftskammer Niederösterreich (WKNÖ), anlässlich eines Niederösterreich-Besuchs von WKÖ-Präsident Christoph Leitl, „das Friedens- und Wirtschaftsprojekt EU hat Niederösterreich einen in seiner Geschichte beispiellosen Wirtschaftsaufschwung gebracht.“ Für Christoph Leitl ist klar: „Es war und es ist die Wirtschaft, die einen wesentlichen Anteil daran hat, daß Europa zusammengewachsen ist.“

Dafür sprechen auch die Zahlen: Seit dem Beitritt zur Union hat sich im Bundesland die Zahl der Wirtschaftsbetriebe mehr als verdoppelt. Die niederösterreichischen Warenexporte haben sich seit dem EU-Beitritt 1995 praktisch verdreifacht. Die blau-gelbe Wirtschaftsleistung ist in dieser Zeit von rund 26 auf über 45 Milliarden Euro gestiegen. Acht der zehn wichtigsten Exportländer sind EU-Mitglied. Gleich hinter Deutschland rangiert dabei Tschechien als zweitwichtigster blau-gelber Exportmarkt – vor 25 Jahren noch hinter einem „Eisernen Vorhang“ abgeschottet.

Niederösterreich könne vor allem mit Innovation punkten, so Präsident Leitl: „Niederösterreich ist federführend, wenn es um Technologie, Umwelt und erneuerbare Energie geht. Förderungen auf diesem Gebiet generieren Wirtschaftswachstum.“ Bei den EU-Förderungen zahle sich die Mitgliedschaft wirklich aus, betonte Zwazl: „Jeder Euro, den wir von Niederösterreich aus an Brüssel zahlen, fließt über Förderungen dreifach an uns zurück.“

Zwazl wies auch darauf hin, daß zwei zentrale ganz auf die Zukunft ausgerichtete Ser-

viceangebote der WKNÖ ebenfalls mit EU-Mitteln unterstützt wurden: Die Ökologische Betriebsberatung und die Technologie- und Innovationspartner (TIP). Diese wurden von der Wirtschaftskammer Niederösterreich gemeinsam mit dem Land NÖ entwickelt. Rund 12.000 EU-geförderte Beratungen (Innovation und Ökologie) gab es von 2007 bis 2014. Die Liste der EU-geförderten Projekte reicht von Ortskerngestaltungen über Tourismusprojekte bis zur Unterstützung der Weiterentwicklung von Unternehmen.

Ebenso sieht die WKNÖ-Präsidentin noch Verbesserungsmöglichkeiten bei der Abwicklung von EU-Förderungen: „Entbürokratisierung ist nicht nur bei uns ein Thema, sondern auch in Brüssel. Hier sind auf europäischer Ebene zweifellos noch Vereinfachungen möglich.“ Wobei freilich so manches, was die Abwicklung von EU-Projekten kompliziert macht, nicht der EU angelastet werden kann, sondern in Österreich hausgemacht sei. Als Beispiel führt Zwazl Personalkosten an, die im Rahmen eines EU-kofinanzierten Projektes gefördert werden: „Hier müssen für jeden einzelnen Mitarbeiter die geleisteten Steuern und Lohnnebenkosten aufgeschlüsselt werden. Auch das ließe sich vereinfachen.“ Für diese Entbürokratisierung ist im konkreten Fall allerdings nicht die EU, sondern das Bundeskanzleramt gefordert, welches die Nachweise verlangt. WKÖ-Präsident Leitl kritisierte das sogenannte „Golden Plating“, das Übererfüllen von Umweltauflagen der EU: „Österreich tendiert gerne dazu, die Regelungen der EU noch ein wenig strenger zu machen. Daß österreichische Unternehmen dadurch einen wirtschaftlichen Nachteil erleiden können, kann nicht Sinn der Sache sein.“

<http://www.wknoe.at>

Österreichs Superreiche

Investment-Trends für 130 Milliarden Euro – Gesamtvermögen der Reichen legt 2014 um 6 Prozent von 130 auf 138 Milliarden Euro zu

Über rund 130 Milliarden Euro Finanzvermögen verfügen die österreichischen Wohlhabenden. Nach Schätzungen der Erste Bank wird dieses Vermögen Ende des Jahres um 6 Prozent auf 138 Milliarden Euro anwachsen. Anlagetrends und Outperformer im Portfolio werden in den nächsten zwölf Monaten vor allem Euro-Unternehmensanleihen mit sehr guter bis guter Bonität, Aktien aus entwickelten Ländern aber auch Immobilien sein. Investment-Trends zeichnen sich auch Richtung Kunstobjekte sowie sozialen und nachhaltigen Investments ab. Vor allem sogenannte „Impact Investments“ mit dem Ziel, neben einer finanziellen Rendite Einfluß auf soziale und ökologische Belange auszuüben, rücken in den Fokus der Reichen.

„Das Finanzvermögen der Wohlhabenden ist mit aktuell 130 Milliarden Euro wieder auf dem Stand von 2007 und es wird definitiv zulegen“, sagt Wolfgang Traindl, Leiter des Private Bankings der Erste Group Bank AG. Die Finanzkrise 2008 ließ das Vermögen der Reichen auf 119 Milliarden Euro schrumpfen. Aufgrund der wirtschaftlichen Erholung und der Stabilisierung der Kapitalmärkte war in den letzten Jahren eine kontinuierliche Kurve nach oben sichtbar – das Volumen legte um 11 Milliarden Euro zu. Heuer sollte der Höchststand aus dem Jahr 2007 überschritten werden. Das derzeitige Gesamtvermögen von Österreichs Wohlhabenden wird nach Schätzungen der Erste Bank in den nächsten zwei Jahren jährlich um 6 bis 7 Prozent wachsen. Dieser erwartete Zuwachs setzt sich einerseits aus der Performance (ca. 3 bis 4 Prozent) und andererseits aus gespartem Einkommen und Unternehmensausschüttungen (ca. 2 bis Prozent) zusammen.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Erholung, dem zunehmenden Vertrauen in Wirtschaft und Finanzmärkte, geringer Inflationsraten und den niedrigen Niveaus der Leitzinsen in den USA und in der Euro-Zone ortet die Erste Bank folgende Investment-Trends:

Trend 1: Social (Responsible) Investing – Rendite und Wohltat in einem

Einen aufkeimenden Trend bei den Wohlhabenden sieht die Erste Bank bei sozialen, ökologisch und ökonomisch nachhaltigen

Investments, dem sogenannten Impact Investing. „Die Kunden wollen ihr Geld gesellschaftlich verantwortungsvoll anlegen. Neben einer finanziellen Rendite spielt verstärkt der Einfluß auf soziale und ökologische Belange eine entscheidende Rolle in der Anlagestrategie“, betont Traindl, „in Zukunft wird sich der Markt viel breiter aufstellen.“ Denn auch Philanthropie – ein allgemein menschenfreundliches Denken und Verhalten ohne Ertragserwartungen wie bspw. Spenden – schwappt als Trend aus den USA nach Europa über und rückt verstärkt ins Blickfeld der Reichen.

Trend 2: Euro-Anleihen und Aktien aus entwickelten Ländern – gute Bonität im Fokus

Euro-Staatsanleihen mit guter Bonität aber vor allem Euro-Unternehmensanleihen sind die Gewinner. Investment Grade Anleihen profitieren von der Flucht in die sicheren Anlageklassen. Seit Jahresbeginn konnten diese High-Yield- und Hybrid-Bonds mit einem Gesamtertrag (Zinsen- und Kursgewinn) von 2,3 Prozent überholen. Die Renditen von langlaufenden Staatsanleihen mit sehr gutem Rating sollten im Jahresverlauf nur moderat ansteigen. „Trotz der gestiegenen Volatilität seit Jahresbeginn und der politischen Spannungen sehen wir die wichtigsten Risikomärkte wie z.B. Unternehmens- und High-Yield Anleihen in den entwickelten Ländern auf Jahresfrist weiter optimistisch. Das gilt auch für die globalen Aktienmärkte, die wir positiv einschätzen“, erläutert Traindl, und weiter „wir erwarten, daß dabei Aktien aus den entwickelten Ländern wie USA und Europa besser abschneiden sollten als jene aus den Schwellenländern.“

Trend 3: Immobilien weiterhin Top-Investment

Die Immobilienmärkte in Deutschland und Österreich sollten sich weiter positiv entwickeln. Seit der Finanzkrise gab es einen starken Investment-Trend in Richtung Immobilien. Nach der Stabilisierung der Aktienmärkte investierten die Wohlhabenden vor allem in direkte Immobilienanlagen (Zinshäuser, Vorsorgewohnungen) und auch in Immobilien-Fonds und -Aktien.

„Wien hatte im Gegensatz zu anderen

Städten durch die Finanzkrise nie unter einem Einbruch der Immobilienpreise gelitten – im Gegenteil. Wie kaum ein anderer Standort hat Wien für den Bereich der hochwertigen Wohnimmobilien sogar davon profitiert“, berichtet Eugen Otto, geschäftsführender Eigentümer der Otto Immobilien Gruppe. Denn Wien erhält nicht nur steigende internationale Anerkennung als Stadt mit reichhaltigem kulturellem Angebot, höchster Lebensqualität, guten internationalen Schulen, einer anerkannten medizinischen Versorgung sowie politischer Stabilität, rechtlicher und persönlicher Sicherheit. Investoren schätzen Wien vor allem auch als „sicheren Hafen“, die Nachfrage von ausländischen Käufern nach Top-Immobilien in der Innenstadt ist daher weiter sehr hoch. Eugen Otto: „Wer Wien einmal kennen und lieben gelernt hat, kauft auch in Wien.“ Für eine vollständig sanierte oder neu errichtete Top-Wohnung im ersten Bezirk müsse man derzeit zwischen 10.000 und 30.000 Euro pro Quadratmeter rechnen, auf diesem hohen Niveau werden sich die Preise auch einpendeln, rechnen die Experten von Otto Immobilien.

Trend 4: Kunstobjekte mit Wertsteigerung

Kunst wird unter den reichen Österreichern immer gefragter. Einerseits, um selbst die Kunstliebe auszuleben, andererseits, um auf Wertsteigerung des Objektes zu spekulieren. Beispielsweise wurde Andy Warhols Bild „Silver Car Crash“ Ende 2013 in New York um knapp 79 Millionen Euro versteigert. „Doch blind sollte man nicht in Kunst investieren. Bei der Vielzahl von Künstlern ist eine Selektion wichtig. Die Frage nach dem Preis, der Auswahl und wie viel man wo investieren will, sollte vorab geklärt werden“, sagt Traindl. Private Banking Kunden bietet die Erste Bank deshalb Beratung mit Kuratoren der Erste Stiftung an.

- Rund 75.000 Personen verfügen jeweils über mehr als 1 Million Euro,
- davon sind rund 30 Milliardenä,
- Österreich ist weltweit auf Platz 12 bei den Superreichen mit einem privaten Finanzvermögen von mehr als 100 Mio. Dollar. ■

<http://www.erstebank.at>

Wiens Kongreß-Bilanz 2013

Trotz leichter Zuwächse bei Veranstaltungen und TeilnehmerInnen konnte Wien 2013 seine Rekord-Kongreßbilanz 2012 nicht brechen, weil weniger Nächtigungen und Wertschöpfung bewirkt wurden.



© 2014 Austria Center Vienna / David Bohmann

Das Austria Center Vienna in Wien Kaisermühlen ist seit 20 Jahren Gastgeber des Kongresses der Europäischen Radiologen – mit mehr als 20.000 der weltweit größte medizinische Kongreß. Und er tagt ausschließlich in Wien.

Auf hohem Niveau, aber kein Rekord – Aberichtete Tourismusdirektor Norbert Kettner bei der am 25. April gemeinsam mit dem Leiter des Vienna Convention Bureau im WienTourismus, Christian Mutschlechner, abgehaltenen Pressekonferenz. Als Gastredner referierte Peter Baierl, Executive Director der Europäischen Gesellschaft für Radiologie, über den im März abgehaltenen Radiologie-Kongreß. Dieser tagt ausschließlich in Wien und feierte heuer sein 20-Jahr-Jubiläum.

Über das Ergebnis der Kongreßstadt Wien 2013 zog Kettner folgendes Resümee: „Die Anzahl aller 2013 in Wien abgehaltenen Kongresse und Firmenveranstaltungen hat sich gegenüber 2012 leicht erhöht; es waren insgesamt 3.389, das sind um 13 mehr als im Jahr davor. Es hat auch etwas mehr TeilnehmerInnen dabei gegeben, und mit deren Zuwachs um 1 % auf 501.337 ist erstmals eine halbe Million überschritten worden.

Das sind zwar Bestwerte, doch sie haben keine Rekord-Bilanz bewirkt. Denn die durch den Kongreß- und Tagungssektor ausgelösten Nächtigungen sind gegenüber 2012 um 8 % auf 1.401.888 gesunken und die Wertschöpfung von 832,17 Millionen Euro war um 9 % geringer als 2012. Die durch Wiens Kongreß- und Tagungsgeschäft gesicherten Ganzjahresarbeitsplätze haben sich im selben Ausmaß auf knapp 16.000 verringert.“

Auf die Ursache dieser inhomogenen Entwicklung ging der Tourismusdirektor folgendermaßen ein: „Es lag an den internationalen Kongressen; sie spielen in Wiens Tagungsgeschäft eine dominante Rolle und haben 2013 atypische Merkmale aufgewiesen. Zum einen ist ihre Anzahl seit 2008 erstmals zurückgegangen, zum anderen waren sie auch schwächer besucht, und überdies hat es noch nie so viele mit nur eintägiger Dauer gegeben wie 2013. Auch 2012 waren sie

schon atypisch, aber in genau umgekehrter Richtung: Ihr Aufkommen ist in Wien üblicherweise in geraden Jahren schwächer, in ungeraden stärker. Das hängt zusammen mit gewissen Zyklen der großen, global ‚wandernden‘ Kongresse bei der Destinationswahl. Ganz entgegen dieser ‚Regel‘ haben wir 2012 einen Rekord an internationalen Kongressen verzeichnet und 2013 einen Rückgang. Ob hier ein Zyklus-Wechsel stattfindet, oder das einfach ‚Ausreißer‘-Jahre waren, wird sich erst herausstellen. Unser Vienna Convention Bureau wird den Ursachen auf den Grund gehen und die Erkenntnisse daraus verwerten. Allen in der Wiener Tagungsindustrie Agierenden gebührt jedenfalls ein großes Dankeschön, denn ihr wie immer exzellenter Einsatz hat 2013 für ein Ergebnis gesorgt, dessen hohes Niveau Wien auch ohne Rekorde erneut als eine Top-Destination im weltweiten Kongreßbetrieb bestätigt.“

Wirtschaft

Durchschnittliche Tagesausgaben liegen bei 483 Euro pro Gast

Die 2013 in Wien abgehaltenen 3389 Veranstaltungen teilen sich in folgende Kategorien auf: 1221 waren Kongresse (+ 7 %), 544 davon nationale (+ 24 %) und 677 internationale (- 4 %), 2168 (- 3 %) waren Firmenveranstaltungen (Tagungen und Incentives), von denen 819 nationaler Provenienz waren (- 18 %) und 1349 internationaler (+ 9 %). Zusammen trugen sie mit 1,401.888 Nächtigungen 11 % zu Wiens Gesamtnächtigungsergebnis 2013 bei, und die durchschnittlichen Ausgaben der zu ihnen angereisten 501.337 TeilnehmerInnen (+ 1 %) lagen bei rund 483 Euro pro Kopf und Nächtigung (Vergleichswert sämtlicher Wien-BesucherInnen 2013: rund 250 Euro).

Österreichweit löste der Wiener Kongreß- und Tagungssektor 2013 eine Wertschöpfung von 832,2 Millionen Euro (- 9 %) aus. Dies berücksichtigt sämtliche inlandswirksamen Umsätze – sowohl die direkten Ausgaben der VeranstaltungsteilnehmerInnen, VeranstalterInnen, AusstellerInnen und Begleitpersonen als auch die von den Veranstaltungen verursachten Einnahmen in „vorgelagerten“ Wirtschaftszweigen (z.B. Bauwirtschaft, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Druckereigewerbe, Banken, Versicherungen, Kommunikationsunternehmen etc.). An Steuereinnahmen erbrachte der Sektor insgesamt 234,5 Millionen Euro, wovon 154,4 Millionen an den Bund gingen, 28,1 Millionen an Wien, der Rest an die anderen Bundesländer beziehungsweise Gemeinden. Die Berechnungen dieser wirtschaftlichen und fiskalischen Effekte stammen von Consulting Dr. M. Stoff und basieren auf dem Event Model-Austria (Autorin: Martina Stoff-Hochreiner).

Zeit wird immer kostbarer: Trend zu eintägigen Kongressen

Wie stark die internationalen Kongresse auf die Gesamtbilanz von Wiens Tagungswirtschaft durchschlagen, verdeutlichen deren Beiträge zu den entscheidenden Kennzahlen: Bei einem Anteil von 20 % an allen Veranstaltungen 2013 brachten sie 46 % aller TeilnehmerInnen, 70 % der Nächtigungen und 75 % der Wertschöpfung in diesem Sektor. Damit erreichten sie zwar nicht ihre Rekordwerte von 2012, übertrafen aber alle anderen Jahre bisher. Eintägige Kongresse sind generell im Vormarsch, und bei den internationalen sind sie in den letzten zehn Jahren besonders signifikant gestiegen: Während 2004 nur 2 % von ihnen so kurz

waren, hat deren Anteil 2013 schon 15 % betragen. Diesem weltweiten Trend kann man sich nicht entgegenstemmen, denn Zeit ist ein so kostbares Gut geworden, daß man damit in allen Lebensbereichen so sparsam wie möglich umgeht.

WienTourismus und Flughafen Wien gemeinsam unterwegs, um neue Direktflüge zu akquirieren

Damit Wien seine Top-Position unter den weltweiten Kongreßmetropolen weiterhin behaupten kann, bedarf es, wie Kettner hervorhob, entsprechender Voraussetzungen, an denen beharrlich zu arbeiten ist: „Alle am Wiener Kongreßwesen Mitwirkenden“, betonte er, „leisten diesbezüglich hervorragende Arbeit. Sie werden von den städtischen und wissenschaftlichen Einrichtungen auch bestens unterstützt, ebenso von Austrian Airlines, die heuer mehr denn je in die Marketing-Kooperation mit uns investieren, und auch vom Flughafen. Mit ihm ist der WienTourismus seit 2013 gemeinsam unterwegs, um verstärkt Airline-Marketing zu betreiben. Dabei handelt es sich vor allem um Akquise-Verhandlungen über Neuaufnahmen von Direktverbindungen nach Wien. Im September werden wir zum zweiten Mal an der weltgrößten Messe für Strecken-Entwicklung, der ‚Routes World‘ in Chicago, teilnehmen, um Fluglinien von der Destination Wien zu überzeugen. Unsere Wachstumsstrategie für den Luftverkehr nach Wien unter besonderer Berücksichtigung von Langstreckenflügen ist für Wiens touristische Weiterentwicklung generell ein entscheidender Faktor, ganz besonders aber für den Kongreßtourismus, denn 76 % unserer Kongreßgäste reisen per Flugzeug an, bei den internationalen Kongressen, deren Stellenwert schon dargelegt worden ist, sind es sogar 81 %. Wie sehr hier Zeitersparnis – etwa durch raschestmögliche Anreise ohne Umsteigen – zum Thema geworden ist, geht aus den zuvor genannten Zahlen hervor.“

Europäischer Radiologie-Kongreß: 2014 zum 20. Mal in Wien

Unter Wiens internationalen Großkongressen ragt jener der Europäischen Radiologen (ECR) besonders hervor: Er ist nicht nur einer der größten medizinischen Kongresse weltweit, sondern er tagt ausschließlich in Wien, und zwar stets im Austria Center Vienna (ACV). Von 1991 bis 1999 wurde er alle zwei Jahre abgehalten, seit 2000 alljährlich – heuer von 6. bis 10. März und zum 20. Mal. Bei diesem Jubiläum verzeichnete

er 20.010 TeilnehmerInnen aus 115 Ländern, und 300 Firmen präsentierten dabei auf über 26.000 m² die größte medizinische Industrieausstellung aller Kongresse in Europa.

Peter Baierl, Executive Director der Europäischen Gesellschaft für Radiologie, berichtete darüber: „Auch bei der Jubiläums-Veranstaltung sind wir unserem Ruf als einer der modernsten medizinischen Kongresse der Welt gerecht geworden. So konnten erstmals in einem ‚Multimedia Classroom‘ die neuesten Computeranwendungen für die Radiologie vor Ort unter fachkundiger Anleitung getestet und trainiert werden. Die größte technische Errungenschaft war aber wohl die Installation der ‚ECR Live‘-Plattform, auf der sämtliche Vorträge per Webstream übertragen wurden – gratis und in Echtzeit. Interessierte aus aller Welt hatten damit die Möglichkeit, den Kongreß von zu Hause aus nicht nur zu verfolgen, sondern auch aktiv daran teilzunehmen: Die ‚ECR Live Social Media Wall‘ gab ihnen Gelegenheit, sich mit Teilnehmenden und Vortragenden auszutauschen – per Facebook, Twitter oder Chat. Auch nach dem Kongreß ist es nun möglich, die Vorträge ‚on demand‘ anzusehen.“

Flughafen Wien, CAT und AUA bieten Willkommen-Service

Daß die Wiener Tagungsindustrie auf verlässliche Partner aus verschiedensten Bereichen zählen kann bekräftigte auch Christian Mutschlechner, Leiter des Vienna Convention Bureau im WienTourismus: „Der Flughafen Wien leistet zusätzlich zu seiner Kooperation mit dem WienTourismus im Airline-Marketing auch weitere tatkräftige Hilfe beim Vorantreiben von Wiens Kongreßgeschäft, indem er einen neuen Service für Großkongresse anbietet. Deren Veranstalter legen immer größeren Wert darauf, ihren Kongreß in der gewählten Destination nachdrücklich sichtbar zu machen – sowohl für die Einheimischen, ganz besonders aber auch für die TeilnehmerInnen. Das hebt einerseits das Prestige der Veranstaltung, hat aber auch den Effekt, daß sich deren Klientel gut betreut fühlt.“

Für jene, die mit Austrian Airlines anfliegen, beginnt die „Begrüßungs-Kette“ schon mit Durchsagen an Bord des Flugzeugs. Der Flughafen Wien begrüßt seit heuer bei Kongressen ab 5000 Teilnehmenden auf zwei großformatigen Infoscreens in der Gepäckausgabe-Halle und setzt sich im City Airport Train auf der Fahrt in die Stadt fort. ■

<http://www.wien.info>

Raiffeisen-Holding & RLB NÖ-Wien steigern Ergebnis

Konzernjahresüberschuß vor Steuern 2013 beträgt 125,1 Mio. Euro

Die Raiffeisenlandesbank (RLB) NÖ-Wien konnte sich 2013 im Kerngeschäft erfolgreich behaupten und ihre Marktposition ausbauen. Dies zeigt unter anderem das Kreditwachstum von rund 5,2 % auf 11 Mrd. Euro. Mit zirka 5000 neuen verzeichnete sie 2013 erstmals mehr als 270.000 KundInnen.

Wachstum und Konsolidierung

2013 war für die RLB NÖ-Wien das Jahr der strategischen Neuausrichtung. „Unsere Doppelstrategie, nämlich den Fokus gleichermaßen auf Wachstum und auf Konsolidierung zu legen, hat sich bewährt“, so Generaldirektor Klaus Buchleitner in einer Pressekonferenz am 29. April. Die seit Mitte 2013 in Angriff genommene umfassende strategische Neuausrichtung der RLB NÖ-Wien zeigte bereits zum Jahresende erste positive Effekte. So wurden beispielsweise neben der umfassenden Reorganisation der gesamten Bank das Filialnetz optimiert, die Abwicklungsprozesse im Kreditgeschäft neu konzipiert und das Wertpapierportfolio durch den Verkauf von mehr als 1 Mrd. Euro an Wertpapieren gestrafft.

RLB NÖ-Wien-Konzernjahresüberschuß auf 125,1 Mio. Euro gestiegen

Der Konzernjahresüberschuß vor Steuern erreichte mit 125,1 Mio. Euro nach 16,8 Mio. Euro im Vorjahr wieder ein gewohntes Niveau. Dazu haben insbesondere das at equity bilanzierte Ergebnis der Raiffeisen Zentralbank Österreich, die gute Geschäftsentwicklung der RLB NÖ-Wien selbst sowie erste Effekte aus den eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen beigetragen.

Konzernbilanzsumme um 10 Prozent auf 29,07 Mrd. Euro gesunken

Durch aktives Bilanzstrukturmanagement sank die Konzernbilanzsumme der RLB NÖ-Wien im vergangenen Jahr um 10 Prozent auf 29,07 Mrd. Euro (Vorjahr: 32,31 Mrd. Euro).

Erste Welle der Basel III-Anforderungen sehr gut gemeistert

Die RLB NÖ-Wien und die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien haben die erste Welle der



Foto: Raiffeisen NÖ-Wien

Präsentierten die Bilanz 2013 (v. l.): Dir. Veronika Haslinger, Generaldirektor Klaus Buchleitner und GD-Stv. Georg Kraft-Kinz

Basel III Anforderungen sehr gut gemeistert und erfüllen dank umfangreicher Maßnahmen die Kapital- und Liquiditätserfordernisse mehr als ausreichend. So hat sich die Kapitalausstattung der Raiffeisen-Holding-Kreditinstitutsgruppe, die auch die RLB NÖ-Wien umfaßt, weiter deutlich verbessert. Die Eigenmittelquote liegt mit 21,4 % – nach 17,3 % im Vorjahr – auf hohem Niveau. Die Kernkapitalquote hat sich von 12,0 % auf 13,3 % erhöht. Nach Basel III betragen die simulierten pro-forma-Werte per 31. Dezember 2013: Tier 1 Ratio: 16,7 % und Total Capital Ratio: 22,0 %. „Dies unterstreicht einmal mehr die Solidität und Substanzstärke von Raiffeisen NÖ-Wien“, so Buchleitner.

Mehr Kredite und Einlagen

„In Wien konnten wir den Kundenanteil in den vergangenen zehn Jahren von drei auf 13 % ausbauen“, erklärt Georg Kraft-Kinz, Generaldirektor-Stellvertreter der RLB-NÖ-Wien. Mehr als die Hälfte des Gewinnes 2013, nämlich insgesamt 68,5 Mio. Euro, stammt aus dem Geschäft mit Privat- und Gewerbekunden sowie Kommerzkunden. Sowohl bei der Kreditvergabe als auch bei den Einlagen verzeichnete die RLB NÖ-Wien im vergangenen Jahr erneut Zuwächse. So stiegen die Finanzierungen 2013 um

5,2 % (Volumen: 11 Mrd. Euro), die Einlagen um 2,4 % (Volumen: 8,3 Mrd. Euro). „Bei den Privatkunden konnten wir vor allem durch die Verbindung von analogem und digitalem Angebot sowie Innovationen bei Dienstleistungen punkten, bei den Kommerzkunden erzielten wir insbesondere in den Geschäftsfeldern Wohnbau, Windkraft und Ausland weitere Zuwächse“, betont Kraft-Kinz.

NÖ Raiffeisenbanken erneut mit ausgezeichnetem Ergebnis

Mit einem erneut ausgezeichneten Ergebnis schlossen die 67 niederösterreichischen Raiffeisenbanken das Geschäftsjahr 2013 ab. So konnten sie das EGT 2013 auf 121 Mio. Euro steigern, nach 112 Mio. Euro im Vorjahr. Das bedeutet einen Zuwachs um 8 %. Die Bilanzsumme betrug per 31. Dezember 2013 19,58 Mrd. Euro (Vorjahr: 19,83 Mio. Euro).

Über 962.000 Kunden vertrauen Raiffeisen in Niederösterreich Marktanteil auf 44 Prozent ausgebaut

Auch der Marktanteil der niederösterreichischen Raiffeisenbanken konnte um einen Prozentpunkt auf 44 % ausgebaut werden. Nahezu jeder zweite niederösterreichische Bankkunde ist damit Raiffeisenkunde. 2013

Wirtschaft

verzeichneten die niederösterreichischen Raiffeisenbanken ein signifikantes Kreditwachstum von rund 5 Prozent sowie einen Anstieg der Gesamtverbindlichkeiten gegenüber Kunden um 1,1 %. Die Raiffeisenbanken in Niederösterreich beschäftigen rund 3240 Mitarbeiter in 523 Bankstellen und bieten ihren Kunden das komplette digitale Angebot von Raiffeisen NÖ-Wien.

Raiffeisen-Holding NÖ-Wien: Konzernergebnis auf Euro 179,9 Mio. gesteigert

Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien setzte 2013 ihren Konsolidierungskurs fort. Im Zuge dessen wurde das Beteiligungspportfolio von bisher sechs Geschäftsfelder auf nunmehr vier gestrafft: Finanzdienstleistungen, Industrie, Medien und Immobilien. Schwerpunktartig kam es im Zuge zahlreicher Optimierungen innerhalb des Beteiligungspportfolios zu Desinvestitionen bei NOM UK sowie bei DO & CO. Entsprechend der aktiven Bilanzstrukturoptimierung sank die Bilanzsumme des Raiffeisen-Holding-Konzerns um knapp 10 % auf 30,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 34,01 Mrd. Euro).

Konzernergebnis deutlich erhöht auf 179,9 Mio. Euro

Das Konzernergebnis (Jahresüberschub vor Steuern) der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien stieg 2013 mit 179,9 Mio. Euro stark (Vorjahr: -29,8 Mio. Euro) und schloß damit wieder an das Vorkrisenniveau an. Die deutliche Erhöhung des Ergebnisses ist im wesentlichen auf höhere Beiträge von at equity in die Bilanz einbezogenen Beteiligungen und die Desinvestition von Verlustbringern zurückzuführen.

Rund 23 Mrd. Euro Umsatz bei wesentlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen

„Das um das Geschäftsfeld Finanzdienstleistungen aufgebaute Beteiligungspportfolio erweist sich dank seiner Diversifikation als stabil und tragfähig“, erklärt Veronika Haslinger, für die Beteiligungen zuständige Geschäftsführerin der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Die Restrukturierung des Beteiligungspportfolios zeigt bereits erste Früchte. Die wichtigsten Ergebnisbringer waren nach dem Bankenbereich die Zuckerbeteiligungen mit AGRANA und Südzucker sowie der Baukonzern STRABAG und die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG. Der kumulierte Umsatz der wesentlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien lag 2013 so wie

im Vorjahr in etwa bei 23 Mrd. Euro. Die Beteiligungsunternehmen investierten im Jahr 2013 im In- und Ausland circa 750 Mio. Euro.

2014: Wachstum im Privat- und Kommerzkundengeschäft

Das erste Quartal 2014 verlief sowohl für die Raiffeisen-Holding als auch für die RLB NÖ-Wien positiv und plangemäß. Damit liegt der Fokus der RLB NÖ-Wien - trotz der Zusatzbelastungen aus dem strengen regulatorischen Umfeld und der Notwendigkeit zur weiteren kostenmäßigen Konsolidierung – sowohl im Privat- als auch im Kommerzkundengeschäft auf weiterem Wachstum.

„In der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien wollen wir heuer die Desinvestition der REENERGIE, unserer 100-Prozent-Tochter im Bereich der erneuerbaren Energien, abschließen. Im Geschäftsfeld Immobilien werden wir 2014 bestehende Projekte erfolgreich weiterführen, Neuinvestitionen sind aus Gründen der Kapitalbindung für heuer nicht geplant“, erklärt Buchleitner.

„Die positive Entwicklung des Jahres 2013 und die Zwischenergebnisse im ersten Quartal 2014 zeigen, daß Raiffeisen NÖ-

Wien auch im dramatisch veränderten Umfeld der Finanzdienstleistungsbranche dynamisch die erforderlichen Schritte setzt. Damit stellen wir 2014 erneut unsere Leistungsfähigkeit und Solidität im Sinne unserer Kunden unter Beweis“, so Buchleitner abschließend.

Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg. Gen.m.b.H. hält direkt und indirekt rund 700 Beteiligungen in vier Geschäftsfeldern. Die wichtigste Beteiligung ist die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, dazu kommen Industriebeteiligungen wie AGRANA Beteiligungs AG, Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG, NÖM AG und Strabag SE sowie Unternehmen im Bereich Medien und Immobilien mit insgesamt weltweit 3750 Standorten mit insgesamt 156.000 MitarbeiterInnen.

Die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG ist das Verbundinstitut der Raiffeisen Bankengruppe NÖ-Wien. In der Zentrale und in rund 60 Geschäftsstellen in Wien arbeiten rund 1300 MitarbeiterInnen. Die 67 selbstständigen niederösterreichischen Raiffeisenbanken verfügen über 523 Bankstellen mit insgesamt rund 3240 MitarbeiterInnen. ■

<http://www.raiffeisenbank.at>

OMV investiert 400 Mio. Euro in NÖ

Die OMV, das integrierte, internationale Öl- und Gasunternehmen, setzt weiterhin auf die Produktion von Öl und Gas in Niederösterreich. Das Weinviertel ist im Portfolio des Unternehmens nach den Fördergebieten in Rumänien und Norwegen der dritt-wichtigste Produktionsstandort weltweit.

Im Einklang mit der Strategie des Unternehmens wurde auch in Niederösterreich stark in die Exploration und Produktion investiert. In Niederösterreich wird der Mitteleinsatz in den nächsten zwei Jahren auf rund 400 Millionen Euro erhöht. Insgesamt fließen bis 2016 rund 80 Prozent der gesamten OMV-Investitionen von jährlich rund 3,9 Milliarden Euro weltweit in den Bereich Exploration und Produktion.

OMV Generaldirektor Gerhard Roiss: „Wer international wachsen möchte, braucht eine starke Basis. Diese Basis ist für uns Niederösterreich. Die Investitionen im Bereich Exploration und Produktion unterstreichen den Stellenwert, den diese Region im Portfolio der OMV hat.“

Die starke Position der OMV als Arbeitgeber und zuverlässiger Partner in Niederösterreich mit der Produktion von Erdöl und Erdgas sowie der Raffinerie in Schwechat

nützt der gesamten Region. Mehr als 13.000 Arbeitsplätze werden dort direkt und indirekt durch das Engagement der OMV gesichert. Der Beitrag zum NÖ Bruttoinlandsprodukt beträgt 4,7 Prozent und ist damit gleichbedeutend mit dem Tourismus.

„Die Entscheidung für die Investitionen in Niederösterreich ist im Vorjahr getroffen worden. Um dem natürlichen Förderrückgang entgegenzuwirken, ist der Mitteleinsatz notwendig, um die Produktion in den vorwiegend reifen Feldern zu stabilisieren. Ohne diese Investitionen wäre es uns nicht möglich, das Förderniveau zu halten“, betont Roiss.

Im Vorjahr wurden in Niederösterreich täglich 35.000 Barrel Öläquivalent gefördert (1 Barrel = 159 Liter). Heuer soll diese Menge trotz natürlichem Förderrückgang stabil bleiben. Diese Investitionen bewirken, dass der natürliche Förderrückgang von zehn Prozent pro Jahr ausgeglichen wird. Schlüssel zur Sicherung und Steigerung der Förderung sind weitere Bohrungen in Niederösterreich. Im Weinviertel werden im Jahr 2014 bis zu 24 Bohrungen abgeteuft, im Jahr 2015 sind rund 20 geplant. Bei insgesamt 14 Projekten handelt es sich um Explorationsbohrungen mit zusätzlichem Förderpotential. ■

18. Steiermark-Frühling in Wien

Ohne Regen wäre die Steiermark nicht so grün.“ Umso herzlicher fiel daher am 10. April die Eröffnung des 18. Steiermark-Frühling in Wien bei typischem Aprilwetter aus – das Grüne Herz Österreichs schlug wieder am Wiener Rathausplatz. Mit einem „Schluck Urlaub“ (quellfrisches Hochschwabwasser) wurde das Steiermark-Dorf offiziell von den steirischen Landeshauptleuten Franz Voves und Hermann Schützenhöfer sowie dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl und Steiermark-Tourismus Geschäftsführer Erich Neuhold, eröffnet.

Aufmerksam belauscht wurden die Eröffnungsgäste von einer illustren Runde an Politikern (Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter, Landwirtschaftskammer-Präsident Franz Titschenbacher), aber auch Brauunion-Generaldirektor Markus Liebl oder Modedesignerin Lena Hoschek stellten sich zur Eröffnung ein. Selbst Bundespräsident Heinz Fischer besuchte wieder das Steiermarkdorf und wanderte von der Kernöleierspeisstation über die Buchtelbar bis zur Steireralm.

Kaum war die Eröffnung vorbei, hörte auch dem April-Wetter angepaßt der Regen auf, sodaß sich die zahlreichen Gäste gleich wieder ihrem Steiermark-Rundgang widmen konnten.

„Wir zeigen in diesen vier Tagen wieder die ganze bunte Palette an Urlaubsmöglichkeiten, die das Grüne Herz zu bieten hat, vom Urlaub in der Natur, über den Wellnessurlaub, den Sehenswürdigkeiten, bis natürlich den kulinarischen Gaumenfreuden. Vier Tage lang kann man in Wien gemütlich durch die Steiermark spazieren und sich inspirieren lassen“, freut sich Erich Neuhold, GF Steiermark Tourismus.

Zum 18. Mal präsentierte sich das Grüne Herz Österreichs in Wien. 750 Urlaubsgastgeber und 750 Aktionisten wecken die Vorfreude auf einen Urlaub in der Steiermark. Ob Gustieren bei den vielen kulinarischen Produzenten oder Gastronomen, Informieren über die frischen Angebote für einen Frühlings- und Sommerurlaub, Entspannen in der Thermenland-Lounge, Mitmachen in der Osterwerkstatt am Samstag, aktiv Sein auf der Kletterwand oder im Familien-Land, sich Unterhalten im Herz aus Stroh oder sich Vergnügen bei dem vielseitigen Programm von Frühlingsjazz bis Volkskultur – es war sicherlich für jeden Geschmack etwas dabei. Denn so vielseitig sich die Steirer am



Bühne mit Trinkwasser und Steiermark Genuß-Apfel (v.l.): BM Andrä Rupprechter, LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, Apfelbotschafter Andreas Gabalier, BM Johanna Mikl-Leitner, Apfelmäuerin Josefa Wilhelm, Bgm. Michael Häupl, LH Franz Voves und ST-GF Erich Neuhold



Haubench Koch Gerhard Fuchs mit traditioneller und veganer Buschenschank-Jause

Rathausplatz präsentierten, so vielseitig sind auch die Urlaubsmöglichkeiten in der Steiermark.

Am Freitag präsentierte Haubench Koch Gerhard Fuchs die Besonderheiten der veganen Brettljause. Die Steirischen Buschenschänken präsentierten sich anlässlich ihres 230jährigen Bestehens so zeitgemäß wie noch nie. Zehn kreative BuschenschankbetreiberInnen sind durch die Schule von Gerhard Fuchs gegangen und setzen nun das Thema Brettljause vegan und vegetarisch innovativ in verschiedenen Kreationen um. Damit folgen sie den aktuellen Ernährungstrends. Vegane Gerichte zum Gustoholen: Neue Brotkreationen wie Maisbrot und Polentabrot, Röhrsalat auf Erdäpfelmarinade, Zucchinirot mit Paradeisermarmelade und vieles mehr.

Am Samstag und Sonntag wurden zahlreiche Osterbräuche vorgestellt – vom Osterratschenbauen, Palmbuschen binden, Oster-eier-Suche der Naturparke oder der einer eigenen Osterwerkstatt. Palmsonntag und Ostermontag finden in der Steiermark wohl die schönsten und meisten Bräuche des ganzen Jahres statt. Das traditionelle Eierfärben, das Palmbuschenbinden und das Ratschenbauen sind besonders für die kleinen Gäste immer ein besonderer Renner. Schon gewußt: Ostereier werden nicht x-beliebig gefärbt, Palmbuschen binden gehört mitunter zu den wichtigsten Traditionen und wird von Region zu Region unterschiedlich gepflegt und die Ratschen ersetzen bis zur Osternacht das Glockengeläute.

<http://www.steiermarkdorf.at>

725 Jahre Stadt Radstadt

Die Stadt Radstadt begibt am 1. Mai das offizielle Jubiläum der Stadterhebung vor 725 Jahren. Aus diesem Anlaß wird das ganze Festjahr über eine Vielzahl von Veranstaltungen abgehalten. „In Radstadt packen alle mit an – in den letzten Monaten haben unzählige ehrenamtliche HelferInnen jede freie Minute geopfert, das ist gelebtes Miteinander und eine starke Gemeinschaft“, betonte Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, die in Vertretung von Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei der Jubiläumsfeier die Grußworte des Landes überbrachte.

Auch wurde das Museum im historischen Kapuzinerturm erneuert. Es veranschaulicht die Zeit der Bauernkriege in interaktiver Form und beherbergt heuer zudem eine Sonderausstellung anläßlich des Beginns des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren. Weiters gibt es einen Amadé-Radmarathon und Hofhaimertage, Spaß & Spiel an einem speziellen Kindertag, Oldtimer-Traktorentreffen, ein Knödel- und ein Gardefest bis hin zum Bauernherbstfest und Almabtrieb oder Kunsthandwerkmarkt. Dazu gibt es Open-Air-Kino, Führungen mit dem Radstädter Nachtwächter und Volksmusikabende.



Foto: LMZ / Neumayr

v.l.: Anna Kaswurm, Franz Kahr, Bgm. Radstadt Josef Tagwercher, Victoria Kahr, Landtagspräsidentin Dr. Brigitta Pallauf, Josefa Seiwald und Josef Huber

Stadtrecht 1289 verliehen

Die Stadtanlage von Radstadt, dem Hauptort des Ennspongau im Land Salzburg, liegt 856 Meter über dem Meeresspiegel auf einer nach drei Seiten abfallenden Terrasse. Am 27. Juli 1289 verlieh der Erzbischof von Hohenegg eine Urkunde, in der er den Bürgern von Radstadt („Cives in Rastatt“) alle städtischen Rechte, Privilegien

und Freiheiten verlieh, die auch die Stadt Salzburg und andere Städte des Erzstiftes innehatten, und befreite sie für zehn Jahre von allen Steuern und Abgaben mit Ausnahme der zur Befestigung und Bewachung der Stadt notwendigen Leistungen. Dieses Dokument beinhaltet das Stadtrecht Radstadt und ist Anlaß der Feierlichkeiten 2014. ■

<http://www.radstadt.at>

Stadt Wien, Worldline und A1 präsentieren HANDY Parken neu

Stadt Wien, Worldline und A1 haben am 31. März im Wiener Rathaus die von A1 neu entwickelte HANDY Parken-App präsentiert. „Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten auch von kommunalen Dienstleistungen, daß diese so einfach und serviceorientiert wie möglich angeboten werden. Mit der neuen HANDY Parken-App reagieren wir auf diese Bedürfnisse und ich bin fest davon überzeugt, daß mit der neuen App die Erfolgsgeschichte von HANDY Parken in Wien fortgesetzt werden kann“, so die Wiener Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin Renate Brauner.

„Mit HANDY Parken haben Autofahrer in Wien eine einfache und schnelle Möglichkeit, ihre Parkscheine zu lösen – ohne Kleingeld und ohne Suche nach einer Trafik. Mit der neuen HANDY Parken-App wird das Service nun noch einfacher“, so Alexander Sperl, Vorstand von A1 für Marketing, Vertrieb und Service.

Parkscheine und Parkzeiten werden direkt in der App angezeigt. Weiters wurde eine Kartenansicht der Wiener Kurzparkzonen mit GPS-Funktion umgesetzt: Autofahrer sehen somit jederzeit, ob sie sich in einer kosten-



Foto: PID / Harald Krischanz

v.l.: Wolf Kunisch (Atos Worldline), VBgm. Renate Brauner und Alexander Sperl (A1)

pflichtigen Kurzparkzone befinden und ob aktuell das Lösen eines Parkscheins notwendig ist. Die neue App ist kostenlos für die Kunden aller österreichischen Mobilfunkbetreiber für das Betriebssystem Android und in den nächsten Wochen für Apple iOS verfügbar, die Apps für Windows Phone und BlackBerry 10 folgen.

HANDY Parken hat mittlerweile rund eine

Million aktive Nutzer und ist das beliebteste mobile Parksystem Österreichs. In Wien werden rund 50 Prozent aller Parkscheine auf diese Weise gelöst.

Für das HANDY Parken in Wien kann das Parkguthaben über paybox sowie über die Homepage mit Kreditkarte oder via Online Banking aufgeladen werden. ■

<http://www.handyparken.at>

Vienna Ring Tram feiert fünften Geburtstag

Seit fünf Jahren ist die Vienna Ring Tram sein fester Bestandteil im Programm von Wien-Besuchern aus dem In- und Ausland. Rund 300.000 Fahrgäste nutzten das Angebot der Wiener Linien für eine Fahrt rund um die Ringstraße seit dem Start am 1. April 2009. Während der rund 25minütigen Fahrt in der gelben Straßenbahn zieht die prunkvolle Ringstraßenarchitektur mit Höhepunkten wie der Oper, den großen Museen, dem Parlament oder dem Rathaus an den Fahrgästen vorbei. „Unsere gelbe Ring Tram hat sich als Touristenattraktion etabliert und ist bei Fahrgästen aus aller Welt beliebt, um Wien von seiner schönsten Seite kennenzulernen“, so Wiener-Linien-Geschäftsführer Eduard Winter.

Seit 1. April 2014 gibt es für die Fahrgäste eine wichtige Änderung: die Haltestelle am Schwedenplatz wurde zur zentralen Ein- und Ausstiegsstelle für die Fahrgäste. Sie können die Fahrt um den Ring nun in Ruhe genießen, ein laufender Fahrgastwechsel in den Haltestellen entlang der Strecke entfällt – und damit das häufig störende Hopp-on/Hopp-off während der Fahrt.

Das Rundenticket gibt es weiterhin einfach beim Zugbegleiter in der Vienna Ring Tram zu kaufen sowie bei der zentralen Einstiegstelle am Schwedenplatz bei der Vor-



Foto: Wiener Linien / Johannes Zinner

Die Vienna Ring Tram im Bereich Dr.-Karl-Renner-Ring

verkaufsstelle in der U-Bahn-Station (Erwachsene 8 Euro, Kinder 4 Euro). Leichter wird die zeitliche Orientierung für die Fahrgäste. Die Vienna Ring Tram fährt täglich von 10 bis 17:30 Uhr zu jeder vollen und halben Stunde vom Schwedenplatz ab.

Während der Fahrt erfahren Fahrgäste mittels LCD-Bildschirmen und Kopfhörern viel Wissenswertes zur Wiener Prachtstraße

derzeit in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Russisch und Japanisch und Ungarisch. Es gibt zudem zwei zusätzliche Sprachversionen: die original wienerische „Mundl-Ansage“, gesprochen von Schauspieler Karl Merkatz, und eine speziell auf Kinder zugeschnittene von Schauspieler Prof. Erich Schleyer. ■

<http://www.wienerlinien.at/portal2/ep/channelView.do?pageTypeId/66526/channelId/-46639>

Der Vienna Heurigen Express hat wieder Saison

Der Frühling in Wien ist in den Weinbergen besonders schön, die Natur erwacht aus dem Winterschlaf und das zarte Grün leuchtet in den Weingärten und im Wienerwald! Während in der guten alten Zeit eine Zahnradbahn die WienerInnen und WienbesucherInnen in die Weinberge brachte, so ist es jetzt der Vienna Heurigen Express, der unabhängig von Schienen die Fahrgäste in das größte und schönste Weinbaugebiet innerhalb Wiens bringt. Diese nun schon seit Jahren immer beliebter werdende Attraktion wird von Wienern wie von Touristen als Ergänzung zu einem Heurigenbesuch oder einfach als Rundfahrt (ca. eine Stunde) in Anspruch genommen.

Von der Abfahrtsstelle in der Zahnradbahnstraße 8 bei der Endstation der Straßenbahnlinie D in Nußdorf führt der Vienna Heurigen Express durch ein typisches, idyllisches Stück Wien über den Beethoven Park, durch malerische Weinbauorte bis hinauf auf den Kahlenberg, wo man einen atemberaubenden Panoramablick über Wien genießen



Foto: City Scenic Tours GmbH

Der Heurigen Express bringt die Fahrgäste in das schönste Weinbaugebiet Wiens.

kann – bequem im Sitzen und gleichzeitig an der frischen Luft!

Der Vienna Heurigen Express fährt im Hop-on/Hop-off-System, man steigt so oft man will an den Haltestellen ein und aus oder bleibt für eine Rundfahrt sitzen. Die Station am Kahlenberg bietet einen phänomenalen Ausblick auf Wien und auch in Grin-

zing befindet sich eine Station, sodaß man bequem in einem der vielen Heurigenlokale einkehren kann.

Der Heurigen Express fährt von April bis Ende Oktober jeden Freitag, Samstag, Sonntag und Feiertag in der Zeit von 12h bis 18h zu jeder vollen Stunde und bei jedem Wetter. ■

<http://www.cityscenic tours.at>

Bundesminister Ostermayer zum Ableben von Hans Hollein

Vor wenigen Tagen durfte ich noch die Begrüßungsworte anlässlich der Feierlichkeiten rund um Hans Holleins 80. Geburtstag sprechen und ihm Genesungswünsche an das Krankenbett senden. Daß er heute bereits nicht mehr unter uns ist, ist eine sehr traurige Nachricht. Die Architektur des Städtebaus wurde durch Hans Hollein wesentlich geprägt. Als meisterhafter Architekt, inspirierender Lehrer, Visionär und Vordenker legte er den Grundstein für ein neues Bewusstsein in der Baukunst. Wie wenige andere Architekten hat er so markanten Einfluß auf die bauliche Gestaltung des 20. Jahrhunderts genommen. International tätig, verstand er es, der Moderne einen zeitgenössischen Ausdruck zu geben. Durch seinen Tod verliert nicht nur Österreich einen seiner bekanntesten Architekten, Künstler und Theoretiker, sondern auch einen kulturpolitisch engagierten Streiter für die Kunst und die Kunstschaffenden. Mein Beileid gilt seiner Familie, seinen Kindern, seinen Freunden, Mitarbeitern und Wegbegleitern“, so Bundesminister Ostermayer in einer ersten Reaktion zum Ableben von Hans Hollein.

Hans Hollein, geboren 1934 in Wien, war Architekt, Designer, Bildhauer, Objekt-



© Alexandra Pawloff

Am 24. April 2014 in Wien gestorben: Architekt Hans Hollein (2011)

künstler, Ausstellungsgestalter und Architekturtheoretiker. Für sein reiches Schaffen wurde er mehrfach national und international ausgezeichnet.

Lesen Sie einen ausführlichen Bericht über Leben und Arbeit von Hans Hollein im „Österreich Journal“ pdf-Magazin Ausgabe 129 vom 4. April 2014. ■

Wiens Kulturstadtrat Mailath zum Ableben von Michael Glawogger

Michael Glawogger war einer der engagiertesten, produktivsten und international erfolgreichsten Filmschaffenden Österreichs“, reagierte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny tief betroffen auf das plötzliche Ableben des Filmregisseurs, Drehbuchautors und Kameramanns. Er ist in der Nacht auf den 23. April bei Dreharbeiten in Liberia an Malaria gestorben. „Er hat jahrzehntelang das österreichische Filmschaffen durch seine gesellschaftskritische Haltung und Arbeit geprägt. Mit seiner Darstellung von Lebenswelten aller sozialen Schichten auf allen Kontinenten nahm er eine einzigartige Position in der Filmlandschaft ein. Seine Filme, für die er auch viele Auszeichnungen erhielt, waren schonungslos und zeichneten ein authentisches und empathisches Bild unserer Gesellschaft. Insbesondere sozial Benachteiligten widmete er seinen scharfen Blick und setzte jenen ein Filmdenkmal, die sonst nicht in der Öffentlichkeit zu sehen sind. Als Aufklärer im besten Sinne, wie es nur wenige von ihnen gibt, wird er uns fehlen. Meine tiefe Anteilnahme gilt seiner Familie und Freunden“, schloß Mailath.

Foto: Manfred Werner / Creative Commons Attribution-Share Alike license



Michael Glawogger beim Österreichischer Filmpreis 2012

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz sagte: „Mit Michael Glawogger verliert der österreichische Film einen seiner herausragendsten, profiliertesten und neugierigsten Filmemacher.“ International ausgezeichnete Meisterwerke wie „Whores' Glory“ „Megacities“, „Workingman's Death“ oder hätten ihn

zum großen „Dokumentaristen unserer Zeit“ gemacht. Der ORF habe ihn auf seinen filmischen Reisen in Höhen und Tiefen des Lebens begleitet. „Darauf sind wir in der tiefen Trauer ob des schmerzlichen und unerwarteten Verlusts stolz. Unser tiefes Beileid gilt seiner Familie“, so Wrabetz. ■

Personalia

Wiens Kulturstadtrat Mailath zu Eric Pleskows 90. Geburtstag

Eric Pleskow war einer der einflussreichsten und erfolgreichsten Filmproduzenten Hollywoods“, gratuliert Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny dem zehnfachen Oscar-Preisträger, Ehrenpräsidenten der Viennale und Ehrenbürger der Stadt Wien zu seinem 90. Geburtstag. „Mit seinen Filmen hat er Millionen von Menschen große, beeindruckende und unvergessliche Kinoabende geschenkt und damit Filmgeschichte geschrieben. Als Produzent hat er immer den richtigen Griff bewiesen und mit Gespür, Urteilsvermögen und Mut zum Risiko auf die richtigen Filmstoffe gesetzt und so manche Filmkarriere heutiger Stars ermöglicht. Auch als Präsident der Viennale trägt er durch seine internationalen Kontakte, seine Kompetenz und sein Ansehen zum großen Erfolg des Wiener Filmfestivals bei. Ebenso wenig wegzudenken sind dabei seine humorvollen Eröffnungsreden und seine treffenden Beiträge zur Gesellschaftspolitik, die von einer großen humanistischen Haltung geprägt sind. Eric Pleskow zählt zu jenen, die von den Nationalsozialisten vertrieben wurden und sich fern der Heimat



Foto: media wien

26. Feber 2007, Eric Pleskow wird Ehrenbürger der Stadt Wien. Im Bild (v.l.): Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Erich Pleskow und Bürgermeister Michael Häupl

eine Existenz aufbauen mußten. Dennoch ist er heute Wien aufs Engste verbunden, wie seine regelmäßigen Aufenthalte in seiner Heimatstadt und seine zahlreichen Freundschaften belegen. Eric Pleskow ist für mich ein persönlicher Freund, wie man ihn sich nur wün-

schen kann, und ein großartiger Mensch“, schließt Mailath.

Lesen Sie einen ausführlichen Bericht über Leben und Arbeit von Eric Pleskow in unserer Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudolf Ulrich auf der Seite 128. ■

»Gold« für Eduard Pesendorfer

Mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ wurde Oberösterreichs Landesamtsdirektor Eduard Pesendorfer am 28. April ausgezeichnet. Landeshauptmann Josef Pühringer wies in seiner Laudatio darauf hin, „daß Pesendorfer mehr als 25 Jahre lang den oberösterreichischen Landesdienst als Landesamtsdirektor geprägt hat. Die Entwicklung der Verwaltung vom Aufgaben erledigenden Verwaltungsapparat hin zum wirkungs- und bürgerorientierten Dienstleistungsunternehmen als lernende Verwaltung ist fest mit seinem Namen verbunden.“

Stellvertretend für die vielen Modernisierungsschritte unter der Federführung Pesendorfers nannte Pühringer das langfristige Management- und Unternehmenskonzept des Landes Oberösterreich für eine wirkungsvolle Landesverwaltung (WOV 2015). Die Idee dahinter: Verwaltungshandeln soll nicht nur dem Prinzip der Ordnungsmäßigkeit dienen, sondern auch der Erzielung von Wirkungen. Verwaltung soll Wirkungen erreichen, nicht nur Aufgaben erledigen.

„Zur bisherigen Lebensleistung von Dr. Eduard Pesendorfer gehört aber auch die Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden der



Foto: Land OÖ / Stinglmayr

Landeshauptmann Pühringer mit Landesamtsdirektor Eduard Pesendorfer und dem Linzer Vizebürgermeister Erich Watzl mit Ehefrauen

Energie AG von 1989 bis 2008 und sein internationales Engagement. Damit hat er wesentlich zum Ansehen Oberösterreichs im In- und Ausland beigetragen, insbesondere durch seine Tätigkeit in der ARGE Donauländer und Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria sowie der Versammlung der Regionen Europas und der Konferenz der Power-Regionen“, so Pühringer, der auch darauf hinwies,

daß eine endgültige Bilanz der Leistungen von Pesendorfer als Landesamtsdirektor noch nicht gezogen werden kann: „Alle bisher vorliegenden Benchmarks zwischen der Verwaltungen der Bundesländern, wo Oberösterreich bereits jetzt eine führende Position einnimmt, beruhen auf Zahlen, in denen die Effekte der aktuellen Verwaltungsreform noch gar nicht enthalten sind.“ ■

Bürgermeister Schaden erhielt »Großes Ehrenzeichen«

Bevor es am 29. April zur ‚großen Geburtstagsparty‘ mit mehr als 200 Gästen in den ‚Zwergergarten‘ des Schlosses Mirabell geht, um mit Bürgermeister Dr. Heinz Schaden den 60. Geburtstag zu feiern, war es mir ein persönliches Anliegen, heute hierher auf die Festung Hohensalzburg einzuladen“, betonte Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 26. April bei der Auszeichnung des Salzburger Bürgermeisters.

Am 30. April wurde Heinz Schaden wieder als Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg angelobt, und er beging exakt an diesem Tag das 15-Jahre-Bürgermeisterjubiläum. „Du bist dann ein Viertel Deines Lebens im Bürgermeisteramt – und damit der am längsten durchgehend amtierende Bürgermeister der Stadt Salzburg seit Mitte des 19. Jahrhunderts“, so der Landeshauptmann, der Bürgermeister Schaden höchsten Respekt zollte und ihn über einstimmigen Regierungsbeschluß mit dem Landesorden dem „Großen Ehrenzeichen des Landes Salzburg“ auszeichnete. „Diese Ehrung heute ist Zeichen der hohen persönlichen Wertschätzung für einen Politiker und Menschen, der



Foto: LMZ Franz Neumayr

LH Wilfried Haslauer (r.) überreicht das »Große Ehrenzeichen des Landes Salzburg« an Bürgermeister Heinz Schaden, links im Bild dessen Frau Jianzhen.

die Stadtpolitik und damit den Weg der Stadt seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Stadtregierung – ab 1992 – und seit 15 Jahren an deren Spitze ganz maßgeblich und sehr positiv geprägt hat“, so der Landeshauptmann.

Das rhetorische Talent und das Talent, zu führen – beides nicht ganz unwesentliche „Werkzeuge“ für spätere Bürgermeister –

habe der gebürtige Grazer schon als Landeschulsprecher unter Beweis gestellt. „Wer Heinz Schaden kennt, weiß es schon längst: Zu seinen vielen Tugenden gehört vor allem eine, die den Umgang mit der Stadt zwar nicht immer leicht, aber zumindest berechenbar macht: Die Verlässlichkeit“, so der Landeshauptmann. ■

LH Kaiser und Geschichtsverein für Kärnten verliehen Preis

Mit dem „Preis des Geschichtsvereins für Kärnten und des Landeshauptmanns von Kärnten“ wurde die Historikerin Manuela Maier am Abend des 9. April für ihre Dissertation über den Franziszeischen Kataster ausgezeichnet. Überreicht wurde ihr die mit einer Dotation von 3000 Euro verbundene Auszeichnung von Landeshauptmann Peter Kaiser und Geschichtsvereinsdirektorin Claudia Fräss-Ehrfeld im Rahmen der Mitgliederversammlung 2014 im Landesarchiv in Klagenfurt. Den Festvortrag hielt der Botschafter der Republik Slowenien in Österreich, Andrej Rahten, unter dem Titel „Eine verhinderte Allianz? Franz Ferdinand und die Südslawen am Vorabend des Ersten Weltkrieges“. Mitte Juni erscheint sein Buch über dieses Thema.

Kaiser stellte als studierter Soziologe Thesen darüber auf, warum es den Preis des Geschichtsvereins und des Landeshauptmannes gibt. „Der Geschichtsverein ist ein unverzichtbarer Bestandteil des wissenschaftlichen und geistigen Lebens in Kärnten und sein Motto ‚Alles für Kärnten‘ deckt sich auch mit der Intention eines Landeshauptmannes“, lautete eine davon. Der von 1817 bis 1861 erstellte Franziszeische Ka-



Foto: LPD / fritzpress

v.l.: Univ.-Prof. Gernot Piccottini (langjähriger Direktor des Landesmuseums Kärnten), Manuela Maier, Landeshauptmann Peter Kaiser und Claudia Fräss-Ehrfeld

taster im Rahmen des KAGIS digitalisiert abrufbar sei. Erstellt worden sei der Kataster aber nicht nur aus kulturellen und statistischen Gründen, sondern einfach um zu sehen, bei wem man unter welcher Begründung Steuern einheben könne, meinte er mit einem Augenzwinkern.

Fräss-Ehrfeld sagte, daß man mit den Preisverleihungen möglichst viele junge Menschen dazu bringen wolle, an der Ge-

schichte Kärntens zu arbeiten. Kärnten ziehe seine Identität nämlich ganz stark aus der Geschichte.

Die heurige Preisträgerin Manuela Maier gab ihrer Dissertation den Titel „Pittoreske Merkwürdigkeiten – Volksfrömmigkeit – kärglicher Alltag. Der Franziszeische Kataster für Kärnten als kulturgeschichtliche Quelle des ländlichen Raumes“.

■ <http://www.kagis.ktn.gv.at>

Hohe Ehre für Bischof Bünker

Bundespräsident Fischer würdigt »moralische Autorität« des evangelisch-lutherischen Bischofs



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Heinz Fischer beim Festakt in der Hofburg, an dem neben Mitgliedern der Familie Bischof Michael Bünkers auch zahlreiche VertreterInnen der Evangelischen Kirchen, der Ökumene und der Religionsgesellschaften teilnahmen.

Mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern“ für Verdienste um die Republik Österreich ist der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker am 25. April in Wien ausgezeichnet worden. Bundespräsident Heinz Fischer überreichte das Ehrenzeichen am Vortag von Bischof Bünkers 60. Geburtstag in der Hofburg. Dabei dankte der Bundespräsident den evangelischen Kirchen für ihr Wirken „weit über den religiösen Bereich hinaus“, wie etwa im sozialen oder pädagogischen Feld. Als „moralische Autorität“ äußere sich Bischof Bünker in „pointierter und geradliniger Weise“ zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen, so der Bundespräsident bei der Feier, an der neben Mitgliedern der Familie Bünkers auch zahlreiche VertreterInnen der Evangelischen Kirchen, der Ökumene und der Religionsgesellschaften teilnahmen, wie etwa der Vorsitzende des Ökumenischen Rates der Kirchen, Lothar Pöll, der reformierte Landesuperintendent Thomas Hennefeld, Bischof John Okoro von der altkatholischen und

Weihbischof Helmut Krätzl von der römisch-katholischen Kirche, der orthodoxe Metropolitan Arsenios Kardamakis, Oskar Deutsch von der Israelitischen Kultusgemeinde und Fuat Sanac von der Islamischen Glaubensgemeinschaft.

„Bischof Bünkers Verdienste um die Republik Österreich sind vielfältig und spiegeln sich in seinen unterschiedlichen Funktionen als theologischer Experte, Lehrer und Wissenschaftler, als Ökumeniker, als Publizist und vor allem als gesellschaftspolitischer Vor- und Querdenker in Österreich wider. Er hat in den sechs Jahren seiner Tätigkeit als leitender geistlicher Amtsträger der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich das Bild seiner Kirche in der Öffentlichkeit maßgeblich geprägt und seiner Kirche eine Öffentlichkeitswirkung ermöglicht, die weit über deren konfessionsstatistisches Gewicht hinausreicht“, sagte Ministerialrat Karl W. Schwarz in seiner Laudatio für den Bischof. Den hohen Bekanntheitsgrad habe sich Bünker durch seine Ansprachen und Inter-

views erworben. Schwarz: „Er ist eine ganz außerordentliche mediale Erscheinung und fällt durch seine umfassenden kulturwissenschaftlichen, sozial- und gesellschaftspolitischen sowie humanistischen Kompetenzen auf.“ Schwarz erinnerte an Bünkers klare Distanzierung und Verurteilung des Antisemitismus, er habe den Zusammenhang von Migration und Religion zum Thema gemacht und allen Versuchen, Politik zu „religionisieren“ bzw. Kirchen politisch zu instrumentalisieren, eine Abfuhr erteilt.

Schwarz blickte in seiner Ansprache auf das Leben und die berufliche Laufbahn Bünkers zurück. Bünker, am 26. April 1954 in Leoben geboren und in Kärnten aufgewachsen, sei nicht nur Experte für Neues Testament. Er habe sich auch in die Systematische Theologie, vor allem jene von Wilhelm Dantine, vertieft. Darüber hinaus machte er sich auch als Religionspädagoge einen großen Namen, wie seine zahlreichen Publikationen zeigen. „Diese Veröffentlichungen weisen Bünker als kompetenten Professor aus, dem

Religion und Kirche

durchaus eine akademische Karriere zuge-
traut wurde, manche hätten ihn gerne am
Kathedr der Evangelisch-Theologischen
Fakultät gesehen“, so Schwarz. Bischof
Michael Bünker sei aber nicht nur wegen
seines bischöflichen Wirkens einer breiten
Öffentlichkeit bekannt, betonte Schwarz. Als
Kabarettist, Schriftsteller und Musiker habe
er schon mehrfach das Publikum für sich
gewinnen können.

„Ich verstehe die Verleihung des Goldenen
Ehrenzeichens mit dem Stern für Verdienste
um die Republik Österreich als Anerken-
nung des Wirkens der Evangelischen Kirche
A.B., die mir das Bischofsamt anvertraut
hat, der Evangelischen Kirche H.B. und der
Evangelisch-methodistischen Kirche, mit
denen wir in enger Kirchengemeinschaft le-
ben, unserer Schwesterkirchen in der Öku-
mene, ja der Religionsgesellschaften in
unserem Land“, erklärte Bischof Michael
Bünker in seinen Dankesworten. Er erinne-
te an die „positive und fördernde“ Umset-
zung der Religionsfreiheit durch den Staat,
der der Vielfalt der Religionen offen gegen-
überstehe und sie „nicht als Bedrohung, son-
dern als Reichtum“ verstehe. Die Trennung
von Staat und Kirche gehöre zu den Grund-
überzeugungen. Diese Trennung bedeute
„nicht ein beziehungsloses Nebeneinander,
sondern eine Befreiung, zuerst die Befreiung
der Politik von religiöser Bevormundung und
auf der anderen Seite die Befreiung von
Kirchen und Religionsgesellschaften von
politischer Dominanz“. In der wechselseitigen
Freiheit sind, so Bünker, „vielfältige



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Heinz Fischer (r.) mit Bischof Michael Bünker und dem »Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich«

Formen der Kooperation möglich und wirk-
lich geworden“ wie etwa in der Diakonie,
dem evangelischen Schulwesen oder beim
Religionsunterricht.

1991 wurde Michael Bünker, damals Pfar-
rer in Wien-Floridsdorf, Rektor der Evan-
gelischen Religionspädagogischen Akade-
mie (ERPA). Er nahm darüber hinaus Lehr-
aufträge für Bibeldidaktik an der Evan-
gelisch-Theologischen Fakultät wahr. 1999

folgte Bünkers Wahl zum Oberkirchenrat.
2006 wurde er zum Generalsekretär der Ge-
meinschaft Evangelischer Kirchen in Europa
bestellt, deren Geschäftsstelle er nach Wien
holte. 2007 wählte ihn die Synode zum Bi-
schof, seit 1. Jänner 2008 steht er der Evan-
gelischen Kirche A.B. in Österreich vor. ■

<http://www.evang.at>

AM Kurz startet Dialogprozeß mit Kirchen und Religionen

Außenminister Sebastian Kurz will den
Dialog mit den Kirchen und Religions-
gesellschaften verstärken und institutionalis-
ieren. Das kündigte der für Integration, Euro-
pa und Außenpolitik zuständige Minister bei
einer Begegnung mit den Mitgliedern der
„Plattform der Kirchen und Religionsge-
sellschaften“ an, die am 24. April in den
Amträumen der katholischen Bischofskon-
ferenz in Wien stattgefunden hat. Der Auf-
takt zum Religionsdialogprozeß soll ein
Gespräch über das Thema Religionsfreiheit
am 27. Mai sein, zu dem Kurz die Vertreter
der Kirchen und Religionen eingeladen hat.

Als Stärken der österreichischen Außen-
politik nannte der Außenminister das En-
gagement auf dem Westbalkan sowie die
Expertise im Themenfeld „Religion und
Werte“, die man „in die Welt tragen“ wolle.

Die positiven Erfahrungen Österreichs im
innerstaatlichen Verhältnis mit Kirchen und
Religionen seien ein wichtiger Aspekt der
österreichischen Außenpolitik, so Kurz, der
gleichzeitig auf erfolgreiche Kooperationen
im Integrationsbereich verwies. „Religion ist
ein Teil der Lösung und nicht ein Teil des
Problems“, so Kurz wörtlich. So seien die
Religionsgemeinschaften „Türöffner“, um
beispielsweise hinsichtlich des Spracher-
werbs an Zuwanderer und ihre Communities
heranzukommen.

Mit Blick auf die Situation in Syrien ver-
wies der Minister auf die bis jetzt bereits
erfolgte Hilfe Österreichs im Ausmaß von
rund acht Mio. Euro und die zusätzlich Auf-
nahme von 1000 Flüchtlingen. Es gelte bei
den somit insgesamt 1500 Plätzen für Sy-
rien-Flüchtlinge in Österreich nicht nur die

Quantität, sondern auch die „Qualität der
Aufnahme“ zu sehen. Durch die Bereitstel-
lung von geeigneten Quartieren, Deutsch-
kursen und einer zeitlich befristeten Grund-
versorgung gelte es „Flüchtlinge fit zu ma-
chen für ein selbstbestimmtes Leben“. Den
Kirchen und Religionen dankte Minister
Kurz für die konkrete Hilfe bei der Auf-
nahme und Betreuung von Flüchtlingen.

Ziel der Außenpolitik müsse es sein,
rechtzeitig vor Ort zu helfen, damit Men-
schen nicht zur Flucht gezwungen werden,
betonte Kurz. Von daher brauche es genü-
gend Mittel für die Entwicklungszusammen-
arbeit und den Auslandskatstrophenfonds
sowie die Beteiligung an friedenserhalten-
den Auslandseinsätzen des Bundesheeres.
Für alle drei Bereiche wolle er sich innerhalb
der Regierung einsetzen, so Kurz. ■

Der Ionenstrahl als Nano-Schrotflinte

Nanometergroße Löcher lassen sich mit Ionen in dünne Membranen schießen, allerdings verhalten sich die Ionen dabei anders als gedacht.

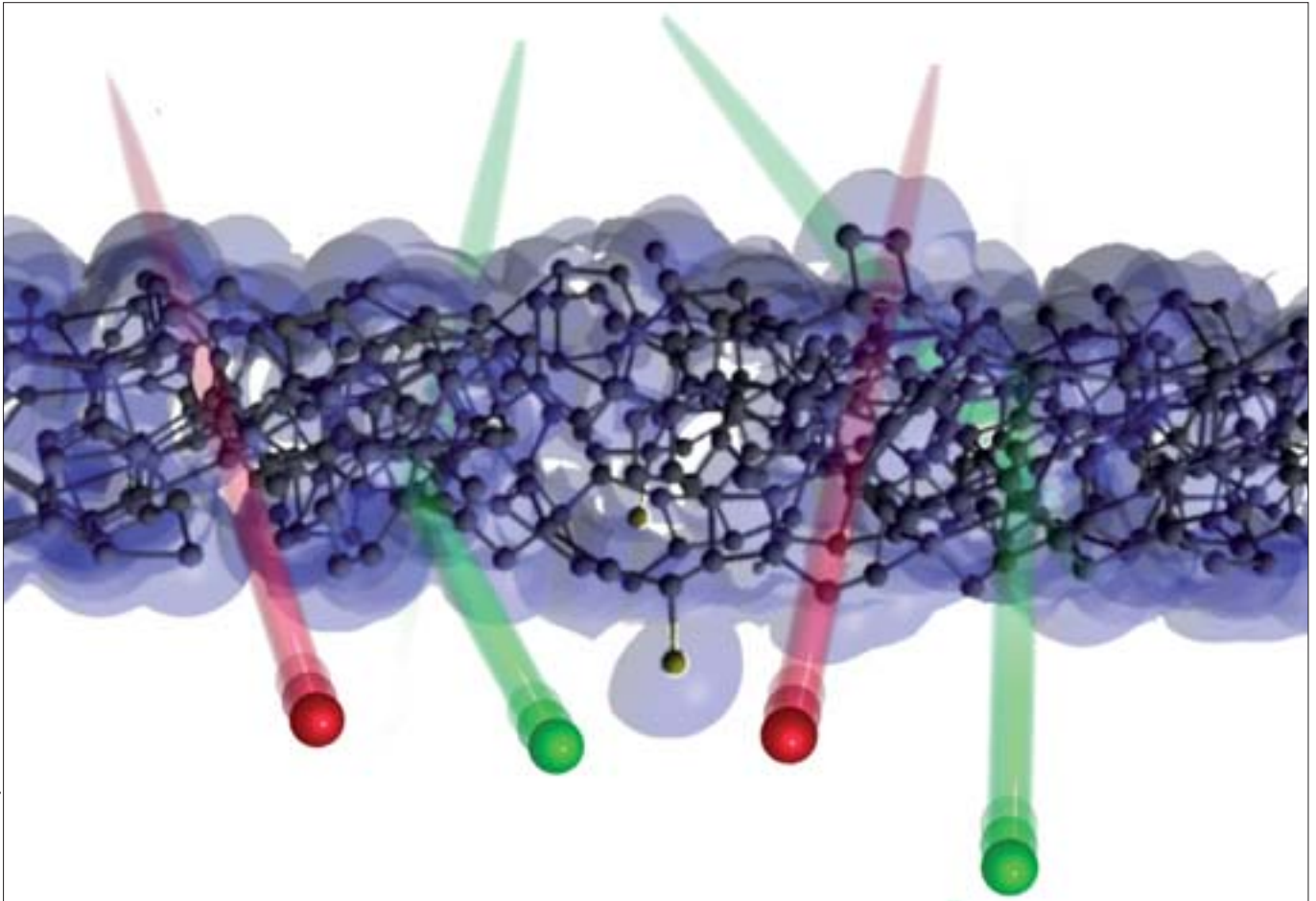


Foto: TU Wien

Manche Ionen gelangen auf geradem Weg durch die Folie, andere erfahren heftigere Ablenkungen.

Mit hochgeladenen Ionen lassen sich durchlöchernte Membranen herstellen, die als molekulares Sieb dienen. Wenn man Gewehrketten durch eine Holzplatte schießt, werden sie abgebremst. Ähnlich ergeht es Ionen, die man auf dünne Folien feuert. Doch wenn man extrem dünne Folien verwendet, die nur aus wenigen Atomlagen bestehen, sieht die Sache anders aus. Das Verhalten der Ionen hängt dann davon ab, ob sie mit einem Atomkern der Folie heftig zusammenstoßen oder ob es ihnen gelingt, sich sanft zwischen den Kernen hindurch zu schummeln.

Durch die Verwendung hochgeladener Ionen wird es möglich, Nano-Folien gezielt zu bearbeiten – etwa indem man sie mit vielen kleinen Löchern versieht, sodaß ein „molekulares Sieb“ entsteht. Durch die bloße Wucht des Ionen-Einschlags läßt sich das

nicht erreichen, der Trick liegt in der elektrischen Ladung der Ionen. Sie sorgt dafür, daß viel Energie auf einem winzigen Punkt der Folie deponiert werden kann und ein Loch entsteht. Die Forschungsergebnisse wurden nun im Fachjournal „Physical Review Letters“ publiziert. Das Team der TU Wien wurde bei dem Projekt vom Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf und der TU Dresden unterstützt.

Xenon-Atome und Kohlenstoff-Folien

Als Projektile werden im Experiment an der TU Wien Xenon-Ionen verwendet. Zehn bis dreißig Elektronen nimmt man jedem Xenon-Atom weg, es ist dann also stark elektrisch geladen und wird auf eine Probe geschossen, zum Beispiel eine Kohlenstoff-Folie. Normalerweise verliert das Projektil

auf jedem Wegstück, den es in der Folie zurücklegt, einen bestimmten Anteil seiner Energie, weil es immer wieder heftig mit den Atomen der Folie kollidiert. Dieses einfache Modell macht allerdings keinen Sinn mehr, wenn man Folien verwendet, die nur einige wenige Atomlagen dick sind – in der Größenordnung von wenigen Nanometern.

„Beim Beschuß solcher Nanomembranen stellten wir fest, daß wir dann auf der anderen Seite der Folie plötzlich zwei unterschiedliche Sorten von Ionen mit unterschiedlichen Energie- und Ladungsverteilungen detektieren“, sagt Prof. Friedrich Aumayr vom Institut für Angewandte Physik der TU Wien. Einerseits gibt es Ionen, die beim Durchdringen der Folie ihre elektrische Ladung ganz drastisch verändern. Sie holen sich eine große Zahl von Elektronen aus der Folie und

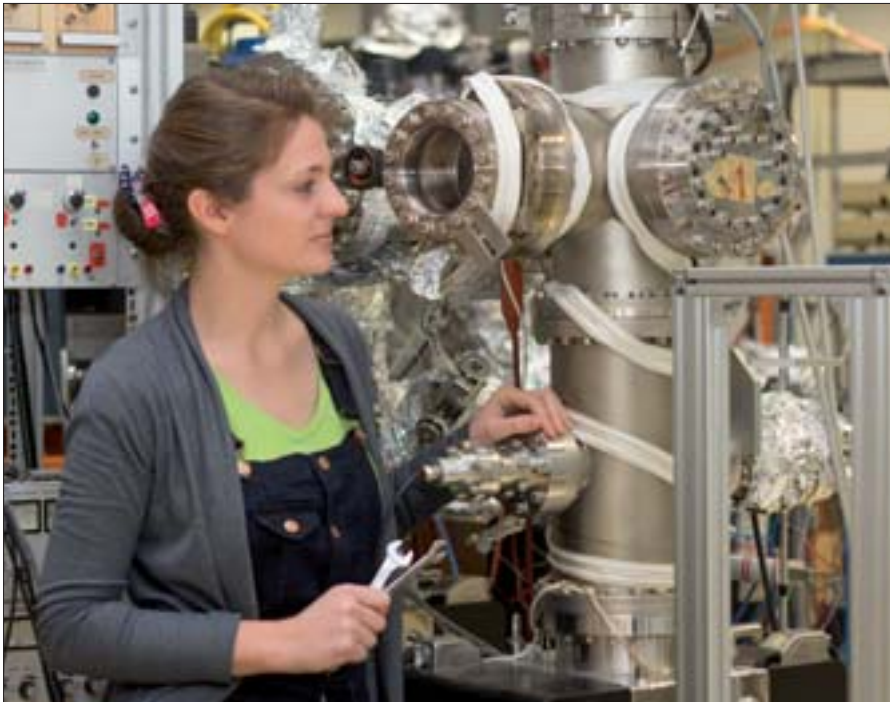


Foto: TU Wien

Elisabeth Gruber vor ihrer Ultrahochvakuumapparatur

verlieren gleichzeitig Energie. Andererseits gibt es Ionen, die von der Folie kaum beeinflusst werden: Sie sind nach dem Durchdringen der Membran noch immer hoch geladen, haben auf ihrem Weg praktisch keinen Energieverlust erlitten und die meisten der aufgenommenen Elektronen wieder abgegeben.

Der Grund dafür liegt in der geometrischen Anordnung der Atome in der Nano-Membran: „Manche Ionen treffen frontal auf einen Atomkern in der Folie“, erklärt Aumayr. „Bei solchen heftigen Kollisionen verlieren sie Energie und können eine ganze Reihe von Elektronen mitnehmen.“ Allerdings lassen sich durch die ultradünne Membran auch Wege finden, die zwischen allen Atomkernen hindurchführen, sodaß es nur eine verhältnismäßig schwache Wechselwirkung mit den Atomkernen der Membran gibt. Das führt dann zu einer Durchdringung der Folie mit Ionen, die auch danach noch erstaunlich stark elektrisch geladen sind.

Die Ladung bestimmt den Energieaustausch

Normalerweise erleben Ionen in festem Material so viele Stöße mit anderen Teilchen, daß ihre elektrische Ladung am Ende gar nichts mehr mit der ursprünglichen Ladung zu tun hat. Ionen können einerseits Elektronen aus der Folie einfangen – das gelingt ihnen am besten, wenn sie relativ langsam sind, oder sie können unterwegs Elektronen verlieren und sich damit wieder stärker positiv aufladen – dieser Effekt über-

wiegt bei schnellen Ionen. So stellt sich schließlich je nach Geschwindigkeit ein Gleichgewichtszustand zwischen Elektronenverlust und Elektroneneinfang her, ganz unabhängig davon, wie viele Elektronen das Ion am Anfang hatte. Doch die Wegstrecke durch die extrem dünnen Nanomembranen ist so kurz, daß das Ion gar keine Zeit hat, diesen Gleichgewichtszustand zu erreichen.

Das Experiment an der TU Wien zeigt, daß der Energieverlust der Ionen von ihrem Ladungszustand abhängt und deshalb gezielt gesteuert werden kann.

Mit Ionenbeschuß zum Nano-Sieb

Dass man nun verstanden hat, wie Ionen mit extrem dünnen Membranen wechselwirken, eröffnet aufregende neue Möglichkeiten in der Nanotechnologie: „Mit unseren hochgeladenen Ionen können wir nun in vier Sekunden eine Million Löcher in einen Quadratzentimeter Folie schießen“, erklärt Aumayr. Die hochgeladenen Ionen fangen Elektronen ein, die sich zunächst in einem Zustand mit sehr hoher Energie befinden. Beim Einschlag wird diese Energie dann freigesetzt und auf die Folie übertragen. Darum können hochgeladene Ionen Löcher erzeugen, auch wenn das mit einem neutralen Atom derselben Geschwindigkeit niemals möglich wäre.

Der Strahl hochgeladener Ionen wird zur Nano-Schrotflinte, damit lassen sich Oberflächen oder Folien nanostrukturieren. Man kann beispielsweise ein Nano-Sieb herstellen, dessen Löcher bestimmte Moleküle gezielt durchlassen und andere nicht. Demnächst sollen die Experimente sogar mit den dünnsten aller möglichen Kohlenstoffmembranen durchgeführt werden: Mit Graphen, das aus bloß einer Atomlage besteht. ■

<http://www.tu-wien.at>

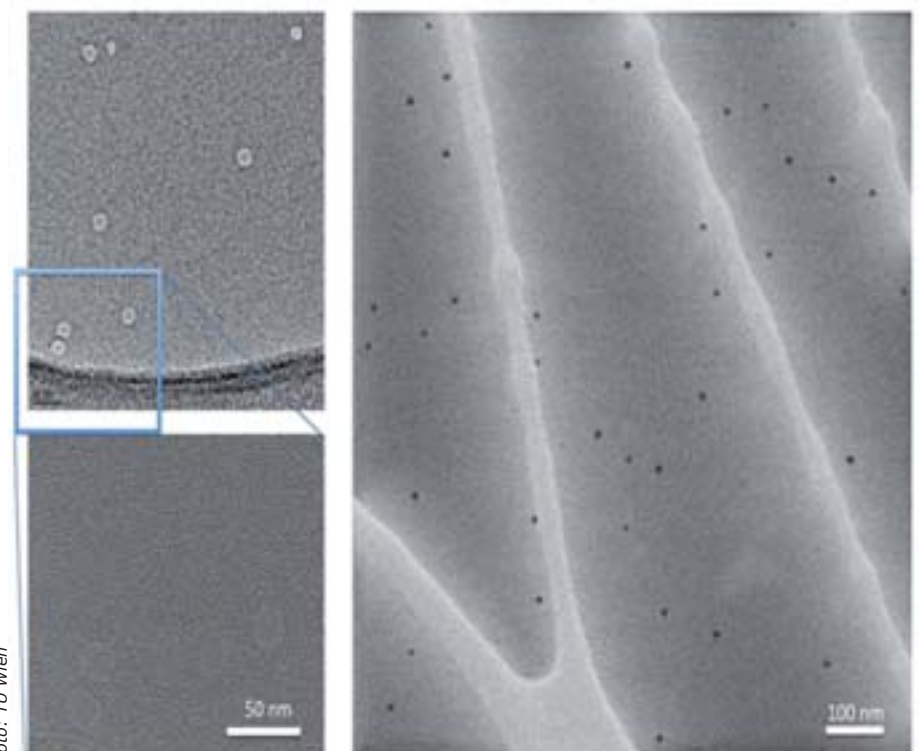


Foto: TU Wien

Winzige Löcher entstehen durch den Elektronenbeschuß in der Folie

Tanz der Elektronenwolken

NAWI-Graz-Wissenschaftler entdecken den Schlüssel zum Schwingungsverhalten von Plasmonen

Plasmonen sind die Hoffnungsträger auf der Suche nach neuen Möglichkeiten zur ultra-schnellen Datenübertragung im Nanoformat. Dabei handelt es sich um kollektiv schwingende Elektronenwolken an metallischen Oberflächen. Plasmonen bergen ein ungeheures Potenzial für neue Technologien mit vielfältigen denkbaren Anwendungen – von der Chip-Industrie über die Sensorik bis zur Medizintechnik. Voraussetzung ist, ihr Verhalten im Detail zu verstehen. Einen fundamentalen Beitrag dazu haben nun Wissenschaftler der Karl-Franzens-Universität Graz und der TU Graz geleistet. Die Forscher fanden eine universelle Formel, mit der sich sämtliche Schwingungsmuster von Plasmonen einfach berechnen lassen. Die bahnbrechenden Forschungsergebnisse wurden in der jüngsten Ausgabe des renommierten Wissenschaftsjournals „Nature Communications“ veröffentlicht.

Plasmonen entstehen, wenn ein Lichtstrahl in einer bestimmten Weise auf metallische Nanostrukturen trifft und die Elektronen an deren Oberfläche kollektiv in Schwingung versetzt. Das Potential der Plasmonen liegt darin, daß sie die positiven Eigenschaften von Licht und Elektronen vereinen. Licht ist ein schnelles „Transportmittel“, braucht jedoch aufgrund seiner Wellenlänge viel Raum und ist daher für die Energieübertragung im Nanobereich nicht geeignet. Elektronen hingegen sind langsam, dafür aber in stark miniaturisierten Anwendungen, wie zum Beispiel Computer-Chips, steuerbar. „Plasmonen kombinieren die optischen und elektronischen Vorteile: Sie können viele Informationen auf engstem Raum mit Lichtgeschwindigkeit übertragen“, erklärt Univ.-Prof. Joachim Krenn, Leiter der Arbeitsgruppe Experimentelle Nano-Optik am Institut für Physik der Karl-Franzens-Universität Graz. Joachim Krenn hat mit seinem Team – allen voran Franz Schmidt – sowie in enger Kooperation mit den Forschungsgruppen um Ao.Univ.-Prof. Ulrich Hohenester aus der Theoretischen Nano-Physik der Karl-Franzens-Universität und Ao.Univ.-Prof. Ferdinand Hofer, Leiter des Instituts für Elektronenmikroskopie und Nanoanalytik (FELMI) der TU Graz, den Schlüssel zum Schwingungsverhalten von Plasmonen entdeckt. Die Wissenschaftler konnten erstmals zeigen, daß dieses einer ganz bestimmten Ordnung folgt – analog zur Systematik von akustischen Schwingungen, die Ernst Florens Friedrich Chladni im 18. Jahrhundert beschrieb, bekannt als „Chladnische Klangfiguren“.

„Sind Umfang und Durchmesser von Nanopartikeln bekannt, lassen sich die optoelektronischen Schwingungen an deren Oberfläche mit einer einfachen Formel berechnen“, faßt Ulrich Hohenester zusammen. Dieses Wissen ist entscheidend für die Konstruktion effizienter miniaturisierte Bauteile in verschiedenen technologischen Anwendungen.

Die fundamentalen neuen Erkenntnisse sind Ergebnis der besonderen Expertise und erfolgreichen Zusammenarbeit der drei genannten Forschungsgruppen im Rahmen von NAWI Graz, der strategischen Kooperation

von Karl-Franzens-Universität und TU Graz im Bereich der Naturwissenschaften. Die Nano-Optik profitiert von großer Erfahrung und modernster Technik bei der Herstellung von Nano-Strukturen. Aus Fördermitteln der jüngsten Hochschulraumstruktur-Initiative des Wissenschaftsministeriums konnte die Finanzierung einer neuen Lithographie-Anlage um 1,2 Millionen Euro gesichert werden.

Unverzichtbare Unterstützung erhält die experimentelle Forschung durch die Theoretische Nano-Physik, die sich der Wirklichkeit mit Simulationen am Computer nähert. Das außergewöhnliche Know-how des FELMI eröffnet detaillierte Einblicke: Mit Hilfe der Elektronenmikroskopie lassen sich Energiezustände von Elektronen beobachten, die Auskunft über die optoelektronischen Eigenschaften der Plasmonen geben. ■

<http://www.uni-graz.at>



Foto: NAWI Graz

Das Elektronenmikroskop ermöglicht die Untersuchung von optischen (plasmonischen) Anregungen auf metallischen Nanostrukturen mit Subnanometer-Auflösung.

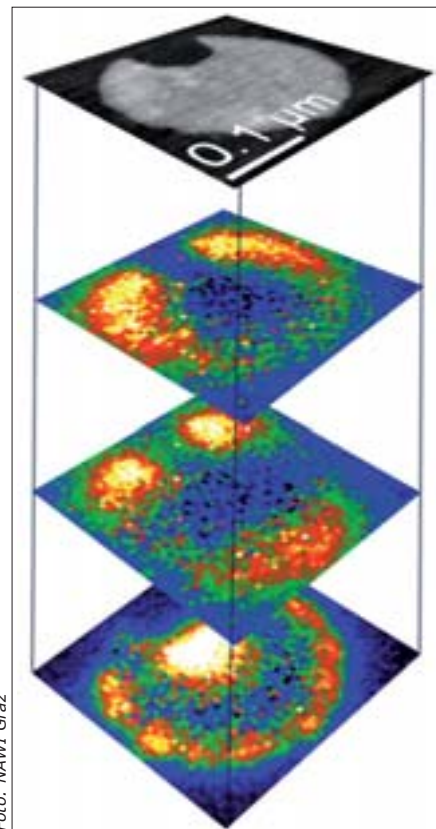


Foto: NAWI Graz

Elektronenenergieverlust-Bilder zeigen Schwingungsmuster unterschiedlicher sogenannter plasmonischer Anregungen einer Silber-Nanoscheibe mit 200 nm Durchmesser.

Detailgenaue 3D-Fotoskulpturen

Synchronisierte Aufnahmen von 80 Kameras erfassen jede Körperhaltung – 3D-Verfahren eines Wiener Startup-Unternehmens ermöglicht exaktes Abbild

Ein Startup-Unternehmen in der Wiener Josefstadt entwickelt 3D-Figuren als Alternative zur herkömmlichen Fotografie. Im Studio „Fabberlounge“ werden seit November 2013 mithilfe moderner Scantechnologie detailgetreue Skulpturen produziert.

80 Kameras, die im 360 Grad Radius angebracht sind, erfassen jede Bewegung und Körperhaltung des jeweiligen Modells. Der Scan wird daraufhin im „3D-Drucker“ aus Gips-Kunststoffpulver schichtweise zu einer kompletten dreidimensionalen Skulptur aufgebaut. Anders wie bei einem herkömmlichen Drucker wird allerdings statt Papier und Tinte eine spezielle Gips-Kunststoffpulver Mischung verwendet, die während des schichtweisen Aufbringens von Farbe und Bindemittel aushärtet. „Das Endprodukt ist eine vollfarbige detailgenaue Fotoskulptur in einem frei wählbaren Maßstab“, erklärt Industriedesigner und Firmengründer Andreas Schwirtz das technische Verfahren.



Andreas Schwirtz mit seinen 80 Kameras, die im 360-Grad-Radius angebracht sind und jede Bewegung und Körperhaltung des jeweiligen Modells erfassen.

Selbstportraits, Haustiere und Architekturmodelle

Seit der Unternehmensgründung vor rund fünf Monaten sind im Studio „Fabberlounge“ vor allem Skulpturen von Familienmitgliedern, Hochzeitspaaren, Selbstportraits und Haustieren gefragt. Die Zukunft sieht der Jungunternehmer neben der Abbildung von Landschaften, Architekturmodellen und Gebäuden insbesondere auch im Eventbereich. Konkret investiert Schwirtz in ein „Mobiles 3D-Verfahren“, das sich durch einfaches Auf- und Abbauen auszeichnet. Damit können künftig BesucherInnen von Konzerten, Firmenfeiern oder Hochzeitsgästen ein spezielles Andenken mit nach Hause nehmen.

Förderung der Wirtschaftsagentur Wien als »Booster«

Die Förderung der Wirtschaftsagentur Wien bezeichnet Andreas Schwirtz als „ausschlaggebenden Booster“ um seine Geschäftsidee auch umzusetzen. Anfang 2013 hat er die Sachgüter-Förderung beantragt, bereits im November konnte er starten – „ohne die Hilfestellung und Investition der Wirtschaftsagentur Wien wäre die Realisierung in dieser Zeit nicht machbar gewesen“. Als



Fotos: PID / Fürthner

Vor allem sind Skulpturen von Familienmitgliedern, Hochzeitspaaren, Selbstportraits und Haustieren in 3D gefragt.

besonders wertvoll erachtet Andreas Schwirtz zudem, daß „ein Dritter meinen Businessplan beurteilt und für gut befunden hat“.

Auch heuer können Wiener Unternehmen ihre innovativen Projekte bei der Wirtschaftsagentur Wien einreichen. Insgesamt gibt es rund 40 Millionen Euro für die Wiener Wirtschaftsförderung. 2014 setzt die

Wirtschaftsagentur Wien den Fokus auf junge Unternehmen: Bei den zwei großen Förderwettbewerben in der Dienstleistung und der Sachgüterproduktion gibt es für GründerInnen einen Bonus. Zusätzlich zur Fördersumme erhalten diese Unternehmen 5000 Euro Gründungsbonus. ■

<http://fabberlounge.com>

Nutzen für 60.000 Kleinwasserkraftwerke

Österreichische Innovation könnte europäischen Wasserkraftmarkt aufmischen – erstmalig Wasserkraftschnecke mit vollständiger Fischdurchgängigkeit angeboten

Weil die EU in ihrer aktuellen Wasser-Rahmenrichtlinie (WRRL) vorschreibt, daß in Europas Flüssen bis 2015 – die kleineren Bäche bis 2021 – eine durchgängige Fischwanderung zu ermöglichen ist, stöhnen die europäischen Gewässer-Verantwortlichen und Wasserkraftbetreiber über die Energieverluste und enormen Kosten für die Errichtung von damit notwendigen Fischwanderhilfen. Nun hat das niederösterreichische Unternehmen Hydroconnect unter der Leitung von Walter Albrecht und Paul Edelsegger eine Wasserkraftschnecke mit „Albrecht fishLift inside“ EU-weit patentiert und auf den Markt gebracht, welche laut Experten erstmalig in der Wasserkrafterzeugung den Fisch-Aufstieg und -Abstieg ohne Verletzung der Fische ermöglicht und dabei noch erneuerbare Stromenergie produziert.

Beim kürzlich erfolgten Expertenforum der „Initiative Fischwanderung und Wasserkraft“ (IFW) diskutierten hochrangige ExpertenInnen im Wirtschaftszentrum Niederösterreich in St.Pölten die Ergebnisse des gerade fertig erstellten Monitorings der Universität für Bodenkultur Wien – Institut für Hydrobiologie und Gewässermanagement (IHG) über die Hydroconnect-Innovation in einer Testanlage an der Jeßnitz. Monitoring-Leiter Bernhard Zeiringer attestierte, daß der „Albrecht-fishlift“ für den qualitativen Fischaufstieg voll funktionsfähig und die Wasserkraftschnecke sehr gut für den Fischabstieg geeignet ist. Univ. Prof. Mathias Jungwirth wies dabei darauf hin, daß in den letzten 100 Jahren die Populationen der europäischen Fische drastisch gesunken sind: „Zum Beispiel gibt es im Inn heute nur mehr zwei Fischarten, 1920 sind es noch 28 gewesen.“

Gisela Ofenböck vom Lebensministerium gab bekannt, daß „allein in Österreich“ 33.000 Fischwanderhindernissen bestehen und nur mehr ein kleiner Spielraum für Fristverlängerungen für die Einhaltung der WRRL bestehe.

Als Knackpunkte für die Realisierung von Hydroconnect-Wasserkraftschnecken wurden der relevante Leitfaden des Lebensministeriums und die individuellen Betriebsgenehmigungen genannt. Emotional kom-



Foto: Hydroconnect

Paul Edelsegger (l.) und Walter Albrecht vor einem funktionsfähigen Modell der Hydroconnect-Wasserkraftschnecke mit »Albrecht fishLift«

mentierte dies Kleinwasserkraft-Betreiber und der Vizepräsident des Vereins Kleinwasserkraft Österreich, Johann Taubinger: „Ein Wahnsinn, wenn wir jetzt wegen Rücksichtnahmen auf gewohnte Technologien und vorgegebene Fristen eine gute neue Lösung nicht rasch realisieren könnten!“ Helmut Belanyecz vom Österreichischen Kuratorium für Fischerei und Gewässerschutz (ÖKF) zeigte sich sehr angetan vom „Albrecht-Fishlift“: „Wir unterstützen diese Lösungen für Artenschutz und Erneuerbare Energie und wünschen uns baldige Umsetzung.“ Die Vertreter der großen Energieversorger und Wasserkraftwerke wie Friedrich Zemanek von EVN zeigten sich davon begeistert, daß die Anlage der Hydroconnect offensichtlich als einzige Wasserkraftschnecke „wasserverlustfrei“ arbeitet, also einen höheren Energiewirkungsgrad erzielen kann und regten ein akkordiertes Vorgehen an.

Nach einer Recherche von Lusak Consulting (Umfrage bei den WKO-Außenhandelsstelle und Experteninterviews) läßt sich für Europa (ohne GUS-Staaten) ein Gesamtpotential von 45.000 bis 60.000 Kleinwasserkraftwerke ermitteln. Wolfgang Lusak: „In Europa haben 90 Prozent der Betreiber

keine befriedigende Fischwander- und Restwasser-Lösung, es besteht extremer Nachholbedarf zur Erfüllung der europäischen WRRL.“

Die Hauptverantwortlichen haben sich – im Konsens mit praktisch allen 22 hochrangigen TeilnehmerInnen des Forums – letztlich dazu entschlossen, mehrere Pilotprojekte so rasch wie möglich zu starten und ergänzend eine weitere Monitoring-Serie für die unterhalb der alpinen Ebene liegenden Gewässer einzurichten, um „auch in diesem Bereich die Funktionsfähigkeit der Hydroconnect Wasserkraftschnecke nachweisen zu können.“

Die Technologie setzt neue Maßstäbe am Kleinwasserkraft-Sektor: Eine äußere, ummantelte Triebwasserschnecke (die Fische können dort einfach und sicher mit dem Triebwasser absteigen) beinhaltet eine innere, gegenläufig gewundene Fischliftschnecke, die nach dem archimedischen Prinzip Wasser in den Oberlauf befördert: angelockt durch die Wasserströmung schwimmen Fische in den Eingang und werden ohne Verletzungsrisiko und ohne Anstrengung in das Oberwasser befördert. ■

<http://www.hydroconnect.at>

Experiment Metropole

1873: Wien und die Weltausstellung – von
15. Mai bis 28. September 2014 im Wien Museum am Karlsplatz



© Wien Museum

Wien zur Zeit der Weltausstellung, 1873, auf einem Ölgemälde von Josef Langl

Nach der Großausstellung „Kampf um die Stadt“ zu Politik, Kunst und Alltag um 1930 zeigt das Wien Museum wieder ein Epochenpanorama: Diesmal geht es um die Zeit um 1870, eine entscheidende Transformationsphase Wiens auf dem Weg zur modernen Großstadt mit Metropolenanspruch. Um 1850 hatte Wien 550.000 Einwohner, 20 Jahre später bereits rund eine Million.

1873 wurde für die Stadt zum entscheidenden Schwellenjahr. Wie der Bau der Ringstraße, symbolisierte die Weltausstellung den Ehrgeiz Wiens, internationale Bedeutung zu erlangen. Sie war die erste globale Leistungsschau, die nicht in London oder Paris stattfand, und man pritzte mit Superlativen: Fünffmal größere Fläche als zuvor in Paris, 53.000 Aussteller aus 35 Ländern, 194 Pavillons in extravaganten Baustilen, dazu der Industriepalast mit der 85 Meter hohen Rotunde, damals der größte

Kuppelbau der Welt und neues Wahrzeichen für Wien, sowie eine 800 Meter lange Maschinenhalle. Über sieben Millionen BesucherInnen kamen vom 1. Mai bis zum 2. November, doch die Ziele wurden nur zum Teil erreicht. 1873 war auch das Jahr des großen Börsenkrachs, mit dem eine Phase des Wirtschaftsbooms und des Fortschrittsoptimismus jäh zu Ende ging.

Die Ausstellung im Wien Museum erzählt von großen Bauprojekten und sozialen Aufsteigern der Gründerzeit, von sozialem Elend, Migration und dem Anfang der Massenparteien, von der Beschleunigung der Mobilität und dem Fortschritt in Medizin und Technik, von den Moden der Zeit und einer Hochblüte der dekorativen Künste. Ein überwiegender Teil der rund 1000 Exponate stammt aus der Sammlung des Wien Museums. Im Zentrum steht der umfangreiche Bestand der Wiener Photographen-Associ-

tion von über 1600 Fotos, von denen viele gezeigt werden. Zu sehen sind auch zahlreiche Originalobjekte, die auf der Weltausstellung 1873 präsentiert wurden. Die Schau ist nach „Alt-Wien. Die Stadt, die niemals war“ (2004) und „Kampf um die Stadt. Politik, Kunst und Alltag um 1930“ (2009) das letzte Ausstellungs-Großprojekt von Wolfgang Kos im Wien Museum, dessen Direktionszeit nächstes Jahr zu Ende geht.

Ein »Fest des Fortschritts«: Wie es zur Weltausstellung kam

1867 war ein Wendjahr: Nach katastrophalen Jahren erholte sich die Wirtschaft schlagartig. Eine „Wunderernte“ eröffnete Exportchancen, mit der Staatsreform, aus der die Doppelmonarchie resultierte („Ausgleich“ mit Ungarn), stellte man die Handels-, Zoll- und Steuerpolitik auf eine neue Grundlage. Als Motoren des Aufschwungs



Siegerentwurf für das neue Wiener Rathaus, 1869, Friedrich von Schmidt, Aquarellierte Federzeichnung

fungierten Eisenerzeugung, Maschinenindustrie und Baubranche. Wien etablierte sich als Finanzplatz, bis 1873 schossen unzählige, teils dubiose Aktiengesellschaften aus dem Boden.

Diese „fetten“ Jahre boten die Gelegenheit, um einen von Industriellen, Gewerbetreibenden und Handelspolitikern sowie von Befürwortern einer Kunstgewerbereform lange gehegten Plan in die Tat umzusetzen: eine Weltausstellung in Wien. Seit der „Great Exhibition of the Works of Industry of All Nations“ in London 1851 hatte es drei weitere Weltausstellungen (1855 und 1867 in Paris, 1862 in London) gegeben. Diese „Feste des Fortschritts“ fungierten nicht nur als Plattform für den globalen Wissensaustausch zwischen Ingenieuren und Fabrikanten, sondern boten der bürgerlichen Gesellschaft und dem Gastgeberland eine ideale Bühne für Selbstinszenierung und Imagegewinn. Das gründerzeitliche Wien befand sich „auf der Überholspur“ und beabsichtigte, sich der Welt gleichsam im Laborbericht als moderne Großstadt auf dem Weg zur Metropole zu präsentieren.

Erst 1870 – also knapp drei Jahre vor Eröffnung – erließ Kaiser Franz Joseph eine allerhöchste EntschlieÙung zur Abhaltung der Weltausstellung, gegen den Widerstand der Gemeinderäte, der kommunalen Behörden sowie des Wiener Bürgermeisters Cajetan

Felder, der vor zu hohen Kosten warnte. Noch war der Einfluß der Kommunalpolitik begrenzt, doch mit dem Ende des neoabsolutistischen Regimes ab den 1860er-Jahren erweiterte sich deren Spielraum. Zum weithin sichtbaren Symbol des gestiegenen Selbstbewußtseins der Kommune gegenüber dem Kaiserhaus wurde das monumentale neue Rathaus, mit dessen Bau 1873 begonnen wurde.

Die Stadt als Baustelle

Die Kommunalpolitiker der liberalen Ära stellten die Weichen für eine technische Infrastruktur, die zur Voraussetzung des ökonomischen Aufschwungs wurden und die Stadt radikal veränderte. Dazu zählte etwa die Donauregulierung, die aufgrund des Hochwasserschutzes, aber auch wegen der Stadterweiterung in Angriff genommen wurde. Vom Näherrücken der Donau an die



Ringstraßenbaustelle mit Heinrichshof, um 1863, Fotografie



© Wien Museum

Bau der Reichsbrücke, 1873, Fotografie

Stadt mittels eines Durchstichs erwartete man sich Handels-, Gewerbe- und Verkehrsvorteile, die Donau sollte zur Wasserstraße werden. Die Idee, den Hauptstrom in ein einheitliches und geradliniges Bett zu fassen, war nicht neu. Doch erst jetzt, mithilfe neuer

Dampfmaschinen, konnte dieser Plan innerhalb weniger Jahre – von 1869 bis 1875 – ausgeführt werden.

Das teuerste städtische Infrastrukturprojekt war der Bau der Ersten Hochquellenwasserleitung (1870-73), die alpine Quellen

aus dem Rax-Schneeberg-Gebiet für die Millionenstadt erschloß. Aufgrund von Planungsfehlern sowie rasant steigendem Wasserbedarf kam es jedoch in Folge immer wieder zu Wassermangel. Neben der Wasser- und -entsorgung wurde ein weiteres hygienisches Problem angegangen: Wie die gesamte Stadt mußten auch die ‚kommunalen‘ Friedhöfe zur Jahrhundertmitte dringend erweitert werden. 1863 beschloß der Gemeinderat eine zentrale Planung, elf Jahre später wurde der Zentralfriedhof in Simmering offiziell eröffnet. Zur ‚Begräbnisfrage‘ gehörten technische, religiöse und kulturelle Aspekte, die in Wien kontrovers diskutiert wurden.

Nicht zuletzt erlebte das Verkehrswesen in Wien einen tiefgreifenden Wandel: Um 1870 wurden vier der sechs großen Gründerzeit-Bahnhöfe gebaut (Südbahnhof, Nordwestbahnhof, Franz-Josefs-Bahnhof, Staatsbahnhof (der später Ostbahnhof), innerhalb von sechs Jahren entstanden fünf Brücken über die neu regulierte Donau, u. a. die Kaiser-Franz-Josefs-Brücke (Floridsdorfer Brücke) sowie die Kronprinz-Rudolf-Brücke (Reichsbrücke). Die Gemeinde ließ aus Anlaß der Weltausstellung außerdem Brück-



© Wien Museum

Auf dem Dach der Rotunde, 1873, Franz Kollarz, Xylografie

ken über den Donaukanal und den Wienfluß renovieren oder neu bauen. Nicht als Aufgabe der Kommune sah man den Ausbau des öffentlichen Verkehrs an, den man privaten Investoren überließ: Bis 1873 entstand

ein Tramway-Grundnetz mit den Ringlinien und ersten Verbindungen in die Vororte, wobei die Züge noch von Pferden gezogen wurden. Auch der Wohnungsmarkt kümmerte die Kommunalpolitik wenig, der freie

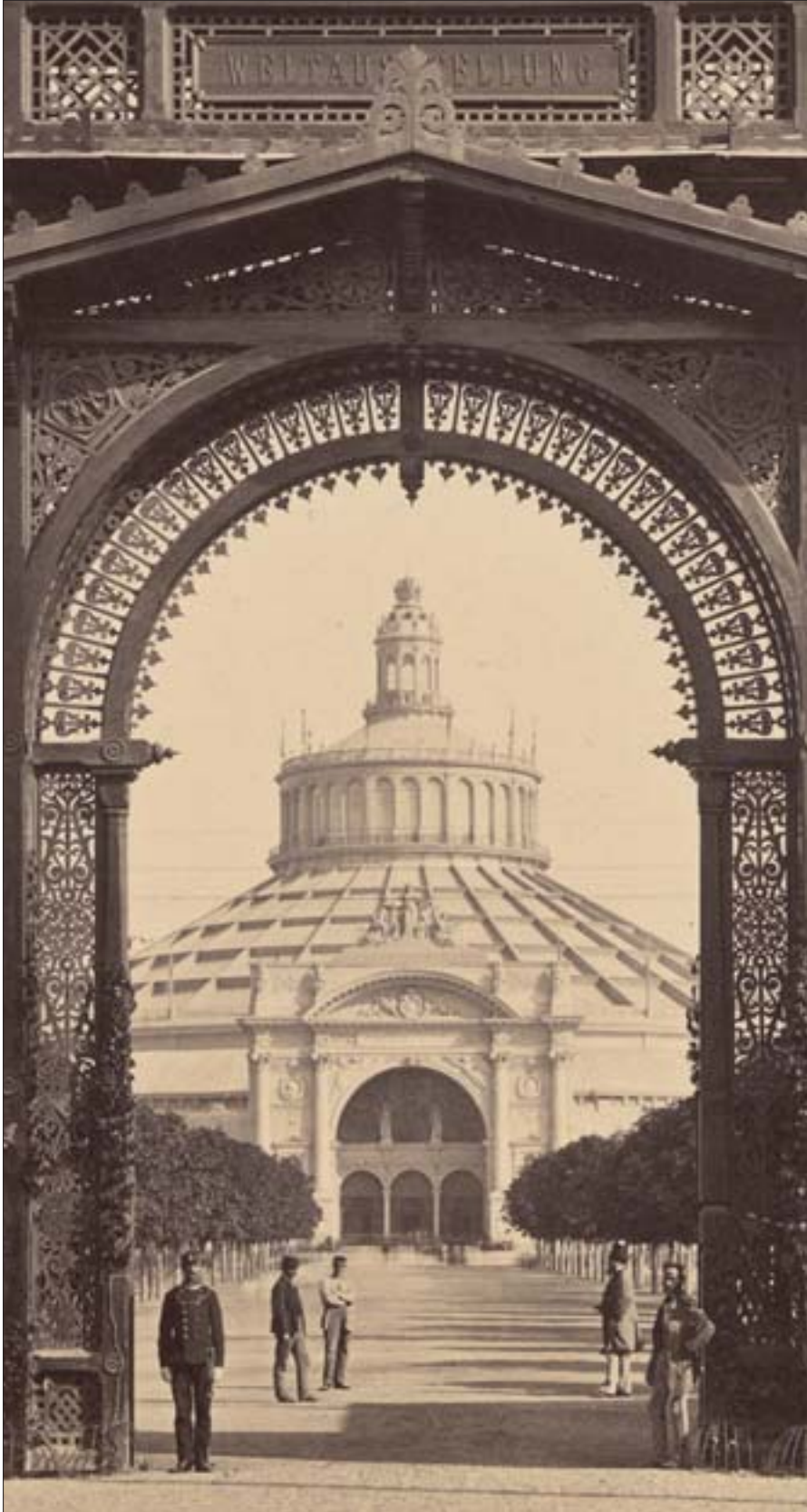
Markt hatte zur Folge, daß die Stadterweiterung an der Peripherie von „amerikanischer“ Rasterbebauung geprägt wurde (Stichwort „Zinskasernen“). Angesichts hunderttausender Arbeitsmigranten und galoppierender Lebenshaltungskosten verschärfte sich das Wohnungsproblem und das soziale Elend rasant.

Boulevard der großen Ambitionen: Die Ringstraße

Neben der Weltausstellung selbst ist die Ringstraße ein zentrales Thema der Ausstellung. 1857 hatte der Kaiser den Abbruch der Stadtmauern und die Verbauung des Glacis angeordnet, ein Jahr später brachte ein internationaler Städtewettbewerb den „Grundplan“ hervor, der als Leitbild die wichtigsten Monumentalbauten, Grünflächen, Sichtbezüge und Plätze festlegte. Die Ringstraße war ein staatlich gelenktes, zentralistisches Großprojekt. Die Oberaufsicht lag beim Innenministerium, die Gemeinde Wien war zum Zuschauer degradiert, mußte aber das neue Straßen- und Kanalnetz finanzieren. Der Bau von „Neu-Wien“ wurde zu einem Konfliktfeld zwischen Kaiserhof, Regierung, Militärverwaltung und Kommune. Kompromisse wurden unter anderem durch die unentgeltliche Überlassung von Grundstücken für Stadtpark und Rathausplatz erzielt. Mit den Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücken an Private konnte der Staat Repräsentationsbauten wie die Oper finanzieren.

Am 1. Mai 1865 wurde die Ringstraße feierlich eröffnet – obwohl ein Großteil des Boulevards noch unbebaut und erst in Planung war. Am Opern-, Kärntner- und Schuberting standen allerdings schon größtenteils bewohnte Gebäude, der Wirtschaftsboom führte bis 1873 zu weiterer intensiver privater Bautätigkeit. Aus Lehm wurde „Gold“, wie die Karriere des Ziegelfabrikanten Heinrich Drasche veranschaulicht, der 1869 die Aktiengesellschaft „Wienerberger“ gründete, dadurch zum reichsten Mann Wiens aufstieg und gegenüber der Oper den riesigen Heinrichhof als Wohnpalast neuen Typs errichten ließ.

1873 waren die wichtigsten öffentlichen Bauten bereits in Bau oder in Diskussion, etwa das neue Rathaus, das Parlament oder die Museen. Wiens führende Architekten wie Heinrich Ferstel, Theophil Hansen und Friedrich Schmidt planten die ersten Hauptwerke des „Wiener Stils“, eine besonders reiche Variante der Neorenaissance, die international Furore machte.



© Wien Museum

Haupteingang der Weltausstellung (Ausschnitt), 1873, Fotografie



© Wien Museum

Bau des Industriepalasts, 1872, Fotografie (Ausschnitt)

Eine Stadt in der Stadt: Die Weltausstellung

Nach dem kaiserlichen Beschluß zur Ausrichtung der Weltausstellung entstand in kürzester Zeit eine eigene Planstadt gewaltigen Ausmaßes im Wiener Prater (als Alternative dazu war auch der Platz des heutigen Rathauses in Diskussion), was angesichts dessen Entfernung beachtliche Kosten verursachte. Denn es wurden nicht nur gigantische Industrie-, Maschinen- und Kunsthallen sowie fast 200 Länder- und Firmenpavillons errichtet, sondern auch eine moderne Infrastruktur mit Kanalisation, Schienentrassen und einem eigenen Ausstellungsbahnhof. Gleichsam als Nebenprojekt erfolgte auch der Um- und Ausbau des alteingesessenen Wurstelpraters zum Volksprater.

Die Vorbereitungszeit für die Weltausstellung war denkbar knapp bemessen. Durch die Möglichkeiten des modernen Verkehrswesens und der Kommunikation (Telegrafie) ließen sich allerdings in kurzer Zeit weltweite Beteiligungen organisieren, logistische Probleme bei der Herbeiführung zigtausender Ausstellungsstücke bewältigen und enorme Besucherströme mobilisieren. Weltausstellungen waren konzipiert als populäre Menschheitszyklopädien, die die unterschiedlichsten Aspekte – Industrie, Technik, Wissenschaft, Kunst, Kultur etc. – abdecken sollten. Der Auftrag der Weltrepräsentation mit Attributen wie Fortschritt, Leistung und Geschwindigkeit traf in Wien

auf das emotionale Erlebnis von Warenvielfalt, Luxus und Exotik. Die Weltausstellung fungierte nicht nur als wirtschaftliche Impulsgeberin, sondern bot auch einem breiten Publikum als globales Schaufenster neue Erlebnisdimensionen: Man „besichtigte“ das Industriezeitalter, bestaunte die lärmenden Dampf-, Web- oder Nähmaschinen, informierte sich über Innovationen in Transportwesen oder Wissenschaft. Eine konsumfreudige Gesellschaft schwelgte in der zusammengetragenen Überfülle von kunstgewerb-

lichen Objekten und frönte dem „guten Geschmack“, wobei aus österreichischer Sicht vor allem jene Luxusartikel hervorstachen, deren Stil als „Wiener Renaissance“ international gelobt wurde. Künstlerische Entwürfe von Bildhauern und Architekten sowie präzise handwerkliche Ausführung waren Folge der Kunstgewerbereform – und bildeten die Grundlagen für deren Erfolg.

Doch es ging nicht nur darum, das Publikum zu bilden, sondern ebenso um Unterhaltung und die Faszination der Ferne. Im



© Wien Museum

Präsentation von Sanitäreinrichtung, 1873, Fotografie



© Wien Museum

Besuch der Kaiserin Elisabeth in der Volksküche in der Schönlaterngasse, 1875, August Mansfeld, Ölgemälde

Prater konnte man eine architektonische Weltreise unternehmen, fremde Menschen in exotischer Tracht und authentische Speisen aus aller Welt wurden zum Stadtgespräch, im nordamerikanischen Indianer-Wigwam servierte man Cocktails. Die größte Anziehungskraft übten die orientalischen und asiatischen Pavillons aus. Sie wurden zu einem besonderen Charakteristikum der Wiener Ausstellung und lösten Trends in Mode, Kunstgewerbe und Lifestyle aus.

Von der Weltausstellung 1873 ist vor allem das riesige finanzielle Defizit in das kollektive Gedächtnis eingegangen – 4,2 Millionen Einnahmen standen Ausgaben in Höhe von 19 Millionen Gulden gegenüber. Die Hoffnungen auf Besucherströme und einen beträchtlichen Kapitalzufluß hatten sich im Spekulationsfieber der Zeit zu völlig überzogenen Erwartungen gesteigert. Kostenexplosion, Börsenkrach und – nicht zuletzt aufgrund der Choleraepidemie – weniger Gäste als erhofft, führten zu einer starken Ernüchterung. Positive Bilanz konnten lediglich einzelne Aussteller und Besucher im

Hinblick auf die erfolgreiche Wirtschaftsförderung und den gelungenen Wissenstransfer ziehen. Dessen ungeachtet erreichte es die k. k. Residenzstadt, sich erstmals seit dem Wiener Kongreß wieder ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit zu rücken.

Von der Rohrpost bis zur Nordpolexpedition

Neben den erwähnten Themen wirft die Ausstellung im Wien Museum Schlaglichter auf Massenvergnügungen der Gründerzeit, Innovationen bei Wohnkultur und Ingenieurskunst, auf die Rolle der illustrierten Medien, Erfindungen wie die Rohrpost und nicht zuletzt auf die zeitgenössischen Kunstdiskurse. Als Musikhauptstadt bot Wien um 1870 die Bühne für einen musikalischen „Titanenkampf“ zwischen dem „Vollender“ der Wiener Klassik Johannes Brahms auf der einen und den Neuerern Anton Bruckner und Richard Wagner auf der anderen Seite. In die frühen 1870er-Jahre fällt außerdem Österreichs erste ökologische Kampagne gegen die Abholzung des Wie-

newalds, ebenso wie die Nordpolexpedition, die nach zweijähriger Gefangenschaft im Eis 1874 zurückkehrte. Großhotels wie Metropol und Imperial sperrten auf, Lobmeyr brachte die erste Glasserie im „arabischen Stil“ heraus. Die neuesten Moden kamen aus den großen Metropolen, so auch pompöse Kleider mit exzentrischem „Cul de Paris“.

Neben Wolfgang Kos fungiert Ralph Gleis als Kurator der Ausstellung. Der Kunsthistoriker verantwortete zuletzt die große Makart-Ausstellung im Künstlerhaus (2011) und war einer der Kuratoren bei den Ausstellungen „Gründerzeit. 1848-1871. Industrie & Lebensträume zwischen Vormärz und Kaiserreich“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin (2008) sowie „Bilder im Kopf: Ikonen der Zeitgeschichte“ im Haus der Geschichte in Bonn (2009). Die Gestaltung der Ausstellung übernahmen BMW Architekten, für die Grafik zeichnet das Büro Perndl+Co verantwortlich. Zur Ausstellung erscheint ein 580 Seiten starker Katalog im Czernin Verlag. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Tirol – München

Begegnungen von 1880 bis heute – von 11. April bis
24. August 2014 im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum



© Tiroler Landesmuseum

Joseph Wopfner, »Fischer am Chiemsee«, 1886, Öl auf Holz, 21,1 x 28 cm

Höhepunkt der Tiroler Landesmuseen im Ausstellungsjahr 2014 ist die Schau „Tirol – München“. Sie beleuchtet die facettenreichen Beziehungen zwischen der Kunst in München und jener in Tirol seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Im Zentrum stehen die Ausbildung Tiroler Künstler sowie die Künstlervereinigungen und der Ausstellungsbetrieb in München. Ins Blickfeld gerückt werden die rege Reisetätigkeit der Künstler und die Künstlerkolonien, die sich um 1900 in Dachau bei München, am Chiemsee oder in Klausen in Südtirol bilden. Die Ausstellung im Ferdinandeum spannt den Bogen weiter bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der München nach einer langjährigen Durststrecke wieder für Tiroler Künstler an Attraktivität gewinnt. Zu sehen sind um die 80 Gemälde, Zeichnungen, Grafiken und Skulpturen von Künstlern

wie Franz von Defregger, Mathias Schmid, Leo Putz, Albin Egger-Lienz, Rudolf Nißl, Franz von Stuck, Gabriele Münter, Alexander Kanoldt, Adolf Hölzel, Gerhild Diesner, Heinz Gappmayr und Peter Kogler.

Schon lange bevor München in den 1890er Jahren neben Paris international zu einer der wichtigsten Kunstmetropolen avanciert, gibt es einen regen künstlerischen Austausch zwischen Bayern und Tirol. Die Landschaft Tirols als Motiv der bildenden Kunst spielt bereits seit der Entdeckung der Alpen eine besondere Rolle. Große Bedeutung erlangt sie vor allem im 19. Jahrhundert, als die Künstler der „Münchener Schule“ beginnen, das bayerische Alpenvorland und die angrenzenden Alpen mit dem Zeichenblock bzw. Pinsel und Palette in der Hand zu durchwandern. Umgekehrt kommt seit dem Barock dem süddeutschen Raum

für Künstler aus Tirol überregionale Bedeutung als Auftraggeber für Fresken, Altarentwürfe oder Altargemälde zu.

Wechselseitige Befruchtung

„Die Ausstellung zeigt, daß die Kunst wie so viele andere Bereiche auch vom Austausch lebt. Die prachtvollen Werke sind Zeugnis der wechselseitigen Befruchtung von Künstlern aus Tirol und nördlich der Alpen“, betont Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen. „Mein Dank gilt Carl Kraus, Günther Moschig und Peter Weiermair, die maßgeblich am Konzept dieser Schau mitgearbeitet haben“, hält Günther Dankl, Kurator und Kustos der Kunstgeschichtlichen Sammlungen ab 1900 & Graphischen Sammlungen der Tiroler Landesmuseen, fest und ergänzt: „Wir möchten mit dieser Präsentation spannende Entwicklungs-

linien der Kunstgeschichte Tirols nachvollziehbar machen.“

Die Münchner Akademie als Anziehungspunkt

Durch das Wirken von Karl Theodor von Pilotys, der 1856 an die Münchner Akademie berufen wird, entwickelt sich diese zu einem herausragenden Ausbildungsort. Immer mehr Tiroler Künstler fühlen sich von der Stadt an der Isar angezogen. In den 1870er-Jahren ist die Münchner Akademie bereits die populärste Ausbildungs- und Begegnungsstätte für junge Tiroler Künstler. Von 1850 bis 1920 studieren dort über 200 Tiroler. 1893 zählt die Stadt 2000 Kunststudenten. Einheimische und Zugereiste, Maler wie Wassily Kandinsky oder Paul Klee, Schriftsteller wie Frank Wedekind und Henrik Ibsen und Komponisten wie Max Reger treffen Ende des 19. Jahrhunderts in der Kunstmetropole aufeinander. Ort der Begegnung ist u. a. der Biergarten, der zu einem beliebten Thema in der Malerei wird. In der Ausstellung im Ferdinandeum ist Max Liebermanns Pastell „Biergarten“ von 1889, das wohl populärste Bild dieses Sujets, neben Rudolf Nißls Darstellung von 1902 und Theodor von Hörmanns menschenleerem „Biergarten in Dachau“ von 1892 zu sehen.

Die bekanntesten Tiroler Künstler, die in dieser Zeit in München ihre Ausbildung erfahren, sind Franz von Defregger, Mathias Schmid und Alois Gabl, auch „Tiroler Kleeblatt“ genannt. Defregger wird im deutschen und speziell im Münchner Raum als impulsgebender „Münchner“ Künstler gesehen. Von 1878 bis 1910 wirkt er als Professor für Historienmalerei an der Akademie. Mit dem aus München stammenden Franz von Lenbach verbindet ihn eine tiefe Freundschaft.

Künstlerkolonien am Chiemsee, in Dachau und Klausen

Parallel zur Genrekunst Defreggers und Porträtkunst Lenbachs setzt Wilhelm Leibl der „offiziellen“ gründerzeitlichen Malerei einen bedingungslosen Realismus entgegen. Zum Kreis um Leibl gehört Joseph Wopfner. Der aus Schwaz in Tirol stammende Maler schließt sich nach seiner Ausbildung an der Münchner Akademie der Malerkolonie um Karl Raupp auf Frauenwörth an und steigt in der Folge zu den führenden Malern der Künstlerkolonie am Chiemsee auf.

Die Menschen und die Landschaft im Dachauer Moos im Umland von München sind ein weiterer Anziehungspunkt für Ma-



Albin Egger-Lienz, Kopie des Selbstbildnisses Franz von Defregger, 1894, Öl auf Holz, 52,5 x 42,2 cm

ler. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildet sich in Dachau ebenfalls eine Künstlerkolonie. Eine zentrale Rolle spielt der in Wien und München ausgebildete Adolf Hölzel. Sowohl Leo Putz als auch der aus Imst stammende Initiator der Wiener Secessions Theodor von Hörmann halten sich in den Herbst- und Wintermonaten 1892 in Dachau auf. Hörmann schafft in der Zeit eine Reihe von Gemälden mit Buchenwaldmotiven – Stimmungsbilder, bei denen der Maler das Wirken der Natur und ihre Seele einfängt.

Insbesondere ab 1874 wird auch das Südtiroler Städtchen Klausen zum weithin geschätzten Treffpunkt für Kunstschaffende aus München und dem süddeutschen Raum. Zu den bekanntesten Künstlern dieser bis 1914 bestehenden Künstlerkolonie zählen u. a. Alexander Koester und Alexander Ka-

noldt. Letzterer gründet gemeinsam mit Adolf Erbslöh die „Neue Künstlervereinigung München“, der u. a. Franz Marc und Wassily Kandinsky beitreten.

1908 halten sich auch die Künstler des „Blauen Reiters“ Gabriele Münter und Wassily Kandinsky in Südtirol auf. Die dort entstandenen Gemälde und Fotos von Münter sowie Reproduktionen aus dem „Skizzenheft 25“ von Kandinsky dokumentieren diesen prägenden Aufenthalt in Lana. Franz Marc reist 1913, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, nach Südtirol. Ergebnis dieses Aufenthalts sind seine Gemälde „Das arme Land Tirol“ (1913) und „Tirol“ (1914).

Der wohl bedeutendste Künstler Tirols, der von 1884 bis 1893 in München studiert, ist Albin Egger-Lienz. Auf der Tradition der Historienmalerei Münchner Prägung fußend und beeindruckt von den internationalen



© Tiroler Landesmuseum

Joseph Wopfner, Kreuzenthüllung auf dem Hochfellen im Chiemgau, um 1886, Öl auf Pappe, 23 x 31 cm



© Sammlung Siegfried Unterberger, Meran

Eduard Thöny, Der Märtyrer / Der Ernst des Lebens, 1897, Abgebildet in: *Simplicissimus* 2. Jg. 1879/98, Heft Nr. 50, S. 396 Mischtechnik (Tusche, Tuschkpinsel, Aquarell) auf Papier, 22 x 23,2 cm

Begegnungen mit dem Impressionismus und der Kunst Rodins und Meuniers in München wird er zum Erneuerer der Tiroler Malerei des 20. Jahrhunderts. Als Egger-Lienz 1913 seine Lehrstelle an der Weimarer Kunst-

hochschule aufgibt und nach St. Justina bei Bozen übersiedelt, folgt ihm ein Teil seiner Schüler nach Südtirol. Als Standort für seine „Vereinigung der Kunstschüler Egger-Lienz“ wählt der Künstler ebenfalls Klausen.

Asthetischer Paradigmenwechsel um 1900

Noch stärker als Wien bildet München um 1900 die Keimstätte für das Aufkommen einer künstlerischen Moderne, die auch auf Tirol Auswirkungen hat. Als Abspaltung von der konservativen Münchener Künstlergenossenschaft wird 1892 die Münchener Secession• gegründet, die fortschrittlichste Künstlervereinigung dieser Zeit. Statt realitätsgetreuer Abbildung thematisieren ihre Vertreter die Malmittel selbst und stellen die Komposition von Farben, Formen und Lichteffekten in den Mittelpunkt. Der Salonmalerei des akademischen Historismus, geprägt von Lenbach, oder der Genremalerei der Münchener Schule, wie sie Defregger lehrt, steht die Münchener Secession kritisch gegenüber. Mit dem ästhetischen Paradigmenwechsel dieser Künstler geht der Begriff Jugendstil einher. Der Name leitet sich von der seit 1896 in München publizierten Zeitschrift „Jugend“ ab und ist zunächst abwertend gemeint.

Vertreter der Münchener Secession sind Friedrich Hell, August Pezzey, Rudolf Nisl, Eduard Thony, Leo Putz und Hans Josef Weber-Tyrol. Sie werden noch vor 1900 an der Akademie ausgebildet. Mit ihren großen Internationalen Sommerausstellungen• trägt die Münchener Secession maßgeblich zur Verbreitung der internationalen modernen Kunst bei. Bis 1914 stellen 25 Tiroler Künstler aus, so u. a. Friedrich Hell, Theodor von Hormann, Max von Esterle, Hans Perathoner oder der Fotograf Heinrich Kuhn.

Putz und Weber-Tyrol finden ihren Weg zu einem von der Münchener Kunst geprägten impressionistischen Gestalten. Statt reinen Landschaftsphanomenen spiegeln die Künstler in der Natur das Seelenleben der dargestellten Personen. Einen zentralen Werkkomplex im Schaffen von Putz bildet das Motiv „Frau im Kahn“. Inspiration findet er dafür bei seinen zahlreichen Ausflügen an den Chiemsee. In seinen symbolischen, figurativen Bildschöpfungen verarbeitet Putz die koloristischen Erfahrungen der französischen Pointillisten. Als Mitarbeiter der Zeitschrift „Jugend“ ist er den dekorativen, flächigen Formen verpflichtet.

Die Ausstellung im Ferdinandeum präsentiert einige seiner Hauptwerke wie „Stille Zeit“ von 1910 und „Sommerträume“ von 1907.

Von der Münchener Secession kommt es zu weiteren Abspaltungen. Kandinsky gründet 1901 die Gruppe „Phalanx“, zehn Jahre später die „Neue Münchener Künstlervereini-

gung“, aus der sich der „Blaue Reiter“ mit expressionistischer und diskursiver Ausrichtung entwickelt. Putz sagt sich bereits 1899 von der Secession los und wird Gründungsmitglied der Künstlergruppe „Die Scholle“, die zwischen der Münchener Secession und dem Blauen Reiter angesiedelt ist. Im Fokus dieser Gruppierung stehen neue figurative Themen, deren Expressivität eine farbenintensive Bildwelt entstehen läßt. Nach der Etablierung der meisten Mitglieder im Kunstbetrieb löst sich die Scholle 1911 auf.

Der progressive Thony arbeitet u. a. mit Thomas Theodor Heine, Olaf Gulbransson oder Ferdinand von Reznicek für die 1896 gegründete politisch-satirische Wochenschrift „Simplicissimus“. Da diese die wilhelminische Politik und die bürgerliche Moral ins Visier nimmt, kommt es oft zu Zensuren oder gar Beschlagnahmungen.

Zwischenkriegszeit und »Entartete Kunst«

Im Gegensatz zu Berlin oder Paris kann man in München nicht von den goldenen 20er-Jahren sprechen. Viele bekannte Künstler wie z. B. Franz Marc sind im Krieg gefallen oder kehren nicht mehr nach München zurück. Darüber hinaus erschüttern tiefgreifende gesellschaftspolitische Spannungen die Stadt an der Isar. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen studieren dennoch Persönlichkeiten wie Wilhelm Nicolaus Prachensky, Herbert Gurschner, Leo Sebastian Humer, Johannes Troyer und Christian Hess in München. Während sich Prachensky zunächst als Gestalter harmonisch aufeinander abgestimmter Stadtlandschaften hervortut, gehört der aus Brixen stammende Humer mit zu den führenden Vertretern der Neuen Sachlichkeit in Tirol.

Am 18. Juli 1937 eröffnet Adolf Hitler persönlich die „Große Deutsche Kunstausstellung“ im Haus der Kunst. Sie wird als die bedeutendste kulturelle Veranstaltung des nationalsozialistischen Deutschlands propagiert. In seiner Rede stellt Hitler ausführlich das nationalsozialistische Verständnis von „deutscher Kunst“ dar. Einen Tag später startet in den Hofgartenarkaden die von den Nationalsozialisten organisierte Ausstellung „Entartete Kunst“. Gezeigt werden 600 Werke, die zuvor in deutschen Museen und Sammlungen beschlagnahmt wurden bzw. von Künstlern stammen, die nicht der nationalsozialistisch anerkannten Kunst entsprechen. Unter diesen befinden sich auch Arbeiten des aus Berlin stammenden Werner Scholz, der sich 1939 endgültig in Alpbach



Foto: TLM / Wolfgang Lackner

Blick in die Ausstellung: Arbeiten von Hans Ladner und seinen Schülern; Walter Moroder: Scura, 2007; Zirbelkiefer, Bologneser Kreide, Acryl, Sägemehl, Leim; Höhe 175 cm; Courtesy Galerie Chobot, Wien

in Tirol niederläßt. Auch Leo Putz wird nach antinationalsozialistischen Äußerungen aus der „Reichskulturkammer“ ausgeschlossen und mit einem Malverbot belegt.

Künstler aus Tirol, die bis 1944 an der jährlich stattfindenden „Großen Deutschen Kunstausstellung“ teilnehmen, sind u. a. Rudolf Nißl, Sepp Ringl, Oskar Wiedenhofer und Hubert Lanzinger. Letzterer ist 1937 mit dem Bild „Der Bannerträger“ prominent vertreten. Ebenfalls in der Kunstausstellung gezeigt werden u. a. Werke von Eduard Thöny und Max Spielmann, der als Kriegsberichterstatter die Gräueltaten des Krieges an vorderster Front miterlebt. Spielmanns anklagende Erlebniseindrücke des Krieges zeigen den Zwiespalt, mit dem die propagandistische und offiziell anerkannte Kunst des „Tausendjährigen Reiches“ zuweilen belegt ist.

Die Jahre nach 1945: Neue Impulse durch Hans Ladner

In den Jahren nach 1945 hat München seine führende Rolle für die Kunst Tirols eingebüßt. Die Akademie der bildenden Künste in Wien hat der Münchner Akademie den Rang streitig gemacht. Erst mit dem Wirken von Hans Ladner ab 1968 wird für eine Reihe von Künstlern aus Tirol und Südtirol die Münchner Akademie wieder zur bevorzugten Ausbildungsstätte.

Beispielhaft für die vielen Tiroler Studenten von Hans Ladner werden im Ferdinandeum fünf Positionen vorgestellt. In der Tradition der Grödner Holzbildhauerei arbeiten Bruno Walpoth und Walter Moroder, die beide eine statische skulpturale, fast romanisch blockhafte bildhauerische Sprache für

sich entwickeln. Von Peter Senoner ist seine mehrere Meter hohe Installation „Zack“ zu sehen. Mit der konkreten Form des Kubus beschäftigen sich Pia Steixner und Helmut Nindl.

Studio UND und Kollektivmalerei

Als Gegenpole zur noch traditionell ausgerichteten Akademie der bildenden Künste in den 1960er und 70er Jahren hebt „Tirol – München“ das Studio UND sowie Gruppierungen wie „Geflecht“, „Kollektiv Herzogstraße“, „Weibsbilder“ und „King Kong Kunstkabinett“ hervor. Das auf Konzeptkunst und analytische Malerei ausgerichtete Studio UND ist eine wichtige Begegnungsstätte für den 2010 verstorbenen Künstler Heinz Gappmayr. Gruppen, die ihre Bilder im Kollektiv zu finden suchen, greifen lautstark in die Diskussion um die Kunst ein und beeindrucken damit in München lebende Künstler und solche aus Tirol wie z. B. Katja Duftner.

Das Arbeiten im Kollektiv greifen auch Klaus Auderer und Robert Gfader auf. Ihr 2009 begonnenes Projekt „Chessdrawings“ hat sich zu einem Zeichnen in größeren Gruppen mit internationaler Beteiligung entwickelt. Auf das erste Exponat der Ausstellung „Tirol – München“ trifft man bereits vor dem Betreten des Museums: Der Tiroler Künstler Michael Schrattenthaler rekonstruiert vor dem Ferdinandeum seine Münchner Studentenwohnung im Maßstab 1:1. Im Stil eines üblichen Kellerabteils in Holzlatten-Ausführung lagert er seine Erinnerung seines studentischen Wohnens in München in seinem „Speicher“ ab. ■

<http://www.tiroler-landesmuseen.at>

Bad Ischl präsentiert des Kaisers neue Gärten

1 Jahr vor der Eröffnung und Eurothermen als
Partner der »Oö. Landesgartenschau 2015«



Foto: Land OÖ / Kraml

Inmitten der herrlichen Landschaft des Salzkammerguts (v.l.): Robert Herzog (Geschäftsführer Tourismusverband) Christoph Hauser (Geschäftsführer Landesgartenschau Bad Ischl), Bürgermeister Hannes Heide, Landeshauptmann Josef Pühringer, Hildegard Habsburg-Lothringen, Valentin Habsburg-Lothringen, Maximilian Habsburg-Lothringen, Landesrat Max Hiegelsberger, Andreas Kastinger, Helga Leitner und Markus Achleitner (Generaldirektor Eurothermen Holding)

In Oberösterreich haben sich die Landesgartenschauen zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt – die bisherigen Gartenschauen in Bad Hall 2005, Vöcklabruck 2007, Bad Schallerbach 2009 und Ansfelden/Ritzlhof 2011 sind noch in blumiger Erinnerung. Die nächste Gartenschau, die in einem Jahr – genau am 24. April 2015 – ihre Tore öffnen wird, findet inmitten der herrlichen Landschaft des Salzkammerguts, in der Kur-, Operetten-, Kaiser- und nunmehr auch Gartenstadt Bad Ischl statt.

Dieser Standort bietet zwei einmalige Chancen: Einerseits werden die historischen Gartenanlagen aus dem 19. Jhd., darunter auch der Kaiserpark, im Rahmen der Gartenschau grundlegend renoviert und instand gesetzt, andererseits werden auch neue, zeitgenössische Gärten und Spielbereiche geschaffen, die neben der Bevölkerung von

Stadt und Region auch den vielen Gästen zu Gute kommen werden. „Es gab schon bisher viele Gründe nach Bad Ischl zu kommen. Aber noch nie wurden die Besucherinnen und Besucher von einem derartigen Blütenmeer empfangen, wie es während der Gartenschau sein wird“, verspricht Landeshauptmann Josef Pühringer. Gerade mit dieser Landesgartenschau sollen Gäste aus dem Großraum Wien, aber auch aus dem süddeutschen Raum und darüber hinaus, zu einem Kurzurlaub ins Salzkammergut eingeladen werden.

Landesgartenschauen schaffen Anlagen von bleibendem Wert

2015 wird nicht nur die Landesgartenschau eröffnet, sondern es werden die historischen Gartenanlagen, die wesentlich zum Flair von Bad Ischl beitragen und eine wichtige touristische Attraktion sind, für die

nächsten 100 Jahre wieder instand gesetzt sein. Das über 20 ha große Ausstellungsgelände umfaßt den Sisipark entlang eines renaturierten Abschnittes des Kaltenbachs, die Neugestaltung der Esplanade und des Kurparks und als krönenden Abschluß den renovierten Kaiserpark. „Mit der Kaltenbach-Renaturierung wird der Bach als Ökosystem wiederhergestellt, mit den neuen Kinderspielplätzen werden soziale Treffpunkte für Familien geschaffen und mit der Renovierung des Kaiserparks wird eine der wichtigsten touristischen Attraktionen des Salzkammerguts gestärkt“, betont Landesrat Max Hiegelsberger den vielfältigen Nutzen der Gartenschau.

Ganz Ischl putzt sich für das Jahr 2015 heraus

Das Motto der Gartenschau – „Des Kaisers neue Gärten“ – nimmt Bezug auf die Kaiser-



Die Kaiservilla diente über 60 Jahre hindurch als Sommersitz von Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth.

villa samt Kaiserpark, die über 60 Jahre lang als Sommersitz von Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth diente. Gemeinsam mit der Kaiservilla wird im Gartenschaujahr ein Kombiticket angeboten, das sowohl eine Führung durch die Kaiservilla als auch den Besuch der Gartenschau umfaßt. Im Gartenschauintritt jedenfalls eingeschlossen ist der Besuch des Photomuseums im Marmor-schlößl. Dieses Kleinod unter den oberösterreichischen Museumsstandorten wird dadurch seine Schätze einem sehr breiten Publikum präsentieren können.

Von April bis Oktober 2015 werden „des Kaisers neue Gärten“ auch mit zahlreichen Veranstaltungen bespielt. Dadurch wird das bereits bisher sehr umfangreiche Bad Ischler Veranstaltungsprogramm durch kleine Veranstaltungen im Gartenschau Gelände ergänzt werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf das Programm für Kinder gelegt, um als Familienausflugziel punkten zu können. Derzeit gibt es neben der Gartenschau auch viele weitere Baustellen in Bad Ischl. So werden im Anschluß an die Kanalsanierung Straßen und Plätze, wie z.B. die Pfarrgasse, der Schröpferplatz und der Kreuzplatz, die die einzelnen Gartenschau-Bereiche verbinden („Stadtrunde“), bis zur Eröffnung der Gartenschau eine neue Oberflächengestaltung erhalten. „Wir nutzen die zeitliche Dynamik einer Großveranstaltung wie der Landesgartenschau, um einen Investitions- und

Qualitätsschub für Bad Ischl zu erreichen. Dies ist uns bereits bei der Landesausstellung 2008 gelungen und wir sind am besten Weg dazu, dies nicht nur zu wiederholen, sondern sogar noch zu steigern“, freut sich Bürgermeister Hannes Heide nicht nur auf viele Gäste, sondern auch über die vielen neugestalteten öffentlichen Räume, die auch langfristig für eine attraktive Innenstadt notwendig sind.

Floristische Ausstellungen, wo früher die kaiserlichen Pferde standen

Aus Anlaß der Landesgartenschau wird auch der Südflügel des denkmalgeschützten ehemaligen Stallgebäudes im Kaiserpark restauriert. Aus dem ehemaligen Stall wird eine Ausstellungshalle, in der während der Gartenschau zwölf verschiedene floristische Ausstellungen unter anderem Motive aus Bad Ischl und dem Salzkammergut aufgreifen und diese mit heimischen Blumen oder exotischen Pflanzen kombinieren. Floristische Meisterwerke haben in diesen kunstvollen Gesamtinszenierungen einen zentralen Platz.

Weiters wird in das Gebäude ein Cafe eingebaut, das nach der Gartenschau von der Fam. Habsburg-Lothringen weiter betrieben werden soll. Die großzügige Cafehausterrasse bietet einen großartigen Blick zurück auf die Kaiservilla. Während der Landesgartenschau ist geplant, in Zusammenarbeit mit der

direkt daneben befindlichen Musikschule Bad Ischl, mit kleinen Konzerten auf dieser Terrasse den Besucherinnen und Besuchern der Gartenschau ein einmaliges Ambiente zu bieten.

Sisipark und Kurpark als Schwerpunkt der heurigen Bauarbeiten

Die mit der Umgestaltung der Esplanade bereits im Jahr 2012 gestarteten Bauarbeiten wurden im vorigen Jahr mit Restaurierungsarbeiten im Kaiserpark fortgesetzt. Der Spatenstich für die Renaturierung des Kaltenbachs erfolgte im Dezember 2013, diese Arbeiten sollten bis Ende Mai abgeschlossen sein. Die Neugestaltung des Sisiparks ist heuer der Schwerpunkt der baulichen Arbeiten. Daneben wird der Kaiserpark fertiggestellt. Der Kurpark wird schließlich als letzter Bauabschnitt ab Ende August einer „Generalüberholung“ unterzogen, wobei auch der Musikpavillon neu errichtet wird: „Der heurige milde Winter trug dazu bei, daß wir mit den Bauarbeiten exakt im Zeitplan liegen. Die Rücksichtnahme auf die vielen Gäste in den Ferienmonaten Juli und August erfordert, daß im Kaiserpark und im Kurpark in diesen Monaten weitgehend Baustellenruhe herrschen soll. Umso mehr wird in den Monaten davor und danach mit Hochdruck gearbeitet“, skizziert Christoph Hauser als Geschäftsführer der Landesgartenschau den weiteren Zeitplan für die Bauarbeiten.

**Tradition und Zeitgenössisches
in vier Bereichen**

Die Planung für die Landesgartenschau von Andreas Kastinger aus Wien sieht insgesamt vier deutlich verschiedene Bereiche vor:

Der Sisipark stellt sich als „neuer“ Landschaftspark im Gelände der Kaltenbachau dar: Zwischen den teilweise 150 Jahre alten Bäumen finden sich Themengärten, Liegewiesen, zwei Kinderspielplätze, davon ein Wasserspielplatz, farbenprächtige Staudenbänder und großzügige Frühlings- und Sommerblumenpflanzungen. Ein faszinierender Blick bietet sich vom neuen Platz bei der Kaltenbachmündung zurück auf die Stadt. Im Sisipark werden die Reste des 1852 angelegten „Elisabethen-Parks“ wieder spürbar. Peter Joseph Lenné, der berühmte preußische Gartendirektor, fertigte die Pläne für diesen Park an, der leider nie vollendet wurde und nun im Zuge der Landesgartenschau neu interpretiert wird.

Die Esplanade ist die Flaniermeile von Bad Ischl. Hier wird die Tradition der Kur- und Kaiserstadt des 19. Jahrhunderts richtig lebendig. Ob bei einer kleinen Ruhepause an der Traun oder beim gemütlichen Schlendern im Schatten der neugepflanzten Kaiserk Linden – niemand kann sich dem Flair dieses Ortes entziehen.

Der Kurpark ist – genauso wie die Esplanade – auch während der Gartenschau ohne Eintritt zugänglich: er ist Schattenspender, Erholungsoase, Musiksalon und Theaterfoyer in einem. Der Park vermittelt den Stolz des Bürgertums im 19. Jahrhundert, Denkmäler von Franz Lehár und Emmerich Kalman erinnern an die silberne Operettenära. Unter alten Bäumen erblühen farbenprächtige Sommerblumen, Rosen und echte Staudenraritäten.

Der krönende Abschluß der Gartenschau ist der Kaiserpark. Der Park rund um die Kaiservilla und das Marmorschlößl ist eine der bedeutendsten historischen Gartenanlagen Österreichs. Angelegt im Stil des englischen Landschaftsgartens bietet er ausgedehnte Spaziermöglichkeiten, romantische Pavillons und abwechslungsreiche Sichtbeziehungen. Neu angelegte Gärten, der Gärtner-Treff und die floristischen Hallenschauen ergänzen dieses herrschaftliche Gesamtkunstwerk.

Zusätzlich werden auch im Kaiserpark Themengärten die Vielfalt der Möglichkeiten der Gartengestaltung zeigen. ■

<http://www.badisch2015.at>

<http://www.kaiservilla.at>

<http://www.badisch.at>

Foto: Immobilien Bad Ischl GmbH & Co KG / Stadler



Ein Blick auf den Kaiserpark, eine der bedeutendsten Parkanlagen Österreichs

Foto: Immobilien Bad Ischl GmbH & Co KG / Stadler



Die Esplanade ist die Flaniermeile von Bad Ischl.

Foto: badisch.at



Der Kurpark vermittelt den Stolz des Bürgertums im 19. Jahrhundert.

»MQ Libelle«

Leopold Museum erhält Dachterrasse mit Veranstaltungsraum



Foto: MQ / A2Studio

MQ-Libelle im Landeanflug: Ein neuer, öffentlich zugänglicher Veranstaltungsraum kommt auf das Dach des Leopoldmuseums.

Ich freue mich, daß wir heute mit einem Erweiterungsbau für das Museumsquartier ein zukunftsweisendes Offensivprojekt vorstellen können“, sagte Kulturminister Josef Ostermayer am 7. April im Rahmen einer Pressekonferenz im Wiener Museumsquartier. Gemeinsam mit Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny und MQ-Direktor Christian Strasser stellte er die aktuellen Pläne zur Erweiterung des Museumsquartiers vor. Geplant sind eine öffentlich zugängliche Dachterrasse auf dem Leopold Museum mit Café sowie einem Dachaufbau, der neuen Raum für Kulturveranstaltungen bieten und aufgrund seiner Form und Konzeption „MQ Libelle“ genannt wird.

„Mit Eva Schlegel und Brigitte Kowanz konnten zwei herausragende Künstlerinnen für die Gestaltung des neuen Kulturortes gewonnen werden“, so Ostermayer. Eva Schlegel habe mit ihrem Entwurf dem geplanten

Dachaufbau – durch die unregelmäßige Form und die lichtdurchflutete Glasfassade – eine kunstvolle Leichtigkeit verliehen. Die geplante Lichtinstallation von Brigitte Kowanz übertrage dieses Konzept noch weiter nach außen: „Indem die Installation über das Gebäude des Leopold Museums hinausragt, lädt es bereits von unten die Menschen zu einem Besuch ein.“

Das Museumsgebäude werde durch den geplanten Ausbau auch von außen für alle zugänglich, so der Kulturminister: „Wir haben hier eine Win-Win-Situation. Das Museumsquartier gewinnt einen zusätzlichen Kulturraum, das Leopold Museum und die Stadt Wien erhalten eine neue Attraktion und den Besucherinnen und Besuchern des Areals wird ein weiteres Stück Lebensqualität im Zentrum der Stadt eröffnet.“ Auch MQ-Direktor Strasser betonte, daß mit diesem Projekt eines niederschweligen Kulturzentrums

das offene Konzept des Museumsquartiers weiter gestärkt werde.

Erfreulich sei außerdem, daß die geplanten Kosten von rund sechs Millionen Euro keine laufenden Budgets belasten würden: „Das Bauprojekt kann ausschließlich aus den Rücklagen des Museumsquartiers sowie aus Krediten finanziert werden, die in der Folge wieder durch Mieteinnahmen gedeckt sind“, so Kulturminister Ostermayer und MQ-Direktor Strasser unisono. Der Baubeginn für die Dachterrasse und den rund 600 m² großen Veranstaltungsraum „MQ Libelle“ sei für den Frühherbst 2015 vorgesehen, die Fertigstellung sollte etwa ein Jahr später erfolgen können.

Mailath: MQ-Libelle soll breitem Publikum zur Verfügung stehen

„Die Stadt Wien begrüßt den Dachaufbau auf das Leopold Museum als kreativen Impuls

und attraktive Weiterentwicklung des MuseumsQuartiers“, erklärte Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. „Die Libelle ist ein kulturpolitisches Signal für Offenheit, Innovation und künstlerische Qualität. Das Projekt setzt einen neuen architektonischen und touristischen Impuls im MuseumsQuartier, stellt ein attraktives Zusatzangebot für die Öffentlichkeit dar und ist auch künstlerisch hervorragend gestaltet“, betonte Mailath.

Im Sinne des kulturpolitischen Anspruchs, daß Kunst und Kultur nicht nur einer Elite vorbehalten bleiben darf, sondern alle Menschen am kulturellen Angebot der Stadt teilhaben können, war für die Stadt Wien die Frage des offenen Zugangs besonders wichtig. Denn trotz der klassisch imperialen Architektur sei das MuseumsQuartier eine niederschwellige Kultureinrichtung, erklärte der Kulturstadtrat und verwies auf die vielen Veranstaltungen, die bei freiem Eintritt stattfinden, wie etwa das Literatur- bzw. Filmfestival „O-Töne“, „frame[o]ut“, Konzerte oder Modeveranstaltungen. „Deshalb haben wir auch bei diesem Projekt sichergestellt, daß die neuen Räume öffentlich zugänglich sind, einem breiten Publikum zur Verfügung stehen und Kulturnutzer sich zu speziellen Tarifen einmieten können“, so Mailath.



Foto: PID / Oberwegger

MQ-GF Christian Strasser, BM Josef Ostermayer, StR Andreas Mailath-Pokorny und der Direktor des Leopold Museums, Peter Weinhäupl mit dem Modell zur MQ-Libelle

Die multifunktionale „MQ Libelle“ wird sowohl für Kunst- und Kulturprojekte genutzt als auch für Veranstaltungen an Dritte vermietet werden. Die „MQ Terrasse“ wird den Besuchern des MuseumsQuartier Wien einen neuen Blick auf die City bieten und

über Außenlifte öffentlich zugänglich sein. Wie in den Höfen des MQ wird es dort Terrassenmöbel zum Aufenthalt ohne Konsumzwang geben. Für das leibliche Wohl der Gäste wird ein Café auf dem Dach sorgen. ■

<http://www.mqw.at>

Dürers »Feldhase« als Großskulptur auf dem Albertina-Dach

Eine überdimensionale, pinke Großskulptur des „Feldhasen“ von Albrecht Dürer ist am 17. April mit einem Kran auf das Flugdach der Albertina gehoben worden. Das Original ist noch bis 29. Juni in der Ausstellung „Dürer, Michelangelo, Rubens. Die 100 Meisterwerke der Albertina“ zu sehen. Nach Ausstellungsende soll die Skulptur versteigert werden. Eine weitere Großskulptur des berühmten Hasen wurde von Karsamstag bis Ostermontag zwischen 11 und 15 Uhr durch den ersten Wiener Bezirk getragen.

„Kunst ist künstlich“, faßte Albertina-Direktor Klaus Albrecht Schröder am gegenüber der APA die intendierte Signalwirkung des Hörl-Hasen zusammen. Schließlich werde durch die ungemeine Popularität des Dürer-Hasen vergessen, daß auch dieser die Wirklichkeit nicht abbilde. So messe das Meisterwerk nur ein Viertel der Größe eines echten Feldhasen, des Weiteren sei er immerhin auf weißem Hintergrund ohne jegliche Landschaft dargestellt. Mit der deutlich sichtbaren Abstraktion des pinken Hörl-Hasen wolle man auch auf die Künstlichkeit des „Feldhasen“ hinweisen.



Foto: Albertina / APA-Fotoservice / Juhasz

Der pinke Hase wird auf das Dach der Albertina gehoben.

Seinen Ursprung hat der Hörl-Hase im Jahr 2003, als der deutsche Konzeptkünstler und Bildhauer Ottmar Hörl in Albrecht Dürers Heimatstadt Nürnberg einen visuel-

len, künstlichen Rasen aus 7000 seriellen „Dürer-Hasen“ in vier verschiedenen Grüntönen erzeugte. ■

<http://www.albertina.at>

Schatzkammer Gurk feierlich eröffnet

275 sakrale Kostbarkeiten aus mehreren Epochen in Propsteihof –
Ideale kulturelle Bereicherung für Gurk als geistliches Zentrum



© Foto: Mahlknecht

Ein Blick auf Teile der bedeutenden Sammlung in der »Schatzkammer Gurk« im Propsteihof des Gurker Domes

Diözesanbischof Alois Schwarz eröffnete am 30. April im Rahmen eines Festaktes die „Schatzkammer Gurk“ im Propsteihof des Gurker Domes. Es ist gleichsam das neugeschaffene Diözesanmuseum, nachdem es in Klagenfurt aufgelassen bzw. nach Gurk übersiedelt wurde.

Auch Landeshauptmann Peter Kaiser kam nach Gurk und zeigte sich von der gelungenen Präsentation der sakralen Kostbarkeiten im neugeschaffenen Museum beeindruckt. Die Räume wurden sensibel gestaltet und durch Lichteffekte bereichert. So ist die kirchengeschichtliche Reise – jeder Epoche ist ein Raum gewidmet – für den Besucher sehr attraktiv. „Ein großer Tag für die Kirche und für die Marktgemeinde“, betonte Hausherr und Stiftpfarrer Gerhard Kalidz, der zahlreiche Ehrengäste willkommen hieß. Unter ihnen waren: Generalvikar Engelbert Guggenberger, Bischofsvikar Olaf Colerus-Geldern, Prälat Horst-Michael Rauter, Lan-

desschulratspräsident Rudolf Altersberger, Landesjägermeister Ferdinand Gorton, Generalvikar Engelbert Guggenberger, Oberst Gerhard Gritzner, WK-Präsident Franz Pacher, Militärmusikkapellmeister Sigismund Seidl, Alt-Landesrat Georg Wurmitzer und Schloßherrin BM a.D. Elisabeth Sickl sowie Vertreter des Denkmalamtes und vieler Gemeinden aus der Region.

Der Landeshauptmann, LAbg. Franz Wieser und Bürgermeister Siegfried Kampl gratulierten zur neuen Schatzkammer und dankten dem Bischof. Der Kaiser sprach die Geschichtsmächtigkeit des Ortes Gurk als Wiege der Diözese an. Er verwies auf den für Gurk verwendeten Ausdruck der „steinernen Schatztruhe“, die nun durch eine „Schatzkammer“ bereichert worden sei.

Es gäbe kaum einen besseren geistlichen Ort, der so wie Gurk für diese Schatzkammer geeignet sei, sagte Kaiser und betonte die Rolle der Kirche als wesentlichen Kunst-

und Kulturträger. Im einstigen Diözesanmuseum in Klagenfurt sei nun ein Betriebskindergarten untergebracht, womit die Brücke zwischen Geschichte und den Kindern bzw. der Zukunft bezeichnet sei, sprach Kaiser die sinnvolle Nachnutzung an.

„Kunst, besonders religiös-kirchliche Kunstwerke, waren und sind wesentliche Wege und Hilfen für die Verkündigung des Evangeliums und für die Neu-Evangelisierung heute“, sagte Diözesanbischof Alois Schwarz bei der Eröffnung und Segnung. Religiös-kirchliche Kunstwerke würden eine Schönheit verkünden, „die erlöst und rettet, und sie sind darin auch ein Hoffen wider alle Hoffungslosigkeit“, so der Kärntner Bischof. „Mit dieser Schatzkammer sichern wir europäische Kultur und stärken das Selbstbewußtsein, das sich aus der Geschichte der Religion und der Kultur speist.“ In Gurk würden wir daran erinnert werden, „daß das Christentum eine mächtige geistige Kraft

Kultur

ist“. Die Eröffnung der „Schatzkammer Gurk“ sei eine weitere Station auf dem Weg des diözesanen Leitbildes „Mit Jesus Christus den Menschen nahe sein, da wir mit dieser Schatzkammer gefragt werden, wer unser Schatz ist.“ Der größte Schatz im neuen Museum sowie Mitte und Ziel des Glaubens sei Jesus Christus selbst. Die Exponate im neuen Diözesanmuseum würden die „Kraft der Spiritualität“ vieler Jahrhunderte atmen und vor allem auf Jesus Christus verweisen. Er hoffe, so der Bischof, daß die „Schatzkammer Gurk“ die Glaubensgeschichte Kärntens in sakralen Kunstwerken sichtbar mache und daß so die BesucherInnen eine Bereicherung der Seele erfahren würden. Bischof Schwarz dankte allen Beteiligten dafür, daß die geplanten Kosten von 1,5 Millionen Euro für die Errichtung des Diözesanmuseums sowie für notwendige Arrondierungsmaßnahmen im Außenbereich wie zum Beispiel der barrierefreie Zugang zum Dom eingehalten werden konnten. Ausdrücklich wies Bischof Schwarz darauf hin, daß zur Finanzierung keine Mittel aus dem Kirchenbeitrag herangezogen werden. So wird der Großteil der Kosten aus diözesanen Eigenmitteln, nämlich aus Rücklagen aus Liegenschaftsverkäufen, sowie zu einem kleinen Teil aus Bundesmitteln aufgebracht. Das Bistum habe Holz gespendet und dadurch einen Ertrag der heimischen Wirtschaft gesichert. Außerdem sei durch den Einsatz Kärntner Firmen bei der Errichtung des Diözesanmuseums eine Wertschöpfung für das Land erbracht worden.

Bischof Schwarz äußerte die Hoffnung, daß auch das Land Kärnten diesen Ort der Kunst und Kultur unterstütze. „Ich hoffe auf eine entsprechende finanzielle Zusage und Überweisung, da es sich um ein einzigartiges, kulturelles Projekt handelt“, sagte der Kärntner Bischof.

Gurks Bürgermeister Kampl dankte für die Schatzkammer, die eine große Bereicherung für Gurk und Kärnten sei. LAbg. Franz Wieser betonte, daß Kirche, Kunst und Kultur seit jeher eine Einheit bildeten. Sie wünschten dem neuen Museum viele Besucher.

Diözesankurator und Leiter der Schatzkammer Gurk, Eduard Mahlknecht, sagte, daß alle Beteiligten mit Leidenschaft an der Realisierung des Museums gearbeitet haben. Er empfinde Gefühle der Freude, Dankbarkeit und Begeisterung für das Werk und für den langen und schließlich erfolgreichen Weg, das Museum von Klagenfurt (Lidmangasse 10, beim Dom) nach Gurk zu brin-



© Foto: Mahlknecht

Die »Schatzkammer Gurk« präsentiert auf insgesamt 920 m² 275 sakrale Kostbarkeiten aus mehreren Epochen.



Foto: LPD / Just

v.l.: Architekt Roland Winkler, Museumsleiter Eduard Mahlknecht, LAbg. Franz Wieser, Architektin Claudia Ruck, Stadtpfarrer Gerhard Christoph Kalidz, Landeshauptmann Peter Kaiser und Bürgermeister Siegfried Kampl

gen. Weiters informierte Mahlknecht über die Fülle und Einmaligkeit der Ausstellungsobjekte, die mit der Gestaltung der Räume gut harmonieren würden.

Geplant wurde das Museum vom Architektenpaar Roland Winkler und Claudia Ruck, sie waren als Sieger aus einem Wettbewerb hervorgegangen. Winkler lobte das rasche, unbürokratische und vertrauensvolle Zusammenarbeiten am Bau, wodurch es gelungen sei, etwas Außerordentliches zu schaffen.

In der „Schatzkammer Gurk“ sind die Exponate nun sowohl in chronologischer als auch inhaltlicher Gruppierung präsentiert. Sie beherbergt in zehn Ausstellungsräumen

auf einer Fläche von 920 m² insgesamt 275 Exponate, die nach Epochen gegliedert sind. Unvergleichlich reich ist der Bestand an gotischen Objekten – die Gotik ist die beherrschende Kunstepoche in der Diözese Gurk – wie z. B. der Rangersdorfer Petrus- und Paulusaltar von 1422, die Kreuzigungstafel von Innernöring um 1460, Flitschler Altar von 1516, usw. Weitere Räume umfassen die Epochen der Romanik (mit dem bedeutenden Hölleiner Kruzifixus um 1180, der Magdalenscheibe aus Weitensfeld um 1170, oder dem Gurker Tragaltar um 1200), der Renaissance und des Barock, Volksfrömmigkeit, u.v.m.

<http://www.dom-zu-gurk.at>

Meisterwerk aus dem Spätmittelalter

Österreichische Nationalbibliothek erwirbt kostbare Miniatur mit der Kreuzigung Christi

Die Österreichische Nationalbibliothek konnte eine bisher nicht bekannte, einzigartige Miniatur aus dem Spätmittelalter erwerben. Das Bild entstand um 1435 und zeigt Christus am Kreuz in kühlen Farben, umgeben von goldener Pracht. Es stammt vermutlich aus einem Gebetbuch und ist ein weiteres Hauptwerk des sogenannten „Albrechtsminiators“, einem in Wien für Kaiser Friedrich III. tätigen Buchmaler.

Die besonders gut erhaltene Miniatur auf Pergament zeigt die Kreuzigung Christi mit der Gottesmutter Maria zu seiner Rechten und dem Evangelisten Johannes zur Linken. Aufgrund der stilistischen Eigenheiten der Darstellung, der für den Maler charakteristischen Farbigkeit und der klaren, die Symmetrie bevorzugenden Bildkomposition konnten ExpertInnen der Österreichische Nationalbibliothek das kürzlich entdeckte Werk dem sogenannten „Albrechtsminiator“ zuordnen.

Viel ist über diesen Meister der mittelalterlichen Buchkunst nicht bekannt: Weder sein tatsächlicher Name, noch die Lebensdaten sind belegt. Sicher ist aber, dass er zwischen 1430 und 1450 als Illustrator an mehr als 20 prachtvoll ausgestatteten Handschriften in Niederösterreich und Wien mitgewirkt hat. Seine Auftraggeber waren u. a. der habsburgische Herzog Albrecht V., der später als Albrecht II. (1397–1439) auch deutscher König war, und Friedrich III. (1415–1493), Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Möglicherweise war auch die Miniatur der Kreuzigungsszene im Besitz dieser Herrscher.

Die Österreichische Nationalbibliothek besitzt bereits mehrere wichtige Werke dieses anonymen Malers, die in der Sammlung von Handschriften und alten Drucken sicher verwahrt werden. Mit über 15.000 mittelalterlichen Handschriften zählt diese Sammlung zu einer der kostbarsten und bedeutendsten der Welt. Berühmt sind etwa der „Wiener Dioskurides“, entstanden um 512, die „Tabula Peutingeriana“ aus dem 12. Jahrhundert und die Prachtabschrift der „Goldenen Bulle“ aus der Zeit um 1400. Alle drei sind UNESCO-Weltdokumentenerbe.



© Österreichische Nationalbibliothek

Miniatur der Kreuzigungsszene aus der Zeit um 1435

Die historischen Wurzeln der Österreichischen Nationalbibliothek reichen weit in die Geschichte zurück. Aus dem Jahre 1368 stammt das erste nachweisbare, noch heute in der Bibliothek vorhandene Buch, das so genannte „Evangeliar des Johannes von

Troppau“, eine mittelalterliche Prachthandschrift. 1575 mit der offiziellen Bestellung des ersten kaiserlichen Bibliothekspräfekten begann ihre Geschichte als eigenständige Institution. ■

<http://www.onb.ac.at>

Weinviertler Kultursommer

und Internationale Sommerseminare für Bildende Kunst – wissenschaftliche Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit der Donauuniversität Krems ermöglicht eine illustrierte Zeitreise durch 16 Jahre.

Von Melitta Matousek.*)

Brand, von Einem, Pleyel – das Weinviertel wurde Visionären, wenn nicht zur Heimat, so doch zum Aufenthalt. Es gab eine Zeit, da stand die gemeinsame Vision auf dem Programm. Sie war umrahmt von neuer und neuester Musik, und aufgehoben in Gesprächen, Vorträgen, Workshops, in künstlerischer und intellektueller Beschäftigung. Das war der WKS, der von 1982 – 1997 30 Spielstätten unter anderem in Gaindorf, Sitzendorf, Retz, Stoitzendorf, Unteralb, Hollabrunn, Ravelsbach und Minichhofen verband. Im Logo des Festivals sieht man einen Flügel, die Tasten laden zum Spielen ein – die Musik war mit der bildenden Kunst unter einem Dach: Das waren die örtliche Singgemeinschaft, die regionalen Blaskapellen, das Puppentheater und die Kunstateliers der Umgebung.“**)

Vor 20, 30 Jahren tummelten sich KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen und sonstige Prominente wie Oskar Werner, Fritz Muliar, Peter Uray, Johanna Mertinz, Peter Vilnai, Gerhard Tötschinger, Günther Frank, die Kabarettisten Otto Grünmandl, Josef Hader sowie Muckenstruntz und Bamschabl, die SängerInnen Oskar Czerwenka, „Honzo“ Holecek, Renate Holm, Sramek und Zednik, die Schriftsteller und Dichter Julian Schutting, Helmut Korherr, Peter Marginter, Alois Vogel, die MusikerInnen Angerer, Buchner, Thomas Christian, Rita und Hans Graf, Adi Gruber, Erich Kleinschuster, das London Baroque Ensemble, Günter Neuhold, die Philharmonia Schrammlen, Meinhard Rüdener, Roger Salander, Emma Schmidt, Kurt Schwertsik, Michael Schwarz, Michael Starch, Gottlieb Wallisch, Käte Wittlich und Otto M. Zykan; die ArchitektInnen Maria Auböck, Horst Holstein, Johann Kräftner, Harry Kühnelt, Kurt Puchinger, Roland Rainer und Roland Schachel; die Forscher Genot Graefe, Hans Haid, Wolfgang Holzner, Werner Katzmann, Bernd Lötsch, Gerhard



Foto: WKS

Ein Foto vom Eröffnungsfest des Weinviertler Kultursommers im Jahr 1983

Plakolm und Peter Weihs. Außerdem die bildenden KünstlerInnen und SeminarleiterInnen Jussi Ahola (Helsinki), Gerhard Ausborn (Hamburg), Marc Frising (Luxemburg), Gerhard Gutruf, Ernst Kloss, Karl Korab, Erich Lessing, Rebecca Little John (New York), Kurt Loeb (Amsterdam), Rolf Meier (Winterthur), Günter Povaly, Irena Racek, Paul Rotterdam (New York), Erich Steininger, Miroslava Symon (Prag-Wien), Raimo Wukounig und Ferdinand Welz sowie die KunsthistorikerInnen und KunsttheoretikerInnen Dieter Bogner, Brigitte Borchardt-Birbaumer, Jutta Fischer, Eugene T. Gadol, Wolfgang Hilger, Heribert Hutter, Werner Kitlitschka, Harry Kühnel, Christian Nebehay, Artur Rosenau im Gutshof Minichhofen und Umgebung.

Der weltweite bekannte Space-pen-Erfinder Friedrich Schächter war einige Jahre lang Kassier des WKS-Vereins und war ebenso wie die Mitglieder der FF Minichhofen und WeinhauerInnen der umliegenden

Gemeinden, dort und in Stadeln, in Wirtschaftshäusern, Kirchen und zahlreichen Salons von Schlössern, aber auch im Kursgebäude in Gaindorf anzutreffen...

„Gibt es eine Neu-Auflage vom Weinviertler Kultursommer?“ Oft wird der bekannte Maler Gerhard Gutruf das heute noch gefragt.

Gutruf gründete im Jahr 1982, also vor über 30 Jahren, diese gemeinsam mit befreundeten Familien erste private Kulturinitiative im niederösterreichischen Ravelsbach.

Das Besondere dieser 16 Sommer lang erfolgreichen Veranstaltungsreihe war, daß neben den zentralen künstlerischen Seminaren auch öffentlich zugängliche musikalische Darbietungen, Dichterlesungen, Rezitationsabende, Theater- und Puppenspielaufführungen, kunsthistorische bzw. philosophische Vorlesungen und Vorträge sowie Diskussionen über Ortsbild- und Umweltproblematiken geboten wurden.

*) MMag. Melitta Matousek ist im Vorstand des Vereins www.maezenatentum.at und ist u.a. als Lehrbeauftragte an der Pädagogischen Hochschule Wien tätig.

***) Irene Suchy in „Das Weinviertel: Mehr als Idylle“, Kultur-Region Niederösterreich, 2013, S. 240

Kultur

Am 17. März 2014 wurde Gutruf 70 Jahre alt (siehe „Österreich Journal“, Ausgabe 128 vom 4. April 2014) und gerade rechtzeitig ist die wissenschaftliche Aufarbeitung in Zusammenarbeit mit der Donauuniversität Krems, Interactive Media Management, unter Leitung von Klausjürgen Heinrich und vor allem den Studierenden Peter Inmann und Gregor Reumüller fertig gestellt worden. Die Website – die als work-in-progress konzipiert ist – kann unter der Adresse <http://www.weinviertler-kultursommer.at> abgerufen werden. Seinerzeitige Teilnehmende oder Interessierte können Fotos oder Erinnerungen einbringen und so eine Zeitreise antreten.

Bis heute hat der Weinviertler Kultursommer mit seinen Internationalen Sommerseminaren Auswirkungen. Mehr als insgesamt 30.000 Mitwirkende und BesucherInnen zählte man bei den Seminaren und Veranstaltungen des WKS. Ehemalige KursteilnehmerInnen – sie kamen aus der näheren Umgebung, aus Wien, und anderen Bundesländern, sowie aus mehr als 10 Staaten – sind heute u.a. MedienunternehmerInnen, RestauratorInnen, BühnenbildnerInnen, SchriftstellerInnen, ArchitektInnen, LehrerInnen, MalerInnen oder einfach KunstliebhaberInnen geworden: „Früher habe ich die moderne Kunst gehaßt – aber jetzt liebe ich sie“, sagte eine begeisterte ZuhörerIn nach einem Vortrag über zeitgenössische Malerei von Paul Rotterdam. Die Einstellung zum ländlichen Raum und zur Ortsbildgestaltung wurde – ausgehend von Anregungen der Weinviertler Kultursommer-Mitwirkenden – vom Kurzzeit-Präsidenten Landeshauptmann Erwin Pröll auf politischer Ebene ausgebaut.

„Der Weinviertler Kulturwein wurde kreiert, von FALSTAFF-Herausgeber Dr. Helmut Romé mit Hilfe der Weinbauschule Retz aus 400 eingereichten Weinen ausgewählt und mit Gutruf-Künstleretiketten ausgestattet der Presse präsentiert ... Der Weinviertler Erwin Pröll sprach damals von der Bereicherung der kulturellen Szene, vor einer ganz natürlichen Bühne, einer Bühne, die eigentlich sonst nirgends zu finden ist, einer Bühne, die gleichzeitig die Möglichkeit vom Miteinander bodenständiger Kultur mit der elitären Kultur bedeutet und auch jenes Produkt präsentiert, das dem Weinviertel seinen Namen gegeben hat, den Wein.“^(*)

<http://www.weinviertler-kultursommer.at>
<http://www.matousek.biz>



Einer der vielen von Gerhard Gutruf geleiteten Malerei-Kurse in freier Natur



Mehr als insgesamt 30.000 Mitwirkende und BesucherInnen zählte man bei den Seminaren und Veranstaltungen des WKS.



Fotos: WKS

Screenshot von der Startseite der Internet-Dokumentation über den WKS

^{*)} Irene Suchy in „Das Weinviertel: Mehr als Idylle“, Kultur-Region Niederösterreich, 2013, S. 240

31. Donauinsselfest

Vom 27. bis 29. Juni 2014 geht in Wien Europas größtes Open-Air-Festival mit zahlreichen Highlights über die Bühne.



© Donauinsselfest

Auch heuer wird die Wiener Donauinsel wieder Ort der Begegnung für Gäste aus dem In- und Ausland sein.

Unter dem Motto „Wien leben. Wien lieben“ findet das 31. Donauinsselfest vom 27. bis 29. Juni 2014 statt. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits auf Hochtouren – dann wird die Wiener Donauinsel wieder für drei Tage zur „Bühne“ von Europas größtem Open-Air-Festival, bei freiem Eintritt. Seit seinen Anfängen ist das Donauinsselfest stetig gewachsen und hat sich zu einem fixen Bestandteil der Wiener Identität entwickelt. „Über die Jahre ist das Donauinsselfest zu einer Institution für die WienerInnen, aber auch für zigtausende Gäste aus den Bundesländern und dem Ausland geworden. Das Fest ist weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt, beliebt und einzigartig in der Welt. Kurzum: das Wiener Donauinsselfest ist eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte!“, betonte LAbg. Christian Deutsch, Landespartei sekretär der veranstaltenden SPÖ Wien, anlässlich einer Pressekonferenz am 9. April.

Diese Erfolgsgeschichte ist eng mit der positiven Entwicklung der SPÖ-geführten

Stadt Wien verknüpft. „Wien ist laut zahlreichen internationalen Studien die lebenswerteste Stadt der Welt. Alle Wienerinnen und Wiener haben gleichermaßen Zugang zu den vielfältigen Leistungen der Stadt. Dazu gehört auch das Donauinsselfest. Das ist ein Verdienst der SPÖ“, sagte Deutsch. Auch das friedliche Miteinander ist zentrales Thema des Donauinsselfestes: „Besonders heuer – in Hinblick auf das Gedenkjahr zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren – ist es wichtig den europäischen Gedanken weiter zu vertiefen. Nur mit Respekt gegenüber Anderen und Rücksichtnahme kann eine Veranstaltung dieser Größe so friedlich von statten gehen“, so Deutsch.

Auch heuer werden sich an diesem Ort der Begegnung Familien, Jung und Alt, genauso wie Kulturbegeisterte und Sportfans aus dem In- und Ausland friedlich treffen. „Das erfolgreiche Veranstaltungskonzept wurde dafür weiter adaptiert und ausgebaut. Besonders der ‚spark7 Rock The Island Contest‘

presented by PULS 4, der heuer sein fünfjähriges Jubiläum feiert, erfreut sich bereits im Vorfeld größter Beliebtheit“, hob Projektleiter Thomas Waldner hervor.

Auf die BesucherInnen des Donauinsselfestes warten zahlreiche Highlights, die allesamt auf der Donauinsselfest-Hompage ersichtlich sind. Jedenfalls Kosheen, Macy Gray oder Stefanie Werger haben sich bereits angesagt, es sind wieder zahlreiche musikalische Highlights aus allen Genres zu Gast: internationale Superstars, heimische Legenden, „Sterne“ des Schlagerhimmels und viele mehr. Es wird für das 31. Donauinsselfest Musik für jeden Geschmack geben – rund 2000 KünstlerInnen und mehr als 600 Stunden Programm sind angedacht. „Wir freuen uns besonders, heute exklusiv die ersten Bands und MusikerInnen aus jedem der vier Areas bekannt geben zu dürfen“, betont Waldner.

Nach dem sensationellen Erfolg des letzten Jahres – 525 Bands, 778 Songs, 122.600



© Donauinsselfest

Eines der Highlights des Donauinsselfestes 2013 war der Live-Auftritt des Austro-Barden Rainhard Fendrich auf der Ö3-Bühne.

Votes – bedeutet der „spark7 Rock The Island Contest“ presented by PULS 4 heuer wieder die Möglichkeit, einen der heißbegehrten 30minütigen Auftritte am Donauinsselfest zu ergattern und damit Teil einer einzigartigen Erfolgsgeschichte zu werden. Seit Anfang Feber haben sich schon über 300 Bands und MusikerInnen online angemeldet. Als letzte Hürde vor den Brettern, die die Welt bedeuten, warten auf die bestgereihten KünstlerInnen schließlich noch eine Fach-Jury oder die „Final Auditions“. Wie auch schon im letzten Jahr spielen die KünstlerInnen nicht nur für das unvergeßliche Gefühl, mit professionellem Equipment vor großem Publikum, im einmaligen, legendären Ambiente der Wiener Donauinsel performen zu dürfen, sondern sie erhalten auch ein Preisgeld. Die Erstplatzierten erhalten 1000 Euro, die Zweitplatzierten 500 Euro und für Platz 3 gibt es 250 Euro Gage.

Zum fünfjährigen Jubiläum des Contests gibt es noch eine besondere Chance für alle TeilnehmerInnen unter 19 Jahren (bei einer Formation mindestens die Hälfte der Mitglieder): der spark7 Rookie Award! Jene Bands, DJs oder MCs mit den meisten Stimmen des Online-Votings gewinnen mit diesem Award jeweils 1.000 Euro!

20 Jahre Ö1-Kulturzelt

Von 27. bis 29. Juni nimmt auch der Kultursender Ö1 seine Außenstelle auf der Wiener Donauinsel wieder in Betrieb – und das bereits zum 20. Mal. Was 1995 mit einer Radiobühne nahe der Brigittener Brücke begonnen hat, ist mittlerweile zur „Österreich 1 Kulturinsel“ herangewachsen: ein Areal für Kabarett, Satire, Pop, Jazz, Welt- und Volksmusik sowie für Kinderaktivitäten. Tausende begeisterte BesucherInnen hatten in den letzten 20 Jahren die Gelegenheit aussergewöhnliche Größen all dieser Genres bewundern zu dürfen. So sorgten etwa Alfred Dorfer, Lukas Resetarits oder Alf Poier im Publikum für ausgelassene Stimmung. Musikalisch beeindruckten unter anderen Clara Luzia, The Tiger Lillies oder Mary Broadcast Band. Und heuer treten unter anderem das Ernst Molden Trio, Andreas Vitásek, HMBC Holstunarmusigbigbandclub oder Hans Theessink & Meena Cryle auf.

Raiffeisen/PULS 4 Action & Fun-Insel: Sport- und Freizeitspaß geht in Runde 4

Erstmalig wurde am Donauinsselfest 2011 mehr Platz für Sport und Freizeitspaß im Zuge einer eigenen Insel zwischen U6-Brücke und Brigittener Brücke angeboten.

Aufgrund des großartigen Erfolges wird die Raiffeisen / PULS 4 Action & Fun-Insel am diesjährigen Donauinsselfest 2014 weiter ausgebaut und wieder ab dem frühen Nachmittag für Staunen und Adrenalin-Kicks bei den BesucherInnen sorgen. Denn heuer präsentieren Raiffeisen und PULS 4 spektakuläre Shows und Adrenalin-fördernde Aktivitäten zum Mitmachen. Mutigen gibt der Café Zero / Raiffeisen Bag Jump den Kick pur beim Sprung aus 10 Metern Höhe in ein überdimensionales Luftkissen. Die Speedkletterwand von Climbers Paradise Tirol vermittelt Kletterlust wie im Hochgebirge. Im 1 gegen 1 Modus, gilt es schnellstmöglich 15 Meter nach oben zu klettern. Gratis Klettercoachings von der Kletterhalle Wien inklusive. Neu im Programm ist heuer eine 20m lange Slackline, auf der zwischen den Shows jedermann seinen Gleichgewichtssinn testen kann. Auch dieses Jahr gibt es den 10 m hohen Hochseilgarten, bei dem es auf einer Gesamtlänge von 40m diverse Hindernisse zu überwinden gilt. Abgerundet wird das Programm der Raiffeisen / PULS 4 Action & Fun-Insel durch eine spektakuläre Bike Jump Show mit internationalen Top BikerInnen. Mountainbike-Begeisterte können ihre Fahrradkünste auf dem Raiffeisen

Bike Parcour testen und sich von den Profis coachen lassen. Leihbikes und Helme werden vor Ort gestellt.

Ein starkes Symbol für das Miteinander - Facebook-Applikation startet

Das Donauinsselfest ist seit über 30 Jahren ein fröhliches, friedliches Fest für Menschen aller Altersgruppen, verschiedener Hautfarben, Religionen und aller sozialen Schichten. „Dieser Tatsache wollen wir auch 2014 gerecht werden, indem es eine Facebook-Kampagne gemeinsam mit den BesucherInnen gibt“, betonte Waldner.

<http://www.facebook.com/donauinsselfest>

Dort werden tausende BesucherInnenbilder des letzten Jahres präsentiert und alle UserInnen eingeladen, sich zu melden, wenn sie sich auf einem der Bilder erkennen. Mit einer eigenen Foto-Markierungsfunktion in der App können sich die Personen selbst markieren und haben somit die Chance, daß ihr Bild eines der offiziellen Sujets der Donauinsselfest Plakatkampagne wird. Aus all jenen Fotos, auf denen sich Besucher bis einschließlich 20. Mai 2014 markiert haben, werden vier Stück gezogen. Diese Bilder werden dann in die Donauinsselfestkampagne eingebunden und als Donauinsselfestplakate affiziert.

River // Cities: Europäisches Qualitätssiegel für Festivals

Bereits seit sieben Jahren ist das Donauinsselfest Partner des europäischen Projekts River // Cities. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk aus Organisationen, die Kultur in verschiedensten Formen mit Flüssen verbinden. Das River // Cities Netzwerk umfaßt mittlerweile 40 Städte aus über 20 Ländern. Gemeinsam soll der kulturelle Austausch in Europa gefördert und von den Erfahrungen der anderen Kulturveranstaltungen profitiert werden. „Wien liegt im Herzen Europas und das Donauinsselfest leistet einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Austausch der BewohnerInnen dieser Region“, begründet Deutsch das Engagement im River // Cities Netzwerk.

Partner sind unter anderem das

- Thames Festival London, das
- IsarInselfest München und das
- United Island Festival Prag.

Zusätzlich wurde das Projekt „Rivers of Opportunities“ ins Leben gerufen. Durch diese neue Partnerschaft ist das Donauinsselfest auf mehreren europäischen Festivals vertreten und wird dort entsprechend repräsentiert.



Foto: Arman Rastegar

Der Wiener SPÖ-Landesparteisekretär LAbg. Christian Deutsch und Donauinsselfest Projektleiter Thomas Waldner präsentieren das Programm für 2014



© Donauinsselfest

Rund 2000 KünstlerInnen und mehr als 600 Stunden Programm erwarten die BesucherInnen heuer auf der Donauinsel...

Die Grundgedanken von River // Cities

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt, welches weit über seine Grenzen hinausstrahlt und welches es zu schützen gilt!

- Im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine Umgebung! Die PartnerInnen von River // Cities bekennen sich zu Toleranz und Vielfalt! Regionalität und deren Förderung sind Ziel der Mitglieder und des Projekts!
- Wasser ist Leben! Unser Leben! Diese Ressource gehört geschützt! Denn sie gehört uns allen!

- Kunst und Kultur sind der Motor für die Entwicklung einer funktionierenden Gesellschaft!
- Die PartnerInnen verpflichten sich den Gedanken des friedlichen Zusammenlebens und den Austausch der Kulturen zu forcieren!

„Eines ist klar – über die Jahre ist das Donauinsselfest zu einer festen Institution geworden und läßt sich nicht mehr wegdenken. Seit nunmehr 31 Jahren heißt es: Die Insel ruft!“, betonten Deutsch und Waldner gemeinsam.

<http://2014.donauinsselfest.at>

Wir sind Wien.Festival 2014

Blick hinter die Kulissen der Stadt – 23 Tage – 23 Bezirke – 223 Kulturprogramme

Ob eine Backstage-Führung im Theater in der Josefstadt oder in der Hauptfeuerwache Floridsdorf, ein Besuch im Depot des Weltmuseums oder die TV-Aufzeichnungen der Science Busters im Rabenhof miterleben: Alle FestivalbesucherInnen haben die Möglichkeit, jeden Tag unbekannte, aber für die Bezirke wichtige Ecken und Flecken kennenzulernen. „Wien hinter den Kulissen“ ist das Motto des 6. „Wir sind Wien.Festivals“, bei dem zum Hinschauen und Mitmachen eingeladen wird.

„Orte kennenlernen, die man üblicherweise nicht zu Gesicht bekommt oder die nur ‚Insidern‘ vorbehalten sind: Das Wir sind Wien.Festival macht es möglich. Alle Wienerinnen und Wiener und natürlich auch die vielen Gäste von überall her haben die wunderbare Gelegenheit, im Rahmen des Festivals unsere Stadt und ihr Kulturangebot in all seiner Vielfalt von einer neuen Seite zu entdecken. Und das alles bei freiem Eintritt“, hebt Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny hervor.

Eröffnungsfest auf dem Michaelerplatz mit Wiener Tschuschenkapelle

Eröffnet wird das Festival am 1. Juni mit einem großen Auftakt auf dem Michaelerplatz: Ab 14 Uhr sorgen die Erneuerer des Wienerlieds Neuwirth & Extremschrammeln für Stimmung, gefolgt von der Wiener Tschuschenkapelle, die heuer ihr 25-Jahr-Jubiläum feiert, Jazzgitarrist Harri Stojka, Moonlight Breakfast und Garish.

Der Präsident von Basis.Kultur.Wien, Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz, verweist auf die immer intensivere Zusammenarbeit mit der gesamten Wiener Kunst- und Kulturszene, die sich auch im heurigen Programm widerspiegelt: „Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, Basis.Kultur.Wien zu einem wichtigen Player im Festivalgeschehen der Stadt Wien zu etablieren. Wir setzen auch künftig auf Kulturkooperationen mit allen Einrichtungen unserer Stadt, auf die wir mit Recht sehr stolz sind!“

Lebensgeschichten, Forschung, Film: Buntes Kulturprogramm zum Mitmachen

Das Programm bietet neben dem Angebot diverser Bezirksinitiativen (=Basisstationen) wieder einige neue Highlights: „frau franzi“,



Foto: Aktionsradius Wien

Das Angebot ist vielfältig, so vielfältig wie die Stadt selbst.



Foto: wirtsinwien.com / Szilvia Fucsko

Besonders beliebt beim Nachwuchs: »Klassik Cool«-Mitmachkonzerte für Kinder

verkörpert von Marika Reichhold, putzt sich resolut und erfrischend mit ihrem Solospektakel „Jedermann im Gemeindebau“ durch die städtischen Wohnbauten. Bei „Wiener Geschichten“ erzählen WienerInnen ihre ganz persönliche Lebensgeschichte, die im Laufe des oral-history-Projektes auch filmisch festgehalten wird. Die Porträtserie über Lokalmatadore stellt Menschen vor, die hinter den Kulissen wirken. Tiefe Einblicke in die Welt der Wissenschaft bietet „Wien unterm Mikroskop“, wo das Publikum die Möglichkeit hat, ganz persönliche Gegenstände unters Mikroskop zu legen. Aus einer

Kooperation mit dem volxkino ist das Wir sind Wien-Wandkino entstanden, dem Hausfassaden als Leinwände dienen. „Walking Fictions“ und „Walking Concerts“ – Lesungen und Konzerte per Kopfhörer – sind ebenso Teil des Programms wie „Klassik Cool“, Mitmachkonzerte für Kinder.

„Das Angebot ist vielfältig, so vielfältig wie die Stadt selbst. Lassen Sie uns gemeinsam einen Blick hinter die Kulissen werfen, um zu sehen, welche Schätze im Verborgenen blühen“, lädt die Festivalleiterin Anita Zemlyak alle Wienerinnen und Wiener ein und verweist mit Augenzwinkern auf die

Serie »Österreicher in Hollywood«

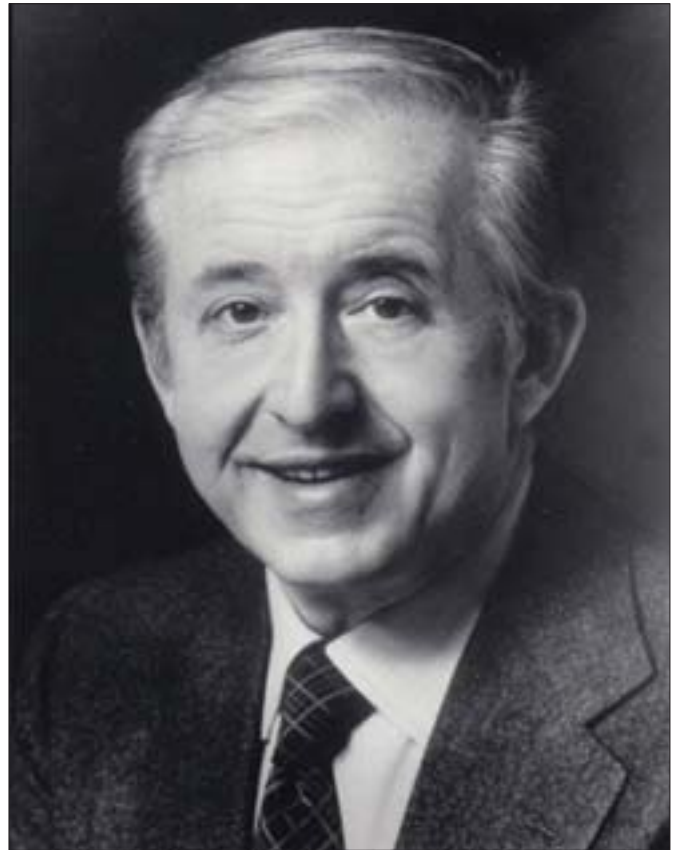
Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **76. Folge** portraitiert er

Eric Pleskow (Erich Pleskoff)

Studio Head / Produzent

Erich Pleskoff wurde am 24. April 1924 als erster Sohn des aus Sewastopol stammenden, späteren Textilhändlers Josef Pleskoff und dessen Wiener Ehefrau Therese (geb. Weissbartl), in Wien geboren, wo er das Brigitta-Realgymnasium besuchte. Die jüdische Familie erlebte in der Hauptstadt des nach 1918 zum Kleinstaat geschrumpften Österreich 1934 den Bürgerkrieg, antisemitische Hetze, im März 1938 den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und den „Anschluß“ an Hitler-Deutschland, im folgenden November Pogrome und Bedrohung, letztlich die Zerstörung und das Ende der jüdischen Welt in Wien. Nach einer abenteuerlichen Reise über Frankreich, Belgien und Holland erreichten die Pleskoffs mit US-Einreisevisa innerhalb der russischen Quote (aufgrund der Herkunft des Vaters) auf einem von Rotterdam abgehenden Schiff der Holland America Line im September 1939 die rettenden Vereinigten Staaten.

Die USA litten unter einer Wirtschaftskrise, das Überleben der Neuankömmlinge, die in New York im nördlich von Harlem gelegenen Stadtteil Washington Heights ein Unterkommen fanden, war äußerst schwierig. Erich, nun Eric, besuchte die High School und übernahm daneben Aushilfsarbeiten aller Art, unter anderem bei der Produktionsfirma Non-Theatrical Pictures Corporation, die Filme vom Großformat auf 16 Millimeter kopierte und außerhalb von Kinos in Klubs, bei Privatleuten und in Schulen die Vorführung von Filmen organisierte. Der Besitzer Herbert T. Edwards, der außerdem auf die Herstellung von Dokumentarfilmen, deren Schnitt und ton-technische Bearbeitung spezialisiert war, öffnete Pleskoff die Tür zu einer späteren Karriere, als er ihn in die Kunst des Schnitts, des filmischen Erzählens und die Hinarbeitung auf dramaturgische Höhe-



Eric Pleskow

punkte in Filmen einführte. 1941 bearbeitete Edwards im Rahmen seiner zweiten Firma Adventures Epics mit zwei Editoren und dem assistierenden Pleskoff das vom Fotografen und Kameramann Rey Scott 1940 während einer Reise in China erstellte Bildmaterial, darunter die Aufnahmen über einen japanischen Bombenangriff auf die Stadt Chungking. Die 93minütige Dokumentation kam im Juni 1941 unter dem Titel „Kukan: The Battle Cry of China“ in die amerikanischen Kinos. Es war Pleskoffs erste große Filmarbeit an der er aktiv, indes ohne „credit“ beteiligt war, eine Materie die ihn reizte und der er verbunden blieb.

Amerika befand sich seit Dezember 1941 im Kriegszustand mit den Achsemächten Deutschland und Italien. Pleskoff wurde 1943 zur Army eingezogen und diente an verschiedenen Standorten als Dokumentarfilm-Cutter und „filmtechnician“ im Signal Corps, das unter anderem auch Propaganda- und Informationsfilme produzierte. In den dafür adaptierten ehemaligen Astoria-Studios der Paramount auf Long Island traf er auf Hollywood-Größen wie Gottfried Reinhardt, William Wyler und Anatole Litvak. Der Wiener erhielt während seiner Dienstzeit die US-Staatsbürgerschaft, sein offizieller Name lautete nun Eric Pleskow. Die Rückkehr nach Europa im Rahmen der Invasion 1944 und anschließend im Dienste des Intelligence Service

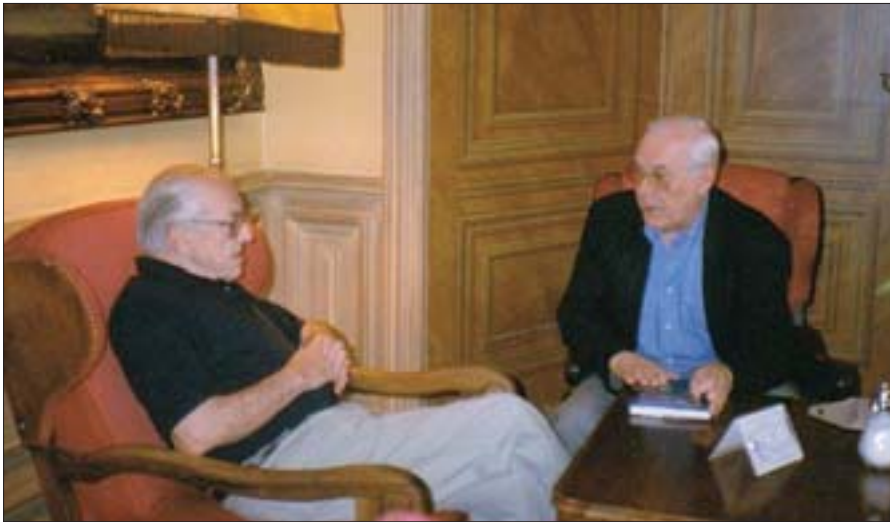


Fotos: Archiv Rudolf Ulrich

Februar 1958 – Eric Pleskow, damals Leiter der europäischen United Artists-Zentrale und Hollywood-Star Tyrone Power, während eines Empfangs im Maison de France in Berlin anlässlich der deutschen Erstaufführung des Billy Wilder-Klassikers »Witness for the Prosecution«.

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Rudolf Ulrich



Buch- und Serien-Autor Rudolf Ulrich (r.) im Juni 1998 im Gespräch mit Eric Pleskow im Hotel »Bayerischer Hof« in München.

Foto: media wien



Dem Produzenten zahlreicher Oscar-gekrönter Filme und Präsidenten der Viennale wurde am 26. Februar 2007 im Wiener Rathaus durch Bürgermeister Michael Häupl die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen, die Eric Pleskow als die »wichtigste Auszeichnung« seines Lebens bezeichnete.

erfolgte unter umgekehrten Vorzeichen. Als Mitglied der US-Militärregierung oblag ihm nach Kriegsende in den Bavaria-Studios in Geiselsgeis bei München die Reorganisation und der Neustart der bayerischen Nachkriegs-Filmindustrie.

Nach der Ausmusterung begann sein Aufstieg im Movie Business. Pleskow beriet als „civilian advisor“ das War Department auf dem Gebiet des Filmwesens, war von 1948 bis 1950 in Frankfurt stellvertretender Generaldirektor der Motion Picture Export Association (MPEA), der damaligen zentralen amerikanischen Verleihorganisation in Westdeutschland, und anschließend kurzfristig kontinentaler Repräsentant bei Sol Lesser Productions. 1951 wechselte er zu United Artists, leitete deren Niederlassung in Süd-

afrika, 1953 bis 1958 die Frankfurter, danach die europäische Zentrale in Paris. 1962 rief man ihn nach New York, Eric Pleskow stieg zum Vizepräsidenten auf, war 1973 kurzfristig Executive Vice President, Chief Operating Officer und schließlich bis 1978 als zweiter Europäer nach Charles Chaplin Präsident der Weltfirma.

Zur Zeit seines Eintritts schrieb United Artists, das seit 1967 zum Mischkonzern TransAmerica gehörte, horrenden Verlustzahlen. Der Newcomer etablierte ein verbessertes Management und förderte das freie Produzentensystem, womit er das bestehende Studiosystem aufbrach, aber einen bald allgemein gültigen neuen Weg aufzeigte. 1976 war United Artists auch ohne ausgesprochene Kassenschlager die Filmgesellschaft mit

dem größten Wachstum und Verleiheinkommen. Erst als Warner Bros. „The Exorcist“ und Universal „The Sting“ sowie den Superhit „Jaw“ auf den Markt brachten, konnte sie von der Spitze verdrängt werden. Unter Pleskows Ägide begann die später bei Orion fortgesetzte Partnerschaft mit Woody Allen, der sehr stolz darauf war, mit „such a great filmmaker“ assoziiert zu sein. Das Studio brachte 1975-1977 drei Oscar-prämierte „Best Pictures“ in Folge heraus, „One Flew Over the Cuckoo’s Nest“ ein Stoff, der 15 Jahre ungenutzt in Hollywood herumlag und, von Pleskow aufgegriffen, allein in den ersten zwei Jahren 180 Millionen Dollar einspielte, dazu den ersten Film der „Rocky“-Serie mit Sylvester Stallone und Woody Allens Klassiker der modernen Filmkomik „Annie Hall“. Zum Verleihprogramm aus eigenen und fremden Produktionen gehörten auch die britische „James Bond“- sowie die „Pink Panther“-Serie.

Für United Artists kam der Anfang vom Ende, als Eric Pleskow wegen fehlender Übereinstimmung mit der Politik von TransAmerica zusammen mit vier anderen Top Executives, Arthur Krim, Robert Benjamin, Mike Medavoy und Bill Bernstein, das Haus verließ und 1978 Orion Pictures Corporation und die angeschlossene Art Film Division Orion Classics gründete. 1982 avancierte er zu deren Studio Head und Chief Executive Officer (CEO), 1991 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Pleskow verstand, daß das Kino Stoffe realisieren mußte, die weit über die Mög-



Foto: Picus

Cover zur Biografie »Eric Pleskow, Ein Leben für den Film« von Andrea Ernst, Picus Verlag Wien, 2008. ISBN 978-3-85452-632-2

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Nick Wolfinger / Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Austria license, Austria



Eric Pleskow unterstrich durch seinen Besuch beim 8. Filmfestival »Crossing Europe« im April 2011 in Linz (hier mit Festivalleiterin Christine Dollhofer) dessen Bedeutung, wie es Nationalratspräsidentin Barbara Prammer damals formulierte.

lichkeiten des Fernsehens hinausgingen. Im Rahmen eines riesigen Investitionsprogramms präsentierte Orion, das seinen Filmemachern stets die kreative Kontrolle überließ, dem Publikum eine Schar hochkarätiger Schauspieler, Drehbuchautoren und aufsehenerregende Streifen wie „The Terminator“ mit Arnold Schwarzenegger, „Amadeus“ mit Tom Hulce, „The Woman in Red“ (1984), das Vietnam-Drama „Platoon“ (1986), inszeniert von den Regisseuren James Cameron, Milos Foreman, Gene Wilder und Oliver Stone, „Dances With Wolves“ (1990) von und mit Kevin Costner, dazu „Little Man Tate“ (1991), bei dem Jody Foster erstmals Regie führte. Die Kette der Oscars riß nicht ab, wie schon 1975 mit „One Flew Over the Cuckoo’s Nest“ gewann The „Silence of the Lambs“ bei der Vergabe im März 1992 alle fünf Hauptpreise. Wölfe und Lämmer bildeten zudem das passende Sinnbild für einen gewissen Kannibalismus in Hollywood, dem auch das New Major Studio Orion Tribut zahlen mußte. Die Gesellschaft geriet wegen zu starker Expansion in finanzielle Schwierigkeiten, die eine Neuorganisation und letztlich die Übernahme durch andere Interessenten bedingte.

Mitbegründer Pleskow schied am 1. Juli 1992 bei Orion aus. Der 68jährige wollte sich endlich mit anderen Dingen des Lebens befassen, sein Vorsatz hatte jedoch keine lange Gültigkeit. Er gründete mit Barry Spinkings eine eigene unabhängige Filmgesellschaft, die 1995 „Beyond Rangoon“, einen Film über die Demokratiebewegung in Myanmar (Burma) und das Schweigen um die

Tragödie des Landes unter der Militärdiktatur, in die Kinos brachte.

Sehr spät, erst 1998, wurde der ehemalige Filmoffizier, Verleiher und Produzent, der über 50 Jahre zuvor mit großem Engagement eine Brücke zwischen Amerika und Deutschland gebaut hatte, für seine damaligen Verdienste beim Filmfest in München mit dem CineMerit Award geehrt. Im selben Jahr tat sich für Eric Pleskow unerwartet ein ehrenvolles neues Betätigungsfeld auf. Nach den Statuten des Wiener Filmfestivals Viennale war der jeweils amtsführende Stadtrat für Kultur automatisch auch deren Präsident. Gemäß einem Beschluß der Stadtregierung,



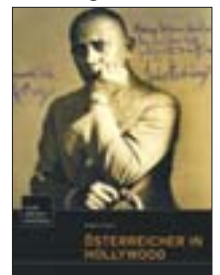
Foto: Österreichische Post AG

Im Rahmen der auf das gleichnamige Buch von Rudolf Ulrich zurückgehenden Serie »Österreicher in Hollywood« verausgabte die Österreichische Post am 12. April 2014 eine Sondermarke für Eric Pleskow.

sich aus kulturellen Gremien weitgehend zurückzuziehen, mußte die Funktion Ende 1998 anderweitig besetzt werden. Die Festivalleitung wünschte sich den charismatischen Austro-Amerikaner, der Wien 1948 zum ersten Mal nach dem Krieg wiedergesehen hatte, ein Mann des großen Kinos, der auf beiden Seiten des Atlantiks Filmgeschichte schrieb. Eric Pleskow nahm die Wahl an und stellte auf diesem Wege wieder eine intensivere Verbindung mit seiner Geburtsstadt her. Die Viennale-Präsidenschaft liegt seitdem in seinen Händen, er ist daneben Jury-Mitglied des Filmfonds Wien, wofür er mehrmals im Jahr nach Wien reist. Er akzeptierte wieder die österreichische Staatsbürgerschaft, die auch seine Gattin, Kinder und Enkel erhielten. Die Stadt Wien verlieh ihm 1971 das Goldene Ehrenzeichen und 2007 die Ehrenbürgerschaft, Österreich ehrte ihn 2009 mit dem Großen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik. Eric Pleskow, der auch in Frankreich und Italien Auszeichnungen erhielt, lebt mit seiner Familie im Neuengland-Bundesstaat Connecticut, nahe dem Atlantik. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
 zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>

150 Jahre Ringstraße

Vom Militärgelände zum Prachtboulevard: Die Wiener Ringstraße feiert 2015 ihre Eröffnung vor 150 Jahren. Mit ihren prunkvollen Palais und öffentlichen Gebäuden aus der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ist sie eine beeindruckende Parade der Wiener Sehenswürdigkeiten.



Foto: © WienTourismus / Christian Stemper

Ein beeindruckender Blick bietet sich vom Dach des Burgtheaters über die Ringstraße auf das Parlament (rechts) und auf das Naturhistorische Museum (links). Vorne links präsentiert sich der Volksgarten mit seinen zehntausenden Rosen...

Die Geschichte der Wiener Ringstraße beginnt am 20. Dezember 1857, als Kaiser Franz Joseph I. anordnet, die Befestigungsanlagen rund um die Innenstadt zu schleifen und das zuvor vom Militär genutzte Gelände vor den alten Basteien und der Stadtmauer, das sogenannte Glacis, mit einer Prachtstraße samt repräsentativen Gebäuden zu bebauen. Das größte städtebauliche Projekt in der Geschichte Wiens stellte die Verbindung zwischen der Innenstadt, die von der Kaiserresidenz und Adelspalästen dominiert war, zu den kleinbürgerlichen Vorstädten her. Zugleich trug das Mega-Bauvorhaben der rasanten Bevölkerungsentwicklung Wiens Rechnung. Von 1857 bis 1868 wuchs die Bevölkerung der Stadt um knapp 30 Prozent und überstieg bereits 1890 eine Million EinwohnerInnen. Und schließlich markierte der Bau der Ringstraße auch den Wandel von der

feudalen Residenzstadt der Donaumonarchie zu einer europäischen Großstadt.

In einem internationalen Wettbewerb reichten 85 Büros ihre Vorschläge ein, jedoch wurde kein Projekt direkt umgesetzt. Eine Kommission erarbeitete stattdessen aus den besten Entwürfen einen „Grundplan“, der die Anlage einer knapp 57 Meter breiten und rund fünf Kilometer langen, annähernd kreisförmigen Doppelallee-Straße mit monumentalen öffentlichen Gebäuden, Palais, privaten Mietshäusern, Plätzen und Parks vorsah. Die durch den Abbruch der Verteidigungsanlagen frei gewordenen Grundstücksflächen (insgesamt 2,4 Mio. m², knapp 300 Fußballfelder), die nicht für öffentliche Gebäude, Straßen oder Parks vorgesehen waren, wurden an Privatpersonen teuer verkauft und dadurch öffentliche Gebäude mitfinanziert. Die Privatiers wiederum profitier-

ten von 30 Jahren Steuerfreiheit, wenn sie ihr Bauprojekt innerhalb von fünf Jahren fertigstellten.

Die Kaiserstadt wurde zu einer Riesenbaustelle, an der ab 1858 mit Hochdruck gearbeitet wurde. Vom Baubeginn bis zur offiziellen Eröffnung der Ringstraße am 1. Mai 1865 in Anwesenheit des Kaiserpaares vergingen lediglich sieben Jahre. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch erst ein Teil des Gesamtprojekts fertiggestellt. Die schnelle Bauabwicklung der Ringstraße ging zu Lasten der dort Beschäftigten. Die Bau- und ZiegelerbeiterInnen leisteten bei geringer Bezahlung und langen Arbeitszeiten Schwerstarbeit. Die Bauziegel kamen zum Großteil aus den Ziegeleien im Süden der Stadt, so entstand die Bezeichnung „Ziegelböhme“ für die meist aus Böhmen zugewanderten ArbeiterInnen.

ÖJ-Reisetip

Als Bauprojekt mit beeindruckenden Dimensionen zog die Wiener Ringstraße rasch Financiers, Bauherren und Architekten aus ganz Europa an. Der Architekt Gottfried Semper, der das Burgtheater und die Hofmuseen entwarf, stammte aus Hamburg, der Ringstraßen-Planer Ludwig von Förster aus Franken und Theophil Hansen aus Dänemark. Palais an der Ringstraße ließen sich unter anderem die aus der Ukraine stammende Bankiersfamilie Ephrussi, die aus dem wohlhabenden jüdischen Bürgertum Prags kommende Familie Epstein und die aus Rumänien stammende Großhandelsfamilie Todesco erbauen.

Gebaute Architekturgeschichte

Die Gebäude an der Wiener Ringstraße zählen zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt. Dieser „grandioseste öffentliche Raum Europas“ (Edmund de Waal) formiert sich aus einer Vielfalt der Stile. Der Historismus der Ringstraße nahm sich idealisierte Bauformen aus der Geschichte als Vorbild. Ausgewählt wurde jenes historische Modell, das dem Zweck der neuen Gebäude am nächsten kam, etwa der griechische Tempel für das Parlament oder das antike Forum für die Kaiserresidenz. Im Stil der Neorenaissance wurden die Staatsoper (damals Hofoper), die Universität, die Börse sowie Kunsthistorisches und Naturhistorisches Museum erbaut, im Neobarock das Burgtheater, für das Rathaus wurde die flämische Gotik gewählt und für die Votivkirche die Neugotik.

Der Wiener Ringstraßen-Historismus wurde nicht von allen goutiert, einer seiner Kritiker war der bedeutende Architekt und Stadtplaner Otto Wagner. „Die Ringstraße ist eine Musterkarte von Stilkopien, eine lächerlicher als die andere“, läßt ihn die Salon-dame Berta Zuckermandl in ihren Memoiren lästern. In Robert Musils „Der Mann ohne Eigenschaften“ werden die Prachtbauten der Ringstraße als „Theaterdekorationen einer gehaltlosen Zeit“ bezeichnet. Auch im Nachhinein wurde die Ringstraße von Architekten als Fehlplanung betrachtet. Adolf Loos, der den Historismus ablehnte, sah in ihr das zentrale Problem Wiens.

Zu den wichtigsten Architekten der Ringstraße zählen Theophil Hansen (Parlament, Börse, Akademie der bildenden Künste, Musikverein, Palais Ephrussi, Palais Epstein, Palais Hansen), Gottfried Semper und Carl Hasenauer (Neue Burg, Kunsthistorisches und Naturhistorisches Museum, Burgtheater), Heinrich Ferstel (Universität,



Foto: ©WienTourismus / F 3

Vom Ringturm aus sieht man auf das Wiener Rathaus und die Universität.

Votivkirche, Museum für Kunst und Industrie/heute MAK – Österreichisches Museum für Angewandte Kunst/Gegenwartskunst, Palais Wertheim, Palais Ludwig Viktor), August Sicard von Sicardsburg und Eduard van der Nüll (Staatsoper) und Friedrich Schmidt (Rathaus). Ringstraßen-Bauten aus späteren Jahrzehnten stammen u.a. von Otto Wagner (Österreichische Postsparkasse, 1904-12) und Max Fabiani (Urania, 1909-1910). Erich Boltensterns Ringturm wurde 1955 eröffnet und ist eines der wenigen wirklich modernen Gebäude an der Ringstraße.

<http://www.ringstrasse2015.info>

Ein Wiener Freilichtmuseum

Die Wiener Ringstraße ist ein wahres Füllhorn an baukünstlerischen Details, vom Fassadenschmuck der Palais über die Gestaltung von Eingangstoren und Stiegenhäusern bis zu den Bauskulpturen. Das städteplanerische Konzept sah eine repräsentative Einheit vor, die sich aus bewusst nebeneinander gestellten öffentlichen und privaten Bauten zusammensetzte. Zu den monumentalen Verwaltungs-, Regierungs-, Kultur- und Wirtschaftsgebäuden des Rings zählen unter anderem die Staatsoper, das Burgtheater, das

Rathaus, die Universität und das Parlament. Das Naturhistorische und das Kunsthistorische Museum sowie die „Neue Burg“, ein Erweiterungstrakt der Hofburg, waren Bestandteil eines den Herrschaftsanspruch der Habsburger unterstreichenden Architekturprojekts. Das Kaiserforum sollte die Hofburg mit den für die imperialen Sammlungen errichteten Zwillingmuseen verbinden und hätte bis zu den Hofstallungen (dem heutigen Kulturareal MuseumsQuartier) gereicht. Der zweite Flügel gegenüber der Neuen Hofburg (heutiger Heldenplatz) wurde nie realisiert, das Kaiserforum blieb unvollendet.

Die Privatbauten an der Ringstraße zeugen vom Selbstbewußtsein des neuen Wiener Großbürgertums. Der Aufstieg von Bankiers, Fabrikanten und Unternehmern ging einher mit der wachsenden Industrialisierung. Am Ring fand diese wohlhabende „Gründergeneration“, darunter auch das liberale jüdische Großbürgertum, eine adäquate gesellschaftliche Bühne. Viele von ihnen waren wichtige Geldgeber für den Kaiser und wurden als Dank in den Adelsstand erhoben. Der „alte“ Hofadel hingegen war mit wenigen Bauten am Ring vertreten. Während der NS-Zeit wurden sämtliche Palais im jüdi-

ÖJ-Reisetip

schen Besitz, etwa das Palais Ephrussi mit seinem kostbaren Mobiliar, „arisiert“ und deren Eigentümer vertrieben, deportiert oder ermordet.

Ursprünglich waren für die Ringstraße keine Hotelbauten geplant, der neue Boulevard sollte öffentlichen Bauten, Palais und Zinshäusern vorbehalten werden. Mit der Weltausstellung 1873 stieg jedoch der Bedarf an repräsentativen Unterkünften und es entstanden noble Hotels wie das Sacher. Das älteste Hotel am Ring ist das 1870 eröffnete Grand Hotel, das eine für die damalige Zeit hochtechnische Ausstattung mit maschinenbetriebenem Lift und Telefon in jedem Zimmer hatte. Das Grand Hotel entstand aus einem Wohnhaus und war bis zum Ende der Monarchie beliebter Treffpunkt des österreichischen Adels und Großbürgertums. So traf hier etwa Kronprinz Rudolf (Sohn von Kaiser Franz Joseph I.) seine Geliebte Mary Vetsera. Das Palais Württemberg am Kärntner Ring wurde bereits wenige Jahre nach seiner Fertigstellung als Hotel genutzt und ist auch heute noch Sitz des Hotel Imperial. Das bereits für die Weltausstellung 1873 als Hotel geplante Palais Hansen am Schottenring ist – nach zwischenzeitlich anderen Funktionen – seit 2013 nun ein solches (Palais Hansen Kempinski Vienna). Im Palais Henckel-Donnersmarck am Parkring logiert das Radisson Blu Palais-Hotel (derzeit we-

gen Renovierung geschlossen), und für das 2012 eröffnete The Ritz-Carlton Vienna wurden gleich vier historische Palais am Schuberttring zusammengelegt.

Ringstraßencafés und Salonleben

Schon in ihrer Entstehungszeit etablierte sich die Ringstraße als Flaniermeile für das Bürgertum. Das Sehen und Gesehen-Werden auf dem neuen Boulevard stellte quasi eine Fortsetzung der früheren Spaziergänge auf den Stadtmauern dar. Besonders beliebt war die Strecke zwischen der „Sirk-Ecke“ (Ecke Ring/Kärntner Straße) und dem Schwarzenbergplatz. An dieser Ecke (benannt nach einem Geschäft, heute Hotel Bristol) verabredete man sich zu Zeiten der k.u.k. Monarchie. Karl Kraus hat diese Stelle in „Die letzten Tage der Menschheit“ verewigt. Dieser auch Opernkreuzung genannte Abschnitt des Rings war schon damals einer der urbansten und belebtesten Orte der Stadt, der von Passanten, Radfahrern, Kutschen und Straßenbahnen stark frequentiert wurde. Als in den Folgejahrzehnten der Individualverkehr stark zunahm, wurde an der Opernkreuzung 1926 die erste Verkehrsampel Wiens installiert, wenig später wurden die ersten Fußgängerübergänge markiert.

Beliebte Treffpunkte waren auch die Kaffeehäuser, die in den neuen Lokalitäten am Ring ihre Hochblüte fanden. Es trafen

sich Geschäftsleute und politisch Interessierte, die Kunst- und Literaturszene, die Schach- und Billardspieler, wobei einzelne Gruppierungen unterschiedliche Kaffeehäuser bevorzugten. Von den 27 großen Ringstraßen-Cafés, die es vor 150 Jahren gab, sind nur mehr wenige erhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielt mit dem Wirtschaftswunder ein verändertes Freizeit- und Konsumverhalten Einzug, das Kaffeehaussterben begann. In den großzügig dimensionierten Lokalitäten etablierten sich Autosalons, Reisebüros und Repräsentanzen von Fluglinien. So manches Traditionskaffeehaus wurde auch vom neuen Typus der Espresso abgelöst wie etwa dem noch existierenden Café Milano am Stubenring. Noch bestehende Ringstraßen-Kaffeehäuser sind das Café Prückel, das Café Schwarzenberg und das Café Landtmann.

Wichtige gesellschaftliche Drehscheiben neben den Cafés waren die Salons der Ringstraßenpalais, in denen Kunstwelt und Finanzaristokratie aufeinandertrafen. Zu den begehrtesten Salons zählten jene der Familie Todesco. In deren Palais auf der Kärntner Straße traf Johann Strauß seine spätere Frau, die Opernsängerin Henriette Treffz. Das Palais Leitenberger am Parkring war ein gesellschaftliches Zentrum der Stadt, der Textilindustrielle Friedrich Leitenberger einer der größten Kunstmäzene seiner Zeit. Und



Foto: © WienTourismus / Christian Stemper

Der Dr.-Karl-Renner-Ring mit der Universität, dahinter sind die Türme der Votivkirche zu sehen. Im Hintergrund links sieht man auf den Kahlenberg und den Leopoldsberg

ÖJ-Reisetip

im renommierten Salon der Autorin und Journalistin Berta Zuckerkanndl im Palais Lieben-Auspitz verkehrte die künstlerische und wissenschaftliche Elite Österreichs.

Schauplätze und Schicksalsorte

Die Ringstraße war immer auch ein Ort, an dem die öffentliche Bedeutung historischer Ereignisse demonstriert wurde. Der Festzug zum 25. Hochzeitstag von Kaiser Franz Joseph I und seiner Gemahlin Elisabeth am 27.4.1879 auf der noch jungen Ringstraße geriet zu einem riesigen Spektakel. Die künstlerische Leitung lag bei Hans Makart, dem damals berühmtesten Maler Wiens, der das Event auf einer 100 Meter langen Skizze bis ins Detail vorausplante. Am grandiosen „Makart-Festzug“ nahmen 14.000 Personen teil, die in Kostümen aus der Renaissance und dem Frühbarock und mit zahlreichen Festwägen vor rund 300.000 Schaulustigen über den Ring zogen. Vertreten waren Berufsgruppen aus Handel, Ge-

werbe und Industrie sowie Kunst und Wissenschaft. Das Kaiserpaar wohnte dem Geschehen in einem von Otto Wagner entworfenen Festzelt bei. Auch das 60jährige Regierungsjubiläum des Kaisers wurde 1908 mit einem Festzug am Ring gefeiert.

Nach dem Ende der Monarchie blieb die Ringstraße Schauplatz der Politik. Im Parlament wurde am 12. November 1918 die Erste Republik durch die provisorische Nationalversammlung ausgerufen. Politisch wenig gefestigt scheiterte sie später an ihren inneren Widersprüchen. Am 15. Juli 1927 wurde der Justizpalast Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen, die schließlich im Bürgerkrieg von 1934 mündeten. Zuvor waren mit dem „Schattendorfer Urteil“ jene Täter freigesprochen worden, die bei Kämpfen zwischen Anhängern des Republikanischen Schutzbundes und der Frontkämpfervereinigung im burgenländischen Ort Schattendorf zwei unschuldige Menschen getötet hatten. Bei einer Demonstration gegen die-

ses Urteil wurde der Wiener Justizpalast in Brand gesetzt. Die Polizei schoß in die Menge, 89 Demonstranten und vier Polizisten kamen ums Leben. Der Heldenplatz vor der Hofburg wurde am 15. März 1938 zum Schauplatz von Adolf Hitlers „Anschlußkundgebung“, mit der er den „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich verkündete.

Nach der NS-Zeit konnte die Wiener Sozialdemokratie 1946 die Tradition des großen Maiaufmarschs auf der Ringstraße wieder aufnehmen. Der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der internationalen Arbeiterbewegung wurde ab 1890 von den Sozialdemokraten in Wien festlich begangen und 1919 als Staatsfeiertag eingeführt, dem sich auch die Kommunistische Partei Österreichs anschloß. Sozialdemokratische Gruppen aus den Bezirken marschieren auch heute noch am 1. Mai über den Ring zum Treffpunkt am Rathausplatz, wo Kundgebungen stattfinden. ■

<http://www.wien.info>



Das Wiener Rathaus – Architekt Friedrich Schmidt hat dafür die flämische Gotik gewählt



Foto: Popp und Hackner, Wien Tourismus

Alles für eine lebenswerte Stadt. 24 Stunden Service für die WienerInnen.

► Wiens Lebensqualität ist top. Die Menschen leben und arbeiten gerne in dieser Stadt. Das Angebot der Stadtverwaltung ist breit: Gratiskindergärten, geförderte Wohnungen, Ausbau von Schulen, gut funktionierende Öffis, ein Gesundheitssystem auf hohem Niveau, saubere Straßen und Sicherheit in der Stadt tragen zu diesem guten Lebensgefühl bei. Die Stadt Wien investiert laufend in Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und Wirtschaft. Wien wird auch in Zukunft eine attraktive Stadt sein und den Menschen ein gutes Leben in einer gut verwalteten Stadt ermöglichen. Tausende MitarbeiterInnen tragen 365 Tage im Jahr dazu bei. <http://www.wien.at>

Bezahlte Anzeige

Stadt + Wien
Wien ist anders.